

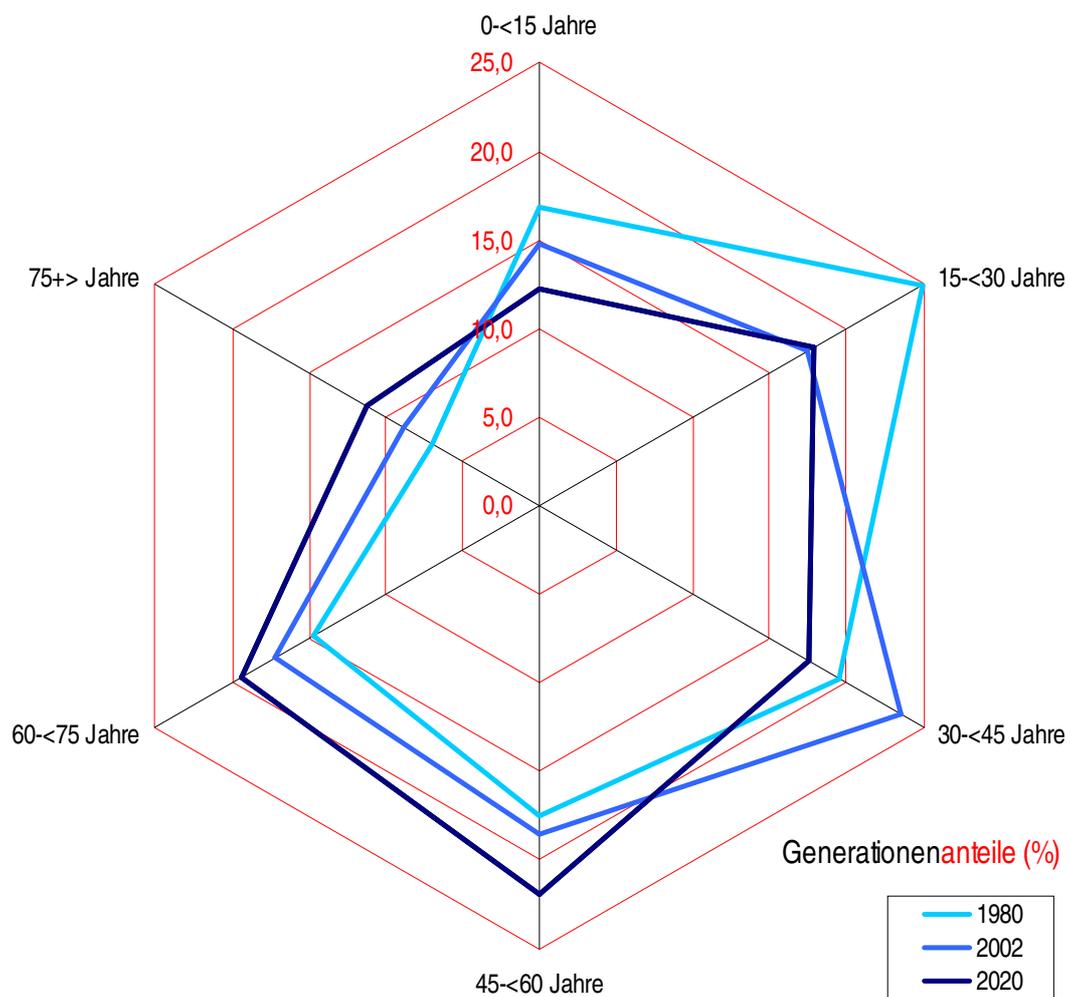


Modellvorhaben der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

Projektergebnisbericht

Generationen-Netzwerk Südniedersachsen

Modellplanung zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung



**Modellvorhaben der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel
des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung**

Projektergebnisbericht

Generationen-Netzwerk Südniedersachsen

Modellplanung zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung

"Man adjungiert* alten Leuten junge,
ich glaube es wäre in vielen Fällen besser,
wenn man manchen jungen Leuten *alte* adjungierte."
(Georg Christoph Lichtenberg, Göttingen 1796)

* als Gehilfe begeben

Projektbearbeitung: Dr. Gerhard Cassing

Oktober 2005

Inhaltsverzeichnis (Ergebnisbericht: Kap. 1 – 5; Materialanhang: Kap. 6 - 9)

Vorbemerkung	3
1 Projektansatz: <i>Demographische Entwicklung als regionales Politikfeld</i>	4
1.1 Projektthematik: <i>Vernetzung der Generationen</i>	4
1.2 Projektaufbau: <i>Planungsschritte im Delphi-Verfahren</i>	6
1.3 Projektmethodik: <i>Voneinander Lernen in Projektwerkstätten</i>	9
2 Projektarbeitsschritte: <i>Wechselwirkung Generationenstruktur – Infrastruktur</i>	10
2.1 Trendanalyse: <i>Lebensphasen und Lebensbedürfnisse als Planungsgrundlage</i>	10
2.2 Vorausschau: <i>Prognosen zu Bevölkerung und Infrastruktur</i>	12
2.3 Zielfindung: <i>Generationensolidarität als Leitbild</i>	18
2.4 Konzepterstellung: <i>Familienzentren als Agenturen für intergenerative Familiendienste</i>	24
2.5 Projektbeschreibung: <i>Lokale und regionale Generationennetzwerke</i>	28
2.6 Evaluation: <i>Überprüfung des Projekterfolges</i>	30
3 Projektaktivitäten: <i>Anstöße zur infrastrukturellen Umstrukturierung</i>	31
3.1 Regionalforen: <i>Diskurs zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung</i>	31
3.2 Projektwerkstätten: <i>Erarbeitung innovativer Infrastrukturmodelle</i>	34
3.3 Delphi-Befragung: <i>Kommunikation regionaler Expertenmeinungen</i>	37
3.4 Öffentlichkeitsarbeit: <i>Verbreitung demographischer Erkenntnisse</i>	44
4 Projektumsetzung: <i>Lokale und regionale Netzwerkarbeit</i>	47
4.1 Regionsebene: <i>Vernetzung generationen- und familienpolitischer Akteure</i>	47
4.2 Kreisebene: <i>Arbeitstagungen zum demographischen Wandel</i>	48
4.3 Gemeindeebene: <i>"Lokale Bündnisse für Familie"</i>	49
5 Projektergebnis: <i>Modell zur nachhaltigen regionalen Bevölkerungspolitik</i>	51
5.1 Bevölkerungspolitik als Querschnittsaufgabe: <i>Nachhaltigkeit als Leitvorstellung</i>	51
5.2 Innovative Infrastruktur: <i>Flexibilisierung und Vernetzung der Angebote</i>	54
5.3 Übertragbarkeit der Projektergebnisse: <i>Demographiefeste Regionalentwicklung</i>	56
6 Projektdatenbasis: <i>Gemeindebevölkerung in Südniedersachsen 2012</i>	58
6.1 Bevölkerungsentwicklung 1987 – 2002: <i>Ende des Wachstums</i>	58
6.2 Prognose der Bevölkerung der Kreise 2002 - 2012: <i>Umbrüche in der Altersstruktur</i>	59
6.3 Vorausschätzung der Bevölkerung der Gemeinden 2002 - 2012: <i>Kern-Rand-Gefälle</i>	60
7 Projektempirie: <i>Delphi-Befragung zum demographischen Leitbild</i>	74
7.1 Delphi-Fragebogen: <i>Szenarien und Handlungsoptionen</i>	74
7.2 Delphi-Befragung I: <i>Stand und Trend von Bevölkerung und sozialer Infrastruktur</i>	82
7.3 Delphi-Befragung II: <i>Ziele und Konzepte zu Bevölkerung und sozialer Infrastruktur</i>	96
8 Projektwerkstätten: <i>Infrastruktur-Innovation in Modellgemeinden</i>	104
8.1 Projektwerkstatt Gleichen: <i>Entwicklung der Kindertagesbetreuung</i>	104
8.2 Projektwerkstatt Hardeggen: <i>Förderung der Familienselbsthilfe</i>	120
8.3 Projektwerkstatt Holzminden: <i>Gestaltung des Generationendialogs</i>	123
8.4 Projektwerkstatt Walkenried/Bad Sachsa: <i>Aktivierung des Seniorenengagements</i>	127
9 Projektvorbilder: <i>Best-Practice-Modelle</i>	136
9.1 Familienzentrum Uslar: <i>Projektbeschreibung Mehrgenerationenhaus</i>	136
9.2 Familienzentrum Bodenfelde: <i>Projektbeschreibung Ausbau des Kindergartens</i>	138
Verzeichnisse	140

Vorbemerkung

Mit der Projektskizze "Südniedersachsen 2020: Region als Generationen-Netzwerk" vom 26.08.2003 hat sich der Regionalverband Südniedersachsen e.V. für das vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ausgeschriebene "Modellvorhaben der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel" beworben. Mit Zuwendungsbescheid vom 5.11.2003 wurde der Antrag positiv beschieden. Für die Vorlage des Ergebnisberichts ist der 30.09.2005 festgelegt. Er besteht aus den nachstehenden Kapiteln 1 – 5. Die Kapitel 6 – 9 sind Materialanhänge.

Im Projektantrag heißt es zum Forschungsbedarf und speziell zur Forschungsfrage: "Angesichts des gravierenden demographischen Wandels stellt sich hierbei die schwierige Frage, ob das generative Gleichgewicht in der Region 'nachhaltig' sicherbar ist. Wie gestaltet sich das Zusammenleben und -wirken der Generationen im Jahre 2020? Wie soll ein zukunftsfähiges Netz generationsspezifischer Dienstleistungen in der Region aussehen? Welche Bedeutung haben sie für die Wertschöpfung in der Region? Diese Fragen werden in Öffentlichkeit und Politik nicht genügend thematisiert."

Heute - zwei Jahre später - ist die demographische Problematik bundesweit in den Medien präsent. Das kommt dem Modellvorhaben in Südniedersachsen zugute, das vor diesem Hintergrund auf günstige Resonanz in der Öffentlichkeit und hohe Akzeptanz in der Politik trifft. Die Projektarbeit hat für die regionale Rezeption Grundlagen aufbereitet, Modelle entwickelt, Strategien entworfen und Maßnahmen vorgeschlagen. Die Projekterkenntnisse wurden mithilfe von Präsentationen, Diskussionen, Ausstellungen, Flyern, Presseartikeln und Internetseiten laufend verbreitet. Das Projekt hat so erfolgreich zur Sensibilisierung, Mobilisierung und Vernetzung der Akteure beigetragen. In vielen Kommunen wird jetzt über die Gestaltung des demographischen Wandels beraten und an generationsübergreifenden Bündnissen gearbeitet. Die Region versteht sich so als „Netzwerk der Generationen“, das durch solidarischen Zusammenhalt gemeinsam die Zukunft gestaltet.

An dem Modellvorhaben haben viele Institutionen und Personen mitgewirkt. Ihnen sei dafür herzlich gedankt. Stellvertretend seien hier die Bürgermeisterin Helene Hofmann (Stadt Bad Sachsa) und die Bürgermeister Heinz-Jürgen Proch (Gemeinde Gleichen), Dieter Sjuts (Stadt Hardegsen), Prof. Dr. Wolfgang Bönig (Stadt Holzminden) und Frank Uhlenhaut (Samtgemeinde Walkenried) genannt. In die Projektarbeit waren darüber hinaus spezielle Mithelfende eingeschaltet, denen ein besonderer Dank gilt:

- Thomas Oertwig (Landkreis Northeim) für den erfolgreichen Bewerbungs-Workshop;
- Monika Wolff für die effektive Moderation der Werkstätten Gleichen, Hardegsen und Bad Sachsa;
- Regina Meyer (Freie Altenarbeit Göttingen) für die kreative Betreuung der Werkstatt Holzminden;
- Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker und Oliver Fuchs (*ies*) für die vorbereitende "Bürgermeister-Tagung" in Stadtoldendorf und die erste Projektwerkstatt in Walkenried/Bad Sachsa;
- Prof. Dr. Gerhard Ströhlein, Dr. Michael Waibel, Reena Bäcker, Andrea Jacob und Sven Hüning vom Geographischen Institut der Universität Göttingen für grundlegende Forschungsbeiträge, wissenschaftliche Referate und Ausstellungskonzeption und -design.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat mit der Projektförderung dem Regionalverband Südniedersachsen e.V. die Möglichkeit eröffnet, sich mit dem zentralen Thema seiner eigenen demographischen Zukunft intensiv zu beschäftigen. Der hilfreichen Betreuung durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Dr. Hans-Peter Gatzweiler und Martina Kocks, und durch CONVENT Planung und Beratung GmbH, Klaus Mensing, gilt der ganz besondere Dank.

1 Projektansatz: *Demographische Entwicklung als regionales Politikfeld*

1.1 Projektthematik: *Vernetzung der Generationen*

Der Regionalverband Südniedersachsen e.V. nimmt an dem "Modellvorhaben der Raumordnung – Infrastruktur und demographischer Wandel" des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) teil. In dem im Zeitraum 2004/2005 laufenden Projekt werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur und daraus folgende regionalpolitische Handlungsansätze modellhaft untersucht. Das besondere Forschungsinteresse gilt familiennahen Dienstleistungen, die Gegenstand von Anpassungsstrategien und Instrument von Gegensteuerungsstrategien gleichermaßen sind. Die Forschungshypothese impliziert eine Doppelstrategie: Die infrastrukturellen Kapazitäten müssen an veränderte altersspezifische Bedarfsmengen angepasst werden. Ihre Funktionen sollten gleichzeitig aber auch auf die Stabilisierung der regionalen Bevölkerungsentwicklung ausgerichtet werden.

Die Region Südniedersachsen liegt zwischen Harz und Weser und besteht aus den Landkreisen Göttingen, Northeim, Holzminden und Osterode a. H.. Oberzentrum ist die Universitätsstadt Göttingen. Als ehemaliges Zonenrandgebiet gehört die Region trotz Spitzenleistungen im Wissenschafts- und Technologiesektor nach wie vor zu den strukturschwachen Räumen (EU-Ziel-2-Gebiet). Das gilt vor allem für die ländlichen Kreise an Harz und Weser. Das Regionalmarketing weist gern darauf hin, dass sich der neue „geographische Mittelpunkt Deutschlands“ im Landkreis Göttingen befindet.

In der raumstrukturellen Zieldiskussion in Südniedersachsen hat sich das Nachhaltigkeits-Leitbild der „Region im Gleichgewicht“ etabliert (RVSN 2000). Region lässt sich nicht nur als Netzwerk im Raum sondern auch als Netzwerk über die Zeit verstehen. Raumentwicklung wird als Vergleich der Ressourcen- und Funktionsverteilung zwischen zwei Zeitpunkten definiert. Die Betroffenen bleiben überwiegend die gleichen. Sie altern jedoch um die Entwicklungszeit und wachsen in eine andere Generation. Sie sehen eine jüngere Generation entstehen und eine ältere vergehen. Sie erleben Zu- und Abwanderungen. Ein unausgewogener demographischer Wandel kann zu erheblichen Verwerfungen im regionalen Leistungsgefüge und zu Konflikten zwischen den Generationen führen. Regionaler Zusammenhalt dagegen entsteht, wenn die Generationen bei der Raumentwicklung solidarisch als Netzwerk zusammenwirken. Die Forschungsfrage ist, ob das „Generationen- Gleichgewicht“ zukünftig noch gewährleistet ist.

Die Bevölkerung der Raumordnungsregion Göttingen ist zurzeit im Mittel 42 Jahre alt. Aus den Prognosen lässt sich für 2020 ein um 3 Jahre höheres Durchschnittsalter ermitteln. In diesem Zeitraum wird die Zahl von 578.600 Einwohnern um ca. 12 % abnehmen. Der so beschreibbare demographische Wandel im Süden Niedersachsens ist dem Bundestrend um mindestens ein Jahrzehnt voraus. Die Regionalpolitik ist hier bereits heute vor Herausforderungen gestellt, die es in dieser Form und Intensität bisher noch nicht gegeben hat. „Vor allem in Regionen mit ungünstiger Altersstruktur wird die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung zum beherrschenden Thema werden. Dabei ist allerdings die Langfristigkeit der Entwicklungstrends zu berücksichtigen, die aus dem Altersaufbau der Bevölkerung resultieren. Die häufig über längere Zeiträume entstandenen Deformationen der Altersstruktur sind kurz- oder mittelfristig nur marginal zu verändern“ (JUNG 2005). Anzahl und altersmäßige Zusammensetzung der Einwohner eines Raumes sind implizit schon zum Gegenstand von Kommunal- und Regionalpolitik geworden. Man scheut sich doch aus historischen Gründen dies als „Bevölkerungspolitik“ (MACKENSEN 2002) zu bezeichnen. Die auf die Gestaltung des demographischen Wandels gerichteten regionalpolitischen Strategieansätze erfordern einen Paradigmenwechsel. „Das neue Konzept heißt *nachhaltige Familienpolitik*. Die Bundesregierung vertritt dabei offensiv fünf Indikatoren für Nachhaltigkeit: Geburtenrate, Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz“ (RISTAU 2005). Angesichts der schrumpfenden Bevölkerungspotenziale stellt sich die Frage, ob es nachhaltige, d. h. nicht auf Potenziale anderer Regionen bzw. Generationen abzielende Handlungsansätze geben kann.

Die Verteilung der Bevölkerung im Raum bildet über die regionalen Wohn- und Arbeitsmärkte einen Regelkreis, der über die Balance von Familien- und Erwerbsarbeit rückgekoppelt ist (vgl. Abb. 01). Die soziale Infrastruktur fungiert in diesem "labilen" Siedlungsmodell als "Stellschraube" und kann als bevölkerungspolitisches Steuerungsinstrument eingesetzt werden. Die Siedlungsstruktur wird über folgende Faktoren von den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur beeinflusst bzw. wirkt selber auf die demographische Entwicklung ein:

- **Haushaltsstruktur:** Die durchschnittliche Haushaltsgröße in der Region wird sich infolge der Zunahme kleiner älterer Haushalte auf 2,0 Personen/Haushalt verringern. Nach der Raumordnungsprognose 2020 des BBR wird die Zahl der Haushalte in Südniedersachse um 3 % auf 272.600 sinken. In dem Maße wird sich auch der regionale Wohnungsbedarf verändern. Einem leichten Zuwachs im Regionskern (Landkreis Göttingen) wird eine stärkere Abnahme in der Randzone gegenüber stehen. Dies bewirkt eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes und eine relative Konzentration im verstädterten Raum. Die bisherige Strategie der Gemeinden, durch Baulandausweisung Wandergewinne zu erzielen (vgl. z. B. PESTEL-INSTITUT FÜR SYSTEMFORSCHUNG E.V. 2005), verliert bei Nachfragemangel an Bedeutung. Stattdessen wird die soziale Infrastruktur als Standortfaktor wichtiger. In peripher gelegenen Dörfern ist mit dauerhaften Wohnungsleerständen zu rechnen. Dies erfordert eine neue Strategie des Dorfumbaus. In Kur- und Erholungsorten kann der Zuzug älterer Menschen eine Erfolg versprechende Strategie sein.
- **Erwerbsstruktur:** Das BBR prognostiziert für 2020 einen Rückgang der Erwerbspersonen in Südniedersachsen um 8,7 % auf 251.000. Der Anteil der 30-45-jährigen sinkt dabei in erheblichem Maße von 44,5 % auf 36,1 %. Dies wird zu einem Mangel an Arbeitskräften führen. Vor allem Nachwuchskräfte werden empfindlich fehlen. Als Strategie der Region müssen die endogenen Erwerbspotenziale wie Verlängerung der Lebensarbeitszeit (früherer Erwerbsbeginn, späteres Erwerbsende) und Erhöhung der Frauenerwerbsquote verstärkt genutzt werden. Hierfür haben die Bildungsdienstleistungen für alle Altersgruppen eine zentrale Bedeutung. Darüber hinaus muss auch auf die überregionale Zuwanderung durch attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze gesetzt werden. Dabei steht die Region mit ihrem wissenschaftlichen Exzellenzprofil in Forschung, Lehre und Praxis im europaweiten Wettbewerb um "junge kluge Köpfe" in einer zukunftsfähigen Position. Auch hierfür ist die Qualität der sozialen Infrastruktur als Standortfaktor von zunehmender Bedeutung.

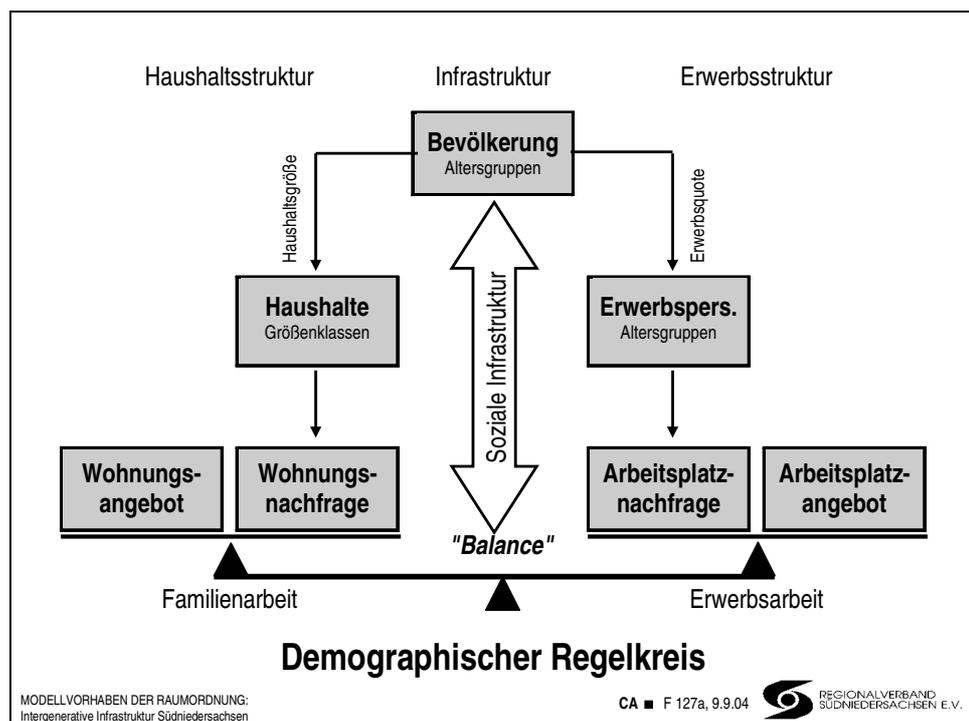


Abbildung Nr. 01

In den Strategien zur regionalen Bevölkerungsentwicklung hat die soziale Infrastruktur also eine Doppelfunktion: Sie muss den Zusammenhalt der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der Wertschöpfung in der Region gleichermaßen fördern (vgl. Abb. 31, S. 51). Ausgehend von diesen Zielen entwirft das Modellvorhaben eine Modellplanung zur infrastrukturgestützten Bewältigung des demographischen Wandels in Südniedersachsen. Aus den vorliegenden Bevölkerungsprognosen wird das wachsende Defizit bei den jüngeren Generationen als Hauptproblem identifiziert. Besonders der gravierende Rückgang bei der "Leistungsträger-Generation" der 30-45-jährigen um ein Drittel führt zu erheblichen Problemen bei der Gestaltung des regionalen Generationenwandels: die regionale Generationenbalance ist gefährdet und muss neu "justiert" werden.

- die verringerte Elterngeneration wird das Geburtendefizit weiter vergrößern;
- der Verlust von Nachwuchskräften erfordert zum Ausgleich die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Lebensarbeitszeit;
- der wachsende Anteil Älterer muss durch die sinkende Zahl Jüngerer mitversorgt werden;
- Alterung und Geburtenrückgang ergeben per Saldo eine um ca. 12 % sinkende Bevölkerungszahl.

Durch die "Doppelbelastung" von Erwerbsarbeit und Familienarbeit werden die "Jungfamilien" (30-45-jährige) gesellschaftlich und wirtschaftlich überfordert. Sie müssen deshalb durch die älteren Generationen entlastet werden (Generationenbalance). Möglichkeiten dazu bieten sich vor allem im Bereich der Familienarbeit durch die Jahrgänge in der nachelterlichen bzw. nachberuflichen Lebensphase (45-75-jährige). Dieser "intergenerative Leistungsaustausch" kann am besten auf Gemeindeebene im Rahmen von Selbsthilfe- und Dienstleistungsnetzen in sog. "Familienzentren/-agenturen" organisiert werden. Auf Regionesebene wird ein „Generationennetzwerk“ als Plattform für nachhaltige Familien- und Bevölkerungspolitik angestrebt, das diesbezogene lokale Initiativen anstößt, unterstützt und verknüpft. „Nachhaltige Familienpolitik strebt die Erhöhung der Geburtenrate und eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen an. ... In der nachhaltigen Familienpolitik spielt folglich die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer eine entscheidende Rolle“ (GRUESCU / RÜRUP, 2005).

1.2 Projektaufbau: *Planungsschritte im Delphi-Verfahren*

Der Projektaufbau wird durch die Arbeitsschritte der Modellplanung strukturiert (vgl. Abb. 02): Von der Analyse und Prognose über die Ziel- und Konzeptfindung bis zur Projektwahl und Erfolgskontrolle wird der Arbeitszeitraum von zwei Jahren ausgefüllt. Zwei Arbeitsansätze werden miteinander verbunden:

- Befragung nach der Delphi-Methode: Ein Expertenkreis aus ca. 700 Einrichtungen und Trägern der sozialen Infrastruktur in der Region wird in drei sich verdichtenden Runden nach seiner Einschätzung der Entwicklungstrends, -strategien und -projekte befragt.
- Projektwerkstätten mit ausgewählten Gemeinden und Institutionen: Parallel dazu werden die Schwerpunktthemen in vier lokalen Projektwerkstätten vertiefend behandelt.

Die Modellplanung beinhaltet begleitend zur schriftlichen Befragung die Möglichkeit zur direkten Diskussion. Zu diesem Zweck sieht das Verfahrensdesign öffentliche Forumsveranstaltungen vor:

- Die Modellplanung beginnt mit dem Startforum.
- Die erste Delphi-Runde wird mit dem sog. Statusforum abgeschlossen. Schwerpunktmäßig werden hier die Einschätzungen zur Analyse und Prognose der demographischen Entwicklung und des Infrastrukturbestandes diskutiert.
- Am Ende der zweiten Delphi-Runde findet ein Strategieforum statt. Schwerpunkte dieser Veranstaltung sind die Ziele und Konzepte zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung.
- Die dritte Delphi-Runde beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Umsetzung. Die bis dahin entwickelten Projekte und Fragen der Erfolgskontrolle des Modellvorhabens stehen im Vordergrund der Diskussion auf dem entsprechenden Forum.
- Zum Abschluss des Modellvorhabens findet ein Präsentationsforum statt.

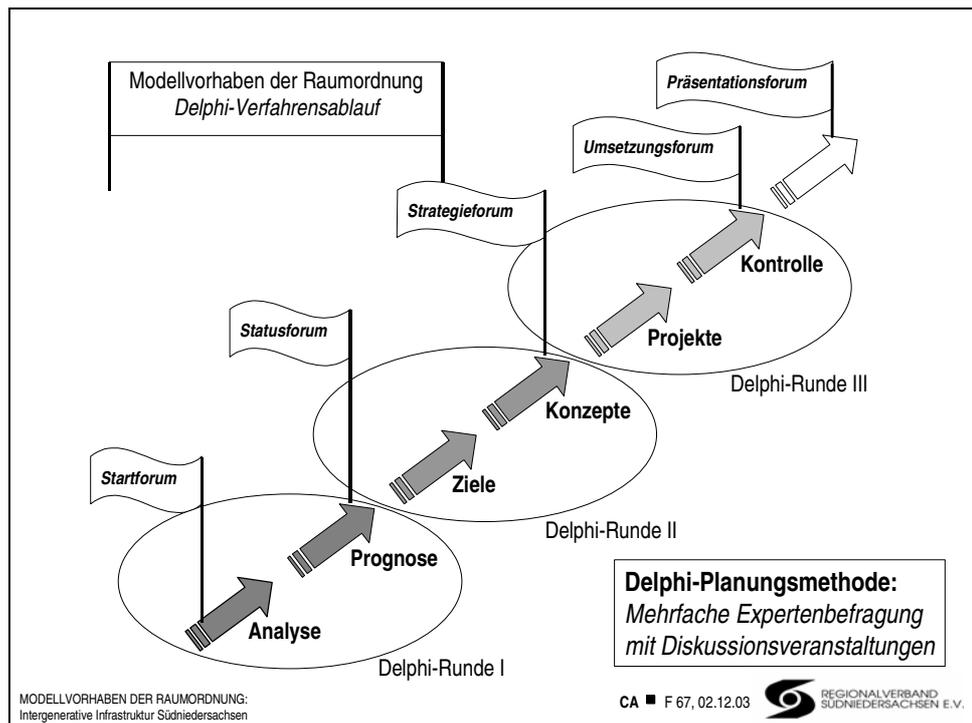


Abbildung Nr. 02

Als Forschungsmethode ist das Delphi-Verfahren ausgewählt worden. Es strukturiert dementsprechend den Arbeits- und Zeitplan des Forschungsvorhabens (vgl. Abb. 03). Kern des Delphi-Verfahrens ist die schriftliche Befragung von Experten in drei „Runden“. Die Befragung beinhaltet die Planungsschritte in der Gliederung: Statusfragen: Planungsschritte 1) Analyse und 2) Prognose; Strategiefragen: Planungsschritte 3) Ziele und 4) Konzepte; Umsetzungsfragen: Planungsschritte 5) Projekte und 6) Kontrolle. In einem den Befragungen jeweils vorgeschalteten Arbeitsschritt erfolgt die „Aufbereitung“ des Materials und die Erarbeitung des Fragebogens. Am Abschluss einer „Delphi-Runde“ steht die „Erörterung“ der Auswertung in einem öffentlichen „Forum“. Es werden thematische Schwerpunkte entsprechend dem Planungsablauf gesetzt:

- Startforum: 11.12.03: Vorstellung von Aufgabenstellung, Methodik, Verlauf des Projektes.
- Statusforum: 23.6.04: Erörterung der Delphi-I-Ergebnisse mit dem Schwerpunkt Analyse/Prognose.
- Strategieforum: 9.12.04: Erörterung der Delphi-II-Ergebnisse mit dem Schwerpunkt Ziele/Konzepte.
- Umsetzungsforen in den Kreisen: Erörterung der Ergebnisse mit dem Schwerpunkt Projekte/Kontrolle beispielartig am 17.6.2005 beim Landkreis Göttingen.
- Präsentationsforum am 8.12.05: Vorstellung der Ergebnisse des Modellvorhabens in Form des vorliegenden Projektberichtes.

Die Modellplanung wird von einem „Beirat“ begleitet. Er berät die Projektleitung bei der Durchführung des Vorhabens. Der Beirat besteht aus Vertreterinnen und Vertretern aus relevanten Wissenschafts- und Praxisbereichen, Bürgermeistern aus jeweils einem der vier verbandsangehörigen Landkreise, sowie den Regionalplanern der Landkreise und der Stadt Göttingen (vgl. Tabelle 1, S. 33). In „Projektwerkstätten“ werden Maßnahmen zur Umsetzung der Modellstrategien erarbeitet. Anhand von „Best-Practice-Konzepten“ aus der Region wird ein innovatives Infrastruktur-Modell für die Gemeindeebene entwickelt.

Den einzelnen Planungsphasen liegen folgende Fragen zu Grunde (vgl. Abb. 03):

- Ex-Post-Analyse: Wie ist die bisherige demographische Entwicklung verlaufen (Geburten- und Sterberate, Wanderungen, Altersgruppen, Erwerbsquote, Abhängigkeitsquote)? Welche Infrastruktur gibt es? Welches sind die relevanten Einflussfaktoren zwischen Infrastruktur und Demographie

(steigende Lebenserwartung dank des medizinischen Fortschritts, sinkende Geburtenrate wegen Unverträglichkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit? Wie werden die derzeitige demographische Lage (Vorteile, Nachteile) und die infrastrukturelle Situation (Stärken, Schwächen) bewertet?

- Status-Quo-Prognose: Wie verläuft die voraussichtliche demographische Entwicklung bis zum Jahre 2020, wenn nicht steuernd eingegriffen wird? Wie sehen die Infrastrukturkapazitäten in Relation dazu aus (Überschüsse/Defizite bei Einrichtungen, Personal, Standorten)? Welche Einflussfaktoren wirken sich dabei relevant aus? Wie wird das voraussichtliche demographische und infrastrukturelle Ergebnis bewertet (Vorteile/Nachteile, Stärken/Schwächen)?
- Bedarfsziele: Welche Bedarfsträgermengen sollen der Infrastrukturplanung zu Grunde gelegt werden (z.B. Anzahl der Kinder im Betreuungsalter, Anzahl der Familien mit Kinderbetreuungsbedarf, Anzahl der betreuungsbedürftigen alten Menschen)? Welcher Bedarf an Betreuungsdiensten besteht im Jahre 2020 (Art und Kapazität)? Welcher Personalbedarf entsteht? Für welche Zielgruppen (Kinder/Jugendliche, Erwachsene/Familien, Senioren/Hochbetagte) besteht welcher Bedarf an haushalts- und familienunterstützenden Hilfsdiensten (freiwillige, öffentliche, gewerbliche)? Welcher generative Zusammenhang besteht zwischen den Bedarfszielen?
- Konzepte: Wie teilen sich die Bedarfsträgermengen auf die vernetzten Infrastrukturfunktionen (Bildung, Gesundheit, Freizeit) auf? Welche vernetzten Einrichtungen (z.B. Familien-/ Generationen-zentren) mit welchen Standorten und Kapazitäten werden benötigt? Welche Konzepte zur Vernetzung der Funktionen und Nutzer sozialer Infrastruktur sind zukunftsfähig (These: generationsübergreifendes „Familienzentrum“)? Wie soll das Verhältnis ehrenamtlicher zu professioneller Dienste bewertet werden (These: Vorrang von Selbsthilfe, Empowerment, Laienprinzip)?
- Projekte: Welche „Best-Practice-Projekte“ für familienunterstützende Dienstleistungen gibt es (z.B. „Mütterzentren“, „Sozialstationen“, „Freizeitzentren“)? Welche Zielgruppen werden erreicht (z.B. Familiendienste für Erwerbstätige)? Vernetzung von Familiendiensten in der Region? Modellprojekt Familienzentrum/-agentur? Interkommunale Familienagenturen (Beispiele Sozialstationen)? Personalgewinnung und -qualifizierung für soziale Dienste? Generationsübergreifende Wohnformen?
- Erfolgskontrolle: Welche Indikatoren zeigen den Erfolg der gewählten Strategie an (z.B. Geburtenrate, Erwerbsquote, Abhängigenquote, Arbeitslosenquote)? Sind die methodischen und sachlichen Projektziele erreicht worden? Inwieweit sind die Ergebnisse übertragbar?

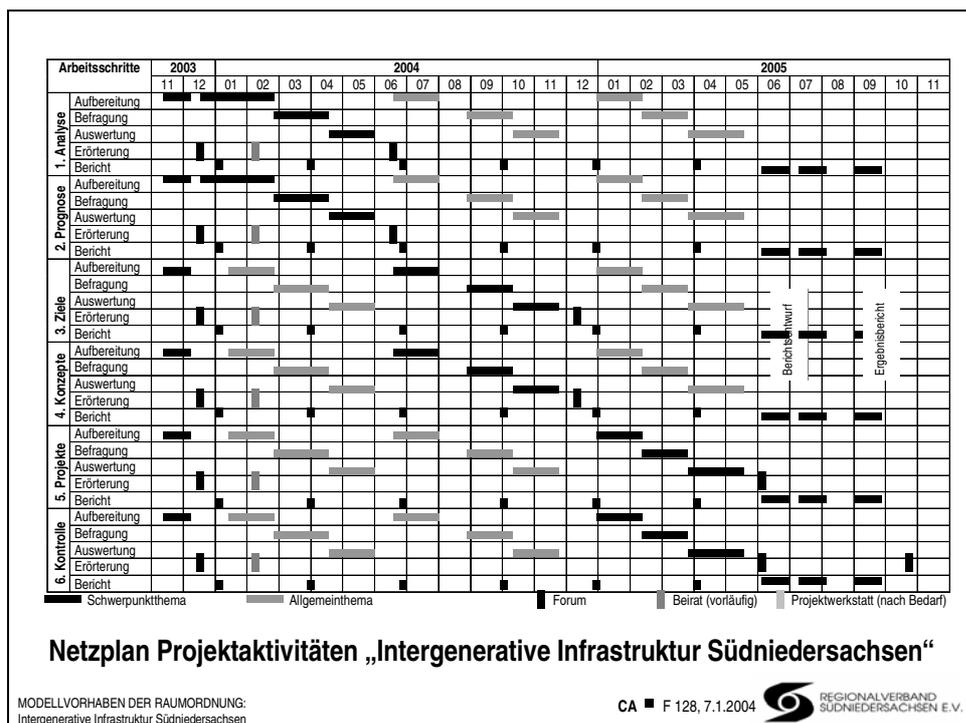


Abbildung Nr. 03

1.3 Projektmethodik: Voneinander Lernen in Projektwerkstätten

In der Analysephase haben sich vier Gemeinden bereit erklärt, als Erprobungsraum für innovative Entwicklungen im Wechselverhältnis von Bevölkerungsstruktur und Infrastruktur mitzuwirken (vgl. Abbildung 04). Als Methodik werden moderierte Vernetzungsveranstaltungen eingesetzt, die nach dem Prinzip des "Voneinander Lernens" zur Verbreitung und Vertiefung innovativer Entwicklungen im Bereich der sozialen Infrastruktur beitragen sollen. Zu diesem Zweck ist in der Bestandsaufnahme die "Gute-Praxis" in der Region ermittelt und mit der örtlichen Thematik in den vier Modellräumen verbunden worden:

- **Gleichen:** Hier lebt eine noch relativ junge Bevölkerung, die unter bildungs-, familien- und wirtschaftspolitischen Aspekten einen wachsenden Bedarf an Tagesbetreuung für Kinder entwickelt. In Zusammenarbeit mit der "Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen" sollen weiterführende Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie untersucht werden (Moderation: Monika Wolff).
- **Hardegsen:** Gegenstand des dortigen Werkstattansatzes ist die generationsübergreifende Weiterentwicklung des Mütterzentrum "Klatschmohn" Hardegsen. Projektiert ist eine "Aktion Wunschgroßeltern", die durch eine aktivierende Vermittlungsarbeit die Generationen einander näher bringen soll (Moderation: Monika Wolff).
- **Holzminden:** In der Projektwerkstatt wurde das Konzept erarbeitet, eine Moderationsschulung für Erzählcafé-Methodik aufgrund der vorbildhaften Erfahrungen der "Freien Altenarbeit Göttingen e.V." in einem Kurs der Kreisvolkshochschule Holzminden anzubieten. Dieser Ansatz zur Förderung des Generationendialogs in dem stark gealterten ländlichen Kreis soll in bestehenden Strukturen umgesetzt werden (Moderation und Durchführung: Regina Meyer).
- **Bad Sachsa / Walkenried:** Hier erreicht der Alterungsprozess der Bevölkerung 2012 mit einem Anteil der Über-65-jährigen von 30 % bundesweit einen Höchstwert. Das Gemeinschaftsleben ist durch „Überalterung“ der Vereine gefährdet. Das wachsende Potenzial der „fitten Älteren“ enthält Chancen für generationsübergreifendes freiwilliges Engagement, das über eine „Bürgerbörse“ in einem „Netzwerk Ehrenamt“ aktiviert werden soll (Moderation: Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker, Oliver Fuchs, ies; Monika Wolff).

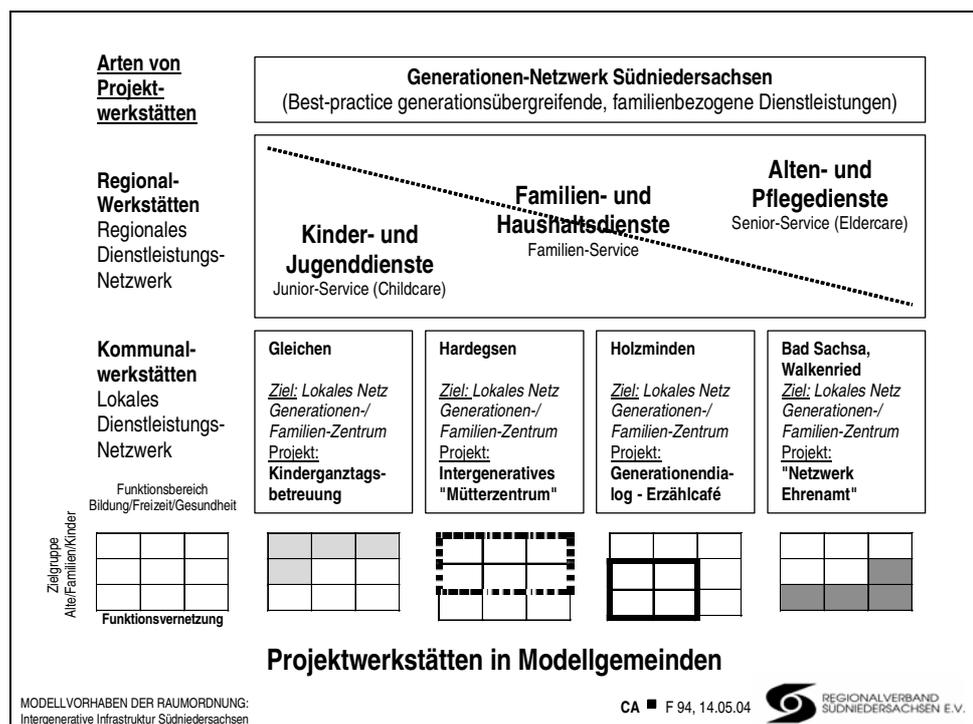


Abbildung Nr. 04

der Hochaltrigkeit entstehen, die immer mehr Menschen erreichen. Sie ist durch einen steigenden Pflegebedarf gekennzeichnet, der überwiegend von Angehörigen (z. B. Nachkommen 45-59 Jahre) gedeckt wird.

Die soziale Infrastruktur arbeitet zielgruppen- und bedürfnisbezogen. Dementsprechend lässt sich die Planungsstruktur (Bestandsaufnahme, Ziele und Maßnahmen) nach diesen beiden Merkmalen gliedern:

- Zielgruppen: Als Hauptzielgruppen (Bedarfsträger) der sozialen Infrastruktur können unterschieden werden: 1) Kinder und Jugendliche nach infrastrukturbezogenen Altersgruppen wie Kleinkindalter (0-3 Jahre), Kindergartenalter (3-6 Jahre), Grundschulalter (6-10 Jahre), Sekundarschulalter I (10-15 Jahre), Sekundarschulalter II (16-18 Jahre); 2) Frauen und Familien, 3) ältere Menschen.
- Funktionsbereiche: Hier wird nach den Bedürfnisfeldern Bildung, Freizeit und Gesundheit unterschieden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es Überschneidungen gibt.

Im Vordergrund der Bestandserhebung stehen die familienbezogenen sozialen Dienstleistungen. Es geht hier also nicht um die Frage, wie die gesetzlichen Angebote wie Kindergarten- und Schulversorgung abgedeckt sind, sondern um familienunterstützenden Angebote, die zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit beitragen wie Tagespflege, Ganztagskindergärten und -schulen, Familienbildung und -freizeit sowie Familien-, Haus- und Altenpflege. Als eine Vernetzungsform verschiedener Angebote bilden sich Mütter-, Familien-, Begegnungs-, Nachbarschafts- oder Generationszentren heraus. Auf diesen innovativen Ansatz richtet sich die Planungsstrategie des Modellvorhabens.

Für die 39 Verwaltungseinheiten (Städte, Gemeinden, Samtgemeinden) in Südniedersachsen (dazu Stadt Göttingen mit 10 vergleichbar großen Stadtbezirken) wurde ein Datenblatt (vgl. Abb. 06) mit Angaben zur Infrastrukturversorgung z. B. zu Ganztagskindergartenplätzen angelegt. Es zeigt sich, dass es erhebliche innerregionale Unterschiede in der Versorgung bezogen auf die Zahl der Kinder in den fünf jüngsten Jahrgängen gibt. Im verstärkerten Raum besteht ein hohes Angebot von 17 % in der Stadt Göttingen und 12 % im Landkreis Göttingen (ohne Stadt). Demgegenüber weisen die ländlichen Räume wie der Landkreis Northeim mit 6 % und der Landkreis Holzminden mit 4 % erheblich geringere Angebote auf. Hieraus lassen sich Hinweise auf die künftige Bedarfsentwicklung ableiten.

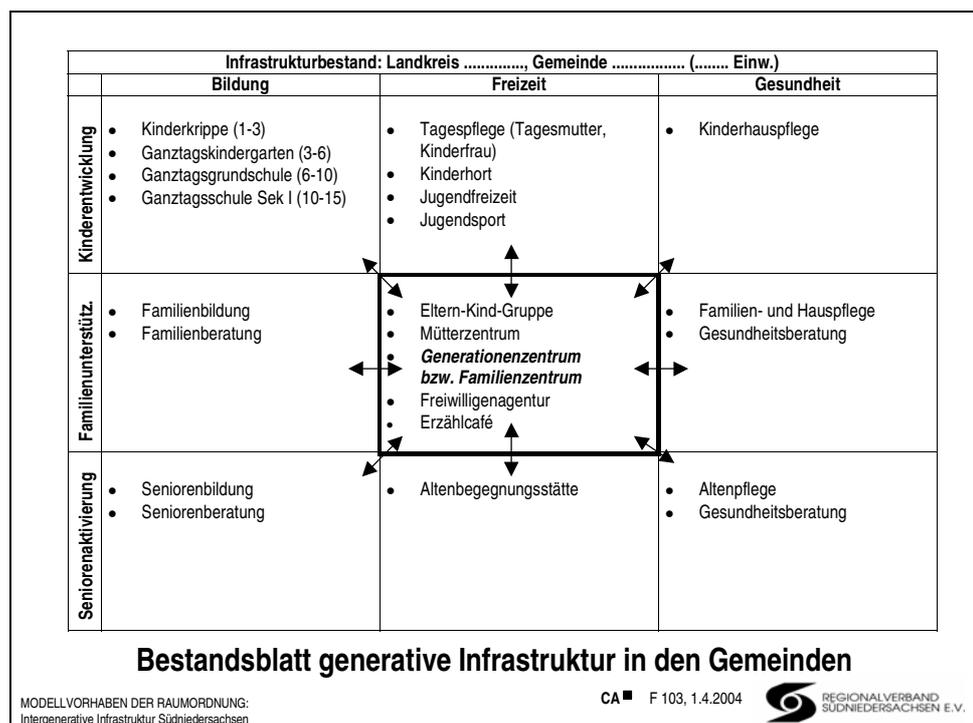


Abbildung Nr. 06

2.2 Vorausschau: Prognosen zu Bevölkerung und Infrastruktur

Das Niedersächsische Landesamt für Statistik hat für den Zeitraum 2002 bis 2020 eine kreisweise Bevölkerungsprognose erstellt. Die Auswertung (vgl. Kapitel 6) lässt Südniedersachsen als „alternde und schrumpfende Region“ erscheinen. Der „natürlichen“ Alterung liegt ein Rückgang der Geburten und eine Steigerung des Lebensalters zugrunde. Dies führt zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Generationen (vgl. Abb. 07):

- **Kinder (0-14 Jahre):** Die Kindergeneration wird um mehr als ein Viertel kleiner (-27 %). Einem Zuwachs von 6 % in der Stadt Göttingen steht ein Schwund von 39 % im Landkreis Osterode a. H. gegenüber. Ihr Anteil an der Regionsbevölkerung sinkt um -2,6 Punkte auf 12,2 %. Angesichts dieses Trends muss die Steigerung der Geburtenrate zum vorrangigen bevölkerungspolitischen Ziel in der Region werden. Auf örtlicher Ebene sind familienfördernde Maßnahmen im Wohnbereich (z. B. Betreuungsangebote) und an der Arbeitsstätte (z. B. flexible Arbeitszeiten) dazu das geeignete Mittel. „Lokale Bündnisse für Familien“ können entsprechende „Work-Life-Balance-Strategien“ in den Gemeinden anstoßen und vernetzen.
- **Junioren (15-29 Jahre):** Wegen der Studentenzahl wird die „Einstiegs-Generation“ bis 2020 „nur“ um ca. 10 % abnehmen - am geringsten in der Stadt Göttingen (-0,5 %), am stärksten im Landkreis Osterode a. H. (-21 %). Der Generationenanteil bewegt sich mit +0,3 Punkten relativ stabil auf 17,8 % zu. Die Region Göttingen hat attraktive Hochschulstandorte (Göttingen, Holzminden, Clausthal, Witzenhausen) als Anziehungspunkte für überregionale Bildungswanderungen. Hierauf kann sich eine nachhaltige Zuwanderungsstrategie stützen.
- **Jüngere Erwachsene (30-44 Jahre):** Ihre Zahl nimmt in Südniedersachsen gravierend um ein Drittel ab – im Landkreis Osterode sogar um fast die Hälfte. Ihr Anteil sinkt rapide um 5,8 Punkte auf 17,5 %. Dieser massive Schwund der „Leistungsträger-Generation“ führt zu erheblichen Rückgängen bei der Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen und erfordert entsprechende Auffang- und Gegenstrategien. Siedlungs-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik auf regionaler Ebene müssen verstärkt bevölkerungspolitische Ziele und Maßnahmen integrieren. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss zur zentralen regionalpolitischen Strategie werden. Hierbei können die älteren Generationen behilflich sein.

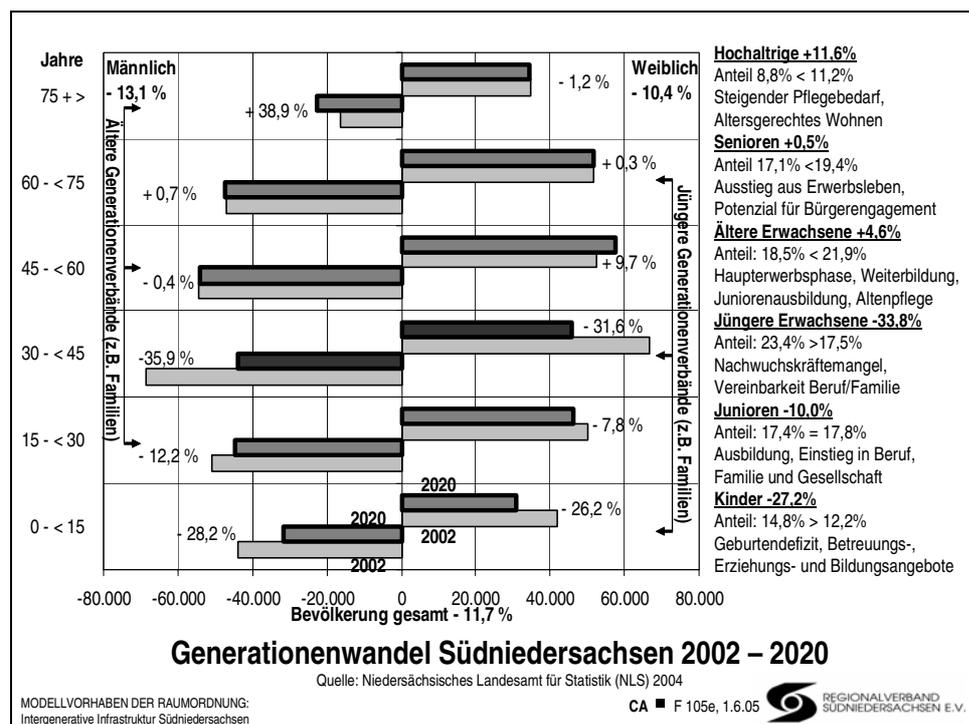


Abbildung Nr. 07

- Ältere Erwachsene (45-59 Jahre): Die Alterskohorte wird im Mittel um ca. 5 % zunehmen. Einer Abnahme in der Stadt Göttingen um 5 % steht ein Zuwachs von 24 % im Landkreis Göttingen (ohne Stadt) gegenüber. Der Generationenanteil steigt um 3,4 Punkte auf 21,9 %. Angesichts des sinkenden Erwerbspotenzials muss verstärkt die berufliche Weiterbildung der älteren Erwerbspersonen gefördert werden. Hierfür ist ein „regionales Age-Management“ projektiert.
- Senioren (60-74 Jahre): Die Altersgruppe bleibt im Regionsmittel quantitativ stabil (+0,5 %). Während in Stadt und Landkreis Göttingen noch mit einem starken Zuwachs von 10 % gerechnet wird, nimmt die Kohorte in den ländlichen Kreisen bei sehr hohem Anteil um -3 bis -10 % ab. Insgesamt steigt der Generationenanteil um 2,4 Punkte auf 19,4 %. Der „fitten“ Senioren generation bieten sich angesichts von hoher Gesundheit, Bildung und Einkommen neue Potenziale für Wohnen, Familie und Freizeit, die für generationenübergreifende Hilfen aktiviert werden können.
- Hochaltrige (75 und mehr Jahre): Die Generation wächst im Prognosezeitraum um 12 % an, am niedrigsten im bereits stark gealterten Landkreis Osterode mit 8 %, am meisten im noch „jungen“ Landkreis Göttingen (ohne Stadt) mit 18,5 %. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt um 2,3 Punkte auf 11,2 %.

Während der Anteil der jungen Generationen (0-29 Jahre) von 32,3 auf 30,0 % sinkt, steigt der Anteil der alten Generationen (60 und mehr Jahre) von 25,9 % auf 30,6 %. Dem steht ein von 41,8 % auf 39,4 % abnehmender Anteil der mittleren Generationen (30-59 Jahre) gegenüber. Rechnet der größere Teil der Bevölkerung (55,6 %) heute noch zu den jüngeren Generationen (unter 45 Jahre), so kommen diese zukünftig bei einem Rückgang um ein Viertel mit 47,5 % in die Minderheit. Gegenläufig steigt um 8,1 %-Punkte der Anteil der älteren Generationen bei 4,4 % Zuwachs (vgl. Abb. 34, S. 56).

Für den Modellraum und einzelne Teilräume gibt es verschiedene Bevölkerungsprognosen. Sie zeigen zwar die gleichen Trends auf, weisen jedoch methodische Unterschiede auf. Aus diesem Grunde sind sie nicht vergleichbar und nicht aggregierbar. Als einzige regionsweite Datenbasis sind die Prognosen des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik für 2012 und 2020 verwendbar. In der Abbildung 08 ist für die Kreisebene in Südniedersachsen die längerfristige demographische Entwicklung nach sechs Altersgruppen zu jeweils 15 Jahrgängen wieder gegeben:

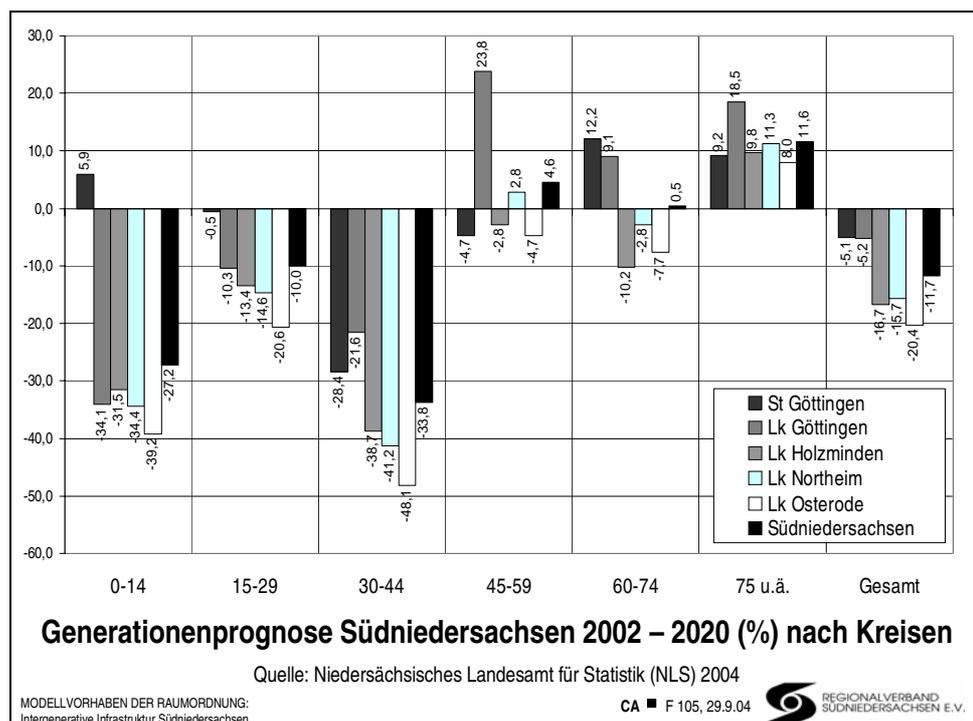


Abbildung Nr. 08

- Altersgruppen: Die Zahl der Kinder (0-14 Jahre) geht von 2002 bis 2020 in den Kreisen um etwa ein Drittel zurück. Eine Ausnahme bildet die Stadt Göttingen mit einem Zuwachs von 6 %. Die Generation der "Junioren" (15-29 Jahre) schrumpft im Mittel um 10 % - am geringsten in der Stadt Göttingen mit -0,5 %, am stärksten im Kreis Osterode mit -20,6 %. Am gravierendsten ist der Einbruch bei den jüngeren Mittelalten (30-44 Jahre) um ein Drittel. In der Stadt Göttingen schrumpft diese Generation um ein Fünftel, in Osterode sogar um nahezu die Hälfte. Leichte Zuwächse (+4,6 %) werden für die älteren Mittelalten (45-59 Jahre) erwartet. Die Werte streuen zwischen +23,8 % im Kreis Göttingen und -4,7 % im Kreis Osterode. Ebenso differieren die Änderungsraten bei den Senioren (60-74 Jahre), deren Zahl im Regionsmittel stabil bleibt. Zuwächse in Stadt und Landkreis Göttingen stehen hier Rückgänge in den übrigen Kreisen gegenüber. Stark zunehmen (+11,6 %) werden die Hochaltrigen - in geringerem Maße im Kreis Osterode, in höherem (+18,5 %) im Kreis Göttingen.
- Teilräume: Per saldo schrumpft die Bevölkerung in der Region um ca. 12 % mit den Extremen -20 % in Osterode und -5 % in Stadt und Landkreis Göttingen. Die Stadt Göttingen ist geprägt durch stabile Zahlen bei Kindern, Junioren und älteren Erwerbstätigen, durch Zuwächse bei den Alten und durch starke Einbrüche beim Beschäftigtenachwuchs. Demgegenüber haben die ländlichen Kreise Holzminden, Northeim und Osterode a. H. starke Rückgänge bei den jüngeren Generationen (0-44 Jahre), stagnierende bis rückläufige Zahlen in der Altersgruppe 45-75 Jahre und große Zuwächse bei den Hochaltrigen zu erwarten. Der Landkreis Göttingen (ohne Stadt) liegt im Zwischenfeld.

Noch stärker fällt die kleinräumige Differenzierung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene aus. Das Niedersächsische Landesamt für Statistik hat eine "Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung" für das Jahr 2012 auf der Basis 2002 erstellt. Diese Status-quo-Prognose steht im Online-Dienst des NLS (www.nls.niedersachsen.de - mittlerweile fortgeschrieben bis 2013) zur Verfügung und gewährt interessante Ausblicke in die mittelfristige Zukunft. Methodisch ist zu beachten, dass es sich um eine Status-Quo-Prognose handelt, die die Trends der letzten fünf Jahre „mechanisch“ fortschreibt und so z. B. eine Fortsetzung bisheriger Siedlungstätigkeit ungeprüft unterstellt. Für Südniedersachsen wurde die Prognose nach Altersgruppen und regionaler Verteilung ausgewertet (vgl. Kap. 6). Die Gemeinden haben je nach Lage unterschiedliche Veränderungsrate ihrer Einwohnerzahlen zu erwarten (vgl. Abb. 09).

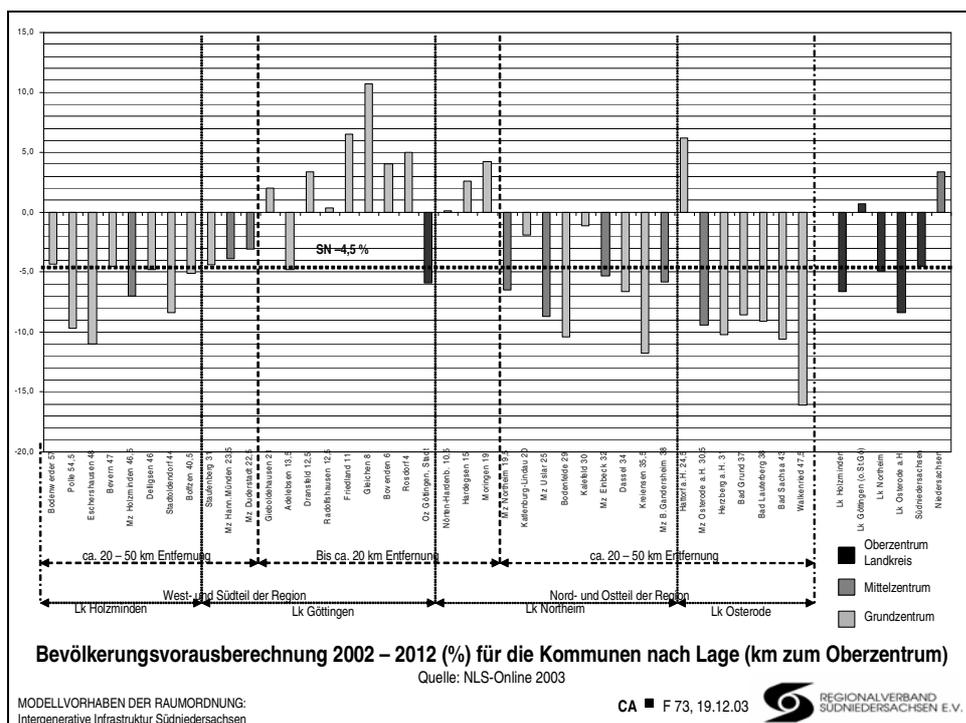


Abbildung Nr. 09

Im Jahr 2002 leben in Südniedersachsen 579.000 Menschen. Zehn Jahre später werden es hier voraussichtlich nur noch 553.000 sein; das sind 4,5 % weniger. Die Bevölkerung der Region wird in einem Jahrzehnt um die Größenordnung eines Mittelzentrums wie Hann. Münden schrumpfen. Dies läuft dem Landestrend entgegen, der in dem Zeitraum ein Wachstum von durchschnittlich 3,4 % erwarten lässt. Das Durchschnittsalter in Südniedersachsen wird in der Prognosezeit weiter steigen. Die voraus berechnete Bevölkerungsentwicklung der Städte und Gemeinden folgt den Tendenzen der vergangenen 15 Jahre, allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Die Lage zum Oberzentrum wird weiterhin den demographischen Wandel maßgeblich beeinflussen und die Gemeinden in Wachstums- bzw. Schrumpfungszonen unterscheiden.

Besondere und frühzeitige Beachtung bedarf vor allem die voraussichtliche Entwicklung der Erwerbsfähigen hinsichtlich ihrer altersmäßigen und ihrer räumlichen Aufteilung (vgl. Abb. 10). Die Region Südniedersachsen setzt sich raumordnerisch aus dem "verstäderten Kreis" Göttingen (einschließlich der Stadt Göttingen) und den "ländlichen Kreisen" Holzminden, Northeim und Osterode a. H. zusammen. Die Bevölkerung der Region wird in dem Prognosezeitraum um -4,5 % abnehmen. Die Zahl der Erwerbsfähigen, das sind die Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, nimmt mit -7,1 % noch stärker ab. Der Anteil der Erwerbsfähigen an der Bevölkerung sinkt dabei von 66,0 % auf 64,2. Diese Anteilsverschiebung entspricht genau dem Landesdurchschnitt Niedersachsen. Handlungsbedarf ergibt sich insbesondere aus der Altersentwicklung der Erwerbsfähigen in den einzelnen Kreisen:

- Die Stadt Göttingen als Oberzentrum der Region ist durch den wachsenden Studierendenanteil in der Gruppe der 15-25-jährigen geprägt. In der Altersgruppe der 25-45-jährigen ist hier der regionsweit stärkste Rückgang mit -40,5 % zu erwarten. Demgegenüber nehmen die älteren Erwerbsfähigen (45-<65 Jahre) um 21,7 % zu. Per Saldo schrumpft so die Zahl der Erwerbsfähigen um -9,1 %.
- Das verstäderte Umland des Oberzentrums, der Landkreis Göttingen (ohne Stadt), kann - als regionale Besonderheit - mit einer stabil bleibenden Erwerbsfähigkeitszahl rechnen (+0,6 %). Der Rückgang bei den Jüngeren (-16,3 %) wird durch den Zuwachs bei den Älteren (+18,9 %) ausgeglichen.
- Die ländlichen Kreise Holzminden, Northeim und Osterode a. H. weisen kaum Unterschiede in den Altersgruppentrends auf. Die Personen im Ausbildungsalter (15 -<25 Jahre) werden zwischen fünf und zehn Prozent weniger. Die Zahl der jüngeren Erwerbsfähigen (25 -<45 Jahre) wird um mehr als

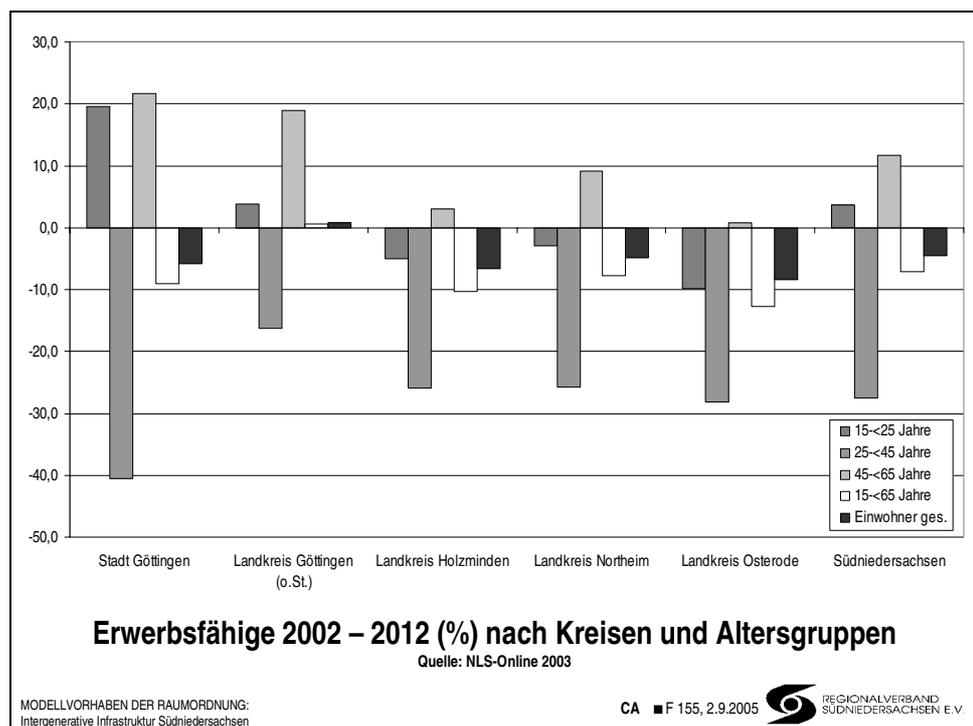


Abbildung Nr. 10

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 155, 2.9.2005 REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

ein Viertel kleiner (HOL -25,9%, NOM -25,8%, OHA -28,1%). Dem stehen nur geringere Zuwächse bei den älteren Erwerbsfähigen gegenüber. Per Saldo nimmt die Gesamtzahl der erwerbsfähigen 15-65-jährigen Einwohner um -7,8 % im Landkreis Northeim, um -10,4 % im Landkreis Holzminden und -12,8 % im Landkreis Osterode a. H. ab.

Die Analyse zeigt deutlich die Strukturunterschiede zwischen dem Landkreis Göttingen als dem verstärkten Kernraum der Region und dem umgebenden ländlichen Raum. Die Gesamtzahl der Erwerbsfähigen im Landkreis Göttingen wird von 183.000 im Jahr 2002 voraussichtlich um -4,1 % auf 175.000 in 2012 zurückgehen. Demgegenüber wird die Bevölkerung insgesamt nur um -2,4 % schrumpfen. Weil der Anteil der nicht erwerbsfähigen Über-65-jährigen merklich ansteigt (+10,1 %), sinkt die Erwerbsfähigkeitsquote im Prognosezeitraum von 69,1 % auf 67,9 %.

Als Indikator für die soziale Leistungsfähigkeit eines Raumes wird das altersbezogene Verhältnis von Erwerbsfähigen und Nichterwerbsfähigen herangezogen. Es beschreibt quantitativ, welche Altersgruppen bei ihrer infrastrukturellen Versorgung von anderen Altersgruppen abhängig sind. Bei der „Raumbeobachtung“ (BBR 2002) werden folgende Indikatoren unterschieden:

- **Erwerbsfähigkeitsquote:** Anteil der Einwohner von 15 bis unter 65 Jahren an den Einwohnern in %. Der Indikator misst das demographische Erwerbspotential. Die Erwerbsbevölkerung ist höher als die Zahl der Erwerbspersonen (Ausbildungszeiten, Arbeitslosigkeit, flexibles Renten- und Pensionsalter). Die Zahl der erwerbsfähigen Einwohner wird in Südniedersachsen von 2002 bis 2012 voraussichtlich um 7,1 % zurückgehen (vgl. Abb. 10). Dies weicht vom Landestrend ab, der von einem geringen Anstieg dieser Jahrgänge ausgeht (+0,5).
- **Abhängigenquote Junge:** Anteil der Einwohner unter 15 Jahren an den Einwohnern von 15 bis unter 65 Jahren in %. Der Indikator zeigt an, in welchem Umfang durch junge Menschen bedingte Bildungskosten für die erwerbsfähige Bevölkerung auftreten, und weist auf spezifischen Infrastrukturbedarf (Kindertagesstätten, Schulen, Freizeiteinrichtungen) hin. Je niedriger die Abhängigenquote in einer Gemeinde, einem Kreis oder einer Region ist, umso höher wird die soziale Leistungsfähigkeit zur Versorgung der "Abhängigen" eingeschätzt. Das BBR hat für 1999 für die Region eine Abhängigenquote Junge von 23,2 % ermittelt. Das entspricht ziemlich genau dem Bundesdurchschnitt von 23,1 %. Die Berechnungen des NLS ergeben für 2002 einen regionalen Durchschnittswert von 22,5 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 24,7 %. Die Quote soll bis 2012 regional auf 21,5 % und landesweit auf 23,4 % sinken.
- **Abhängigenquote Alte:** Anteil der Einwohner von 65 Jahren und älter an den Einwohnern in %. Der Indikator weist darauf hin, in welchem Umfang durch alte Menschen bedingte Versorgungskosten für die erwerbsfähige Bevölkerung auftreten, und weist auf Bedarf an ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenhilfe hin. Die "Abhängigenquote Alte" beträgt nach Angaben des BBR 1999 in der Raumordnungsregion Göttingen 26,9 %. Das ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 23,9 %. Südniedersachsen liegt damit in der Spitzengruppe der 97 Raumordnungsregionen, die aus 13 gleich hohen oder höheren Werten gebildet wird. Im "Längsschnitt" durch die Region ähneln die gemeindeweise dargestellten "Abhängigenquoten Alte" dem Verteilungsmuster der Einwohneranteile der 65 und mehr Jahre alten Menschen. Nach den Daten des NLS liegt die Durchschnittsquote im Jahre 2002 in Südniedersachsen bei 29,0 % und steigt bis 2012 auf 34,3 %, höher als der Landesmittelwert von 32,5 %. Das bedeutet, dass dann drei erwerbsfähigen Einwohnern ein alter nichterwerbsfähiger gegenübersteht.

Zusätzlich wird hier eine Gesamtabhängigenquote „Junge plus Alte“ gebildet, die die summierte soziale Versorgungslast der Erwerbsgeneration beschreibt (vgl. Abb. 11). Rechnet man nichterwerbsfähige, junge und alte Generationen zusammen und setzt sie ins Verhältnis zur erwerbsfähigen Generation, so erhält man den Gesamtabhängigkeitsfaktor. Er liegt im Regionsmittel 2002 bei 51,5 % und steigt 2012 auf 55,7 %. Er unterscheidet sich nicht vom Landesdurchschnitt. Die günstigste "Versorgungsrelation"

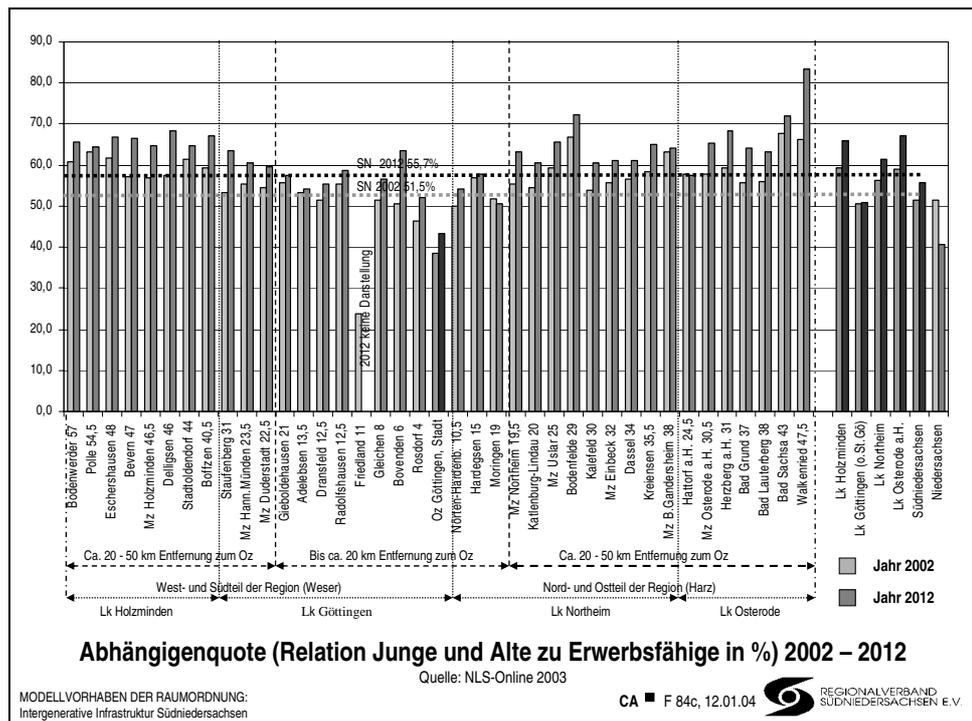


Abbildung Nr. 11

aktiver zu nicht aktiver Bevölkerung tritt 2012 im Kernraum der Region auf mit dem niedrigsten Wert in der Stadt Göttingen (43,4 %), gefolgt von den Pendlergemeinden Moringen (50,7 %), Rosdorf (52,0 %), Adelebsen (54,3 %) und Dransfeld (55,4 %). Am ungünstigsten sind die Gesamtabhängigenquoten in den zentrumsfernen ländlichen Räumen am Südharz mit Höchstwerten in Walkenried (83,3 %) und Bad Sachsa (71,9 %) sowie an der Oberweser mit dem Höchstwert in Bodenfelde (72,3 %). In diesen Räumen stehen statistisch vier erwerbsfähigen Menschen drei nichterwerbsfähigen gegenüber.

Die Bevölkerungsentwicklung hat Auswirkungen auf die Raumstruktur in Form der regionalen Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten. Sie werden als Haushalts- und Erwerbsstruktur prognostisch beschreibbar (vgl. HÜNING 2004 zur Auswertung der „Raumordnungsprognose“ für Südniedersachsen). Wohn- und Beschäftigungsverhältnisse stehen als Standortfaktoren in gegenseitiger Abhängigkeit. Die Anforderungen an Familienarbeit und Erwerbsarbeit prägen die individuelle Haushaltsstruktur. Eine vermittelnde Funktion in diesem Marktgeschehen hat die soziale Infrastruktur. Sie kann mit ihren familienbezogenen Dienstleistungen die "Balance von Familien- und Erwerbsarbeit" ermöglichen und beeinflussend wirken hinsichtlich

- der Geburtenrate: Die derzeitige Geburtenquote liegt bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau. Länder mit ausgebauter Kinderbetreuung wie Frankreich weisen eine deutlich höhere Geburtenrate von 1,9 auf. Zur "Bestandserhaltung" wäre eine Quote von 2,1 erforderlich.
- der Haushaltsstruktur: Nach der Raumordnungsprognose 2020 sinkt die Zahl der Haushalte in Südniedersachsen von 281.100 (1999) um 3 % auf 272.600 im Jahr 2020. In diesem Maße wird auch der regionale Wohnungsbedarf zurückgehen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird infolge der Zunahme kleinerer älterer Haushalte auf ca. 2 Personen/Haushalt sinken.
- der Erwerbsstruktur: Die Raumordnungsprognose 2020 prognostiziert einen Rückgang der Erwerbspersonen in Südniedersachsen von derzeit 275.700 um 8,7 % auf 251.000. Der Anteil der 30-45-jährigen Erwerbspersonen sinkt erheblich von 44,5 % auf 36,1 %. Für das Jahr 2010 rechnet die Raumordnungsprognose mit einem Rückgang der Erwerbstätigen um 1,2 %.
- des Seniorenpotenzials: Die Altersgruppe der Über-60-jährigen wächst bis 2020 um etwa 13 %. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf den Wohnungs- und Infrastrukturbedarf dieser Altersgruppe sowie auf das Potenzial für freiwilliges Engagement für die Gesellschaft.

2.3 Zielfindung: *Generationensolidarität als Leitbild*

Der demographische Wandel spricht nicht nur ein einzelnes sektorales Politikfeld sondern das komplexes Handlungsgeflecht in einem Gemeinwesen an. Die folgende Internet-Literaturanalyse zeigt, dass die Gestaltung des Generationenwandels (z. B. Generationenrate, Wanderungssaldo, Frauenerwerbsquote, Lebensarbeitszeit, Belastungsquote, Seniorenaktivität) eine neue gesellschaftliche Aufgabe ist und vor allem die in der Abbildung 12 dargestellten Handlungsfelder berührt. So ist es die Aufgabe der Familienpolitik, fördernde Bedingungen für junge Familien zu schaffen. Die Generationenpolitik ist angehalten, Dialog und Hilfe zwischen den Generationen zu vermitteln und die Bürgerpolitik sollte sich um die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements bemühen. Diese Handlungsfelder sind in einem Gemeinwesen eng miteinander verknüpft und können nicht isoliert betrachtet werden. Jedes dieser drei Politikfelder stellt einen Teilbereich der Gemeinwesenpolitik dar, doch der Bezug zur nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung wird - wenn überhaupt - nur indirekt formuliert. Während die qualitativen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur aufgrund von Altersstrukturverschiebungen zumindest teilweise Erwähnung finden, ist von der quantitativen Veränderung der Bevölkerung z.B. durch eine Veränderung der Kinderzahl oder des Wanderungsverhaltens kaum die Rede. Eine Auseinandersetzung der Familienpolitik, der Generationenpolitik und der Bürgerpolitik mit dem Thema der nachhaltigen Bevölkerungspolitik erscheint jedoch nötig. Es müssen Wege gefunden werden, die Bevölkerungsentwicklung nachhaltig, d. h. mit den verfügbaren eigenen Ressourcen und nicht auf Kosten anderer Generationen oder Räume zu gestalten. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Themenbereichen der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts sowie Fragen von Zuwanderung unter angemessenen Bedingungen.

Nach LÜTKES (2004) muss das Ziel der Familienpolitik „die Schaffung einer familienfreundlichen Gesellschaft“ sein, „in der Menschen mit Kindern die Bedingungen vorfinden“ und in der „Familien nach ihren eigenen Vorstellungen“ leben können. Die Voraussetzung für die Verwirklichung individueller Lebensziele ist, gute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen für eine möglichst gute Leistungsentfaltung der Familien zu schaffen und dauerhaft zu sichern. Dazu gehört, dass die Familien nicht in finanzieller Not leben, sondern über ein familiengemäßes Einkommen verfügen, dass Kinder frei von sozialer Ausgrenzung leben, dass Chancengerechtigkeit herrscht und dass jeder die bestmögliche Förderung erhält (LÜTKES 2004). Innerhalb der Familie müssen Binnenstrukturen geschaffen werden, die eine wichtige Grundlage für die Ordnung der Beziehungen der Familienmitglieder sind. Diese Binnenstrukturen sind wichtig, damit die Rollenaufteilung der Eltern auch in Hinblick auf die Erwerbsarbeit deutlich ist. Zudem sind sie für die Eltern-Kind-Beziehung von großer Bedeutung. Familienpolitik muss außerdem sicherstellen, dass nicht nur das zeitliche Nebeneinander von Erwerbstätigkeit und Kleinkinderbetreuung möglich ist, sondern es muss auch auf das zeitlich phasenversetzte Nacheinander von Erwerbstätigkeit, Kleinkinderbetreuung und wieder anschließender Erwerbsarbeit geachtet werden. Dabei können entsprechende familienbezogene Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie soziale Dienste helfen (WINGEN 2004).

Der politische Diskurs über die Generationenverhältnisse rückt stärker in die Öffentlichkeit. Durch die sinkenden Geburtenraten einerseits und die steigende Lebenserwartung älterer Menschen andererseits müssen immer weniger junge Menschen für eine größer werdende Zahl älterer Menschen sorgen. Der sozialstaatliche Generationenvertrag muss neu "formuliert" werden. Durch die abnehmenden Kinderzahlen gibt es innerhalb der jeweils eigenen Generation weniger Verwandtschaft, während die Zahl der Generationen in vertikaler Richtung aufgrund der längeren Lebenserwartung zunimmt. Es kommt zu einer Abnahme der intergenerationalen Beziehungen, wohingegen die sozialstaatlich hergestellten an Bedeutung gewinnen (KIRSCH 2005). Die mit dem demographischen Wandel und insbesondere mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung einhergehenden Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn es gelingt, „alternative Modelle des Zusammenlebens zu entwerfen und Junge und Alte an neuen Formen der Generationensolidarität zu beteiligen“ (VEREINE MACHEN ZEITUNG 2004).

Insbesondere die Aktivierung von Senioren ist ein Ziel der Generationenpolitik. Dabei sollen die aktive Beteiligung Älterer am gesellschaftlichen Geschehen sowie eine Verbesserung bzw. ein Erhalt ihrer Selbstständigkeit gefördert werden. Zudem sollen geistige und körperliche Aktivität sowie Kreativität angeregt werden. Seniorenpolitik wiederum hat das Ziel, die Verbindung mit anderen Generationen herzustellen, und ist daher auch Generationenpolitik (vgl. www.die-senioren.de).

Die durch den demographischen Wandel hervorgerufene Krise des Sozialstaats wird als Chance für eine Aufwertung des Ehrenamts gesehen. Das freiwillige Engagement könnte sich im Kontext der Transferzahlungen der sozialen Sicherungssysteme und in Austauschbeziehungen mit den professionellen Diensten der Behörden und der freien Wohlfahrtspflege zur dritten Säule entwickeln. Die objektiven Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement sind in den letzten Jahren günstiger geworden. So ist der Bildungs- und Ausbildungsstand von Männern und Frauen gestiegen, für viele Bürger haben sich die wirtschaftlichen Ressourcen verbessert und durch kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten sowie flexible Arbeitszeiten hat die Freizeit zugenommen, sodass mehr Zeit für ein ehrenamtliches Engagement zur Verfügung steht. Mehr Zeit ist auch durch die geringere Zahl der in der Familie zu versorgenden Kinder und durch die Verlängerung der gesunden Lebenszeit vorhanden. Zudem haben das Interesse und die Bereitschaft, freie Zeit zu spenden und dabei auch für sich selbst etwas zu tun, zugenommen. Doch auch wenn das bürgerschaftliche Engagement größer geworden ist, ist das Potenzial interessierter Bürger noch nicht ausgeschöpft (vgl. www.freiwilligen-kultur.de). Dem stehen Hemmnisse in Form kleiner werdender Zeitbudgets z.B. durch längere Pendlerdistanzen oder mehr Schichtarbeit entgegen. Die Aufgaben und Ziele einer generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung lassen sich als "Schnittmengen" der demographieorientierten Politikfelder auffassen:

Familienunterstützung als "Schnittmenge" zwischen Familienpolitik und Generationenpolitik: Der Generationenvertrag wurde bisher relativ einseitig als öffentliche Transferleistung an die ältere Generation verstanden. Die Leistungen, die innerhalb einer Familie zwischen den Generationen erbracht werden, bleiben dabei oft unberücksichtigt. Die jüngere Generation unterstützt die mittlere und ältere Generation vor allem mit persönlichen Hilfen wie Haushaltsarbeiten, Besorgungen oder Betreuung. Die mittlere Generation bietet den Kindern, auch wenn diese nicht mehr im Elternhaus leben häufig finanzielle Unterstützung und Hilfen in Form von Sachmitteln. Der älteren Eltern-Generation wird von der mittleren Generation persönliche Unterstützung geleistet. Die mittlere Generation ist daher als „Sandwich-Generation“ sowohl von "oben" durch die Eltern als auch von "unten" durch die Kinder gefordert (OPASCHOWSKI 2004). Die ältere Generation stellt sowohl der jüngeren als auch der mittleren Generation Geld, Sachmittel und persönliche Hilfen in erheblichem Umfang zur Verfügung. Oft wird davon gesprochen, dass die Alten für die Jungen sparen und dass sie im Verlauf ihres Lebens mehrfache Beiträge zum Erhalt des Generationenvertrages leisten. Somit ist die Familie die beständigste und nachhaltigste Form der Alterssicherung (OPASCHOWSKI 2004). Bei einem Rückgang der Familienbindung aufgrund von rückläufigen Kinderzahlen muss ein Ersatz für diese innerfamiliären Hilfsleistungen gefunden werden. Auch Freunde reichen im Alter nicht aus, da sie meist der gleichen Generation angehören und damit mit zunehmendem Alter zahlenmäßig abnehmen. Eine Möglichkeit für Familien, diese Hilfsleistungen zu ersetzen, ist die Familienselbsthilfe. Hier wird durch die Bildung kleinräumiger Solidarnetze und damit der Öffnung der Familie versucht, eine strukturelle Unterstützung bei der Bewältigung der ständig zu erbringenden Anpassungs- und Familienleistung zu ermöglichen. Das Engagement in der Familienselbsthilfe, z.B. in Mütterzentren, bildet eine Brücke zwischen der Privatheit in der Familie und der Öffentlichkeit und dem Beruf (GERZER-SASS 2004) Besonders auf dem Gebiet der Zusammenführung von Kindern und Senioren werden in Zukunft alternative Formen zur Enkel-Großeltern-Beziehung nötig. Kinder und Eltern leben in der heutigen Zeit oft weit voneinander entfernt, sodass die „multilokale Generationenfamilie“ der vorherrschende Familientyp ist. Kinder und Großeltern begegnen sich daher nur selten (AMRHEIN 2004). Trotzdem hat die Jugend für die ältere Generation eine gewisse Anziehungskraft und die älteren Menschen haben wegen ihrer hohen Ausbildung und Erfahrung viel weiter-

zugeben. In generationsübergreifenden Familienzentren können Kinder von den Erfahrungen und dem Wissen der Senioren lernen und sie können ihre Geschichten anhören. Senioren wollen unterhalten werden und freuen sich daher, wenn Kinder Dinge vorführen und dafür gelobt werden wollen. Kindern die Zuverlässigkeit und Geborgenheit zu geben, die sie brauchen, lässt bei der älteren Generation das Gefühl entstehen, gebraucht zu werden (GFZ – DAS GENERATIONSÜBERGREIFENDE FAMILIENZENTRUM MÜNCHEN). Eine Familienpolitik muss also eine Mehr-Generationenpolitik sein, die für Rahmenbedingungen sorgt, bei denen die zeitlichen, finanziellen und materiellen Belastungen nicht so hoch sein dürfen, dass die jüngere Generation sich gegen eine Familiengründung entscheidet. Weiterhin argumentiert OPASCHOWSKI, dass eine wirksame Familienpolitik eine Generationenpolitik sein muss, die von dem Grundsatz des Kindeswohles geleitet wird. Ihm zufolge heißt ein gelungenes Leben in Zukunft Familie zu haben und sozial vernetzt zu sein.

Kinderentwicklung als "Schnittmenge" von Familienpolitik und Bürgerpolitik: Die Familienpolitik unterstützt Einrichtungen wie die der Familienselbsthilfe. Hier liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Netzwerke im Sinne von Stützsystemen im lebensweltlichen Zusammenhang von Familien von großer Bedeutung sind. Es werden soziale Kontakte erweitert, so dass einer Isolation vorgebeugt und die Alltagsbewältigung sowie das Familienengagement erleichtert wird. Zudem wird so zu einer gesellschaftlichen Integration und Partizipation von Familien am öffentlichen Leben beigetragen. Durch das gemeinsame Handeln werden neue Erfahrungen und Einsichten gewonnen sowie neue Fähigkeiten entdeckt und entwickelt. Es kommt also zu einer Kompetenzausweitung in unterschiedlichen Bereichen. Im Vordergrund stehen bei der Familienselbsthilfe wie auch bei der Nachbarschaftshilfe Wissen, Erfahrungen und Fähigkeiten aus dem familiären Alltag (BAYRISCHES LANDESJUGENDAMT 2005). Es werden mit der Entwicklung von Methoden- und Sozialkompetenzen Schlüsselqualifikationen gefördert, die sowohl im Berufs- als auch im Familienleben von Nutzen sein können.

Seniorenaktivierung als "Schnittmenge" von Bürgerpolitik und Generationenpolitik: Die Beziehungen zwischen den Generationen aufrecht zu erhalten ist wichtig, da die wechselseitige Anerkennung und Wertschätzung eine wichtige Grundlage für Lebenszufriedenheit und persönliche Entwicklung ist. Durch persönliche, alltägliche Kontakte zwischen den Generationen werden negative Stereotypen verhindert und das Gefühl der älteren und jüngeren Generation gesellschaftlich nicht produktiv zu sein, kann durch

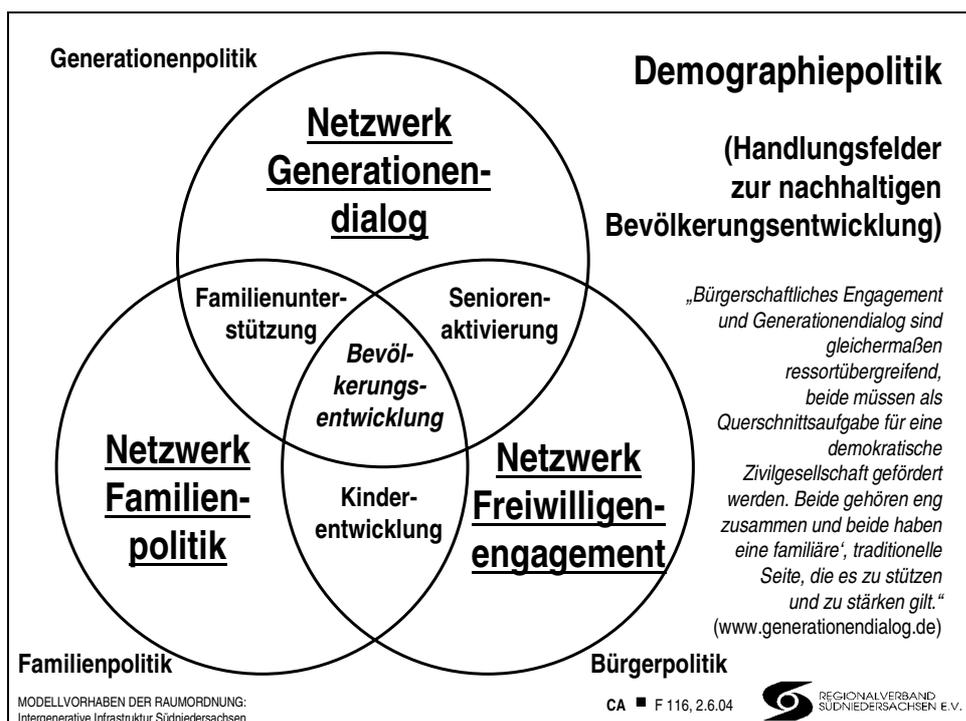


Abbildung Nr. 12

integrative Lebensformen verringert werden. Aufgrund des längeren dritten Lebensalters werden neben dem Konsum und dem privaten Lebensbereich Tätigkeiten wichtiger, die außerhalb des Berufs stattfinden. Somit wird auch das ehrenamtliche Engagement immer wichtiger. Durch ein bürgerschaftliches Engagement können Initiativen ins Leben gerufen werden, die Generationen verbinden. Zum einen sind dies Initiativen, die „nebenbei“ eine Verbindung der Generationen herstellen. Dies ist beispielsweise bei der Arbeit in Sport- oder Musikvereinen möglich. Zusätzlich gibt es Initiativen, die sich ausdrücklich dem Generationendialog widmen. Dazu gehört die Mitarbeit von z. B. Sportvereinen in Kindertagesstätten oder Schulen, die Berufsberatung beim Übergang von der Schule in den Beruf oder die projektartige Zusammenarbeit mit Schulen (DEUTSCHLAND AKTIV 2005).

Die angesprochen Politikfelder werden in übergeordneten Netzwerken behandelt, deren Einbeziehung für die regionale Zieldiskussion und Netzwerkbildung hilfreich genutzt wird (vgl. Statusforum 23.6.2004):

- Netzwerk Generationendialog Niedersachsen (ehemals: Freiwilliges Engagement für Alt und Jung): Die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. arbeitet im Auftrag des Sozialministeriums als Koordinierungsbüro in Niedersachsen. Es betreut das "Netzwerk Generationendialog Südniedersachsen" bei der "Freien Altenarbeit Göttingen e. V."
- Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik: Das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (ies) dient (bis 2004) als Netzwerkbüro im Auftrag der Sozialministerien von Bund und Ländern.
- Netzwerk „Lokales Bündnis für Familie“: Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beauftragte Servicebüro konnte beim Strategieforum (9.12.2004) viele Gemeinden für das Bündniskonzept interessieren.

Welchen Stellenwert die Zieldiskussion in der Abfolge der einzelnen Schritte der Modellplanung hat, ist in der Abbildung 13 dargestellt:

- Statusdiskussion: Am Beginn des Planungsprozesses wird die derzeitige Angebotsstruktur analysiert. Es hat in der Vergangenheit noch eine leicht zunehmende, teilweise aber auch schon stagnierende Anzahl von Haushalten als Hauptbedarfsträger gegeben. Dieser Trend wird sich verstärkt fortsetzen. Besonders die Zahl der jüngeren Haushalte mit Kindern wird um etwa ein Drittel in der

	Status		Strategie		Umsetzung	
	Analyse	Prognose	Leitziele	Konzepte	Projekte	Kontrolle
Familie	Leicht zunehmende oder stagnierende Zahl an Haushalten	stagnierende oder abnehmende Zahl an Haushalten	familienfreundliche Region mit Verträglichkeit von Erwerbs- und Familienarbeit	durch familienunterstützende Dienstleistungen und Einrichtungen	Modellprojekt Familien-/Generationenzentrum (integrierte Familiendienste)	Indikator: durchschnittliche Haushaltsgröße
Kinder	wenig Kinder infolge Geburtendefizit	weniger Kinder infolge Geburtendefizit	flächendeckende, qualifizierte Kleinkinderbetreuung	durch Kleinkinder-Bildungsdienste (Mütterzentren)	regionales Netzwerk Mütter- und Familienzentren	Indikator: Kleinkinderbetreuungsquote
Erwachsene	Ausreichend Erwerbsfähige	weniger Erwerbsfähige infolge Geburtendefizit und Abwanderung	Erweitertes Erwerbspotenzial, generationenübergreifende Interaktion	durch familiennahe Dienste, durch Familien-Freizeitdienste (Erzählcafés)	regionales Netzwerk Erzählcafés (Netzwerk Generationen-Dialog)	Indikatoren: Frauenerwerbsquote, Abhängigenquote
Alte	viele Alte infolge hoher Lebenserwartung	mehr Alte infolge höherer Lebenserwartung	flächendeckende, qualifizierte ambulante Altenpflege	durch ambulante Altenpflege-dienste (Sozialstationen)	Innovationen bei ambulanten Pflegediensten (Sozialstationen)	Indikator: Hauspflegequote („ambulant vor stationär“)

Zielableitung zur generationsübergreifenden Infrastruktur

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 68, 02.12.03  REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 13

Region zurückgehen. Dies wird zum Mangel an Nachwuchskräften in Wirtschaft und Gesellschaft führen. Die Behebung dieses Mangels kann die Anwerbung jüngerer Arbeitskräfte, eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und eine verlängerte Lebensarbeitszeit erfordern.

- **Strategiediskussion:** Aus diesen Status-quo-Prognosen lassen sich Ziele und Konzepte zur Bewältigung der infrastrukturellen Auswirkungen des demographischen Wandels ableiten. Leitziel ist es, den regionalwirtschaftlich und -gesellschaftlich bedrohlichen Mangel an jungen Familien durch eine familienfördernde regionale Politik zu vermeiden, die Erwerbs- und Familienarbeit miteinander durch unterstützende Dienstleistungsangebote verträglich macht. Unterstützungspotenziale finden sich in den demographisch größer werdenden älteren Generationen, die von Erwerbs- und Familienarbeit entlastet sind. Angebot und Nachfrage nach familienergänzenden Diensten, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich sein können, müssen durch gezielte Vermittlung in jeder Gemeinde und in jedem Stadtteil speziell zusammengebracht werden. Als Konzept dazu bieten sich "Familien- und Generationenzentren" an wie sie in Form von "Mütterzentren" in der Region bereits bestehen und sich schon teilweise dieser Aufgabe widmen.
- **Umsetzungsdiskussion:** In den Gemeinden gibt es verschiedene Einrichtungen, die sich mit Teilaufgaben aus dem Spektrum familiennaher Dienste befassen. Für eine ganzheitliche örtliche Familienpolitik bedarf es der Vernetzung aller Angebote in der Gemeinde. Dieses örtliche Netzwerk lässt sich als „Lokales Bündnis für Familie“ organisieren (vgl. www.lokales-buendnis-fuer-familie.de). Es initiiert die Kooperation der örtlichen Träger in einem Familien-/Generationenzentrum, das in seiner Idealform auch räumlich zusammenhängt.

Es gibt keine allgemeingültige Definition der sozialen Infrastruktur bzw. ihrer Gliederung. Für die Planungspraxis hat sich die Einteilung in drei Funktionsbereiche bewährt (CASSING / KÜPPERS 1978): „Der Zusammenhang der Einrichtungen kann als Kontinuum angesehen werden (vgl. Abb. 14):

- **Bildung:** Der Bildungsbereich stellt sich heute noch differenziert nach den Kerninstitutionen des Bildungswesens (schulischer Bereich), nach sonderpädagogischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen dar.
- **Freizeit:** Diejenigen Einrichtungen, die sich unter dem Begriff 'Freizeiteinrichtungen' subsumieren lassen - ohne dass hier damit eine eindeutige Definition ihrer Inhalte angestrebt wird - sind sehr he-

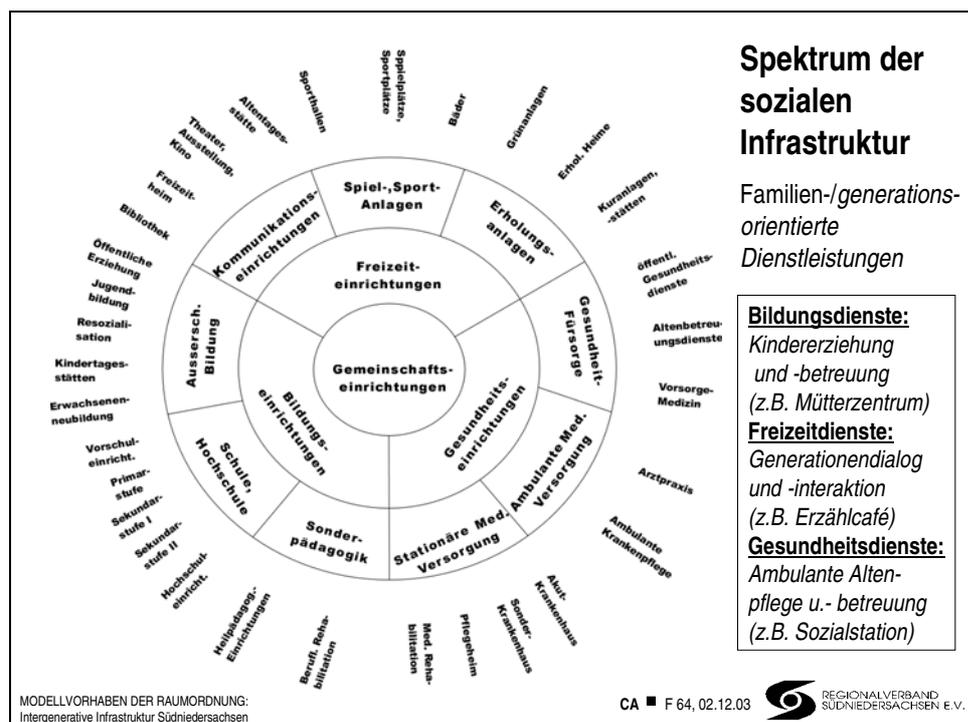


Abbildung Nr. 14

terogen strukturiert. Unterschieden werden kann nach Kommunikationseinrichtungen, Spiel- und Sport- sowie nach Erholungseinrichtungen und -anlagen.

- Gesundheit: Öffentliche Gesundheitsdienste, ambulante ärztliche Versorgung und der Krankenhausbereich werden häufig als die 'drei Säulen des Gesundheitswesens' bezeichnet."

In der Modellplanung steht nicht dieses Gesamtspektrum der sozialen Infrastruktur im Vordergrund - das ist der "amtlichen" Planung der Gemeinden und Kreise vorbehalten - sondern die funktionale Nahtstelle zwischen diesen "klassischen" Einrichtungen und den Nutzern als Generationenverband (Familien, Haushalte). Angesichts wachsender Anforderungen durch Erwerbsarbeit geht es dabei vor allem um Angebote zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der Familien und Haushalte durch Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie die Förderung des freiwilligen Engagements im Leistungsaustausch zwischen den Generationen, z.B. bei

- Bildungsdiensten: Kindererziehung und -betreuung (z.B. Mütterzentrum),
- Freizeitdiensten: Generationendialog und -interaktion (z.B. Erzählcafé),
- Gesundheitsdiensten: Ambulante Altenpflege und -betreuung (z.B. Sozialstation).

Bei der Zielfindung ist besonders zu beachten, dass sich die Generationenanteile innerhalb der Region verschieben. Es droht eine regionale Alters-Segregation. Die ländlichen Kreise altern und schrumpfen überproportional stark; die Bevölkerung des Kernraumes (Landkreis Göttingen) bleibt jünger und stabiler. Die Ausdünnung der Randzone führt zu einer relativen Verdichtung der Kernzone. Siedlungskapazitäten (Wohn- und Arbeitsstätten, zentrale Einrichtungen) im ländliche Raum fallen brach; weiterhin entsteht neuer Bedarf im verstädterten Raum. Lässt sich dieser unnachhaltigen Tendenz entgegensteuern? Die Ausdünnung der infrastrukturellen Nachfrage im ländlichen Raum führt zu unrentablen Betriebseinheiten. Die Folgen sind Zusammenlegungen, vergrößerte Einzugsbereiche und aufwändigere Erreichbarkeiten. Die zentralen Orte der Grundversorgung verlieren ihre Funktion. Verschlechterte Versorgung wiederum kann Abwanderung auslösen. Eine Abwärtsspirale der „passiven Sanierung“ kann in Gang kommen, wenn es nicht gelingt, durch verstärkte interkommunale Kooperationen in „Teilräumen“ (vgl. Abbildung Nr. 15) innovative Lösungen zur infrastrukturellen Versorgung zu entwickeln (z. B. Verbund-, Mobil-, Telekonzepte).



Abbildung Nr. 15

2.4 Konzepterstellung: Familienzentren als Agenturen für intergenerative Familiendienste

Die veränderten demographischen und wirtschaftlichen Anforderungen haben in den letzten Jahren auch zu neuen "Konzepten" bei der intergenerativen Infrastruktur geführt. In der Modellplanung Südniedersachsen werden vier generationsübergreifende Innovationsansätze identifiziert, die in diesbezüglichen Projektwerkstätten auf ihre Bedeutung für die regionale Generationenpolitik, auf ihre Übertragbarkeit auf andere Räume und auf ihre konzeptionelle Vernetzbarkeit zu "Generationen-/Familienzentren" (z. B. Begegnungsstätte Bovenden, Familienzentren Hardeggen, Uslar, Bodenfelde) betrachtet werden:

- Intergenerative Kommunikation: Ältere Menschen verfügen über ein breites Erfahrungswissen, dessen Vermittlung an die jüngeren Generationen zunehmend Bedeutung gewinnt. Im Rahmen des "Zeitzeugenprojektes" der Freien Altenarbeit Göttingen e.V. wird mit dem Arbeitsansatz "Erzählcafé" biographisches Wissen an die nachwachsenden Generationen vermittelt.
- Freiwilliges Engagement: Ein wichtiges Standbein der sozialen Infrastruktur ist die ehrenamtliche Arbeit in der "Wohlfahrts- und Kulturpflege". Für Menschen nach der Erwerbs- und Familienphase ergeben sich in der ehrenamtlichen Arbeit neue kontaktfördernde und ausfüllende Aktionsfelder. Gute Praxisbeispiele hierzu sind das Bonus-Freiwilligenzentrum Göttingen e.V., die Freiwilligenagenturen Goslar und Osterode a. H. sowie die „Nachbarschaftshilfe Bovenden“.
- Selbstorganisierte Laienarbeit: Selbsthilfe- und Laienprinzip in der Familienarbeit stärker zu praktizieren, ist der konzeptionelle Ansatz von "Mütterzentren". Modelle in Südniedersachsen gibt es in Hardeggen, Moringen, Nörten-Hardenberg und Hann. Münden.
- Niedrigschwellige Profession: Zukünftig werden verstärkt ganztägige Kinderbetreuungsdienste nachgefragt, um mehr Frauen mit kleinen Kindern Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Beispielhafte Formen der "qualifizierten Laienarbeit" in der Tagespflege wurden von der Volkshochschule Göttingen ("Tagespflegebörse") und der „Kinderbetreuung Holzminden e.V.“ entwickelt.

Als generative Infrastruktur werden hier die einer nachhaltigen Generationenentwicklung (Bestandserhaltung) dienenden Einrichtungen definiert. Nach den altersbezogenen Zielgruppen kann man dabei drei generative Aufgabenfelder unterscheiden (vgl. Abb. 16):

- Kinderentwicklung: Einrichtungen, die der Entwicklung der Kinder bis zum Alter von ca. 15 Jahren

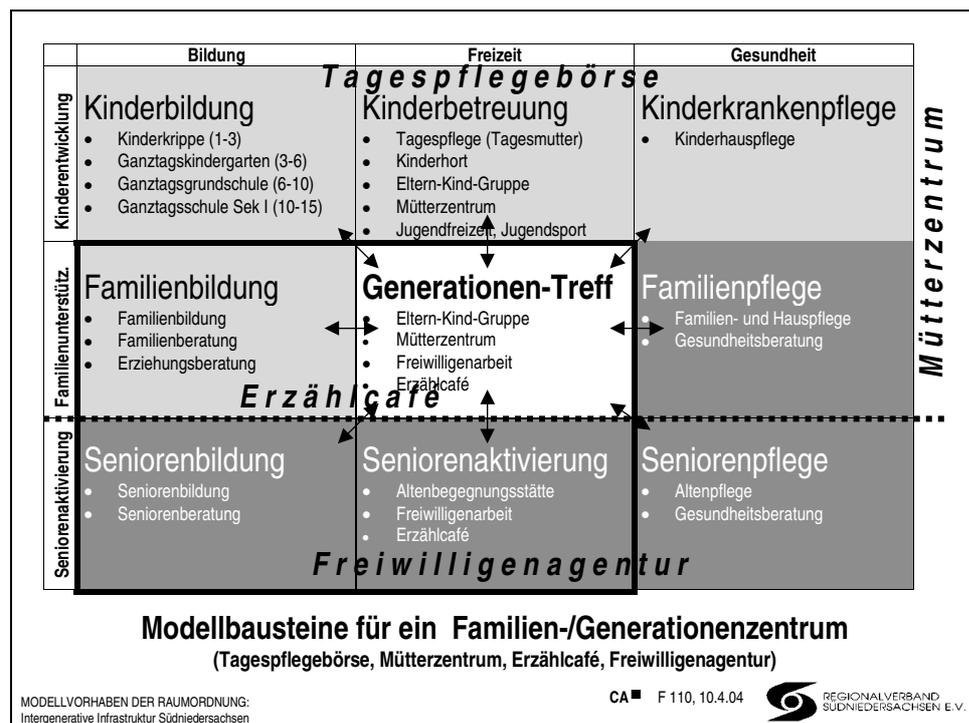


Abbildung Nr. 16

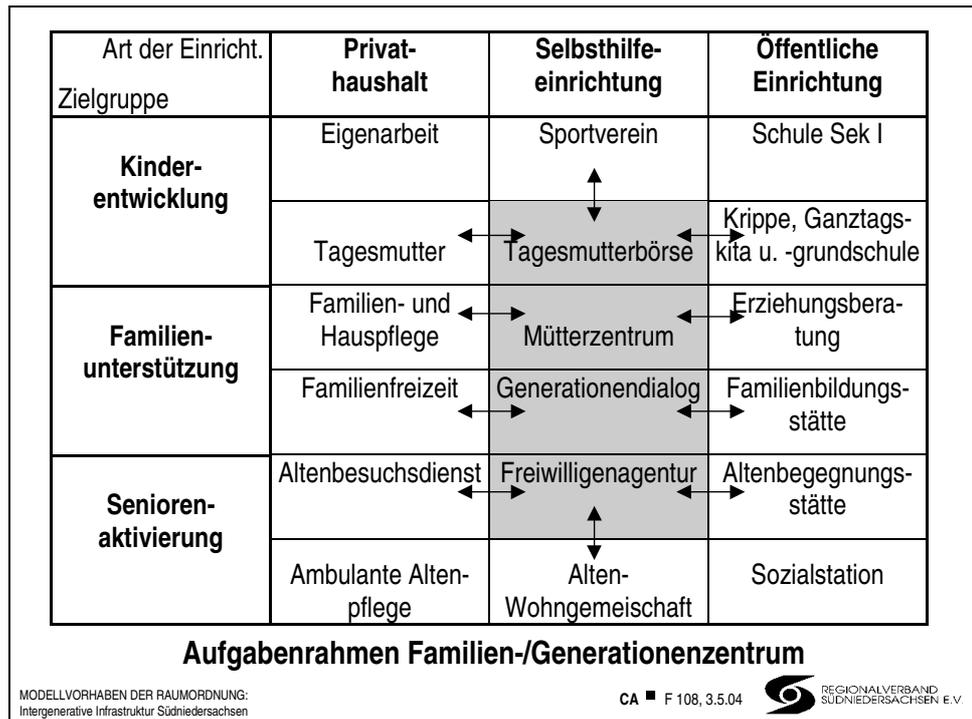


Abbildung Nr. 17

dienen. Bis zum Beginn der Geschäfts- und Berufsfähigkeit, die mit Abschluss des 9. Schuljahres gegeben ist, besteht ein hoher familialer und außerfamilialer Betreuungsbedarf im Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitsbereich. Die Verbesserung der Angebote soll die Auf- und Erziehungspotenziale junger Familien stärken und so eine bestandserhaltende Geburtenentwicklung fördern.

- Familienunterstützung: Einrichtungen, die der Unterstützung der Eltern bei der Familienarbeit dienen. Die Inanspruchnahme erweitert das familiale Funktionsspektrum (Bildung, Freizeit, Gesundheit) und schafft Entlastung für Erwerbsarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten oder Freizeit insbesondere für Frauen. Der demographische Schwund junger Erwerbspersonen erfordert eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Seniorenaktivierung: Einrichtungen, die der Aktivierung der Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitspotenziale der wachsenden Zahl älterer Menschen dienen. Die aktivierenden Angebote fördern die Erhaltung selbständiger Lebensführung und regen zur Unterstützung der jüngeren Generationen an. Das sinkende demographische Erwerbspotenzial eröffnet neue Möglichkeiten des freiwilligen Engagements von Senioren.

Die innovativen Ansätze bestehen bei diesen Modellen aus der Integration und den Synergieeffekten der verschiedenen Arbeitsformen wie professioneller Berufsarbeit, honorierter Laienarbeit, freiwilliger Ehrenamtsarbeit und eigener Selbsthilfearbeit (vgl. Abbildung 33, S. 55). Als Trägerschaftsformen können dabei unterschieden werden (vgl. Abbildung 17):

- Privathaushalt: Bei Dienstleistungen wie der Tagespflege ("Tagesmutter") treten die Privathaushalte selber als verantwortliche Träger auf. Die Dienstleister arbeiten privatrechtlich für die Auftraggeber.
- Selbsthilfeverein: Dies ist die geläufigste Form für selbstorganisierte Dienstleistungen.
- Öffentlicher Träger: In dieser Form arbeiten z. B. Schulen und kommunale Kindergärten.

Vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung wurde im Rahmen des „Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das „Familien-Zentrum“ als „Konzept einer lebenslagen- und lebensphasenorientierten Familienarbeit“ (KUHNT 1996, vgl. Abb. 18) Anfang der 90-er Jahre als Modell in den Neuen Bundesländern erprobt: „Modellhaft wurden Familienzentren an den Standorten Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpom-

mern), Annaberg und Radebeul (Sachsen) erfolgreich auf- und ausgebaut. Von diesen Orten der Familienarbeit gehen wichtige familienunterstützende und –fördernde Impulse in die Region selbst aus. Mit dem Aufbau von multifunktionalen Familienzentren ist ein an den Bedürfnissen von Familien orientiertes Instrument entwickelt worden, das Bedeutung hat für

- die Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien in der Region,
- die Entwicklung von Selbsthilfestrukturen,
- die Familienorientierung der Kommunalpolitik.

Anstöße zur Familienselbsthilfe resultieren aus den verschiedenen Problemlagen von Familien. Die Anlässe zur Gründung von Familienselbsthilfeinitiativen sind vielfach ganz konkrete Aufgaben, ein bedarf, den es zu decken und zu lösen gilt, z.B. Kinderbetreuung, Schaffung von Spielgelegenheiten für Kinder. Sie entwickeln sich vielfach aus nachbarschaftlichen Kontakten, aus Kindergarten- und Schullehrerschaften.

Der Begriff der Familie unterliegt, wie viele andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, einem stetigen Wandel. Neben der traditionellen Ehe mit Kindern gibt es heute vielfältige andere Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen,. Hierzu zählen insbesondere Ein-Eltern-Familien, Partnerschaften in neuen Lebensformen sowie zusammengesetzte Familien, sog. Stieffamilien. Die Vielzahl der Lebensformen wird im Laufe der Zeit durch Lebensereignisse, wie die Familiengründungsphase und andere besondere Lebenssituationen geprägt. Das Familienbild gestaltet sich dementsprechend vielfältig und dynamisch. Zur Umsetzung von Familienselbsthilfe müssen familienbezogene Netze, Formen des Umgangs miteinander und gegenseitige Hilfe entwickelt und erprobt werden. Sie setzt am familialen Lebenszusammenhang an, geht aber über die traditionellen Formen der Privatbeziehungen hinaus durch eine Erweiterung des Familiensystems. Ziel und Ergebnis der Familienpolitik auf örtlicher und regionaler Ebene sollte sein:

- Die Handlungsmöglichkeiten von Familien zu stärken,
- Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihrer Entwicklung fördern,
- Hilfen bereitzuhalten, wenn Familien mit den oftmals nur schwer zu lösenden Problemen im Alltag nicht aus eigener Kraft fertig werden.“

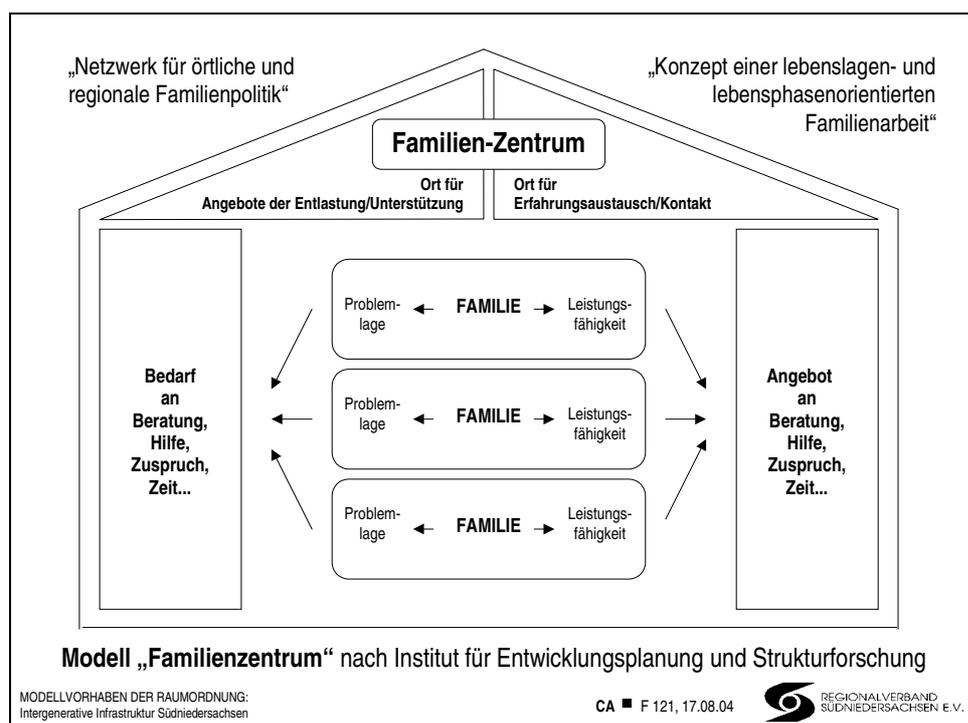


Abbildung Nr. 18

Eine beispielhafte Konzeption eines "Familienzentrums" ist im Rahmen der Jugendhilfeplanung des Landkreises Northeim für den "Sozialraum Uslar/Bodenfelde" entwickelt worden. "Sie ist entstanden als Antwort auf folgende Fragen: In welchem Bereich ist Jugendhilfe am wenigsten entwickelt? Wie können am besten schnell, wirksam und nachhaltig vorhandene personelle Ressourcen vernetzt und gebündelt werden, die Adressaten zur wirksamen Artikulation ihres Unterstützungsbedarfs angeregt und dabei unterstützt werden, insbesondere Hilfe zur Selbsthilfe organisiert und moderiert werden?...Uslar-Bodenfelde ... ist eine ländliche Region mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und einer relativ schwachen Infrastruktur, insbesondere auch im Bereich familienbezogener sozialer Dienste. ... Hier eine Entwicklung in Gang zu setzen und damit die soziale Infrastruktur nachhaltig zu verbessern und den Lebensraum attraktiver zu machen ist wesentliches Ziel des Projekts Familienzentrum. Zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien in der Region soll die soziale Infrastruktur durch niederschwellige, am aktuellen Bedarf orientierte Angebote weiter entwickelt werden, und zwar nur dort, wo erforderlich, durch Schaffung neuer Angebote, in erster Linie aber durch Erweiterung, Bündelung und vor allem Vernetzung vorhandener Aktivitäten, Dienste und Einrichtungen. Damit sollen ... vorhandene Ressourcen besser genutzt bzw. bisher nicht genutzte Ressourcen erschlossen werden. Insbesondere soll ehrenamtliches Engagement ermuntert und koordiniert, vor allem jedoch das Selbsthilfe-Potential der Adressaten mobilisiert und moderiert werden. Damit wird zugleich ein Rahmen für die Förderung der Beziehungen der Adressaten untereinander geschaffen und der Abbau von Schwellen zu Gruppen und Institutionen des Umfeldes unterstützt. Dieser Ansatz gilt in Fachkreisen als zukunftsweisend, jedoch mangelt es weithin an der praktischen Umsetzung. Auch in der Region gibt es bisher diese Form von Unterstützungsmaßnahmen für Familien nicht." (LK NORTHEIM 2003).

Für das „Familienzentrum Uslar“ (vgl. Kap. 9.1) ist vom Niedersächsischen Sozialministerium die Förderung als "Mehrgenerationenhaus" bewilligt worden. Es ist am 1.7.2005 in Betrieb gegangen. In Bodenfelde wird der ev.-luth. Kindergarten zu einem Familienzentrum „ausgebaut“ (s. Kap. 9.2). Die Eröffnung findet im 1.10. 2005 statt. Diese beiden realisierten Modelle können als Best-Practice für eine lebenslagen- und lebensphasenorientierte Infrastruktur angesehen werden. Sie vereinen familienbezogene, generationenbezogene „Hilfen unter einem Dach - auf drei Säulen“: Optimierung institutioneller Hilfen, Mobilisierung von Selbsthilfepotenzialen und Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfen (vgl. Abb. 19).

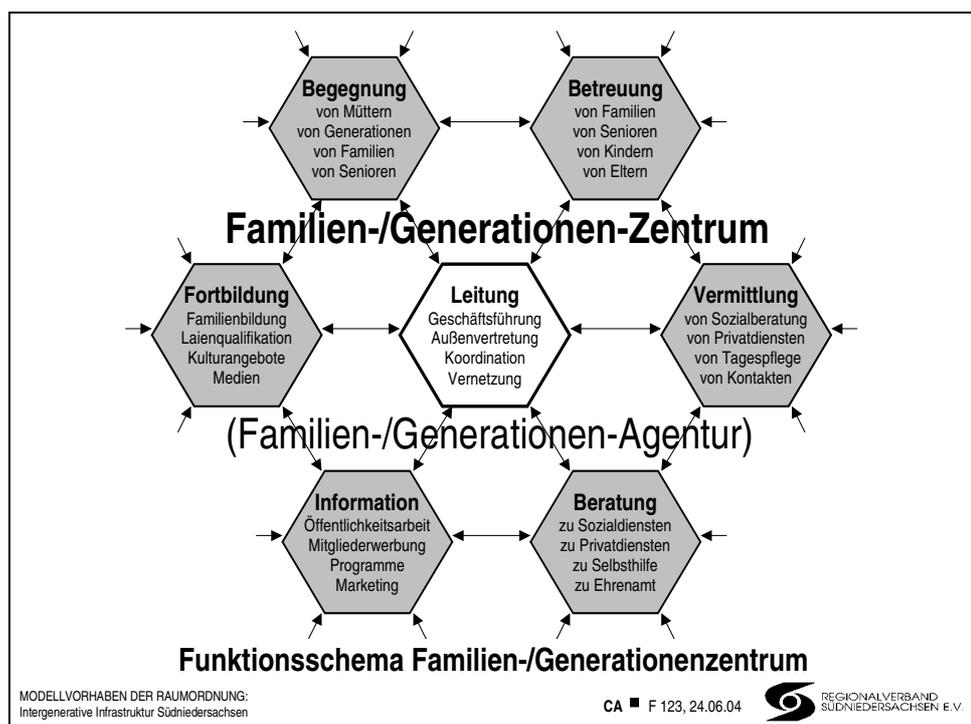


Abbildung Nr. 19

2.5 Projektbeschreibung: Lokale und regionale Generationennetzwerke

In den meisten Bundesländern sind „Familienzentren“ mittlerweile als „Einrichtungen der Familien-selbsthilfe“ anerkannte Instrumente der Familienpolitik und werden in bestimmtem Rahmen finanziell gefördert (vgl. Abbildung 20). Sie werden häufig als Vernetzung örtlicher Angebote der familienergän-zenden sozialen Infrastruktur verstanden. Die geläufigste Form bilden "Mütterzentren", von denen es mittlerweile ca. 400 in Deutschland gibt. Einige Bundesländer fördern auch die überregionale Vernet-zung der Einrichtungen zum Zwecke der Beratung und des Erfahrungsaustauschs. Aus den verschie-denen Länderdefinitionen lassen sich die folgenden Projektanforderungen herauslesen:

- **Selbsthilfe:** Familienzentren sind eine Plattform für soziale Kontakte und eine Grundlage für Soli-darnetze. Sie ermöglichen, sich auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen.
- **Selbstorganisation:** Es herrschen selbstorganisierte Trägerstrukturen vor. Die Einrichtungen basie-ren auf den von den Nutzerinnen und Nutzern eingebrachten Kompetenzen und Erfahrungen.
- **Angebotsvernetzung:** Die Zentren organisieren, vermitteln und vernetzen vielfältige familienentlas-tende Dienstleistungsangebote.
- **Freiwilliges Engagement:** Familienzentren fördern das freiwillige Engagement. Sie unterstützen und stärken die eigenen Kompetenzen.
- **Generationsübergreifende Kontakte:** Familienzentren vermitteln Kontakte zwischen Jung und Alt.
- **Kindertagesbetreuung:** Familienzentren entwickeln neue Formen der Kindertagesbetreuung und kooperieren mit Institutionsformen wie Kindergarten, -hort, -krippe und -tagespflege.
- **Lokalpolitik:** Familienzentren bringen Familienbelange in die Lokalpolitik ein und verstehen sich als Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat „zusammen mit starken Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft die Initiative ‚Lokale Bündnisse für Familie‘ ins Leben gerufen. Ein Ser-vicebüro steht allen, die etwas für Familien tun wollen, mit Rat und Tat zur Seite. Schon nach einem halben Jahr hat sich eine überwältigende Zahl von lokalen Bündnissen der Initiative angeschlossen: in Ost-, West-, Nord- und Süddeutschland, in Städten, Gemeinden und Landkreisen“ (BUNDESMINISTE-RIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2004).

Land	Definition Familienzentren	Förderung	Überregionales Netzwerk
Baden-Württemberg (sozialministerium.baden-wuerttemberg.de)	Familien- und Mütterzentren sind Einrichtungen der Familienselbsthilfe. Sie sind selbstorganisierte Strukturen und leben durch die von Müttern und Familien eingebrachten Kompetenzen und Erfahrungen. In manchen Orten heißen sie auch Eltern-Kind-Zentrum, Frauenbegegnungszentrum oder Nachbarschaftszentrum.	Fördervolumen 76.700 Euro/Jahr für Netzwerk (2/3) und Projekte (1/3)	Mütterforum Baden-Württemberg, Ludwigstr. 41-43, 70176 Stuttgart
Bayern (mueterzentren-bayern.de)	Die Mütter- und Familienzentren sind offene Einrichtungen der Familienselbsthilfe. Sie bieten den Familien viele Möglichkeiten: Soziale Kontakte und neue Solidarnetze; sich auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen; Stärkung der eigenen Kompetenzen; Familienentlastende Dienstleistungsangebote; Beratung und Unterstützung in Erziehungsfragen; Mutter-Kind-Gruppen; Kulturelle Veranstaltungen; Kurse, Seminare und Vorträge; Fort- und Weiterbildungsangebote.		Netzwerk für Mütter- und Familienzentren, Feldmoching-Str. 42, 80993 München, 089-14829008
Berlin			
Brandenburg	Die Überwindung der Trennung von Krippe, Kindergarten und Hort und die Einbeziehung von Tagespflege und anderen Formen lässt die Erfüllung der Aufgaben "Tagesbetreuung" in den Vordergrund und die Institutionsform in den Hintergrund treten. (Dietel Diskowski, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg)		
Bremen (bremen.de)	Es sollen in den Stadtteilen Familienzentren entstehen. Dabei geht es nicht um den Aufbau neuer Institutionen, vielmehr sollen vorhandene Begegnungsorte genutzt werden, beispielsweise sollen sich Kindertagesheime zu Familientreffpunkten weiterentwickeln.		
Hamburg			
Hessen	Die Landesregierung misst den Mütterzentren im Rahmen ihrer Familienpolitik ein hohes Stellenwert bei. Die Einrichtungen stärken Mütter und Familien, sind wichtiger Bestandteil der Familienselbsthilfe sowie des freiwilligen Engagements in Hessen und verbessern durch zahlreiche selbstorganisierte Angebote und Dienstleistungen die Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Zunehmend entwickeln sich die Einrichtungen zu Familienzentren. (sozialministerium.hessen.de)	220.000 Euro in 2004 für 33 Mütterzentren	
Mecklenb.-Vorpommern (sozial-mv.de)	Die Landesregierung unterstützt Maßnahmen, die schwerpunktmäßig auf Senioren fördernde und/oder generationsübergreifende (-verbindende) Projekte gerichtet sind. Es sind solche Strukturen zu schaffen und zu erhalten, die die Vermittlungsfunktionen professionell wahrnehmen, wie Seniorenbüros, Seniorenenakademien, Begegnungsorte für Alt u. Jung.	Zuwendungen an Familienzentren	
Niedersachsen (Nds. Ministerium für Soziales) Nordrhein-Westfalen	Das Konzept des Mehrgenerationen-Hause versucht eine Antwort auf die Veränderungen des sozialen Lebens zu geben. Das Mehrgenerationen-Haus versteht sich als Beitrag zum Aufbau von neuer Nachbarschaften mit Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten zwischen Jung und Alt.	Förderung einer Stelle pro Kreis für 5 Jahre	Nds. Mütterzentren, Walsroder Str. 123, 30853 Langenhagen, 0511-721135
Rheinland-Pfalz (presse.rlp.de)	Familienzentren sind Eltern-Selbsthilfe-Initiativen, die Angebote von Familien für Familien leisten. Neben offenen Treffpunkten zum gegenseitigen Kennenlernen, Eltern-Kind-Gruppen und Weiterbildungsseminaren bieten Familienzentren auch Betreuungsmöglichkeiten für Kinder verschiedener Altersgruppen und schaffen ein Forum für Nachbarschaftshilfe.	Starthilfe bis zu 5.000 Euro, laufender Betriebskostenzuschuss 2.500 Euro/Jahr	FZ Landstuhl als Vernetzungsbüro, Kanalstr. 6, 66649 Landstuhl, 06371-63241
Saarland			
Sachsen (sms.sachsen.de)	Familienzentren sollen in ihrer Region als: Ort von Bildungsangeboten, Ausgangspunkt von Selbsthilfeinitiativen, Stätten der Entwicklung und Förderung von Kreativität und musischer Gestaltung sowie Pflege kultureller regionaler Traditionen, Gelegenheit zu Begegnung und zum Erfahrungsaustausch, Treffpunkt und Initiator von familienpolitischen Aktivitäten auf örtlicher und regionaler Ebene dienen.		
Sachsen-Anhalt (ms.sachsen-anhalt.de)	Konzeptionell sind Familienzentren auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtet. So reichen die Angebote von der Geburtsvorbereitung, über die Begleitung in verschiedenen Familienphasen sowie weitreichende Information über aktuelle familiäre oder auch politische Themen.	Förderung regionaler Familienzentren mit modellhafter Konzeption	
Schleswig-Holstein			
Thüringen (Richtlinie zur Förderung von Familienzentren)	Familienzentren sollen als Orte der Begegnung, des Erfahrungs- und Meinungsaustauschs Möglichkeiten zum offenen, ungezwungenen Kontakt schaffen. Sie bieten konkrete Maßnahmen der Familienbildung sowie familienbezogene Information und Vermittlungsangebote für Beratungen an und leisten Unterstützung beim Aufbau von Familienselbsthilfe.	Bedarfsorientierte Familienzentren freier, gemeinnütziger Träger gem. § 16 SGB VIII	

Länderübersicht zur Förderung von Familienzentren

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 124, 1.10.04



Abbildung Nr. 20

Auf regionaler Ebene bestehen das "Netzwerk Generationendialog Südniedersachsen", koordiniert durch die „Freie Altenarbeit Göttingen e.V.“ und betreut vom "Koordinierungsbüro Freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen (jetzt: Generationendialog Niedersachsen)" sowie das "Netzwerk Familienbildung" im Landkreis Northeim. Familienzentren als lokale Netze sind eine Einrichtung der Grundversorgung der gemeindlichen Verwaltungseinheiten (Städte, Gemeinden, Samtgemeinden). In der Stadt Göttingen sind Stadtbezirke als Versorgungsbereiche von vergleichbarer Bedeutung. In Abbildung 21 sind nach Landkreisen gegliedert mit ihren Vernetzungsansätzen und Planungsständen aufgeführt:

- Mehrgenerationenhäuser: Das Land Niedersachsen fördert pro Landkreis ein "Mehrgenerationenhaus". Bekannt sind Anträge für das AWO-Begegnungszentrum Bovenden (Lk Göttingen), das realisierte Familienzentrum Uslar (Lk Northeim) und das Kinderzentrum Holzminden (Lk Holzminden).
- Mütterzentren: Es bestehen Mütterzentren mit Entwicklungsmöglichkeiten zum generationsübergreifenden Familienzentrum in Hardegsen (realisiert), Moringen, Nörten-Hardenberg und Hann. Münden. In Einbeck und in Katlenburg-Lindau gibt es Mütterzentrumsvereine, die z. Zt. nicht aktiv sind.
- Sozialzentren, Haus der sozialen Dienste: Eine bereits seit längerem praktizierte Form der Kooperation besteht durch die räumliche Zusammenfassung mehrerer selbständiger Einrichtungen in einem Gebäude wie in Hann. Münden, Rosdorf, Osterode und Herzberg.
- Modellgemeinden: Gleichen, Hardegsen, Holzminden und Bad Sachsa / Walkenried sind hier mit ihren Modellthemen kenntlich gemacht, die als funktionale Elemente einer Familienzentrumskonzeption angesehen werden.
- Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser: In der Region gibt es eine reichhaltige Ausstattung mit Gemeinschaftsanlagen, die allerdings nur ein Raumangebot beinhalten, jedoch keine personellen Kapazitäten für soziale Dienste vorhalten.
- Stadtteilzentrum / Nachbarschaftszentrum: Für den Göttinger Stadtteil Grone gibt es Überlegungen für ein Stadtteil- / Sozialzentrum, das gegebenenfalls zur Förderung als Mehrgenerationenhaus angemeldet werden soll.
- Familienpolitische Netzwerke: Überlegungen, Planungen oder Umsetzungen zur Gründung „Lokaler Bündnisse für Familie“ gibt es in den Städten/Gemeinden Göttingen, Adelebsen, Bovenden, Gleichen, Rosdorf, Friedland, Dransfeld.

Re	Region Südniedersachsen 578.632 Einwohner Netzwerk Generationen dialog Südniedersachsen				
Kr	Lk Holzminden 80.338	Lk Göttingen 141.254	St Göttingen 123.698 Göt-Bündnis für Familie	Lk Northeim 149.345 Netz. Familienbildung	Lk Osterode a.H. 83.997
Stadtteile, Gemeinden	Boffzen 7.825 Mehrgenerationenhaus	Adelebsen 7.086	Oststadt 16.314	Katlenburg-Lindau 5.512 Mütterzentrum (inaktiv)	Bad Grund 9.671 Bürgerhaus Eisdorf
	Holzminden 21.215 Erzählcafé	Bovenden 13.406 AWO-Begegnungsstätte	Innenstadt 9.960	Northeim 31.183	Osterode a.H. 25.300 Paritätisches Sozialzentr.
	Bevern 6.708	Friedland 10.264 Nachbarschaftshilfe	Nordstadt 11.014	Moringen 7.596 Mütterzentrum	Hattorf 8.229 Dorfgemeinschaftsanl.
	Polle 4.909	Gleichen 9.591 Kindertagesbetreuung	Weende 18.641	Nörten-Hardenb. 8.614 Mütterzentrum	Herzberg a.H. 15.113 Paritätisches Sozialzentr.
	Bodenwerder 12.583	Rosdorf 11.709 Nachbarschaftsh., HdsD	Östliche Ortsteile 6.388	Hardegsen 8.606 Familienzentrum	Bad Lauterberg 12.023
	Eschershausen 7.173	Dransfeld 9.732	Südstadt 16.988	Uslar 16.130 Familienzentrum-MGH	Bad Sachsa 8.33 "Bürgerbörse"
	Stadtoldendorf 10.824	Hann.Münden 25.567 Mütterz., H.d. soz. Dienste	Geismar 17.289	Bodenfelde 3.679 Familienzentrum	Walkenried 5.326 "Bürgerbörse"
	Delligsen 9.101	Staufenberg 8.512	Weststadt 13.352	Einbeck 28.459 Mütterzentrum (inaktiv)	Modellwerkstatt
		Radolfshausen 7.722	Grone 12.093 Par. Stadtteilzentr./MGH	Dassel 11.409	Modellbeispiel
		Duderstadt 22.976	Westliche Ortsteile 7878	Kreiensen 7.613	Modellnetzwerk (Lokales Bündnis für Familie)
		Gieboldehausen 14.689		B. Gandersheim 11.154	Modellinformation (Fettdruck)
				Kalefeld 7.390	

* Stadtteile Göttingen: Wohnberechtigte
Kursiv: Planungsprojekt
Standard: Bestand

Übersicht familien-/generationenpolitische Aktivitäten

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 114a, 10.10.05

REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 21

2.6 Evaluation: Überprüfung des Projekterfolges

Die Bevölkerungsstruktur bestimmt die Nachfrage nach Wohnstätten, Arbeitsstätten und zentralen Einrichtungen im Kontext altersspezifischer Bedürfnisse und räumlicher Verteilung. Dementsprechend müssen auch die Merkmale sowohl zur Bedarfsermittlung als auch zur Erfolgskontrolle dieser Daseinsfunktionen aufbereitet werden. In der Abbildung 22 sind die voraussichtliche Änderungsraten der Altersgruppen in den Kreisen im Zeitraum 2002 bis 2020 tabellarisch den generationspezifischen Lebensphasen und Lebensbedürfnissen gegenübergestellt. Es zeigt sich ein sehr komplexes Bild von parallelem Wachsen und Schwinden der Bedarfsträger in räumlicher wie in altersmäßiger Hinsicht: Anwachsende Kinder- und Seniorenzahlen in der Stadt Göttingen stehen schwindende im ländlichen Raum gegenüber. Wachstum bei den älteren Generationen geht einher mit Schwund bei den jüngeren. Die einzelnen Fachplanungen für Wohnstätten, Arbeitsstätten und zentrale Einrichtungen und ihre Umsetzung in die Siedlungsplanung (Flächennutzungsplanung) müssen die demographische Bedarfsträgerentwicklung genau beobachten und die Bedarfsprognosen regelmäßig fortschreiben.

"Süd-niedersachsen versteht und präsentiert sich erfolgreich als 'familienfreundliche Region'. Dieser Indikator kennzeichnet am besten den Erfolg des Projektes bzw. die Wirkung der vorgesehen Maßnahmen". Mit dieser Aussage schließt die Delphi-Befragung ab. Bezugsfeld der Bewertung der Familienfreundlichkeit ist die Gemeinde, da sie über die örtliche Familienpolitik entscheidet. Als Kriterienrahmen bietet sich die Arbeit von HELLMANN / BORCHERS (2002) zur "Familien- und Kinderfreundlichkeit" an.

Der Projekterfolg drückt sich konkret in folgenden Ergebnissen aus:

- Erarbeitung eines „Leitbildes zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Süd-niedersachsen“
- Entwicklung und Umsetzung von generationsintegrierenden Modellen in kommunalen Projektwerkstätten (Gleichen, Hardegsen, Holzminden, Walkenried/Bad Sachsa);
- Förderung eines regionalen „Netzwerkes Generationendialog Süd-niedersachsen“;
- Unterstützung lokaler Netzwerke zur Förderung der Familienpolitik in Form von „Lokalen Bündnissen für Familie“ in Göttingen, Adelebsen, Bovenden, Gleichen, Rosdorf, Friedland, Dransfeld;
- Darstellung von „Familienzentren“ in Uslar, Bodenfelde, Hardegsen, Bovenden, Grone.

Gener. (Jahre)	Wohnen (Familie, Haushalt)	Erwerbstätigkeit (Wirtschaft, Beschäftigt.)	Zentrale Einrichtung (Infrastruktur, Dienstl.)	Einwohn.-Entwickl. 2002-2020 (%)*					
				GÖS	GÖL	HOL	NOM	OHA	SN
Kinder Jugendliche 0 - 14	unselbstständig im Elternhaushalt (Zwei-Generationen-Haushalt)	Keine Erwerbstätigkeit	Kinderhort, Kindergarten, Grundschule, Sekundarstufe I, Freizeiteinricht., Kinderarzt	+6	-34	-32	-34	-39	-27
Junior 15 - 29	Beginn selbstständige Haushaltsführung und Familiengründung (Ein-, Zwei-Generat.-Haush.)	Eintritt in Erwerbstätigkeit (Übergangsphase)	Gymnas.Oberstufe, berufl. Ausbild., Hochschule, Konsum-, Freizeit-, Gesundh., Kinder	-1	-10	-13	-15	-21	-10
jüngere Mittel- alte 30 - 44	Familienhaushalt mit jüngeren Kindern (Zwei-Generationen-Haushalt)	Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung (berufliche Entwicklung)	Weiterbildung, Konsum-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Kinderbetr., Haushalth.	-28	-22	-39	-41	-48	-34
ältere Mittel- alte 45 - 59	Familienhaushalt mit älteren Kindern (Zwei-Generationen-Haushalt)	Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung (berufliche Etablierung)	Weiterbildung, Konsum-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Haushaltshilfe	-5	+24	-3	+3	-5	+5
Senio- ren 60 - 74	Selbstständiger Ein-Generationen-Haushalt, Seniorenwohnhaus	Ausstieg aus Erwerbstätigkeit (Übergangsphase)	Konsum-, Bildungs-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Pflegedienst, Haushaltshilfe	+12	+9	-10	-3	-8	+1
Hoch- betagte 75 und älter	teilweise Verlust der Selbstständigkeit (Ein-, Mehr-Generationen-Haushalt, Heimhaush.)	Keine Erwerbstätigkeit	Konsum-, Bildungs-, Freizeit-, Gesundheitseinricht., Haushalth., Altenpflege, -heim	+9	+19	+9	+11	+8	+12

Indikatoren für generationsspezifische Daseinsfunktionen

* Datenquelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik 2004

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Süd-niedersachsen

CA ■ F 56a, 8.6.04

REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 22

3 Projektaktivitäten: *Anstöße zur infrastrukturellen Umstrukturierung*

3.1 Regionalforen: *Diskurs zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung*

Die Rezeption eines neuen Themas erfordert gezielte Information und Diskussion zuerst auf der Expertenebene. Dazu finden aufeinander aufbauende Fachforen mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Verbänden statt. Zu Beginn des Projektes wurde eine Datei aus ca. 750 Institutionen und Personen (nach Landkreisen und Gemeinden und nach Fachgebieten gegliedert), die in der Region im Bereich der sozialen Infrastruktur tätig sind, aufgebaut. Diese Adressendatei wird für die Einladungen zu den Foren und für die Delphi-Befragung genutzt. Folgenden Veranstaltungen mit projektspezifischen Programmpunkten wurden durchgeführt:

Das Startforum "Zu viele Alte, zu wenig Junge in Südniedersachsen?" am 11.12.2003 wirbt für eine breite Mitwirkung an dem Modellvorhaben:

- Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung, Bernhard Reuter, Vors. des Regionalverbandes
- Modellvorhaben der Raumordnung -Programmschwerpunkte 2003 – 2006, Martina Kocks, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
- Modellprojekt „Südniedersachsen 2020: Region als Generationennetzwerk“, Dr. Gerhard Cassing
- Personalgewinnung und -qualifizierung für die soziale Infrastruktur, Prof. Günter Roth, Fachhochschule im DRK Göttingen
- Prognose der Altersentwicklung der Bevölkerung in Südniedersachsen, Margot Thomsen, Niedersächsisches Landesamt für Statistik
- Podiumsdiskussion, Moderation Rüdiger Reyhn, Regionalverband.

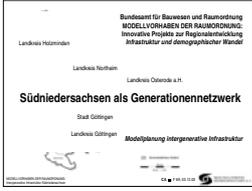
Gegenstand des Statusforums "Familie im Zentrum: *Generationsübergreifende Infrastruktur in Südniedersachsen*" am 23.6.2004 ist die Bestandsanalyse: Wo liegen die Schwächen und Stärken der sozialen Infrastruktur heute und wo liegen sie zukünftig bei demographisch veränderten Angeboten und Nachfragen? Welche vorbildlichen Lösungsansätze gibt es bereits in der Region?

- Begrüßung, Rüdiger Reyhn, Geschäftsführer Regionalverband Südniedersachsen
- Regionale Familienpolitik als generationsübergreifende Aufgabe, Dr. Ursula Aumüller-Roske, Abteilungsleiterin Jugend und Familie Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Netzwerk Freiwilliges Engagement für Alt und Jung, Markus Westhoff, Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. als Koordinierungsbüro in Niedersachsen
- Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Marit Kukatzki, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (ies) als Netzwerkbüro im Auftrag von Bund und Ländern
- Ergebnisse der Ersten Delphi-Fragerunde, Dr. Gerhard Cassing, Regionalverband
- Kurzberichte aus der "guten Praxis" der familiennahen Infrastruktur; 1) Erzählcafé: Biographisches Lernen von Jung und Alt, Regina Meyer, Freie Altenarbeit Göttingen e.V.; 2) Freiwilligenagentur: Ehrenamtliches Engagement der älteren Generation, Martina Herr, BONUS Freiwilligenzentrum Göttingen; 3) Mütterzentrum: Selbstorganisierte Förderung von Kindern, Cornelia Renders, Mütterzentrum Hardegsen "Klatschmohn e.V."; 4) Tagespflegebörse: Qualifizierung/Vermittlung von Tagespflegepersonen, Susanne Rieks, Ute Krüger, Volkshochschule Göttingen
- Diskussion: Brauchen wir ein Generationen-Netzwerk in der Region? Moderation: Rüdiger Reyhn,

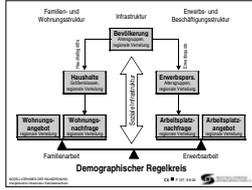
In vielen Institutionen werden die voraussichtlichen Auswirkungen des Generationenwandels diskutiert und Strategien zur Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur beraten. Das Strategieforum " Familienpolitik in Südniedersachsen: *Vernetzung der Generationen*" am 9.12.2004 (vgl. Abb. 23) gibt Gelegenheit, den Stand der Diskussion in Wissenschaft und Praxis auf den verschiedenen Ebenen kennen zu lernen und eigene Positionen einzubringen:

Regionalverband Südniedersachsen e.V.
37073 Göttingen
Barfüßerstraße 1
Tel.: 0551 – 54728 10
Fax.: 0551 – 54728 20
info@regionalverband.de
www.regionalverband.de

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG
Intergenerativer Infrastruktur Südniedersachsen



Südniedersachsen als Generationennetzwerk



Demographischer Regelkreis



Funktionschema Familien-Generationszentrum

STRATEGIEFORUM

**Familienpolitik
in Südniedersachsen:
Vernetzung
der Generationen**

9. Dezember 2004
14.00 bis 17.00 Uhr
Neues Rathaus Göttingen
Ratssaal



MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerativer Infrastruktur Südniedersachsen

Einladungsflyer Strategieforum

CA ■ F 159, 8.9.05

 REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 23

- Begrüßung, Dr. Gerhard Cassing, Regionalverband Südniedersachsen
- "Lokale Bündnisse für Familie“, Elisabeth Goos-Wille, Servicebüro im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Zentren für Familien - erreichbare Angebote für Jung und Alt, Dr. Andreas Borchers, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH
- Konzepte für Gemeinschaftszentren in Südniedersachsen: 1) AWO-Begegnungsstätte Bovenden, Petra Greschitzek; 2) Familienzentrum Uslar, Christine Eichmann; 3) Kinderbetreuung Holzminden e.V., Frau Henze; 4) Paritätisches Sozialzentrum Osterode, Anette Nikulla
- Podiumsdiskussion: Generationen-Netzwerk für Südniedersachsen, Moderation: Gerhard Cassing

Die Umsetzung der im Verlauf des Projektes entwickelten Modelle und Strategien in politisches Handeln wird in Arbeitstagen mit Kommunal- und Verbandsvertretungen auf der Kreisebene behandelt. Der Landkreis Göttingen befasste sich beispielartig mit dem Thema "Der demographische Wandel: Herausforderungen im Landkreis Göttingen" am 17.6.2005:

- Begrüßung, Landrat Reinhard Schermann
- Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Entwicklung im Landkreis Göttingen, Prof. Dr. Hans-Ulrich Jung, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover
- Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Göttingen, Hans-Joachim Schramm, Amt für Kreisentwicklung und Bauen, Landkreis Göttingen
- Arbeitsgruppen (mit Impulsreferaten): Arbeitsgruppe I: Gestaltung eines familien- und generationengerechten Lebensumfeldes, Heinz-Jürgen Proch, Bürgermeister Gemeinde Gleichen, Kinderbetreuung in der Gemeindestrategie; Wolfgang Schöngraf, Landkreis Göttingen, Modellprojekt „Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“ Rosdorf und Friedland; Arbeitsgruppe II: Anpassungsbedarf für Betriebe und Beschäftigte; Günter Blümel, VHS Göttingen, Qualifikation demographischer Potenziale; Sigrid Jacobi, Der familienfreundliche Betrieb; Arbeitsgruppe III: Beeinflussung der Siedlungsentwicklung auf Kreis-, Gemeinde- und Ortsebene; Gerd Goebel, Lokale Bevölkerungspolitik am Beispiel Tiftlingerode; Dr. Michael Waibel, Geographisches Institut Univ. Göttingen, Regionale Koordinierung der Siedlungsentwicklung

- Abschlussdiskussion: Bevölkerungspolitik als neue Aufgabe der Regionalpolitik, Prof. Dr. Jung und die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen, Moderation: Silke Inselmann, WIDserve

Die aus dem Projekt gewonnenen Erkenntnisse werden in dem „Präsentationsforum“ am 8.12.2005 anhand des vorliegenden Berichtes vorgestellt. Die Einladung dazu enthält die Möglichkeit zur schriftlichen Rückäußerung zum Leitbildentwurf (Delphi-Fragerunde III) und zum weiterführenden Vernetzungsbedarf. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- Modellvorhaben: *Infrastruktur und demographischer Wandel*, Martina Kocks, BBR
- Modellprojekt: *Generationen-Gleichgewicht als Aufgabe der Regionalpolitik*, Dr. Gerhard Cassing
- Arbeitsgruppen: AG 1: Modellbausteine: *Infrastruktur zur Generationenbalance*; AG 2: Modellbeispiele: *Generationsübergreifende Familienzentren*; AG 3: Modellnetzwerke: *Bündnisse für Familien-/Generationenpolitik*
- Abschlussdiskussion: *Weiterführender Vernetzungsbedarf*

Das Projekt wird begleitet von einem Beirat, dem Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Verbänden und aus der Wissenschaft angehören (vgl. Tabelle 1). Sie haben zum Fortgang der Projektarbeit wertvolle Anregungen gegeben. Es fanden im Berichtszeitraum folgende Sitzungen statt (abschließende Sitzung am 22.11.2005 zur Vorstellung des Ergebnisberichts und zur regionalen Vernetzung):

Erste Beiratssitzung am 11.2.2004 mit der Tagesordnung:

- Projektplanung
- Demographische Grundlagen der Modellplanung
- Fragebogenvorbereitung
- Vorbereitung Fachwerkstätten (Entwicklung familiennaher Kinderbetreuung, Gundula Ruge, Nds. Koordinierungsstelle "Mütterzentren"; Neue Formen der Interaktion Alt/Jung, Regina Meyer, Regionales Netzwerk Generationen-Dialog; Zukunft der ambulanten Altenpflege, Prof. Dr. Günter Roth, Fachhochschule im DRK Göttingen)
- Vorbereitung Kommunalwerkstätten (Generationennetzwerke in ausgewählten Gemeinden: Holzminden, Hardeggen, Gleichen, Walkenried/Bad Sachsa)

<ul style="list-style-type: none"> • <u>Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker</u>, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (ies), Lister Str. 15, 30163 Hannover, 0511-399-7230, rohr-zaenker@ies.uni-hannover.de • <u>Prof. Dr. Günter Roth</u>, Fachhochschule im DRK Göttingen, Reinhäuser Landstr. 19/21, 37083 Göttingen, 0551-50750800 • <u>Dr. Michael A. Waibel</u>, Assistant Professor, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen, Goldschmidtstr. 5, 37077 Göttingen, o511-39-8055, mwaibel@gwdg.de • <u>Manfred Grönig</u>, AG der Wohlfahrtsverbände, Zollstock 9 a, 37081 Göttingen, paritaetischer.goettingen@t-online.de • <u>Regina Meyer</u>, Freie Altenarbeit Göttingen e.V., Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen, 0551-43606, FreieAltenarbeitGoettingen@t-online.de • <u>Ines Albrecht-Engel</u>, Gesellschaft für Geburtsvorbereitung, Familienbildung und Frauengesundheit, Burckhardtstr. 32, 34345 Hann. Münden, 05541-4661 • <u>Gundula Ruge</u>, Koordinierungsstelle der niedersächsischen Mütterzentren, Walsroder Str. 123, 30853 Langenhagen, 0511-721135 • <u>Jürgen Stierand</u>, Jugendhilfe Südniedersachsen e.V., Scharnhorstplatz 6, 37154 Northeim, 05551-9782-0 • <u>Hans-Dieter Wollborn</u>, Geschäftsführer Arbeiter-Samariter-Bund KV Northeim/Osterode, Industriestr. 11, 37176 Nörten-Hardenberg, 05503-800014 • <u>Renate Kornhardt</u>, Stadt Göttingen – Sozialplanung, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen, 0551-400-2938 • <u>Henning Schreiber</u>, Wohnungsgenossenschaft Göttingen e.G., Oesterleystr. 4, 37083 Göttingen, 0551-50765-0, wg-goe@t-online.de 	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Prof. Dr. Wolfgang Bönig</u>, Bürgermeister Stadt Holzminden, Neue Str. 12, 37603 Holzminden, 05531-959-205, boenig.wolfgang@holzminden.de • <u>Dieter Sjuuts</u>, Bürgermeister Stadt Hardeggen, Vor dem Tore 1, 37181 Hardeggen, 05505-50311, info@hardeggen.de • <u>Heinz-Jürgen Proch</u>, Bürgermeister Gemeinde Gleichen, Waldstr. 7, 37130 Gleichen-Reinhausen, 05592-501149, gemeinde@gleichen.de • <u>Frank Uhlenhaut</u>, Bürgermeister Samtgemeinde Walkenried, Bahnhofstr. 17, 37445 Walkenried, 05525-202-13, info@walkenried.de • <u>Friedhelm Meyer</u>, Erster Stadtrat Stadt Hann.Münden, 05541-75-0 • <u>Katrin Wolter</u>, Landkreis Holzminden - Regionalplanung, Postfach 1353, 37593 Holzminden, 05531-707-230, katrin.wolter@landkreis.holzminden.de • <u>Franz-Michael Hemesath</u>, Landkreis Osterode a.H. – Regionalplanung, Herzbergerstr. 5, 37520 Osterode a.H., 05522-960180, hemesath@landkreis-osterode.de • <u>Hans-Joachim Schramm</u>, Landkreis Göttingen – Regionalplanung, Reinhäuser Landstr. 4, 37083 Göttingen, 0551-525-445, schramm.hans-joachim@landkreisgoettingen.de • <u>Thomas Dienberg</u>, Stadtbaurat, Stadt Göttingen, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen, 0551-400-2560, t.dienberg@goettingen.de • <u>Barbara Ahlrichs</u>, Seniorenforum Nikolausberg, Kalkofen 29, 37077 Göttingen, 0551-24119 • <u>Peter Budde</u>, Fürstenberger Str. 32, 37603 Holzminden • <u>Dr. Corrina Hölzer</u>, GreenMediaNet, Waldweg 26, 37073 Göttingen, 0551-3912801, hoelzer@medianet.de
--	---

Tabelle 1: Projektbeirat

Zweite Beiratssitzung am 9.6.2004 mit der Tagesordnung:

- Stand des "Modellvorhabens der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel" aus Bundessicht, Martina Kocks, Projektleiterin Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
- Rolle der Forschungsassistentin beim Modellvorhaben der Raumordnung, Klaus Mensing, Geschäftsführer CONVENT Planung und Beratung GmbH, Hamburg
- Ergebnisse der Ersten Delphi-Befragung, Dr. Gerhard Cassing, Projektleiter Regionalverband Südniedersachsen e.V.
- Stand der Projektwerkstätten und weiteres Vorgehen, Dr. Gerhard Cassing, Projektleiter Regionalverband Südniedersachsen e.V. (vgl. Anlage: "Bestands- und Gute-Praxis-Analyse")

Dritte Beiratssitzung am 30.11.2004 mit der Tagesordnung:

- "Regionales Bündnis für Familie" - das Beispiel Region Hannover, (Bericht der Koordinierungsstelle Region Hannover)
- Zwischenergebnisse des Modellvorhabens (vgl. anliegende Zusammenstellung vom 7.10.2004)
- Auswertung Delphi-Befragung II, Stand der Projektwerkstätten in den Modellgemeinden (Gleichen, Hardegsen, Holzminden, Walkenried / Bad Sachsa).

3.2 Projektwerkstätten: *Erarbeitung innovativer Infrastrukturmodelle*

In vier ausgewählten Räumen werden innovative Modellansätze zur Weiterentwicklung der familienunterstützenden, generationsübergreifenden Dienste in Projektwerkstätten erprobt.

Gemeinde Gleichen: *Modelle zur Kinderganztagsbetreuung*

Die Gemeinde Gleichen wurde bereits 1996 vom Bundesfamilienministerium als kinder- und familienfreundliche Gemeinde ausgezeichnet. Im Rahmen dieses Projektes wurden aus den an der Kinderbetreuungsinfrastruktur beteiligten Institutionen (kommunale und kirchliche Träger, Kindergartenleitungen, Elternvertretungen von Kindergärten und Schulen, Ratsmitglieder) in der Gemeinde Gleichen eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie arbeitete als Projektwerkstatt moderiert von Monika Wolff an sieben Terminen in der Projektlaufzeit (vgl. Kap. 8.1). Die Arbeitsgruppe hat sich die von Bürgermeister Heinz-Jürgen Proch initiierte Aufgabe der bedarfsgerechten Umstrukturierung der Kinderbetreuung gestellt. Insbesondere sollten Modelle zur infrastrukturellen Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erarbeitet werden. Damit sollen mehrere Ziele erreicht werden: Die Eltern erwarten flexible, der Berufstätigkeit angepasste Betreuungszeiten verstärkt für Nachmittage und Ferien. Zusätzliche Angebote werden für Krippenkinder (1 - 3 Jahre) und für Hortkinder nachgefragt. Die Gemeinde verspricht sich von attraktiven Betreuungsangeboten die Auslastung der vorhandenen Einrichtungen und die Stabilisierung der Einwohnerzahl. Von den Kindergartenleitungen wurden auf der Grundlage von Befragungen der Eltern differenzierte Modellangebote erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Anhand dieses Materials wurden von der Gemeindeverwaltung Modellrechnungen über die anfallenden Kosten und deren Finanzierung aufgestellt. Im Vordergrund stehen Modelle zur Ausweitung der Nachmittagsbetreuung und der Betreuung von Kleinkindern (ab 1Jahr). Befürwortet werden (kleine oder große) Altersmischungen der Gruppen. Darüber hinaus werden auch Hausaufgabenbetreuung und Ferienbetreuung nachgefragt. Als Kriterien zur Bewertung der Angebote werden für wichtig gehalten: Kosten der Nachmittagsbetreuung, Einrichtung altersübergreifender Gruppen (mit besonderen pädagogischen Konzepten), Flexibilität von Modellen (z.B. Kauf von Betreuungszeit-Kontingenten), Sicherung von Arbeitsplätzen von Erzieherinnen. Auf dieser Grundlage hat der Rat der Gemeinde am 11.3.2005 die Modellplanungsergebnisse beraten und für die Kindergärten Diemarden und Rittmarshausen konkrete Angebote beschlossen. Eltern in der Gemeinde können nun gestützt auf dieses Angebot gezielt ihre beruflichen Planungen anstellen. Die Gemeinde ist in der Lage, die Nachfrage familiengerecht zu decken. Die ev.-luth. Kindertagesstätte Diemarden nahm am 20.9.2005 die „Einweihung der altersübergreifenden Gruppe“ vor.

Stadt Hardegsen: Förderung von Generationenkontakten im "Familientreff"

Das Mütterzentrum "Klatschmohn" in Hardegsen (vgl. Abb. 24) hat sich bereit erklärt, an dem Modellvorhaben mit einem Projekt zur generationsübergreifenden Kommunikation mitzuwirken. Im Rahmen von Monika Wolff moderierten Projektwerkstätten am 29.9. und 6.11.2004 wurden Formen der Kontaktvermittlung zwischen jungen Familien und "Wunschgroßeltern" erprobt (vgl. Kap. 8.2). In einer Gemeinschaftsaktion von Stadt Hardegsen und Mütterzentrum sind alle 55-65-jährigen in der Gemeinde angeschrieben und zu einem Infoabend "Aktion Wunschgroßeltern" eingeladen worden. Es fanden sich gut ein Dutzend Interessierte zu dem ersten Termin im Mütterzentrum ein. Der Bürgermeister hat in seiner Begrüßung die Bedeutung des Generationendialogs als eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Lebens in der Gemeinde hervorgehoben. In Fortsetzung des Infoabends wurde zu einem Kennenlern-Nachmittag mit Kindern am 6.11.2004 eingeladen. Die Anwesenden wurden ermutigt, Adressen auszutauschen, sich zu verabreden und zu prüfen, ob sich der gewünschte Kontakt realisieren lässt. Im Ergebnis stellen die Veranstalterinnen im Protokoll des 2. Treffens fest: „Trotz der aufwändigen Werbung für das 2. Treffen – auch über die Presse – waren nur wenige gekommen. Diskutiert wurde, ob der Begriff ‚Wunschgroßeltern‘ evt. abschrecken könnte, weil damit möglicherweise zu große Verbindlichkeiten assoziiert werden. Interessanterweise stellten die Teilnehmerinnen eine Gemeinsamkeit fest: alle waren zugezogen und alle beschrieben es als schwierig, Kontakte zu knüpfen, auch wenn sie jetzt bereits mehrere Jahre in Hardegsen lebten.“ Für den 16.12.2004 wurden alle Altersgruppen und besonders „Wunschgroßeltern“ unter dem Motto „Generationen treffen sich im Mütterzentrum“ zum Adventstee eingeladen. Darüber hinaus wird ein „offenes Treffen für alle Familienfragen und -formen“ einmal wöchentlich angeboten. Am 8.3.2005 fand eine weitere Werbe-Aktion unter dem Motto „Generationen begegnen sich im Familientreff“ statt. Die „Aktion Wunschgroßeltern“ soll so um einen weiteren Aspekt bereichert werden. Als Instrument zur Vermittlung kontakthilliger Generationen wurden „Steckbriefe“ entwickelt, die von Anbietenden bzw. Nachfragenden ausgefüllt und im Zentrum zum Aushang gebracht werden können. Im Zuge der Ausweitung der Aktivitäten wurde der Zentrumsname in „Familientreff“ geändert.

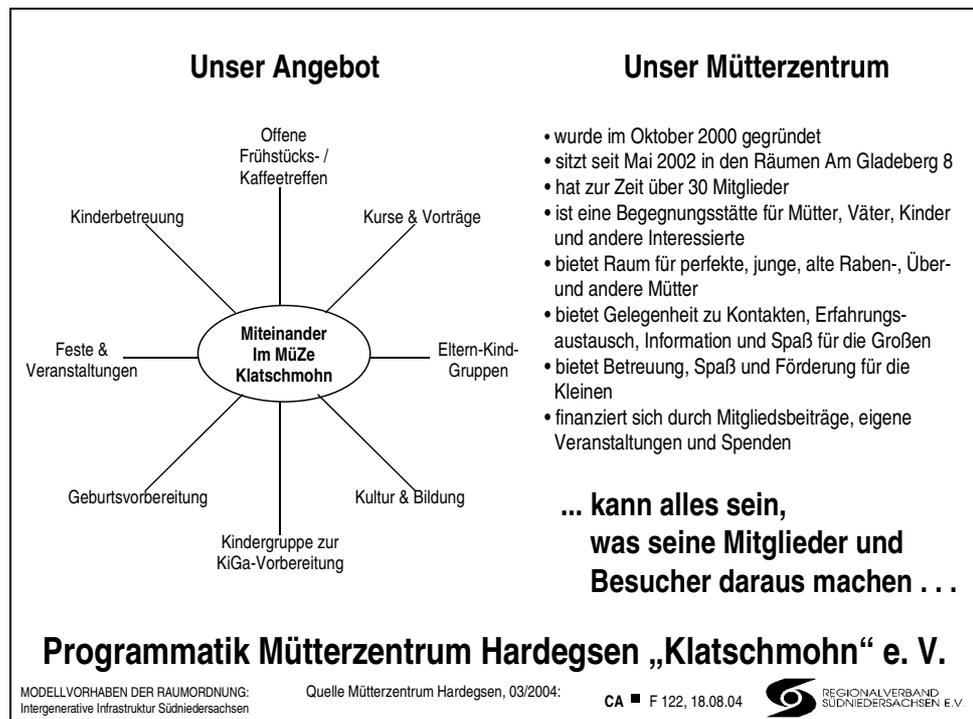


Abbildung Nr. 24

Stadt Holzminden: *Gestaltung des Generationendialogs als Volkshochschulkurs*

Die Kreisvolkshochschule Holzminden veranstaltete als Projektwerkstatt im Rahmen des Modellvorhabens drei Tagesworkshops zur Moderationsschulung für pädagogische Biografiearbeit. Sie qualifizieren die Teilnehmenden, in ihren vorhandenen Tätigkeitsbereichen oder in neuen Wirkungsfeldern Erzählcafés zu konzipieren und zu organisieren. Die Dozentin Regina Meyer (Freie Altenarbeit Göttingen e.V.) führte mit 12 Teilnehmenden die Termine am 6.11. (Theorie pädagogischer Biografiearbeit), 20.11. (Methoden des Erzählcafés) und 4.12.2004 (Qualitätskriterien und Erzählcafé live) jeweils 10.00-18.00 Uhr durch. Nach Abschluss der Fortbildungsreihe haben sich die Teilnehmenden selbst organisiert getroffen und Umsetzungsmöglichkeiten beraten. Dabei ist der Wunsch geäußert worden, ein Vertiefungsseminar mit der Dozentin zu veranstalten. Dieses fand mit 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 7.5 und am 28.5.2005 statt. Im Rahmen des „Kultursommers Holzminden“ wurde auf dieser Basis ein erstes Erzählcafé durchgeführt.

Samtgemeinde Walkenried und Stadt Bad Sachsa: *Aktivierung des Ehrenamtpotenzials Älterer*

Nach mehreren vorbereitenden Besprechungen und einem "Fehlstart" am 29.6.2004 fand am 28.9.2004 im Kurzentrum Bad Sachsa eine Werkstatt moderiert vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker, Oliver Fuchs) mit 25 Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltungen, Vereinen und Verbänden des sozio-kulturellen Bereichs statt (vgl. Kap. 8.4). Auf der Grundlage einer Analyse des zu erwartenden hohen Alterungsgrades der Bevölkerung im Landkreis Osterode a. H. und speziell in den beiden Modellgemeinden wurden mögliche Felder ehrenamtlicher Arbeit und deren Organisation diskutiert. Die "Überalterung" der ehrenamtlichen Vereinsvorstände hat die Organisationskraft der Vereine bereits so geschwächt, dass sie für Werbeaktionen nicht mehr ausreicht. Es wurde eine Arbeitsgruppe "Netzwerk Ehrenamt" zur Entwicklung von Förderstrategien für ehrenamtliche Arbeit gebildet, deren Einladung von Bürgermeister Frank Uhlenhaut (Samtgemeinde Walkenried) organisiert wird. Es fand eine erste Sitzungen am 25.10.2004 statt. Zu der zweiten Sitzung wurde das "Koordinierungsbüro für freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen" (neue Bezeichnung: „Landesagentur Generationendialog Niedersachsen“, Iris Bunzendahl) hinzugezogen. Sie vermittelte Kontakte zur "Freiwilligenakademie", die die "Freiwilligenagentur Goslar" als gutes Praxisbeispiel für die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum empfahl. Die Arbeitsgruppe führte am 24.2.2005 ein Gespräch mit dem Trägerverein und der Agenturleitung in Goslar. Auf dieser Grundlage wird der Aufbau einer „Bürgerbörse“ in Kooperation der beiden Gemeinden und der örtlichen Vereine und Verbände diskutiert. Sie soll Nachfrage und Angebot an bürgerschaftlichen Tätigkeiten in den beiden Gemeinden ermitteln und vermittelnd zum Ausgleich bringen. Die Tätigkeitsfelder umfassen das gesamte Spektrum soziokultureller Aktivitäten. Ein wachsender Bedarf an nachbarschaftlichen Hilfen in Familie und Haushalt entsteht aus den demographischen Veränderungen (weniger jüngere, mehr ältere, mehr kleinere Haushalte). Die Börse kann nachbarschaftliche Hilfen zwischen hilfswilligen und hilfebedürftigen Personen vermitteln. Sie könnte auch die Vermittlung von honorierten Dienstleistungen wie Kindertagespflege, Fahrdienste, Betreuungsdienste übernehmen. Mit den an der Vermittlung von Ehrenamtlichen interessierten Institutionen soll eine Kooperationsvereinbarung getroffen werden. Hierfür in Frage kommen 95 Vereine in Bad Sachsa und 75 Vereine in Walkenried. Die Finanzierung von Personal- und Sachkosten könnte jeweils zu einem Drittel durch die Kommunen, die Institutionen sowie das Land Niedersachsen erfolgen. Zur Erlangung von Landesmitteln soll ein Antrag gem. „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von innovativen Projekten des bürgerschaftlichen Engagements (AV d. MJ v. 17.7.2002)“ gestellt werden. Am 29.9.2005 wurde eine weitere Werkstatt (Moderation Monika Wolff) veranstaltet, bei der mit den Vereinen und Verbänden das Konzept diskutiert und um Mitwirkung geworben wurde (vgl. Kap. 8.4.3). Es hat sich eine Planungsgruppe aus Vereins- und Gemeindevertretungen gebildet, die eine abschließende Werkstatt am 21.11.2005 vorbereitet.

3.3 Delphi-Befragung: *Kommunikation regionaler Expertenmeinungen*

Als Planungsinstrument wird das Delphi-Verfahren eingesetzt (vgl. Abb. 25). Es ist als Methode der Zukunftsforschung „der Versuch, durch Sammeln von Expertenwissen und dessen Weitergabe an eben diese Experten in einem mehrstufigen Verfahren einen Gruppenkonsens hinsichtlich möglicher Entwicklungen – unter diskutierten oder stillschweigend unterstellten Bedingungen – auszuloten. Wenn dieses ‚Durchschnittsszenario‘ als wahrscheinlich angenommen wird, so werden daraus – je nach gewünschtem Ziel – Handlungsanweisungen abgeleitet“ (ARL 1998). Die Befragung erfolgt in drei Runden: 1. Runde 03/04 2004, 2. Runde 09/10 2004, 3. Runde mit Einladung zum abschließenden Forum 11/12 2005. Das Ergebnis der Delphi-Befragung hat methodisch die Bedeutung eines Handlungs-Leitbildes.

Auswertung Delphi-Befragung I: *Hohe Sensibilität für demographische Fragen*

Mit Anschreiben vom 2.3.2004 wurden 750 ausgewählte Institutionen aus dem Bereich der sozialen Infrastruktur in der Region um Beteiligung an der "Delphi-Befragung zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen" gebeten. Der Fragebogen enthält 57 "geschlossene" Fragen (vgl. Abb. 26) zu denen jeweils drei Antwortalternativen vorgegeben sind. Diese bilden die möglichen Szenarien ab. Die Befragten wurden gebeten, sich für eine Priorität zu entscheiden. Als Frist wurde der 31.04.2004 genannt. Da Einigen diese Frist nicht ausreichte, wurde mit Anschreiben vom 14. April 2004 die Rücklauffrist bis zum 23.4. 2004 verlängert. Annahmeschluss war der 30.4.2004.

Es wurden 170 Fragebögen ausgefüllt zurückgeschickt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von 23 %. Die folgende Darstellung und Interpretation der Antworten folgt dem Gliederungsschema des Fragebogens. Es waren - bis auf die ersten drei Fragen - Entscheidungen für jeweils nur eine der drei vorgegebenen Antworten pro Frage erbeten worden. Bei einer Reihe von Rückläufen waren nicht alle Fragen bearbeitet worden. Offensichtlich war auch von einigen Antwortenden die Entscheidung zwischen den Varianten schwer zu treffen, so dass zwei oder drei Antworten angekreuzt wurden. In der Auswertung wurden alle Voten gezählt, auch wenn damit die Summe der Antworten unterschiedlich ausfällt. Sie schwankt zwischen 143 und 175 Kreuzen je Frage mit einem Mittelwert von 154 Kreuzen. Bei der Ge -

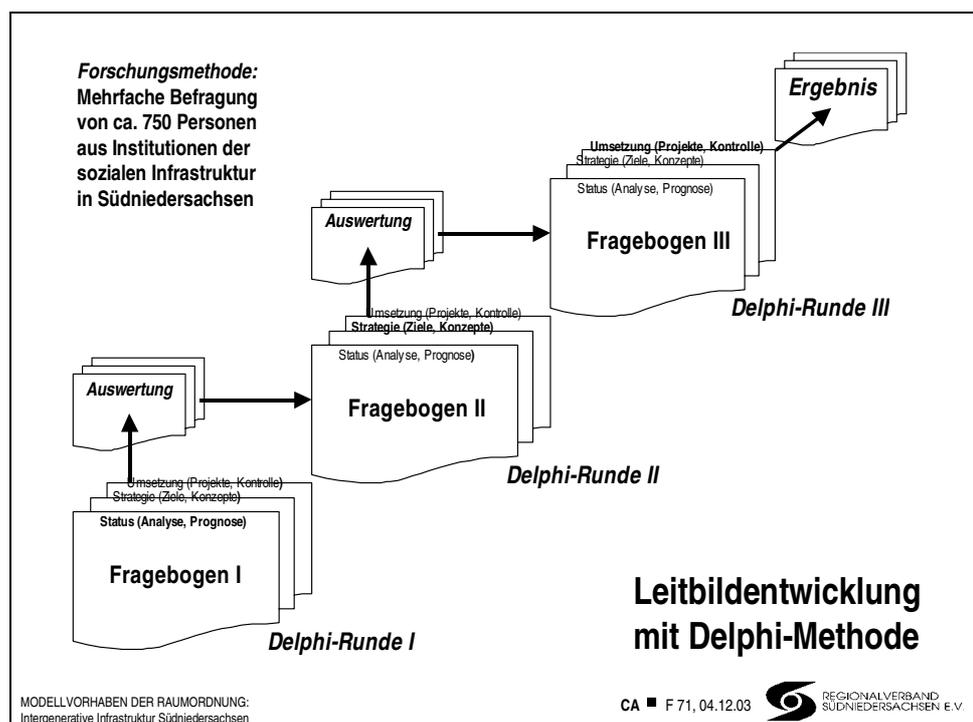


Abbildung Nr. 25

Gliederung Delphi-Fragebogen I	
Stand und Trend der Bevölkerungsentwicklung und Infrastrukturausstattung in Südniedersachsen	
<p>1 Modellplanung als regionaler Handlungsansatz</p> <p>1.1 Megatrends als regionale Problem- und Handlungsfelder (Umstrukturierungsbedarf)</p> <p>1.1.1 Megatrend "Demographischer Wandel" (Problem- und Handlungsfeld Einwohnerstruktur)</p> <p>1.1.2 Megatrend "Globalisierung" (Problem- und Handlungsfeld Erwerbsstruktur)</p> <p>1.1.3 Megatrend "Individualisierung" (Problem- und Handlungsfeld Haushalts- und Familienstruktur)</p> <p>1.2 Handlungsansatz Delphi-Verfahren</p> <p>1.2.1 Vermittlungsfunktion (öffentliche und politische Bewusstseinsbildung)</p> <p>1.2.2 Vernetzungsfunktion (partnerschaftliche Mitwirkungsbereitschaft)</p> <p>1.2.3 Planungsfunktion (konsensfähige Zielfindung)</p> <p>1.3 Innovation durch regionale Vernetzung ("kontinuierlicher Verbesserungsprozess" soziale Infrastruktur)</p> <p>1.3.1 Synergiegewinne ("Selbsthilfeprinzip" bei familiennahen Dienstleistungen)</p> <p>1.3.2 Wasserstrahler ("Laienprinzip" bei familiennahen Dienstleistungen)</p> <p>1.3.3 Wettbewerbsfähigkeit ("Professionsprinzip" bei familiennahen Dienstleistungen)</p>	<p>1 Handlungsfeld "Regionale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche"</p> <p>4.1 Bestandsaufnahme Kinder- und Jugenddienste (Analyse, Status-quo-Prognose)</p> <p>4.1.1 Kleinkinderbetreuung (Krippen, Tagesmuttervermittlung, Mutter-Kind-Gruppen, "Mütterzentren")</p> <p>4.1.2 Ganztags-Kindergärten (Kapazitäten)</p> <p>4.1.3 Ganztagschulen (Kapazitäten)</p> <p>4.2 Strategien (Bedarfsziele und Konzepte) für familiennahen Kinder- und Jugendbetreuung</p> <p>4.2.1 Bedarf und Modelle Kleinkinderbetreuung (Krippenplätze, Tagesmuttervermittlung, "Mütterzentren")</p> <p>4.2.2 Bedarf Kindergärten-Ganztagsplätze</p> <p>4.2.3 Bedarf Ganztagschulplätze</p> <p>4.3 Projekte (familienunterstützende Kinder- und Jugendbetreuung)</p> <p>4.3.1 Modellprojekte Kleinkinderbetreuung (Netzwerk "Familien- und Mütterzentren")</p> <p>4.3.2 Modellprojekte Ganztags-Kindergärten (z.B. Betriebskindergärten)</p> <p>4.3.3 Modellprojekte Ganztagschulen</p>
<p>2 Handlungsfeld "Regionale Einwohnerstruktur"</p> <p>2.1 Regionale Generationsstruktur</p> <p>2.1.1 Tendenzen der regionalen Bevölkerungsentwicklung (Analyse 1987-2002, Prognose 2020)</p> <p>2.1.2 Strategie zur regionalen Bevölkerungspolitik</p> <p>2.1.3 Projekte zur regionalen Bevölkerungspolitik</p> <p>2.2 Regionale Haushalts- und Familienstruktur</p> <p>2.2.1 Entwicklung der Privathaushalte (Anzahl, Größe, Alter, Verteilung)</p> <p>2.2.2 Strategien zur regionalen Familienpolitik</p> <p>2.2.3 Projekte zur regionalen Familienpolitik</p> <p>2.3 Regionale Wohnsiedlungsstruktur</p> <p>2.3.1 Bisherige und zukünftige Wohnentwicklung</p> <p>2.3.2 Strategien zur regionalen Wohnsiedlungspolitik (z. B. energetische Bestandsanpassung)</p> <p>2.3.2.2 Strategien zur regionalen Wohnsiedlungspolitik (z. B. intergeneratives Wohnen)</p>	<p>2 Handlungsfeld "Regionale Infrastruktur für Frauen und Familien"</p> <p>5.1 Bestandsaufnahme (z.B. "Familien- und Mütterzentren", "Mehr-Generationen-Haus")</p> <p>5.1.1 Frauen- und Familienbildung (z.B. Qualifizierung für Wiedereinstieg in Beruf)</p> <p>5.1.2 Familienfreizeit und Generationen-Kommunikation (z.B. "Mütterzentren", "Erzählcafés")</p> <p>5.1.3 Familiengesundheit (z.B. ambulante Krankenpflege)</p> <p>5.2 Strategien (Ziele und Konzepte für Selbsthilfe-Familiendienste)</p> <p>5.2.1 Frauen- und Familienbildung</p> <p>5.2.2 Familienfreizeit und Generationen-Kommunikation</p> <p>5.2.3 Familiengesundheit (z.B. ambulante Krankenpflege)</p> <p>5.3 Projekte ("Agentur für Familiendienste")</p> <p>5.3.1 Frauen- und Familienbildungsdienste</p> <p>5.3.2 Familienfreizeit und Generationen-Kommunikation</p> <p>5.3.3 Familiengesundheitsdienste (z.B. ambulante Krankenpflege)</p>
<p>3 Handlungsfeld "Regionale Erwerbsstruktur"</p> <p>3.1 Regionale Erwerbsfähigkeitsstruktur</p> <p>3.1.1 Bisherige und zukünftige Struktur der Erwerbsfähigkeit (Menge, Anteile, Abhängigkeitsquote)</p> <p>3.1.2 Strategien zur Erwerbsfähigkeit (z.B. Verlängerung des Erwerbsalters, Zuwanderung)</p> <p>3.1.3 Projekte zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit (z.B. Bildungswanderung)</p> <p>3.2 Regionale Erwerbstätigenstruktur</p> <p>3.2.1 Bisherige und zukünftige Struktur der Erwerbstätigkeit (altersbezogene Erwerbsquoten)</p> <p>3.2.2 Strategien zur Ausweitung der Erwerbsquoten (z.B. Erhöhung der Frauenerwerbsquote)</p> <p>3.2.3 Projekte zur Ausweitung der Erwerbsquoten (Verträglichkeit Familien und Erwerbsarbeit)</p> <p>3.3 Regionale Beschäftigungsstruktur</p> <p>3.3.1 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur (SVB nach Vollzeit/Teilzeit, Qualifikation, WZ)</p> <p>3.3.2 Strategien zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur</p> <p>3.3.3 Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur</p>	<p>3 Handlungsfeld "Regionale Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige"</p> <p>6.1 Bestandsaufnahme Senioren-Dienstleistungen</p> <p>6.1.1 Altenwohnen (Betreutes Wohnen, Mehr-Generationen-Wohnen, Alten-WG, Essen auf Rädern)</p> <p>6.1.2 Altenkommunikation (z.B. "Erzählcafés", Altagestagesstätten, Bildungs- und Kulturangebote)</p> <p>6.1.3 Altenpflege (ambulante Altenpflegeleistungen, Sozialstationen)</p> <p>6.2 Strategien (Bedarfsziele und Konzepte)</p> <p>6.2.1 Altenwohnen (Betreutes Wohnen, Mehr-Generationen-Wohnen, Alten-WG, Essen auf Rädern)</p> <p>6.2.2 Altenkommunikation (z.B. "Erzählcafés", Altagestagesstätten, Bildungs- und Kulturangebote)</p> <p>6.2.3 Altenpflege (ambulante Altenpflegeleistungen, Sozialstationen)</p> <p>6.3 Projekte</p> <p>6.3.1 Altenwohnen (Betreutes Wohnen, Mehr-Generationen-Wohnen, Alten-WG, Essen auf Rädern)</p> <p>6.3.2 Altenkommunikation (z.B. "Erzählcafés", Altagestagesstätten, Bildungs- und Kulturangebote)</p> <p>6.3.3 Altenpflege (ambulante Altenpflegeleistungen, Sozialstationen)</p>
	<p>4 Erfolgskontrolle</p> <p>7.1 Erfolgs- und Wirkungsindikatoren</p> <p>7.2 Verfahrens- und Methodenkritik</p> <p>7.3 Übertragbarkeit von Ergebnissen</p>

Aufbau Delphi-Fragebogen I

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 106, 23.4.04



REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN e.V.

Abbildung Nr. 26

samtzahl von 170 ausgefüllten Fragebögen bleiben also im Durchschnitt 16 (9 %) unvollständig. Die Tabelle 6 (vgl. Punkt 7.2) enthält die Auszählung der Stimmen für die Antwortvarianten a), b) oder c) nach der absoluten Zahl und nach deren prozentualer Verteilung. Es kann zeilenweise die Antwortverteilung bei den einzelnen Fragen abgelesen werden. Dabei kann differenziert werden nach der Verteilung in den vier südniedersächsischen Landkreisen, bei sonstigen Absendern bzw. bei Antworten ohne Absenderangabe. Es können spaltenweise die Variantenpräferenzen in den Kreisen abgelesen werden. In Tabelle 7 sind die Stimmen nach Aggregationsstufen dargestellt worden, um eine zusammenfassende Interpretation zu ermöglichen. Die Antwortvorgaben versuchen den Handlungsrahmen auszuloten, der durch die gegensätzlichen Grundsatzvarianten a) "Marktorientierung" und c) "Planorientierung" beschrieben werden kann. Die Antwortvariante b) ist in der Regel eine Mischform aus beiden Positionen.

Die institutionelle Struktur der Infrastrukturträger wurde mit drei Fragen ermittelt. Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich. Es überwiegen bei den Antworten die öffentlich-rechtlichen Träger mit 48 %, gefolgt von den freien Trägern mit 39 %. Privatrechtlich verfasste Einrichtungen sind zu 13 % vertreten. Die Zielgruppen der Träger verteilen sich relativ gleichmäßig auf die Generationen: 34 % kümmern sich um Kinder und Jugendliche; 36 % sprechen Frauen und Familien an und 30 % sind für Alte und Pflegebedürftige tätig. Auch die Funktionsbereiche sind einigermaßen gleichmäßig verteilt: 35 % der Träger sind im Bereich Bildung und Erziehung tätig; 29 % arbeiten im Bereich Freizeit / Kommunikation / Wohnen; 35 % haben ihren Schwerpunkt im Bereich Gesundheit und Erholung.

Die Auswertung der Aggregationsstufe 2 (Fragenkomplexe) ergibt folgendes Bild (vgl. Abbildung 27):

1. Bewertung der regionalen Modellplanung: Der erste Komplex behandelt den methodischen Ansatz der Modellplanung und seine Bedeutung für die Meinungsbildung in der Region anhand folgender Fragen: Welcher Handlungsbedarf ergibt sich aus den vorherrschenden Rahmenbedingungen, die auch als "Megatrends" bezeichnet werden? Was leistet das "Delphi-Verfahren" als Handlungsansatz für den regionalen Planungsprozess? Welche Bedeutung haben örtliche und regionale Vernetzungen für Innovation und Qualitätssicherung bei der sozialen Infrastruktur? Von den Antworten entfallen in diesem Komplex 5 % auf die Variante a), 27 % auf b) und 68 % auf c). Das lässt erkennen, dass zwei Drittel der Befragten eine zielgerichtete Behandlung der demographischen Probleme der Zukunft nötig erscheint.

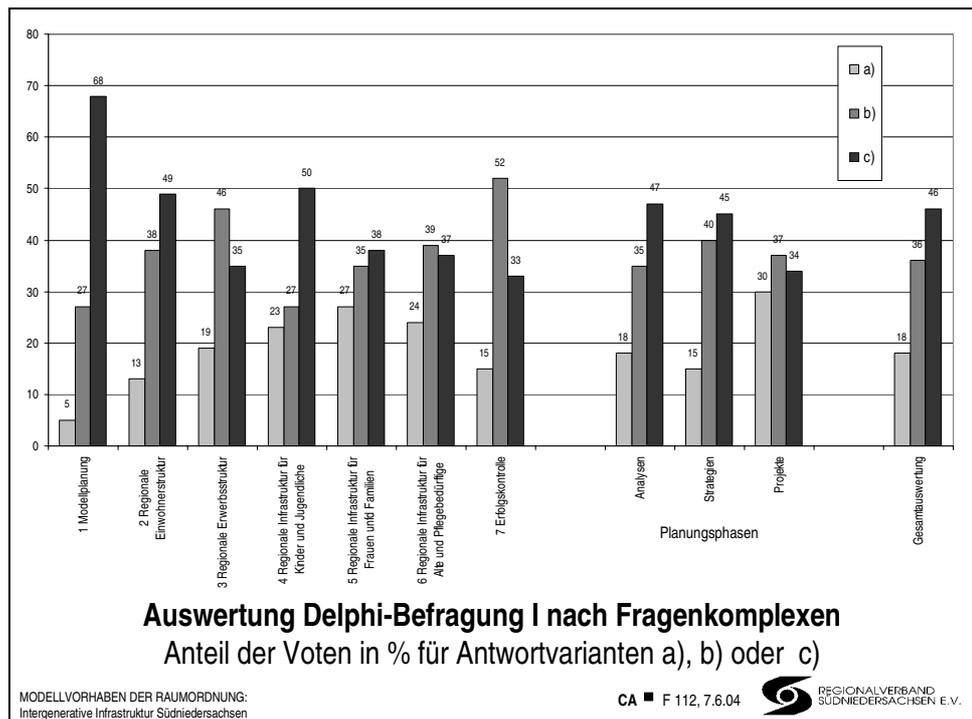


Abbildung Nr. 27

2. Meinungen zur regionalen Einwohnerstruktur: Im zweiten Komplex wird nach bevölkerungs-, familien- und wohnungspolitischen Entwicklungen gefragt. Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus der natürlichen Entwicklung (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) und aus den Wanderungen (Saldo aus Zu- und Abwanderungen) zusammen. Die Bevölkerung lebt in Familien und Haushalten zusammen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße nimmt seit Jahrzehnten ab. Dies muss bei der Ermittlung des Wohnungsbedarfs, der mit der Zahl der Haushalte korreliert, berücksichtigt werden. Die Hälfte der Befragten (49 %) spricht sich für einen koordinierten Einsatz bevölkerungs-, familien- und wohnungspolitischer Maßnahmen in der Region aus. Für 38 % stehen dabei Maßnahmen der Bestandssicherung im Vordergrund. Ein geringerer Teil setzt mehr auf den Wettbewerb der Gemeinden um Einwohner mit den "klassischen" Mitteln der Baulandpolitik. Im Einzelnen werden folgende Fragen behandelt:
3. Positionen zur regionalen Erwerbsstruktur: Die Bevölkerungsstruktur hat erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbsstruktur. Gefragt wird nach den Positionen zu dem zu erwartenden Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen insbesondere dem starken Rückgang der jüngeren Erwerbsfähigen in Südniedersachsen. Nahezu die Hälfte der Befragten (46 %) spricht sich für eine frühzeitige Anpassung des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems an das rückläufige Erwerbspotenzial aus. Ein Drittel (35 %) tritt für Maßnahmen zur Erweiterung und Qualifizierung des Erwerbspotenzials ein. Ein Fünftel (19 %) verspricht sich von dem Rückgang der Erwerbsfähigenzahl eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Im Einzelnen wird nach den Subsystemen „Erwerbsfähigenstruktur“, „Erwerbstätigenstruktur“ und „Beschäftigungsstruktur“ gefragt:
4. Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche: In den drei folgenden Fragenkomplexen geht es um die Ist- und Soll-Bewertung der Infrastrukturausstattung in den Gemeinden der Region. In der Gesamtwertung halten 42 % der Befragten die Ausstattung für unzureichend, 34 % für entwicklungsbedürftig und 24 % für ausreichend. Die Infrastrukturausstattung für Kinder und Jugendliche ist nach Meinung der Hälfte der Befragten (50 %) unzureichend. Die übrigen Befragten bewerten sie als entwicklungsbedürftig (27 %) oder ausreichend (23 %).
5. Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Frauen und Familien: Die Infrastruktur für Frauen und Familien besteht aus Einrichtungen der Familienbildung, Einrichtungen für Familienfreizeit und aus Haus- und Familienpflegediensten. Es wird nach der Bewertung des Bestandes (Punkt 5.1), der Strategien (Punkt 5.2) und der Projekte (Punkt 5.3) gefragt. Von den Befragten sind 38 % mit dem

derzeitigen Angebot nicht zufrieden und wünschen sich eine bessere Vernetzung der örtlichen Dienste. Fast ebenso viele (35 %) finden das Angebot zufriedenstellend, möchten aber generationsübergreifende Hilfen verstärken. Ein Viertel (27 %) findet das Angebot gut.

6. Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige: Hinsichtlich der Infrastruktur für Senioren wird unterschieden nach "Wohnformen für alte Menschen", "Kommunikation im Alter" und nach "ambulanten Altenpflegediensten". Wie bei den anderen generationsspezifischen Komplexen gibt es Fragen zur Bewertung des Bestandes, der Strategien und der Projekte. Die meisten Befragten (39 %) halten die derzeitige Versorgung für teilweise verbesserungsbedürftig. Fast ebenso viele (37 %) setzen sich für generationsübergreifende Angebote ein. Der kleinere Teil (24 %) hält die derzeitigen Angebote für ausreichend. Differenzierter fällt die Beurteilung der einzelnen Einrichtungsarten aus:
7. Aussagen zur Erfolgskontrolle: Am Ende der Befragung stehen Aussagen zur Erfolgskontrolle des Projektes. Sie korrespondieren mit der Fragengruppe 1, die sich mit der Vorab einschätzung des Projektes befasst.

Sortiert man die Antwortvarianten der Fragenkomplexe 2 bis 6 nach den drei Planungsphasen (1. Analysen, 2. Strategien, 3. Projekte), so erhält man folgendes Szenario:

- **Analysen:** Unter diesem Titel wird nach Einschätzungen zur derzeitigen Infrastrukturausstattung auch angesichts der zu erwartenden demographischen Tendenzen gefragt. Von den Befragten tendieren 47 % zu den Antwortvarianten c), die den derzeitigen Stand der sozialen Infrastruktur nicht für adäquat halten. 35 % plädieren für die Antwortvarianten b), die vereinzelte Mängel in dem Angebot sehen. 18 % kreuzen die Variante c) an, die eine ausreichende Ausstattung feststellt.
- **Strategien:** Unter der Überschrift „Strategie“ wird nach dem Handlungsbedarf (Ziele und Konzepte) gefragt. Die meisten Befragten (45 %) sprechen sich für die Varianten c) aus, die einen erheblichen Handlungsbedarf bei der demographiebedingten Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur formulieren. Etwas weniger (40 %) werden die Antwortmöglichkeiten b) gewählt, die sich für punktuelle Anpassungen der Angebote an die veränderten generativen Strukturen aussprechen. Die Varianten c), die keinen besonderen Handlungsbedarf sehen, werden von 15 % der Befragten bevorzugt.
- **Projekte:** Bei der Projektauswahl sind die Voten relativ gleichmäßig verteilt. Stärker planorientierte Projekte, die sich unter den Antworten c) finden, werden von 34 % der Befragten angekreuzt. Die meisten Kreuze (37 %) entfallen auf die Varianten b), die punktuelle Anpassungen beinhalten. 30 % entscheiden sich für die Antworten unter a), die mehr marktorientierte Projekte umfassen.

Die Befragung der Expertinnen und Experten in Südniedersachsen zeigt insgesamt ein großes Problembewusstsein hinsichtlich der durch den demographischen Wandel ausgelösten Umstrukturierungen der sozialen Infrastruktur in der Region. Ein sehr hoher Anteil der befragten Institutionen sieht erheblichen Handlungsbedarf angesichts der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in den Gemeinden und Kreisen. Die Voten zeigen, dass ein planvolles und koordiniertes Handeln von der überwiegenden Zahl befürwortet wird.

Aus der Auswertung der einzelnen und aggregierten Voten ergibt sich die folgende Grundstruktur eines Handlungsleitbildes zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen:

- **Bevölkerungspolitik:** Die Befragung offenbart bei den „Experten“ eine hohe Sensibilität für die Auswirkungen des demographischen Wandels. Als Strategien werden längerfristig die Steigerung der Geburtenquote durch familienfördernde Maßnahmen und kürzerfristig die Anwerbung jüngerer Zuwanderer mithilfe attraktiver sozialer Infrastruktur befürwortet. Die gemeindliche Wohnsiedlungspolitik sollte von der Regionalplanung koordiniert und auf Bestandssicherung ausgerichtet werden.
- **Beschäftigungspolitik:** Den Befragten ist überwiegend klar, dass es mittelfristig erhebliche Rückgänge bei den jüngeren Erwerbsfähigen geben wird und dass dies den Arbeitsmarkt „kippen“ könn-

te. Zum Ausgleich müssen die Erwerbspotenziale der Älteren und der Frauen durch Qualifizierungsmaßnahmen besser nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus muss auch um qualifizierungsfähige Zuwanderer geworben werden.

- Kinder- und Jugendpolitik: Aus bildungs- und beschäftigungspolitischen Gründen befürworten die Befragten überwiegend die Angebote zur Ganztagsbetreuung von Kindern (Tagespflege, Kinderkrippe, Kindergarten, Schule) und sprechen sich für eine stärkere Vernetzung der Angebote aus - auch über Gemeindegrenzen hinweg.
- Frauen- und Familienpolitik: Generationsübergreifende örtliche und regionale Gender- und Familienpolitik wird von den Befragten als Hauptstrategie zur Bewältigung des demographischen Wandels angesehen. Dazu sollten in jeder Gemeinde Familien-/Generationenzentren als generations- und funktionsübergreifende Netzwerke sozial-kultureller Dienste eingerichtet werden.
- Seniorenpolitik: Die sozialen Dienste für Ältere sollten nach überwiegender Meinung stärker in generationsübergreifende Konzepte einbezogen werden. Das wachsende Potenzial der Senioren könnte in Familien-/Generationenzentren für Hilfeleistungen für junge Familien genutzt werden.

Auswertung Delphi II-Befragung: Leitbild zur Entwicklung von Bevölkerung und Infrastruktur

Aus der Auswertung der ersten Fragerunde wurde der zweite Fragebogen entwickelt. Die in Fragebogen I jeweils favorisierte der drei Antwortmöglichkeiten wurde zur Grundlage des neuen Fragebogens genommen. Es entstanden auf diese Weise 57 Thesen, zu denen die erneut befragte Gesamtheit der Expertinnen und Experten drei standardisierte Reaktionsmöglichkeiten hatten: a) stimme voll zu, b) stimme teils zu (mit offenen Erläuterungsmöglichkeiten), c) stimme nicht zu. Der Fragebogen wurde mit Datum vom 8.9.2004 mit der Bitte um Rücksendung bis 15.10.2004 versandt.

Die Beteiligung an dieser zweiten Befragungsrunde war leider nicht hoch. Von den angeschriebenen Institutionen haben nur 53 den Fragebogen ausgefüllt wieder zurückgesandt. Die geringe Beteiligung ist vielleicht dadurch zu erklären, dass trotz der Erläuterungen im Anschreiben, der Zweck der erneuten Befragung nicht ausreichend deutlich gemacht werden konnte bzw. die Einflussmöglichkeiten auf Befragungsergebnisse als nur noch gering eingeschätzt werden. Die antwortenden Institutionen sind zu 44 % öffentlich-rechtlich, zu 48 % frei-gemeinnützig und zu 8 % privatrechtlich organisiert. Die Zielgruppen ihrer Arbeit sind relativ gleichmäßig verteilt - wobei Mehrfachnennungen möglich sind: 30 % befassen sich mit Kindern und Jugendlichen, 38 % richten sich an Frauen und Familien und 33 % betreuen Alte und Pflegebedürftige. Auch die Funktionsbereiche sind gleichmäßig vertreten - auch hier gibt es Überschneidungen: 31 % zählen zum Bereich Bildung/Erziehung, 33 % zum Bereich Freizeit/Kommunikation/Wohnen und 36 % rechnen zum Gesundheits-/Erholungssektor.

Die Auswertung lässt sich nach fünf Aggregationsstufen vornehmen:

- Gesamtergebnis;
- Unterscheidung nach raumstrukturellem Handlungsrahmen (Punkte 1 - 3) , infrastrukturellem Handlungsfeld (Punkte 4 - 6) sowie Erfolgskontrolle (Punkt 7);
- Differenzierung nach sieben Handlungsfeldern (1. Handlungsansatz, 2. Einwohnerstruktur, 3. Erwerbsstruktur, 4. Kinder und Jugendliche, 5. Frauen und Familien, 6. Alte und Pflegebedürftige, 7. Erfolgskontrolle);
- Aufteilung nach 19 Handlungsschritten (Aussagen zu 1. Bestand, 2. Strategien und 3. Projekten) in den jeweiligen Handlungsfeldern;
- Auflistung nach 57 Einzelthesen.

Gesamtergebnis: Der überwiegende Teil aller Antworten (55 %) stimmt den vorgelegten Aussagen zu. Damit kann das Thesengerüst als "Leitbildentwurf zur nachhaltigen Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen" als Konsensgrundlage angesehen werden. Allerdings finden die Aussa-

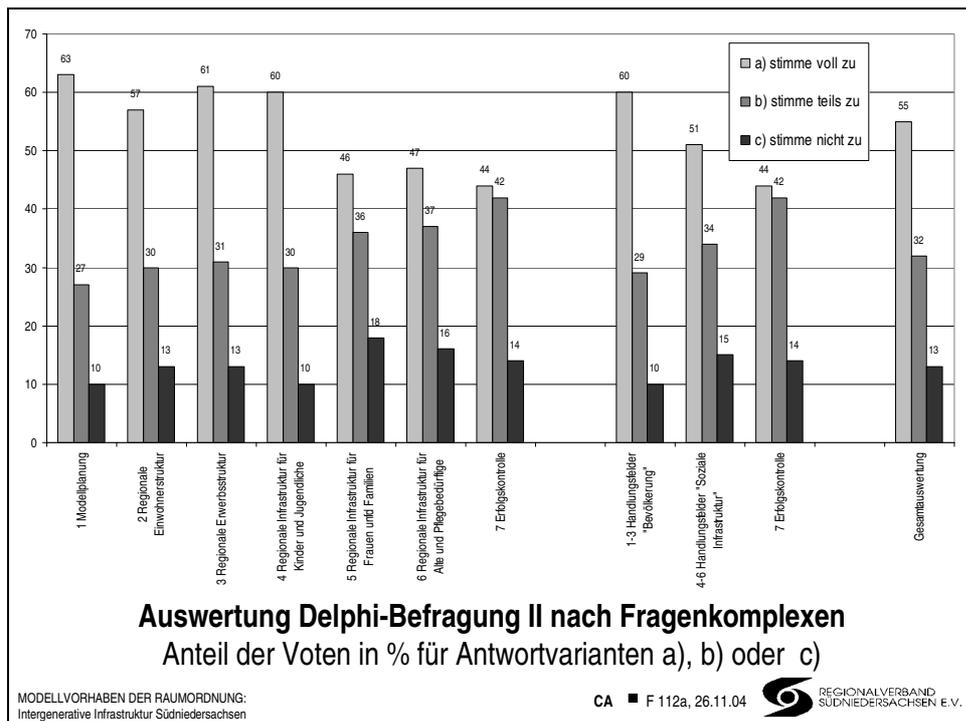


Abbildung Nr. 28

gen bei fast einem Drittel der Antworten (32 %) nur teilweise Zustimmung. Hierbei wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ergänzende oder korrigierende Anmerkungen zu formulieren (s. Tab. 9, S. 101). Immerhin noch 13 % der Antworten stimmen den vorgelegten Aussagen nicht zu. Dieses differenzierte Ergebnis zeigt - auch bei geringer Beteiligung -, dass zwar ein gut entwickeltes Problembewusstsein zu den Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in der Region besteht, über konkrete Handlungsfelder und -schritte aber doch noch intensiver Klärungsbedarf besteht. Dies ist bei einem neuen gesellschaftlichen Thema, das nach Expertenmeinung "epochebestimmenden" Charakter hat, verständlich. Das Befragungsergebnis spiegelt insofern den Erkenntnisstand in der Region wieder.

Handlungsrahmen: Die Auswertung auf dieser Aggregationsstufe (vgl. Abb. 28) bestätigt einen bekannten planungstheoretischen Grundsatz: Je konkreter die Aussagen - desto schwieriger der Konsens. Die Bewertung der Aussagen zum abstrakteren raum- und bevölkerungsstrukturellen Handlungsfeld (Punkte 1 - 3) fällt im Verhältnis zum Gesamtergebnis etwas positiver aus. 60 % stimmen den Thesen voll zu, 29 % teilweise und 10 % gar nicht. Dementsprechend ist die "volle" Zustimmung (51 %) zu dem konkreteren Handlungsfeld "Soziale Infrastruktur" (Punkte 4 -6) schwächer. Bei einem Drittel (34 %) gibt es Einschränkungen in der Zustimmung und 15 % stimmen nicht zu. Die Aussagen zur Erfolgskontrolle (Punkt 7) sind in der vorliegenden Form wohl noch nicht konsensfähig. Etwa gleich viele Antworten entfallen auf "volle" (44 %) wie auf "teilweise" (42 %) Zustimmung. 14 % der Antworten sind ablehnend.

Handlungsfelder: Die weitere Aufschlüsselung der Antworten unterscheidet schon deutlicher die konsensfähigeren von den strittigeren Handlungsfeldern („Fragenkomplexe“ vgl. Abbildung 28):

- Relativ hohe Zustimmungsquoten gibt es bei den Handlungsfeldern "Regionale Modellplanung" und "Regionale Einwohnerstruktur" (Punkt 1 und 2). Hier stimmen 63 % bzw. 57 % den Thesen voll zu.
- Noch deutliche Zustimmung finden auch die Aussagen zu den Handlungsfeldern "Regionale Erwerbsstruktur" und "Regionale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche" (Punkt 3 und 4). 61 % bzw. 60 % der Antworten fallen positiv aus.
- Zwar noch mehrheitlich, aber mit weniger als der Hälfte der Voten (46 % bzw. 47 %), werden die Aussagen zu den Handlungsfeldern "Regionale Infrastruktur für Frauen und Familien" und "Regionale Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige" (Punkt 5 und 6) voll befürwortet. Bei diesen beiden

Handlungsfeldern gibt es offensichtlich noch fachlichen Diskussionsbedarf, der über den Rahmen einer Delphi-Befragung hinausgeht. Das zeigt auch der hohe Prozentsatz der nur "teilweisen Zustimmung", der bei 36 bzw. 37% liegt.

Handlungsschritte: Noch deutlicher wird der weitere Diskussionsbedarf bei der Untergliederung der Zustimmungsqoten nach den 19 Handlungsschritten („Fragengruppen“ vgl. Abbildung 50, S. 99):

- Vollzustimmung mit über 60 %: Unter diese Kategorie einer hohen Zustimmungsrate fallen die Handlungsschritte 1.1 (Megatrends), 1.2 (Delphi-Verfahren), 1.3 (Innovation durch Vernetzung), 3.1 (regionale Erwerbsfähigenstruktur), 4.2 (Strategie zur Kinder- und Jugendbetreuung) und 4.3 (Projekte zu Kinder- und Jugendbetreuung).
- Vollzustimmung mit 50 - 60 %: Noch mehr als der Hälfte der voll zustimmenden Voten gibt es bei den Handlungsschritten 2.1 (Regionale Altersstruktur), 2.2 (Regionale Haushalts- und Familienstruktur), 2.3 (Regionale Wohnsiedlungsstruktur), 3.2 (Regionale Erwerbstätigenstruktur), 3.3 (Regionale Beschäftigungsstruktur), 5.1 (Bestand an Familiendiensten) und 6.2 (Strategien für Seniorendienste). Die "Nichtzustimmung" ist bei Punkt 5.1 auffallend hoch (21 %).
- Vollzustimmung mit weniger als 50 %: Noch mehrheitlich, aber mit weniger als 50 % fallen die Vollzustimmungen aus bei den Handlungsschritten: 4.1 (Bestand an Kinder- und Jugenddiensten), 5.2 Strategien für Familiendienste), 6.1 (Bestand an Seniorendiensten), 6.3 (Projekte für Seniorendienste) und 7 (Erfolgskontrolle). Diese Werte signalisieren einen recht schwachen Konsens und weisen auf einen noch hohen Diskussionsbedarf hin, da die Quoten für "teilweise Zustimmung" bei diesen Punkten fast annähernd hoch sind. Bei den Punkten 6.1 und 6.3 liegen die "Nichtzustimmungen" mit 19 % besonders hoch.
- Überwiegende "Teilzustimmung": Die Aussagen zum Thema 5.3 (Projekte zu Familiendiensten) haben keine mehrheitliche Zustimmung gefunden (38 %). Bei diesem Punkt überwiegen die Antwortkreuze bei "stimme teils zu" (43 %). Auf "stimme nicht zu" entfielen 19 % der Antwortkreuze.

Einzelthesen: Bei der differenzierten Auswertung der Voten zu den 57 Einzelpositionen sollen vor allem die Thesen herausgearbeitet werden, die keine mehrheitliche Vollzustimmung oder nur eine schwache Vollzustimmung erzielt haben, um den vertiefenden Klärungsbedarf zu ermitteln:

- Keine Vollzustimmung haben von den 57 Thesen die folgenden 9 erhalten: 2.1.2 (Strategie zur regionalen Bevölkerungspolitik), 2.2.3 (Projekte zur regionalen Familienpolitik), 3.3.1 (Entwicklung der Beschäftigungsstruktur), 4.1.2 (Angebot an Ganztags-Kindergärten), 5.3.1 (Projekte zur Familienbildung), 6.1.1 (Wohnformen für alte Menschen), 6.3.1 (Wohnprojekte für alte Menschen), 6.3.2 (Projekte zur Altenkommunikation) und 7.3 (Übertragbarkeit der Ergebnisse). Diese Thesen wurden zwar in der ersten Delphi-Befragung unter drei Antwortvarianten favorisiert, sind aber trotzdem nicht ausreichend konsensfähig, sondern bedürfen einer weitergehenden Konsultation.
- Eine Mehrheit, aber weniger als die Hälfte der Antwortkreuze erhielten die folgenden 13 Thesen: 1.1.3 (Megatrend "Individualisierung"), 1.3.3 (Wettbewerbsfähigkeit), 2.3.3 (Projekte zur regionalen Wohnsiedlungspolitik), 3.2.1 (Entwicklung der Erwerbsfähigkeit), 4.1.1 (Angebot an Kleinkinderbetreuung), 5.1.3 (Dienste zur Haus- und Familienpflege), 5.2.2 (Strategien zur Familienfreizeit), 5.2.3 (Strategien zur Haus- und Familienpflege), 5.3.2 (Projekte zur Familienfreizeit), 5.3.3 Projekte zur Haus- und Familienpflege), 6.1.2 (Kommunikation im Alter), 6.2.3 (Strategien zur ambulanten Altenpflege) und 7.1 (Erfolgs- und Wirkungsindikatoren). Diesen Thesen wird mit einer knappen Mehrheit zwar voll zugestimmt. Es gibt aber eine hohe Zahl von nur bedingten Zustimmungen, die ebenfalls einen weiterführenden Diskussionsbedarf aufzeigen.

Bei der Zusammenstellung der Thesen in Form des "Leitbildes" (vgl. Tab. 10, S. 102/103) werden die unterschiedlichen Konsensgrade durch die Schriftform markiert: 1. starke Zustimmung in Standardschrift, 2. schwache Zustimmung in Kursivschrift, 3. ungesicherte Zustimmung in Kursivschrift unterstrichen. Diese Markierungen zeigen bei welcher der 57 Leitbildthesen noch Diskussionsbedarf besteht.

3.4 Öffentlichkeitsarbeit: *Verbreitung demographischer Erkenntnisse*

Visualisierung: *Poster-Ausstellung*

Zur Visualisierung des Projektansatzes hat das Geographische Institut (Abteilung Kultur- und Sozialgeographie) der Universität Göttingen eine ausleihbare Ausstellung gestaltet. Dabei wird thematische Kartographie als Medium der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt. Die Ausstellung besteht aus 13 in Folie eingeschweißten Plakaten im Format A0 (vgl. Abb. 29), die an geläufigen Ausstellungswänden befestigt werden können. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Göttingen wurde auch ein Flyer (Auflage 1.700) entwickelt, der das Projekt für interessierte Fachkreise in Kurzform darstellt und der bei den vielfältigen Info-Veranstaltungen verteilt wurde.

Die Ausstellung wurde bisher an folgenden Standorten präsentiert - weitere Termine sind vorgemerkt:

- 11.3. - 15.4.2005 im Foyer des Neubaus der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 1, 370073 Göttingen mit Eröffnungsreferaten von Rüdiger Reyhn, Geschäftsführer des Regionalverbandes, Dr. Gerhard Cassing, Projektleiter und Dr. Michael Waibel, Geographisches Institut der Universität Göttingen.
- 2.5. - 10.6.2005 in der Eingangshalle des Kreishauses, Herzberger Str. 5, 37520 Osterode am Harz, mit Eröffnungsreferaten von Landrat Bernhard Reuter und Dr. Michael Waibel, Geographisches Institut der Universität Göttingen.
- 14.6. - 14.7.2005 im Foyer des Northeimer Kreishauses, Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim mit Eröffnungsreferaten von Landrat Michael Wickmann und Dr. Michael Waibel, Geographisches Institut der Universität Göttingen.
- 1.7. - 7.8.2005 im Sitzungssaal des Rathauses des Flecken Adelebsen, Burgstr. 2, mit folgender Eröffnung: Begrüßung: Bürgermeister Horst Pischek; Familienfreundlichkeit als Antwort auf den demographischen Wandel: Reinhild Otterbein, Gleichstellungsbeauftragte; Modellvorhaben: Infrastruktur und demographischer Wandel, Dr. Gerhard Cassing, Regionalverband Südniedersachsen.
- 30.8 – 30.9.2005 im Gemeinschaftshaus „Alte Schule“ in Dransfeld im Rahmen einer Veranstaltung der Samtgemeinde Dransfeld zu „Infrastruktur und demographischer Wandel“.

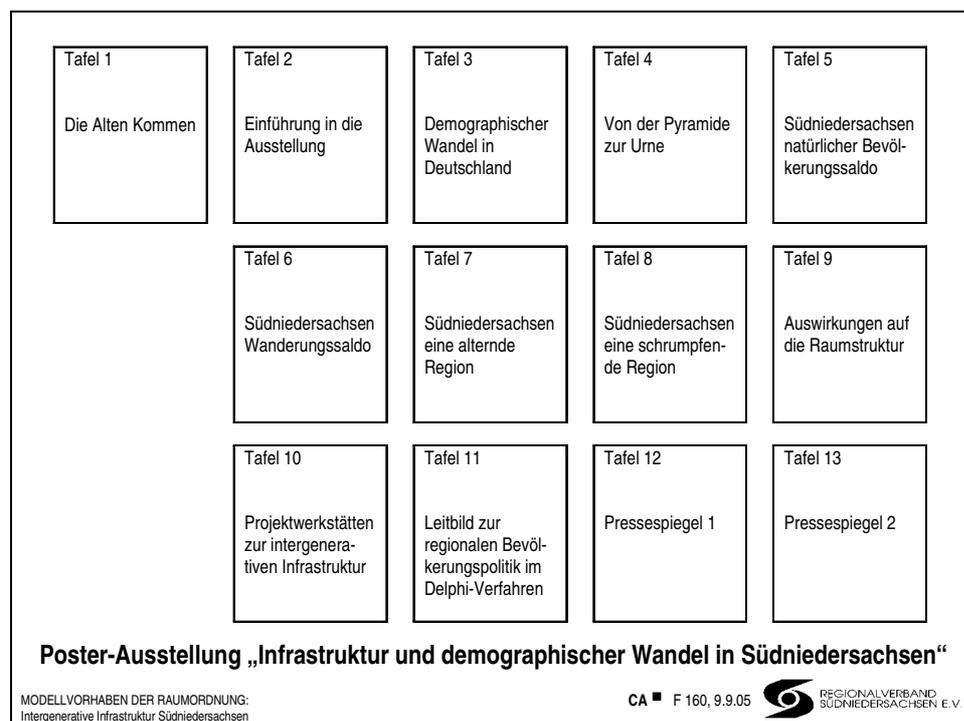


Abbildung Nr. 29

Vorträge und Seminare: *Demographische Szenarien und Studien*

Das Thema „demographischer Wandel“ hat zur Zeit Hochkonjunktur. Dies fördert die Diskussion in der Region und führt zu einem wachsenden Interesse an dem Projekt und seinen speziellen Aussagen zu der Region und seinen Teilräumen. Das Projekt wurde in folgenden Veranstaltungen vorgestellt:

- Bauausschuss der Stadt Duderstadt am 25.5.2004,
- Sozialausschuss Landkreis Göttingen am 16.6.2004,
- Nds. Städte- und Gemeindebund, KV Osterode am 23.3.2004 in Hattorf,
- Tagung EUROFORUM „Interkommunale Kooperationen“ 20.1.2005 in Berlin,
- Jungsozialisten Unterbezirk Göttingen am 19.2.2005,
- SPD-Ortsverein Göttingen-Mitte/Nord am 3.3.2005,
- Forum Stadt- und Regionalplanung erweiterter Wirtschaftsraum Hannover, 22.4.2005 in Nienburg,
- Wochenendseminar Konrad-Adenauer-Stiftung in Goslar am 13.3.2005,
- SPD-Ortsverein Göttingen-Oststadt am 17.3.2005,
- Friedrich-Ebert-Stiftung "Entwicklungsperspektiven ländlicher Regionen in Sachsen Anhalt: Alte Menschen - leere Räume?" am 25.5. in Haldensleben,
- Business and Professional Women Göttingen e.V. "Demographischer Wandel" am 14.6.2005,
- SPD-Landtagsfraktion, Arbeitskreis Demographie, am 13.7.2005 in Göttingen,
- Gemeinde Rosdorf 6.6.2005, Gemeinde Adelebsen 30.7.2005, Gemeinde Friedland 5.7.2005, Samtgemeinde Dransfeld 30.8.2005, Stadt Dransfeld 11.10.2005, Stadt Northeim 12.10.2005, Ev.-luth. Kirchengemeinde Bodenfelde 18.11.2005,
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 26.9.2005 in Berlin

Über Kooperationen wird die seminaristische Behandlung des Modellthemas in folgenden Institutionen unterstützt:

- Die "Freie Altenarbeit Göttingen e.V." behandelt in ihrer "Sozialpolitischen Reihe 2004" das Thema "Arbeit, Altern und soziale Netze" in Kooperation mit dem Modellvorhaben. Die Auftaktveranstaltung findet am 18. 5 2004 unter Beteiligung des Regionalverbandes statt zu der Frage "Beschäftigungsrisiko Alter - vorprogrammierter Fachkräftemangel?"
- Das Geographische Institut der Universität Göttingen (Dr. Michael Waibel) befasst sich im Kontakt mit dem Modellvorhaben im SS 04 in einem Seminar mit "Aktuellen Entwicklungen in der Demographie - demographische Alterungs- und Schrumpfungsprozesse und ihre Auswirkungen". Das Modellvorhaben Südniedersachsen wurde in diesem Rahmen am 23.4.04 vorgestellt und diskutiert. Im WS 2004/05 beteiligt sich der Projektleiter an einem Seminar (Prof. Dr. Gerhard Ströhlein, Dr. Michael Waibel) zum Thema "Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die Raumstruktur am Beispiel der Raumordnungsregion 24 Göttingen". 13 Studentinnen und Studenten bearbeiten das Thema gruppenweise am Beispiel von fünf ausgewählten Gemeinden der Region.
- Mit der Fachhochschule im DRK Göttingen (Prof. Dr. Günter Roth) besteht eine Seminarkooperation im SS 2004 zu dem Thema "Innovation bei sozialen Dienstleistungen" (26.4., 10.5., 24.5., 7.6. und 22.6.).

Internet Präsentation: *Projektdokumentation*

Unter der Adresse www.regionalverband.de/projekte/demographie sind die grundlegenden Arbeitsmaterialien und -berichte des Projektes abrufbar:

- Bewerbungspapier "Südniedersachsen 2020; Region als Generationen-Netzwerk" vom 28. 8.2003
- "Gemeindebevölkerung in Südniedersachsen 2012: Alternde und schrumpfende Region" vom 2004
- "Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Haushalts- und Erwerbsstruktur in Südniedersachsen", Sven Hüning, Dr. Michael Waibel, Geographisches Institut der Uni Göttingen, 2004

- Auswertung Delphi-Befragung I: Stand und Trend von Bevölkerung und sozialer Infrastruktur, 2004
- Auswertung Delphi-Befragung II: Ziele und Konzepte zu Bevölkerung und sozialer Infrastruktur,
- "Modellplanung zur intergenerativen Infrastruktur: Zwischenergebnisse" vom 7.10.2004
- Ausstellung "Infrastruktur und demographischer Wandel in Südniedersachsen"
- "Handlungsfelder zur nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung", Reena Bäcker, Geographisches Institut der Universität Göttingen, 2005
- Dokumentation der Arbeitstagung "Der demographische Wandel: Herausforderungen im Landkreis Göttingen" vom 17.6.2005.

Presseberichte: *Überschriften in Lokalzeitungen*

In der Tab. 2 sind Zeitungsberichte zu dem Modellvorhaben und den damit verbundenen Veranstaltungen mit ihren Überschriften chronologisch aufgelistet. Sie belegen, dass der „Demographische Wandel“ und das damit befasste „Modellvorhaben der Raumordnung“ in der öffentlichen Wahrnehmung in der Region einen breiten Raum einnehmen. Regelmäßig wird darüber auch im „REGJO“-Journal berichtet.

<ul style="list-style-type: none"> • Göttinger Tageblatt vom 13.07.05: „Wir dürfen es nicht bei leeren Sprechblasen belassen“ „Rosdorfer Bündnis für Familie“ will vorhandene Strukturen verknüpfen / Großer Themenkatalog • Göttinger Tageblatt vom 13.07.05: Vereine und Träger kooperieren • Göttinger Tageblatt vom 05.07.05: Lokales Netzwerk für „kleine Gefälligkeiten“ Modellprojekt „Rosdorfer Nachbarschaftshilfe“ / Ab sofort feste Anlaufstelle • Göttinger Tageblatt vom 01.07.05: Eltern fordern Hortplätze „Lob für tollen vorläufigen Abschluss“ • Göttinger Tageblatt vom 05.07.05: Vorbereitung für den Generationenwandel Gleichstellungsbeauftragte Reinhild Otterbein: Noch ist es nicht fünf vor Zwölf • Blick vom 29.06.05: Flecken Adelebsen: Ausstellung zum demographischen Wandel Eröffnung am 1. Juli – Bevölkerung schrumpft – Gemeinden reagieren • Göttinger Tageblatt vom 29.06.05: Einwohnerzahl nimmt ab Ausstellung in Adelebsen • Göttinger Tageblatt vom 28.06.05: Plakate im Kreishaus Demographischer Wandel in Südniedersachsen • Göttinger Tageblatt vom 24.06.05: Bündnis für Familien Gleichen beteiligt sich an bundesweiter Initiative • Göttinger Tageblatt vom 22.06.05: Betreuungsangebot für Kinder wird erweitert Gleichen reagiert auf Demographie-Wandel / Erfolgreiches Modellprojekt in Südniedersachsen • Northeimer Neuste Nachrichten vom 20.06.05: Voraussetzungen für eine junge Zukunft Landrat Wickmann eröffnet Ausstellung „Demographischer Wandel in Südniedersachsen“ • Göttinger Tageblatt vom 16.06.05: Gesellschaft altert stark Heute Tagung zum demographischen Wandel • Göttinger Tageblatt vom 08.06.05: Gesellschaft aktivieren Bündnis für Familie • Harzkurier vom 03.05.05: „Stehen vor neuen Herausforderungen“ „Demographischer Wandel in Südniedersachsen“: Plakatausstellung der Universität Göttingen • Blick vom 30.03.05: Soziale Infrastruktur wird Standortfaktor Ausstellung zum Projekt „Integrative Infrastruktur Südniedersachsen“ • Göttinger Tageblatt vom 12.03.05: Südniedersachsen ist Alterungstrend voraus Ausstellung zu demographischem Wandel und seine Folgen in der SUB • Göttinger Tageblatt vom 10.03.05: Alternde Bevölkerung Ausstellungseröffnung • Göttinger Tageblatt vom 08.03.05: Ganztagsbetreuung und Hortplätze Jugendausschuss Gemeinde Gleichen / Hohe Kosten für Eltern • Blick vom 09.02.05: Familie und Beruf vereinbaren Wettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“ • Göttinger Tageblatt vom 09.12.04: Problem Überalterung Strategien und Projekte 	<ul style="list-style-type: none"> • Northeimer Neuste Nachrichten vom 30.11.04: Mütterzentrum: Treffen aller Generationen • Göttinger Tageblatt vom 24.11.04: Frühstückspause statt Kaffeekränzchen Mittelfristig werden ältere Menschen als Arbeitskräfte gebraucht • Göttinger Tageblatt vom 19.11.04: Irgendwann wird der letzte Zigarettensautomat abgebaut Bevölkerungsentwicklung: Reiner Klingholz malt Horrorszenario von der „schrumpfenden“ Gesellschaft • Täglicher Anzeiger Holzminden vom 05.10.04: Erzählcafés sollen den Dialog fördern Neues Angebot der Kreisvolkshochschule • Harzkurier vom 29.06.05: Flecken Adelebsen: Ausstellung zum demographischen Wandel Eröffnung am 1. Juli – Bevölkerung schrumpft – Gemeinden reagieren • Täglicher Anzeiger Holzminden vom 11.09.04: Übers Erzählen sollen sich Alt und Jung näher kommen Modellvorhaben des Regionalverbandes Südniedersachsen zum Thema „demographischer Wandel“ • Northeimer Neuste Nachrichten vom 04.09.04: Der Vorruhestand als Auslaufmodell Gerhard Cassing über die Folgen der Altersverschiebung für Unternehmen und Stadtplaner • Göttinger Tageblatt vom 23.08.04: Wunschgroßeltern gesucht Mütterzentrum will generationenübergreifender Begegnungsort werden • Göttinger Tageblatt vom 28.06.04: Generationenhäuser als Ersatz für Familie Demographischer Wandel verlangt Konzepte • Göttinger Tageblatt vom 23.06.04: Der Arbeitsmarkt wird sich drehen Dramatische Bevölkerungsentwicklung in der Region erwartet • Gandersheimer Kreisblatt vom 05.12.03: Regionalverband: „Zu viele Alte – zu wenig Junge“ Startforum für Modellvorhaben am 11. Dezember in Göttingen • Gandersheimer Kreisblatt vom 30.10.03: Weniger Einwohner und eine immer älter werdende Bevölkerung Südniedersachsen schrumpft / Reagiert die Kommunalpolitik? • Täglicher Anzeiger Holzminden vom 25.10.03: „Wann wandeln wir Kindergärten in Seniorenheime um?“ Workshop zur demographischen Entwicklung Südniedersachsens gestern in Stadtdendorf • Täglicher Anzeiger Holzminden vom 17.09.03: Mehr Alte, weniger Junge: Entwicklung als Chance erkennen Zwei Projekte beschäftigen sich mit der demographischen Entwicklung des Landkreises Holzminden • Göttinger Tageblatt vom 03.09.03: Regionalverband: Südniedersachsen als ein Generationen-Netzwerk Verband bewirbt sich als „Modellvorhaben der Raumordnung“ / Generationen-Zentrum in der Kreisstadt als Agentur • Northeimer Neuste Nachrichten vom 03.08.03: Modellhafte Alterung Region macht deutschlandweit Entwicklung vor • Göttinger Tageblatt vom 03.08.03: Viel zu alte Region Regionalverband plant Modellprojekt
---	--

Tabelle 2: Pressespiegel (Überschriften)

4. Projektumsetzung: Lokale und regionale Netzwerkarbeit

Die Umsetzung der in der Modellplanung entworfenen demographiebezogenen Strategien (Ziele und Konzepte) in politisches Handeln ist Aufgabe von Kommunen, Verbänden und Initiativen. Diese regionalen Akteure stellt der demographische Wandel vor ganz neue Aufgaben. Sie müssen ihre bisherigen Strategien auf die veränderten Generationenrelationen quantitativ und qualitativ neu ausrichten. Dabei müssen auch die Aufgabendefinitionen und -abgrenzungen der Infrastrukturträger hinterfragt werden. Die Infrastrukturangebote müssen überprüft werden. Diese notwendige Umstrukturierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure und erfordert das Zusammenwirken von Politikern, Trägern und Nutzern. Als Arbeitsform für die Abstimmung der unterschiedlichen Interessen eignen sich Netzwerke, in denen sich mit informellen Instrumenten gemeinsame Ziele identifizieren und umsetzungsfähige Projekte kreieren lassen. Hier können sich Partner für Bündnisse zusammenfinden, die für alle gewinnbringend sind. Netzwerkinisierung ist so der erste Umsetzungsschritt in politisches Handeln. In dem Projekt erfolgt dies modellhaft auf drei räumlichen Ebenen.

4.1 Regionsebene: Vernetzung generationen- und familienpolitischer Akteure

Auf Initiative des Vereins Freie Altenarbeit Göttingen e.V. wurde im Oktober 2003 das regionale Netzwerk Generationendialog in Göttingen ins Leben gerufen. 13 Organisationen und Initiativen waren am Gründungstreffen beteiligt. Das Netzwerk wird unterstützt von der Niedersächsischen Landesagentur Generationendialog (Hannover). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der Veränderungen im Verhältnis zwischen den verschiedenen Generationen und den zunehmenden sozialen Problemen wird eine verstärkte und zielgerichtete Zusammenarbeit der in den Bereichen Jugend-, Familien- und Altenarbeit tätigen Einrichtungen angestrebt. Zur Zeit aktive Einrichtungen im Netzwerk sind: AG Alt-Jung Samtgemeinde Dransfeld, Alzheimer Gesellschaft Göttingen e.V., AWO-Begegnungsstätte Bovenden, 100 Jahre Wiesenstraße Initiative Göttingen, Europäisches Brotmuseum Ebergötzen, Freie Altenarbeit Göttingen e.V., Landesseniorenrat Niedersachsen, Nachbarschaftszentrum Grone e.V., Niedersächsische Landesagentur Generationendialog Hannover, Seniorenbeirat der Stadt Göttingen, VNB Göttingen – Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung. Der Regionalverband Südniedersachsen e.V. kooperiert im Rahmen des Modellvorhabens mit der Initiative im Hinblick auf den Modellansatz „Generationennetzwerk“.

Das Netzwerk hat im Jahr 2004 an einer überregionalen Veranstaltung zum Thema „Das bürgerschaftliche Engagement stärken“ der Landesvereinigung für Gesundheit in Hannover teilgenommen und sich beim „Markt der Netzwerke“ präsentiert. Am 10.5.2005 wurde eine Fachtagung „Wie kann der Generationendialog gelingen?“ mit folgendem Programm veranstaltet:

- Begrüßung: Dr. Dagmar Schlapeit-Beck, Dezernetin für Soziales, Jugend und Kultur der Stadt Göttingen; Regina Meyer, Netzwerk Generationendialog Südniedersachsen
- Jung + Alt: Herausforderungen und Chancen, Prof. Dr. Ludger Veelken, Universität Dortmund
- Wie kann der Generationendialog gelingen? Prof. Dr. Fred Karl, Begleitforschung des Bundesmodellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“, Universität Kassel; Ulrico Ackermann, Projekt „Change in“, Freiwilligenzentrum Augsburg; Markus Marquard, Projekt „Kompetenznetzwerk der Generationen“, ZAWiW Ulm.

Das „Netzwerk Generationendialog Südniedersachsen“ möchte seine Aktivitäten in der Region bekannt machen und hat am 8.6.2005 zu einem „Schnuppertreffen“ bei der Freien Altenarbeit Göttingen e.V., Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen, eingeladen. Unterstützung der Arbeit kann erfolgen durch

- Kennenlernen der Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Generationenverständigung tätig sind,
- Erfahrungsaustausch der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und ehrenamtlich Engagierten,
- Ausloten der Zukunftschancen, die in einem gesellschaftlichen Generationendialog liegen,

- Bearbeiten der konkreten und strukturellen Probleme, die der Generationendialog mit sich bringt,
- Perspektiven der Vernetzung und Zusammenarbeit aufzeigen und umsetzen,
- Präsenz der Idee des Generationendialogs im politischen Raum.

Eine Gemeinschaftsinitiative von Arbeitgebern, Arbeitnehmerorganisationen, Kommunen und Wirtschaftsverbänden richtete unter Beteiligung des Modellprojektes koordiniert durch Sigrid Jacobi (Abgeordnete Kreistag Göttingen) den Wettbewerb "Der familienfreundliche Betrieb 2005 in Südniedersachsen" aus. Ziel ist, Unternehmen aus der Region zu prämiieren, die ihren Beschäftigten besonders gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbieten. Gewürdigt werden eine breite Palette oder besonders innovative Maßnahmen für die Balance von Beruf und Familie. Dazu heißt es in der Auslobung: "Familienfreundlichkeit ist das Schlüsselwort auch für die private Wirtschaft. Unternehmen, die gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, sind attraktive Arbeitgeber und liegen vorn im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Familienfreundlichkeit erwirtschaftet eine betriebswirtschaftliche Rendite, z.B. können Überbrückungs-, Wiedereingliederungs- und Bewerbungskosten eingespart werden. Motivation und ein gutes Betriebsklima sind gewinnbringend für das Unternehmen. Familienfreundlichkeit kann sich für jedes Unternehmen als Marketinginstrument erweisen." Prämiert wurden am 31.5.2005 im Alten Rathaus Göttingen drei Unternehmen nach den Größenklassen 5-20, 21-100 und ab 101 Beschäftigte.

4.2 Kreisebene: Arbeitstagen zum demographischen Wandel

Die Kreisebene dient als Diskussionsforum für politische Gemeinde- und Ortsvertretungen. Thematisiert werden die Projektergebnisse hinsichtlich der demographischen Prognosen, deren Auswirkungen auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie der kreisspezifischen Modellansätze. Als Beispiel dient die vom Regionalverband organisierte Arbeitstagung „Demographischer Wandel – Herausforderungen für den Landkreis Göttingen“ am 17.6.2005. Für die anderen Landkreise sind entsprechende Tagungen denkbar. Dabei könnten die in den dortigen Projektwerkstätten behandelten Themen (Generationendialog, Familienpolitik, Bürgerengagement) schwerpunktmäßig behandelt werden. Die Abbildung 30 enthält dazu entsprechende Vorschläge.

Region Südniedersachsen				
Zeit: 10.05.2005, Ort: Neues Rathaus Göttingen, Veranstalter: Netzwerk Generationendialog Südniedersachsen, Organisation: Regina Meyer, Freie Altenarbeit Göttingen				
Wie kann der Generationendialog gelingen?				
Prof. Dr. Ludger Veelken, Universität Dortmund: Jung und Alt – Herausforderungen und Chancen; Prof. Dr. Fred Karl, Universität Kassel, EFI-Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“; Ulrich Ackermann, Projekt „Change in“, Freiwillingenzentrum Augsburg; Markus Marquard, Projekt „Kompetenznetzwerk der Generationen, ZAWW Ulm				
Landkreis Holzminden Zeit: 17.06.2005 Ort: Stadthalle Holzminden Veranstalter: Lk Holzminden, Stadt Holzminden, Reg. Verb. „Demographischer Wandel und Generationendialog im Landkreis Holzminden“ Begrüßung: Landrat Waske Generationenhilfe als sozialräumliches Handlungsfeld Generationenwandel als Faktor der Stadtentwicklung Holzminden Arbeitsgruppe I: Kinder- und Jugendpflege als intergenerativer Ansatz Arbeitsgruppe II: Gestaltung des Generationendialogs Arbeitsgruppe III: Aktionsfelder für ältere Menschen Podiumsdiskussion: Generationensolidarität als kommunalpolitisches Handlungsfeld	Landkreis Göttingen Zeit: 17.06.2005 Ort: Neues Rathaus Göttingen Veranstalter: Lk Göttingen, Org.: Regionalverband „Der demographische Wandel - Herausforderungen im Landkreis Göttingen“ Begrü.: Landrat Schermann Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Entwicklung im Lk Göttingen Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Göttingen AG I: Gestaltung eines familien- u. generationengerechten Lebensumfeldes Arbeitsgruppe II: Anpassungsbedarf für Betriebe und Beschäftigte AG III: Beeinflussung d. Siedlungsentwicklung auf Kreis-, Gemeinde- und Ortsebene Podiumsdiskussion: Bevölkerungspolitik als neue Aufgabe der Regionalpolitik	Stadt Göttingen Zeit: 11.07.2005 Ort: Stadthalle Göttingen Veranstalter: Stadt Göttingen „Göttinger Bündnis für Familien“ Begrüßung: OB Danielowski Grußwort, Dr. Ursula Aumüller-Roske, AL Nds. Sozialministerium Lokale Bündnisse für Familie, Parl.Staats. Christel Piemann-Hanewinkel, BMFSFJ Vorstellung der Preisträger "Der familienfreundliche Betrieb", Sigrid Jacobi: Das "Göttinger Bündnis für Familien", Dr. Schlapet-Beck, Stadträtin Familie und Erwerbsarbeit, Prof. Dr. Heidi Rosenbaum, Universität Göttingen Talk mit Bündnisbeteiligten: Moderation Angela Brünjes	Landkreis Northeim Zeit: Ort: Veranstalter: Lk Northeim, Regionalverband Südnieders. „Demographischer Wandel und Familienpolitik im Landkreis Northeim“ Begr.: Landrat Wickmann Familienorientierung als Querschnittsaufgabe nachhaltiger Kommunalpolitik Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Northeim Arbeitsgruppe I: Familienzentren als lokales Generationennetzwerk Arbeitsgruppe II: Familienbildung und Familienselbsthilfe Arbeitsgruppe III: Handlungsansätze kommunaler Familienpolitik PD: Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – Familienorientierte Bevölkerungspolitik	Landkreis Osterode a.H Zeit: Ort: Veranstalter: Lk Osterode, Regionalverband Südnieders. „Demographischer Wandel und Bürgerengagement im Landkreis Osterode a.H.“ Begrüßung: Landrat Reuter Bürgerschaftliches Engagement als kommunaler Standortfaktor Prognose der Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Osterode AG I: Engagierte Bürgerschaften an der „Sonnenseite des Harzes“ als Alterswohnsitze Arbeitsgruppe II: Aktivierung von Freiwilligenengagement Arbeitsgruppe III: Ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und Verbänden Podiumsdisk.: Gestaltung des Generationenwandels durch Engagementförderung
Tagungskonzept zur Demographiepolitik in Südniedersachsen (Vorschläge kursiv)				
MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG: Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen		CA ■ F 148, 18.3.05		 REGIONALVERBAND SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 30

4.3 Gemeindeebene: "Lokale Bündnisse für Familie"

Lokale Politik zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erweist sich als demographisches Schlüsselthema. Mit diesem Bezug hat auf dem Strategieforum am 9.12.2004 das Servicebüro „Lokale Bündnisse für Familie“ seinen Netzwerkansatz vorgestellt und um Beteiligung auf der kommunalen Ebene geworben. Diese Werbung hat Früchte getragen. Zur Zeit arbeiten mit Unterstützung des Servicebüros und des Regionalverbandes folgende Gemeinden an einem „Lokalen Bündnis für Familie“:

- Gemeinde Friedland: Der Rat der Gemeinde Friedland hat in seiner Sitzung am 23.6.2005 die Gründung eines „lokalen Bündnisses für Familien“ beschlossen. Am 5.7.2005 fand die erste Gründungsveranstaltung in der Region (Moderation Servicebüro, Impulsreferat Regionalverband) statt.
- Gemeinde Rosdorf: In einer Veranstaltung am 6.6.2005 wurden die Grundlagen für ein „Rosdorfer Bündnis für Familie“ referiert: Dr. Gerhard Cassing über das Modellvorhaben zum demographischen Wandel, Christa Bauer-Schmidt, Frauenbeauftragte, über die Bündnisstrategie, Christian Mogge über das Modellprojekt des Landkreises Göttingen „Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe“. Das Bündnis wurde im Juli offiziell gegründet.
- Gemeinde Gleichen: Der Rat der Gemeinde hat am 15.6.2005 die Bildung eines Bündnisses für Familie beschlossen. Am 26.10. findet die Gründungsveranstaltung statt.
- Gemeinde Adelebsen: Im Rahmen der Ausstellungseröffnung am 1.7.2005 wurde für die Bildung eines Bündnisses geworben. Am 27.10.2005 findet die Gründungsveranstaltung statt.
- Samtgemeinde und Stadt Dransfeld: Am 30.8., 27.9. und 11.10.2005 wurde über den "Demographischen Wandel in Region und Samtgemeinde" und das Modellvorhaben referiert.
- Im Flecken Bovenden wird die Einrichtung eines „Bovender Bündnisses für Familie“ vorbereitet.

„In Friedland heißt es dazu in der Deklaration: ‚Mit der heutigen Gründung des Friedländer Bündnisses für Familie erklären die Unterzeichner für die Zukunft den Bedürfnissen von Familie nachhaltig Rechnung zu tragen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen zu verbessern. Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Kirchen und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen wollen engagiert die Chancen des Bündnisses nutzen, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und das Lebensumfeld für Familien und familiäre Lebensformen zu stärken.‘ Zu den Unterzeichnern gehören neben den erwähnten Gruppen zum Beispiel auch der Seniorenbeirat und die Nachbarschaftshilfe NeNa. Gerade die Arbeit dieser beiden Einrichtungen hat beispielhaft gezeigt, dass vieles an Dienst- und Hilfsleistungen heute neu organisiert werden muss, was früher selbstverständlich funktionierte. Heute gibt es immer mehr ältere Menschen in den Dörfern, die ohne eine Versorgung durch ihre Kinder auskommen müssen, weil diese weggezogen sind. Oder es leben hier junge Familien, deren Großeltern wiederum anderswo ansässig sind. Der Austausch der Generationen funktioniert also schon heute nicht mehr so einfach, dazu kommt eine Geburtenrate in Deutschland von nur 1,3 und eine große Überalterung schon in den nächsten zehn Jahren. Für die Gemeinde Friedland bedeutet das spätestens ab 2007 freibleibende Kindergartenplätze und voraussichtlich leer stehende Häuser in den Ortschaften. Unstrittig ist jenseits aller politischen Ideologien mittlerweile auch, dass es sich kaum noch eine Familie leisten kann oder will, darauf zu verzichten, dass die Frau ihren Beitrag zum Erwerbseinkommen erbringt. Somit ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Zukunftsthema. Dieses zeigte sich auch deutlich bei der Gründungsveranstaltung, wo die Mehrzahl der Meinungsäußerungen sich auf der Pinwand unter dem Stichwort Kinderbetreuung fand, gefolgt von Punkten, die sich unter dem Oberbegriff Siedlungsentwicklung zusammenfassen lassen. Nun braucht sich die Gemeinde Friedland mit den zahlreichen Netzwerken, die in den letzten Jahren entstanden sind, nicht zu verstecken. Der starke Bevölkerungsrückgang stellt aber alle Beteiligten vor neue Probleme: Kindergärten und Schulen, Freizeiteinrichtungen und nicht zuletzt die Angebote der Vereine werden nicht mehr ausreichend nachgefragt. Was wird in den nächsten Jahren mit der Fußball-E-Jugend oder der Feuerwehrgruppe in einzelnen Ortschaften, in manchen fehlt es schon jetzt überhaupt an Spielkameraden. ‚Kinder sind unsere Zukunft‘, heißt es in der Deklaration. Um die Gemeinde familienfreundlich zu gestalten müssen sich alle an einen Tisch set-

zen. Die Erzieherinnen, die in ihrer Arbeitsgruppe schon die Konzepte für weitergehende Betreuung diskutiert haben, mit den Wirtschafts- und Finanzfachleuten, den Eltern, den Politikern. So kann gemeinsam eine Idee im Hinblick auf die Machbarkeit vorangetrieben werden. Und das alles in Zeiten leerer öffentlicher Kassen möglichst nach dem Beispiel der Schülerlotsen: Wenn ein Schulweg für die Kleinsten über eine gefährliche Kreuzung führt, muss nicht immer die ganze Kreuzung zurückgebaut werden. Manchmal finden sich ‚Größere‘, die ehrenamtlich über die Straße helfen.“ (Andrea Riedel-Elsner, Friedland)

Die Stadt Göttingen ist funktional auf der Kreis- und der Gemeindeebene tätig. Hier wurde am 11.7.2005 das „Göttinger Bündnis für Familien“ gegründet. Es wird unterstützt von AG der Wohlfahrtsverbände Göttingen, Arbeitgeberverband Mitte e.V., Bündnis der Freien Träger der Kindertagesstätten, Deutscher Gewerkschaftsbund Region Südniedersachsen/Harz, Ev. Luth. Kirchenkreis Göttingen, Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen, Frauenforum Göttingen, IHK Hannover - Geschäftsstelle Göttingen, Dekanatsrendant - Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Göttingen, Kita Stadtalternrat Göttingen e.V., Koordinierungsstelle "Frauenförderung in der privaten Wirtschaft", Kreishandwerkerschaft Südniedersachsen, Pro City GmbH Göttingen, Stadt Göttingen, Stadtalternrat Schulen e.V. Universität Göttingen, Verbund Frau und Betrieb Göttingen e.V., Verein kinderfreundliches Göttingen. Die von Elisabeth Goos-Wille, Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie, moderierte Gründungsveranstaltung in der Stadthalle hatte folgendes Programm:

- Begrüßung, Oberbürgermeister Jürgen Danielowski,
- Grußwort, Dr. Ursula Aumüller-Roske, Abteilungsleiterin Jugend und Familie, Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Lokale Bündnisse für Familie - eine Bundesinitiative, Parlamentarische Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Vorstellung der Preisträger "Der Familienfreundliche Betrieb 2005 in Südniedersachsen", Sigrid Jacobi, Koordinatorin und Jurymitglied
- Das Göttinger Bündnis für Familie, Dr. Schlapeit-Beck, Stadträtin
- Familie und Erwerbsarbeit, Prof. Dr. Heidi Rosenbaum, Universität Göttingen
- Talk mit Bündnisbeteiligten, Moderation Angela Brünjes, Göttinger Tageblatt

Anlässlich der Gründung wurde von den Partner folgende "Gemeinsame Erklärung des Göttinger Bündnisses für Familien" unterzeichnet: "Die Stadt Göttingen initiiert ein 'Göttinger Bündnis für Familien' und schließt sich dem 'Lokalen Bündnis für Familie' auf Bundesebene an. Sie gründet gemeinsam mit Vertretungen aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Verbänden, Universität, wissenschaftlichen Einrichtungen und Netzwerken das 'Göttinger Bündnis für Familien', das die Situation der hier lebenden Familien und Kinder in das politische und gesellschaftliche Blickfeld rückt. Das 'Göttinger Bündnis für Familien' verfolgt mit seinen Aktivitäten das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen nachhaltig zu verbessern und damit günstige Voraussetzungen für die Gründung und den Lebensalltag von Familien mit Kindern zu schaffen. Über Fachforen und die Entwicklung konkreter Projekte sowie eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll eine gesellschaftliche und politische Sensibilisierung der Göttinger Bürgerinnen und Bürger sowie aller Institutionen sichergestellt werden. Dadurch soll die Verantwortlichkeit der Eltern, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch der öffentlichen und privaten Arbeitgeber für Familien und Kinder hervorgehoben und ihre jeweiligen Potenziale gestärkt werden, um so auch den Standort Göttingen als familienfreundliche Stadt aufzuwerten. Die Bündnisbeteiligten setzen sich in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich für familien- und kinderfreundliche Maßnahmen und Projekte ein, um Familien und familiäre Lebensformen zu stärken. Dieses geschieht insbesondere durch eine stärkere Vernetzung öffentlicher und privater Akteure. Im Mittelpunkt stehen familienfreundliche Arbeitsbedingungen und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Der wichtige Beitrag von Familien zur Zukunftsfähigkeit der Kommune soll anerkannt und die Stadt Göttingen als Lebensort für Familien noch attraktiver werden."

5 Projektergebnis: *Modell zur nachhaltigen regionalen Bevölkerungspolitik*

5.1 Bevölkerungspolitik als Querschnittsaufgabe: *Nachhaltigkeit als Leitvorstellung*

Die Raumordnungsregion 24 - Göttingen (Süd-niedersachsen) - ist im Alterungstrend der Bevölkerung dem Bundesdurchschnitt ca. 10 - 15 Jahre voraus. Die zu erwartende enorme Verschiebung der Generationenanteile - erheblich weniger jüngere, wesentlich mehr ältere Einwohner - wird zu veränderten gesellschaftlichen Anforderungen und Leistungen der einzelnen Altersgruppen führen. Die Steuerung dieser demographischen Umstrukturierung lässt sich als Bevölkerungspolitik bezeichnen (NOHLEN 2005). Sie muss auf jeder föderalen Ebene und in jeder Raumeinheit den jeweiligen Bedingungen entsprechend formuliert werden. Dies findet bei härter werdender Konkurrenz der Gebietskörperschaften untereinander statt. Beispiele und Vorbilder hierfür gibt es kaum. In der Literatur finden sich erste Ansätze, Ziele und Instrumente einer neuen Bevölkerungspolitik zu formulieren. Differenziertere regionalwissenschaftliche Studien befinden sich erst im Anfangsstadium. Regionale Bevölkerungspolitik richtet sich auf die gewandelten Rollen der Alterskohorten im regionalen Funktionsgeflecht. Dabei sind nicht nur die Mengenänderungen von Bedeutung, sondern vor allem deren Wirkungen auf die Beziehungen der Generationen zueinander. Dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts der Bevölkerung wird als Generationennetzwerk verstanden. Oberstes Ziel einer so verstandenen regionalen Bevölkerungspolitik ist die Generationensolidarität als Grundlage der Modernisierung der sozialen Infrastruktur.

Bevölkerungspolitik ist ein konstitutiver Bestandteil der Regionalpolitik. Bisher wurde ihr nur die „passive“ Rolle als Datenlieferant von Wachstumsprognosen zugebilligt. Mit dem „Ende des Wachstums“ werden Bevölkerungszahl und -struktur selber zum Handlungsfeld politischer Gestaltung. Im raumordnungspolitischen Zielsystem beinhaltet die Leitvorstellung der „sozialen Nachhaltigkeit“ die grundlegende Forderung nach dem „Zusammenhalt der Bevölkerung“, der auch auf die Chancen zukünftiger Generationen gerichtet ist. In der Abbildung 31 ist der Entwurf eines Zielsystems für die Region Süd-niedersachsen dargestellt. Er macht deutlich, dass demographische Ziele eine Schlüsselfunktion in der Regionalpolitik erhalten, da sie der sozialen und der ökonomischen Nachhaltigkeit, d. h. dem Zusammenhalt der Bevölkerung und der Wettbewerbsfähigkeit der Wertschöpfung gleichermaßen dienen.

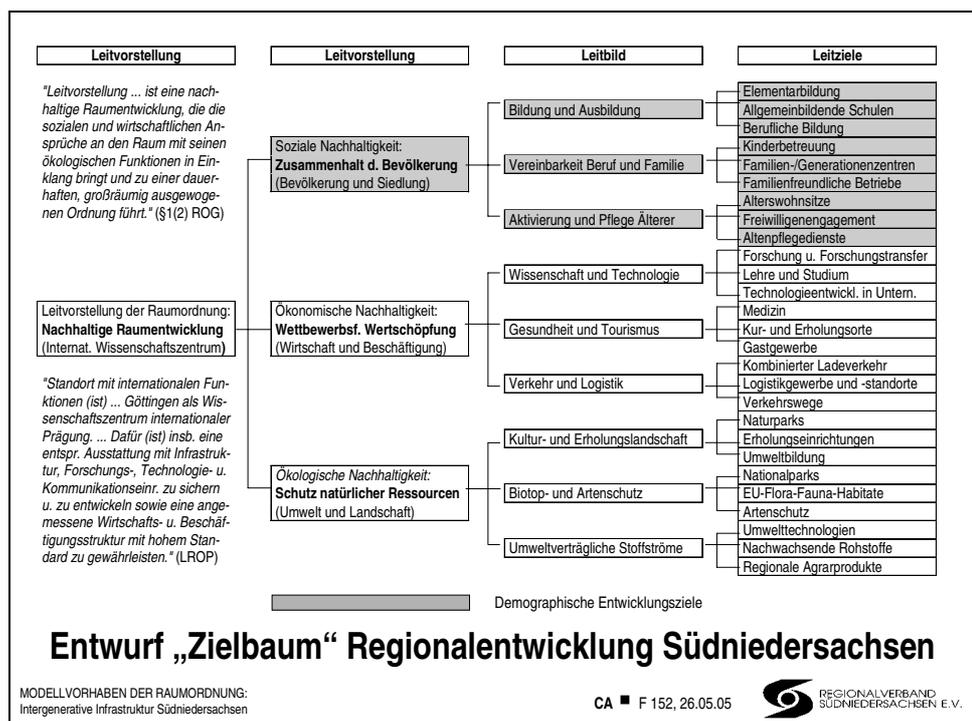


Abbildung Nr. 31

Die politische Versuchung ist groß, sich im Wettbewerb Bevölkerungspotenziale anderer Räume zu erschließen. Deshalb muss sich Bevölkerungspolitik dem raumordnerischen Nachhaltigkeitsgrundsatz unterordnen, der Entwicklungen mit eigenen Ressourcen ohne Belastungen für andere Räume und Zeiten vorschreibt. Das gilt im regionalen wie im lokalen Maßstab. Empfehlungen für eine unnachhaltige Bevölkerungspolitik gibt z. B. die Studie "Modellrechnungen zur Zukunft von Leben, Wohnen und Arbeiten in Duderstadt bis 2050" (PESTEL-INSTITUT FÜR SYSTEMFORSCHUNG E. V. 2005): Zwar wird als Mittelfrist-Szenario eine als nachhaltig - allerdings unrealistisch - zu wertende Steigerung der Geburtenquote auf französisches Niveau aufgezeigt. Kurzfristig wird jedoch eine auf Abwerbung aus dem ca. 30 km entfernten Oberzentrum gerichtete Bauland- und Wohnungsbaupolitik in Verbindung mit einem Schnellstraßenbau zur Verringerung der Pendlerzeit auf unter 30 Minuten empfohlen, die dem Nachhaltigkeits-Leitbild nicht entspricht (vgl. MÖNNICH 2005).

Von der neuen Aufgabe sind alle "klassischen" politischen Handlungsfelder angesprochen. Es müssen überkommene Ziele überprüft werden. Die traditionellen Lösungsmodelle und -instrumente versagen angesichts sich gravierend ändernder demographischer Bedingungen. Das gilt z.B. für die

- Wohnungs- und Siedlungspolitik: Die weitere Verringerung der Zahl junger Familien mindert den Neubedarf an Wohnungen und Häusern. Der Sterbeüberschuss führt zu Überangeboten an Altwohnungen und -häusern. Jeder Neubau von Wohnraum mindert die Marktchancen der Bestandsnutzung. In der Folge ist mit nicht stadt- bzw. dorfverträglichen Leerständen zu rechnen. Ein an den begrenzten endogenen demographischen Potenzialen orientierter Stadt- und Dorfumbau muss die auf exogene Wachstumseffekte setzende bisherige Siedlungspolitik ablösen. Dabei sollte der Nachholbedarf an energetischer Altbausanierung als zusätzliches ökologisches Ziel berücksichtigt werden.
- Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Der zu erwartende Rückgang der jüngeren Erwerbsfähigen wird zu einem empfindlichen Nachwuchsmangel auf dem Arbeitsmarkt führen. Die Betriebe werden überregional (auch international) Arbeitskräfte anwerben müssen. Sie stehen dabei im Wettbewerb mit anderen Regionen. Als nachhaltig kann unter diesen Bedingungen nur angesehen werden, wenn im Kontext von Beschäftigung auch hochqualifizierte Ausbildung und Weiterbildung angeboten werden. Die Region Göttingen hat mit den Hochschulstandorten Göttingen, Holzminden, Clausthal und Witzenhausen ein flächen- und fächerdeckendes Angebot. Gleichzeitig müssen die Erwerbspotenziale der Frauen und der Älteren aktiviert werden. Dies erfordert entsprechende Weiterbildungsangebote. Auch hierfür gibt es in der Region gute institutionelle Voraussetzungen.
- Jugend- und Bildungspolitik: Der starke Rückgang der Kinder- und Jugendlizenzen verführt die Kommunalpolitik - aus nachvollziehbaren finanzpolitischen Erwägungen - zu voreiligen quantitativen Angebotsreduzierungen. Die Chance besteht jedoch darin, die bestehenden Kapazitäten für eine dringend erforderliche pädagogische Qualitätssteigerung zu nutzen, z.B. in Form von Ganztagsangeboten in Kindergärten und Schulen. Gleichzeitig können damit Erwerbspotenziale nicht berufstätiger Frauen erschlossen werden.
- Gender- und Familienpolitik: Der vorgenannte Nebeneffekt ist Hauptziel von Gleichstellungs- und Familienpolitik. Die gut ausgebildete Generation der jungen Frauen, soll durch bedarfsgerechte Kinderbetreuung in die Lage versetzt werden, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Bevölkerungspolitisches Ziel ist es, damit zu einer erhöhten Geburtenzahl beizutragen.
- Sozial- und Gesundheitspolitik: Die wachsende Zahl "fitter" älterer Menschen in der Region enthält die Chance zu mehr freiwilliger, ehrenamtlicher Betätigung in Familie und Gesellschaft. Dieses Potenzial zu aktivieren ist als "Generationen- und Bürgerpolitik" eine neue Aufgabe. Freiwilliges Engagement der Senioren ist angesichts der Mehrfachbelastung der „Sandwich-Generation“ bei der familiären Betreuung der abhängigen Generationen (Kinder, Hochaltrige) gefragt. Besonders stark nimmt die Zahl der Hochbetagten in der Region zu. Der Großteil der Altenpflege findet im Familienhaushalt statt. Dies stellt erhöhte Anforderungen an mobile Pflege und Betreuung, um den Verbleib im gewohnten Familien- und Wohnumfeld auch im hohen Alter gewährleisten zu können.

Die Aufzählung macht deutlich, dass regionale Bevölkerungspolitik eine neue Querschnittsaufgabe ist. Sie muss methodisch, instrumentell und organisatorisch dementsprechend auch neu definiert werden. So hat z.B. die Stadt Bielefeld als erste deutsche Kommune eine "Demographiebeauftragte" berufen. Der spezifische Zielrahmen bestimmt sich nach den Erkenntnissen der Modellplanung aus der gesellschaftlichen Überforderung der Jungfamilien-Generation, die mit zurückgehenden Kinderzahlen regiert, und den daraus folgenden Ansätzen zu Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher ist es verständlich, dass das größte Interesse und die aktivste Unterstützung für das Modellvorhaben von den Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen kommt. In vielen Fällen arbeiten sie auch bereits direkt an dem Thema z.B. durch die Initiierung von "Lokalen Bündnissen für Familie" in der Gemeinde. Im Zusammenhang mit den Fachplanungen (z.B. Schulentwicklungsplanung, Kindergartenbedarfsplanung) und der räumlichen Planung (Flächennutzungsplanung, Regionalplanung) ergeben sich daraus weiterführende Strategien. Sie haben nicht allein die nötige Anpassung der Infrastruktur an die quantitative Generationenentwicklung zum Gegenstand. Vielmehr setzen sie - vice versa - die Infrastruktur gezielt zur Gestaltung einer solidarischen Vernetzung der Generationen ein. Die Grenzen der Fachpolitiken müssen dazu überwunden werden. Eine familien- und generationengerechte Regional- und Kommunalpolitik muss sich für diese neue Aufgabe auch neue Arbeitsstrukturen schaffen.

In der Abbildung 32 ist der planungssystematische Zusammenhang von Bevölkerungspolitik und Infrastrukturpolitik dargestellt: Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ordnet sich als Bestandteil Sozialer Nachhaltigkeit in die Leitvorstellung der Raumordnung (§ 1 ROG) ein. Als raumordnerische Grundsätze zur Bevölkerungspolitik können die Steigerung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und die Aktivierung der bestehenden Bevölkerungspotenziale angesehen werden. Hieraus leiten sich die raumbezogenen bevölkerungspolitischen Handlungsziele ab. Demographische Handlungsschwerpunkte können die Erhöhung der Geburtenrate, die Steigerung der Bildungs-/Erwerbswanderung und -beteiligung sowie die Steigerung der Altwanderung sein. Diese Handlungsansätze müssen zu einer Überprüfung der Infrastrukturpolitik und ihrer Ziele und Instrumente führen. Auf kommunaler Ebene ergibt dies einen neuen Ansatz von „Gemeinwesenpolitik“, der Generationen-, Familien- und Bürgerpolitik integriert. Dabei müssen die Aufgaben der „klassischen“ Infrastrukturfelder überdacht werden. Ein neues Verständnis von „Gemeinwesenarbeit“ als sozial-kultureller Infrastruktur kann sich daraus entwickeln.

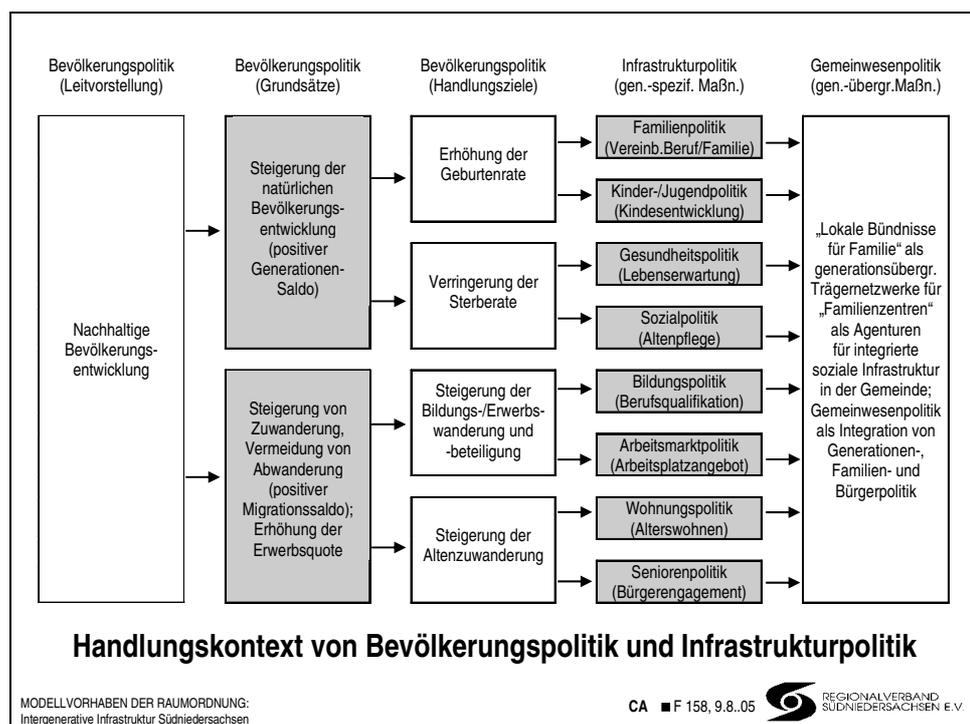


Abbildung Nr. 32

5.2 Innovative Infrastruktur: *Flexibilisierung und Vernetzung der Angebote*

Die Methoden und Instrumente zur modellhaften Initiierung von Innovationen gelten auch für die hier zu behandelnde Frage der Infrastrukturentwicklung. Die projektspezifische Aufgabe bestand darin, mit einer Vielzahl heterogener Beteiligter einen integrierten Zielfindungs-, Modellbildungs- und Umsetzungsprozess zu organisieren. Dies ist mehr oder minder erfolgreich gelungen. Das Thema "Demographischer Wandel" war zu Projektbeginn (2003) zwar aus der bundespolitischen Diskussion der Rentenfrage bekannt. Die Bedeutung auf der regionalen und kommunalen Ebene war jedoch noch kein Thema. So hat sich erst bei der Bearbeitung des Projektantrages herausgestellt, dass die Region Südniedersachsen in demographischer Hinsicht Extremwerte aufweist. Es hat vorher keine Beschäftigung mit diesem für die Regionalentwicklung grundlegenden Faktor gegeben. Auch in dem Antrags-Workshop (26.8.2003 in Duderstadt) kam der "zündende Gedanke" des Generationendialogs als Leitthema (Ines Albrecht-Engel) erst „fünf Minuten“ vor Ende der Sitzung. Heute - zwei Jahre später - ist durch die bundesweite Medienpräsenz das Thema in der Region allgemein bekannt und durch die Projektaktivitäten auch hinsichtlich der regionsspezifischen Besonderheiten im Bewusstsein. Das zeigt die umfangreiche Berichterstattung über das Modellvorhaben in der regionalen Presse (vgl. Tabelle 2, S. 46).

Für die konkrete Projektarbeit sind Bereitschaft und Möglichkeit einer Vielzahl von Akteuren, an der Umstrukturierung mitzuarbeiten, eine wichtige Voraussetzung. Auf der Ebene einer Region sind einer breiten Mitwirkung „technische“ Grenzen gesetzt. Deshalb ist die Beteiligung „modellhaft“ auf ausgewählte räumliche und funktionale Bereiche beschränkt. Das Interesse von Experten an einer Mitwirkung steht immer im Konflikt mit den begrenzten Arbeitskapazitäten. Die projektbezogenen Aktivitäten waren dann erfolgreich, wenn sie auch Gewinn für die eigene Arbeit brachten. Die Projektarbeit enthält drei methodisch unterschiedliche Ansätze, um das Projektziel einer innovativen Umstrukturierung der Infrastruktur unter Mitwirkung ausgewählter Akteure zu erreichen:

- Zielfindung mithilfe eines im Delphi-Verfahren erstellten Leitbildes: Es wurde eine Liste von ca. 700 Trägern und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur erstellt, die repräsentativ als Experten und als Multiplikatoren angesprochen wurden. Die vertretenen Funktionen umfassen alle Lebensphasen – von der Wiege bis zur Bahre. Die Landkreise sind ebenso berücksichtigt wie das Oberzentrum. Der erste Fragebogen erforderte einen hohen Bearbeitungsaufwand. Allerdings war damit auch eine Informationsabsicht verbunden. Die Zahl der Antworten lässt auf eine wirksame „Ansprache“ der Multiplikatoren schließen. Auch die mit den Antworten präferierten Einschätzungen und Wertungen lassen auf ein ausgeprägtes Problembewusstsein und eine hohe Innovationsbereitschaft schließen. Die zweite Befragungsrunde brachte für die Beteiligten keinen weiteren Informationsgewinn und hatte vermutlich deshalb ein unzureichendes Echo. Das mithilfe der Delphi-Befragung entstandene „Leitbild zur nachhaltigen Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen“ wird mit der Einladung zum Forum 8.12.2005 zur „Abstimmung“ gestellt und kann Grundlage der Diskussion zur politischen Umsetzung in den Landkreisen werden. Diese Phase ist noch nicht abgeschlossen.
- Modellbildung mithilfe von Projektwerkstätten: In den Modellgemeinden geht es um die Entwicklung von Konzepten für die sich ändernden Infrastrukturbedarfe und ihre Einordnung in das politische Handeln. Es hat sich gezeigt, dass sich die sozialen Dienstleistungen einerseits stärker ausdifferenzieren (z.B. beim Betreuungsbedarf für unselbständige Altersgruppen), gleichzeitig aber auch stärker integrieren werden (z.B. altersgemischte Kinderbetreuung, generationsübergreifende Kommunikation). Dies erfordert eine Flexibilisierung der Angebote, die nicht mehr standardisiert, sondern individuell „zugeschnitten“ sein müssen. Die Anbieter müssen mit „aufsuchenden Konzepten“ sich ihren „Kunden“ zuwenden und ihnen individuelle Dienstleistungen „anpassen“. Dabei werden Selbsthilfe-, Laien- und Freiwilligenarbeit mit einbezogen. Kundengerechte soziale Infrastruktur wird künftig zum Standortprofil einer Gemeinde gehören und im Wettbewerb um Einwohner ausschlaggebende Bedeutung erhalten. Die Schwerpunkte der demographisch bedingten innovativen Infrastrukturentwicklung liegen in 1) der Qualitätsverbesserung der Kindererziehung und -bildung, 2) der Ver-

besserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und 3) der Aktivierung des Seniorenengagements. Ein geeignetes Konzept für eine flexible, diese Aufgaben integrierende Infrastruktur bilden selbstverwaltete Familienzentren z. B. in der vom Land Niedersachsen geförderten Form des "Mehrgenerationenhauses". Für das erste Förderobjekt in Südniedersachsen (Familienzentrum Us-lar) wurde im Rahmen des Modellvorhabens eine unterstützende Stellungnahme abgegeben. Weitere Projekte befinden sich noch im Planungsstadium.

- **Vernetzung der Infrastrukturträger:** Ziel der Infrastrukturplanung ist es, in jeder Gemeinde eine institutionelle Plattform zu integrieren, die die Entwicklung der Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit einrichtet. Hier trifft es sich gut, dass auf Bundesebene parallel zum raumordnerischen Modellvorhaben das familienpolitische Projekt „Lokale Bündnisse für Familie“ gestartet wurde. Es unterstützt durch ein Servicebüro die Vernetzung von familien- und generationenpolitischen Akteuren in Städten, Gemeinden, Kreisen und Regionen. Im Rahmen des Modellvorhabens (Strategieforum) wurde die Netzwerkinitiative des Bundesfamilienministerium vorgestellt und traf auf ein entsprechend großes Interesse. Mittlerweile sind im Zusammenwirken von Modellvorhaben und Netzwerkinitiative in mehreren Gemeinden in Südniedersachsen „Lokale Bündnisse für Familie“ entstanden oder in Vorbereitung. Überwiegend haben Veranstaltungen zum demographischen Wandel im Rahmen des Modellvorhabens den Anstoß für die Vernetzung gegeben. Damit wird das Hauptziel des Projektes, dauerhafte Strukturen zur infrastrukturgestützten Gestaltung des demographischen Wandels in der Region zu etablieren, auf der Gemeindeebene erfolgreich umgesetzt. Angestrebt wird die Vernetzung der lokalen Initiativen durch eine regionale Koordinationsstelle.

Die Arbeit in den Projektwerkstätten ist auf Innovation und Kooperation bei der Weiterentwicklung intergenerativer Dienste gerichtet (vgl. Abb. 33). Dabei konnten folgende Erkenntnisse gewonnen werden:

- **Überwindung institutioneller Schranken:** Die Aufgabenabgrenzung zwischen den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur bedarf der Überprüfung hinsichtlich einer stärkeren Vernetzung der Träger;
- **Bündelung der Arbeitspotenziale:** Die Abgrenzung der Arbeitsformen (Professions-, Laien- und Eigenarbeit) bedarf der Überprüfung hinsichtlich einer stärkeren kapazitiven Synergiegewinnung;
- **Integration der Zielgruppen:** Die Abgrenzung der Zielgruppen bedarf einer Überprüfung hinsichtlich eines ganzheitlichen sozial-kulturellen „Kundenansatzes“ im Sinne moderner Gemeinwesenarbeit.

Art der Einricht. Form der Arbeit	Privathaushalt	Selbsthilfe- einrichtung	Öffentliche Einrichtung
Berufsarbeit	Ambulante Haus-, Familien-, Kranken-, Altenpflegekräfte	Personal für Organisation und Schulung	Voll-/Teilzeitkräfte
Honorararbeit	"Tagesmutter", "Kinderfrau"	Kinder- und Altenbetreuung durch Honorarkräfte	Nachmittagskinderbetreuung durch Honorarkräfte
Freiwilligenarbeit	Altenbesuchsdienst	Kinder- und Altenbetreuung durch ehrenamtliche Kräfte	Ehrenamtliche Kräfte in Altenbegegnungsstätte
Eigenarbeit	Familien- und Hausarbeit	Selbsthilfearbeit	Eltern-, Angehörigenhilfe in Kinder- und Altenbetreuung

Innovationen bei intergenerativen Dienstleistungsarten und -formen

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 107, 3.5.04  REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 33

5.3 Übertragbarkeit der Projektergebnisse: *Demographiefeste Regionalentwicklung*

Die Forschungsproblematik (Forschungsfragen und –hypothesen) orientiert sich an den spezifischen raum-zeitlichen Bedingungen der Modellregion Südniedersachsen (vgl. Abb. 34):

- Aus der gegenwärtigen Mehrheit der Jüngeren (2002: 55,6 % unter 45 Jahre) wird zukünftig die Minderheit (2020: 47,5 %). Gegenläufig wird aus der gegenwärtigen Minderheit der Älteren (44,4 %) zukünftig die Mehrheit (52,5 %).
- Die gegenwärtige Mehrheit der Bevölkerung des ländlichen Raumes (2002: 54,2 % in den Landkreisen Holzminden, Northeim, Osterode a.H.) geht bis 2020 auf 50,8 % zurück und wird längerfristig wohl zu einer Minderheit. Gegenläufig bewegt sich der Anteil der Bevölkerung des verstärkten Raumes (Landkreis Göttingen) von der Minderheit (45,8 %) über 49,2 % im Jahre 2020 langfristig in Richtung der Mehrheit.

Im Projektantrag (RVSN 27.8. und 23.10.2003) und im Bewilligungsbescheid (BBR 5.11.2003) wird auf diesem Hintergrund als Forschungsfrage formuliert, ob angesichts des gravierenden demografischen Wandels das generative Gleichgewicht in der Region nachhaltig sicherbar ist und ob der intergenerative Leistungsaustausch in Form der sozialen Infrastruktur gewährleistet werden kann. Daraus folgt die Forschungshypothese, dass das Gleichgewicht der Generationen und der Teilräume aus dem Lot gerät, wenn nicht mit einer Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur dagegen gesteuert wird. Unter diesem räumlichen und zeitlichen Aspekt ist eine Übertragbarkeit gegeben. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Wirkungen von Um- und Gegensteuerungen lange Zeiträume beanspruchen.

Hinsichtlich der Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse wird unterschieden nach

- methodischer Übertragbarkeit: Im Zentrum des methodischen Interesses steht das Delphi-Verfahren in Hinblick auf seine praktische Eignung als Vermittlungs-, Vernetzungs- und als Planungsinstrument.
- thematischer Übertragbarkeit: Das thematische Interesse ist auf die modellhafte Entwicklung einer mehrstufigen Generationen-Agentur gerichtet. Auf der Basis vorhandener Ansätze sollen Projekte zur generationsübergreifenden Infrastruktur entwickelt werden.

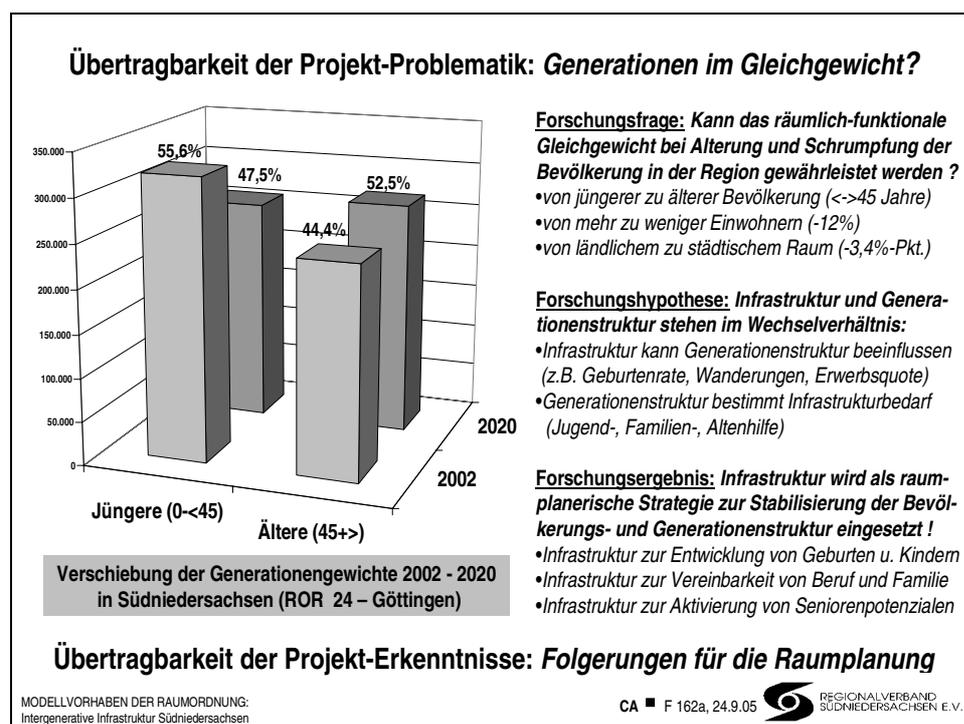


Abbildung Nr. 34

Die Delphi-Methode hat sich als Instrument der Expertenbeteiligung zur nachhaltigen Raumentwicklung und speziell der raumbezogenen Zukunftsforschung als besonders geeignet erwiesen

- als Vermittlungsinstrument: Die Delphi-Verfahrensschritte dienten als „roter Faden“ zur Strukturierung der sechs regionsweiten öffentlichen Projektforen. Die Ergebnisse der ersten Delphi-Frageunde waren Gegenstand der zweiten Projekt-Tagung („Statusforum“ 23.6.2004). Der Einladung zum Abschlussforum am 8.12.2005 wird das Ergebnis (Leitbildentwurf) zur „Schlussabstimmung“ beigefügt. Die Foren haben ein interessiertes Echo in der Fachwelt gefunden. Die Medienberichte darüber haben intensiv zur Information der Öffentlichkeit beigetragen. Expertengestützte öffentliche Foren sind zur Vermittlung komplexer raumbezogener Zukunftsfragen sehr geeignet.
- als Vernetzungsinstrument: Die breite Expertenbeteiligung hat sich als sehr geeignet gezeigt, Betroffenheit und Handlungsfelder zu identifizieren und darüber Netzwerke zu initiieren. Die im Rahmen des Projektes entstandenen „Bündnisse für Familie“ in verschiedenen Gemeinden belegen dies.
- Als Planungsinstrument: Die breite Expertenbeteiligung im Delphi-Verfahren ist eine geeignete Methode, systematisch ein Leitbild zu einem komplexen raumbezogenen Planungsproblem zu entwickeln. Das so entstandene „Demographischen Leitbild für Südniedersachsen“ ist dafür ein Beleg.

Das in dem Modellvorhaben erörterte Thema der Gestaltung des Generationenwandels durch generationsübergreifende Infrastruktur ist in breitem Maße übertragbar. Unterstützende Dienstleistungen für „Work-Life-Balance“ erweisen sich als dringendes Erfordernis einer zukunftsorientierten Gemeinwesenpolitik – auch im Standortwettbewerb um junge Bevölkerung. Das dazu behandelte Modell eines Netzwerkes (z. B. „Lokale Bündnisse für Familie“) sowie eines Zentrums familienbezogener Dienste (z. B. „Familienzentren“ Uslar, Bodenfelde und Hardegsen) ist auf die infrastrukturelle Grundversorgung in den meisten Nahbereichen übertragbar. Das gilt auch für die Funktionsbausteine des Familien-/Generationenzentrums, die in den vier gemeindespezifischen Projektwerkstätten erprobt wurden:

- Modell zur Erweiterung der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen: Übertragbar ist hier die Erkenntnis, dass eine moderierte Beteiligung aller Betroffenen in einem offenen Planungsprozess Voraussetzung für Infrastruktur-Innovationen ist.
- Modell zum Funktionswandel eines „Mütterzentrums“ zum „Familienzentrum“: Übertragbar ist die demographisch bedingte Umstrukturierung der Zielgruppe der Familienselbsthilfe vom Zwei- auf den Mehrgenerationenansatz.
- Modell zur Moderation des Generationendialogs im „Erzählcafé“: Übertragbar ist das im Projekt-rahmen entwickelte Fortbildungsprogramm zur Moderationsschulung für den biographieorientierten Generationendialog.
- Modell zur Aktivierung des Bürgerengagements mit einer „Bürgerbörse“: Dieses Projekt hat über das konzeptionelle Stadium hinaus noch keine übertragbaren Umsetzungserkenntnisse erbracht. Der Modellfall zeigt jedoch die durch „Überalterung“ drohenden Defizite im Gemeinschaftsleben auf.

Zusammenfassung: Das Projekt befasst sich mit der Gestaltbarkeit des demographischen Wandels in Südniedersachsen. Dazu wird ein Leitbild einer „demographiefesten“ Regionalentwicklung entworfen, das auf andere Regionen übertragbar ist. Die Grunderkenntnis ist einfach und dennoch komplex: Eine Region ist nur zukunftsfähig, wenn sie ihre Population durch eine kontinuierliche Abfolge von Generationen dauerhaft sichert. Eine generationengerechte Entwicklung beinhaltet die Weitergabe nachhaltiger Entwicklungsbedingungen von einer Generation zur nachfolgenden. Leitziel nachhaltiger Raumentwicklung ist die „Generationensolidarität“ (BLACH/IRMEN 1999). Der Generationen-Transfer umfasst

- Weitergabe des Lebens mit einer bestandsorientierten Generationenrate: RISTAU (2005) hält eine Steigerung der Geburtenquote auf 1,7 Kinder pro Frau für „mittelfristig erreichbar“.
- Weitergabe des Wissens durch Lehren und Lernen: Das geistige (sozial-kulturelle) Erbe wird über das Erziehungs- und Bildungssystem gesichert.
- Weitergabe des Vermögens durch Nachlässe: Das materielle Erbe wird in den verschiedensten Vermögensformen an die nächste Generation weitergegeben.

6 Projektdatenbasis: *Gemeindebevölkerung in Südniedersachsen 2012*

Wie wird sich die Bevölkerung nach Menge und Struktur zukünftig entwickeln? Mit dieser Frage befassen sich Prognosen, die jahrgangsweise die Bevölkerungszahlen bestimmter Raumeinheiten vorausschätzen. Für die Modellregion Südniedersachsen liegen verschiedene Prognosen zum demographischen Wandel vor, die ausreichende Grundlagen für die Forschungsfragen bieten. Einer gesonderten Bevölkerungsprognose für die „Modellplanung“ bedarf es deshalb nicht. Für spezielle Umsetzungsprojekte werden besondere Bedarfsschätzungen erforderlich. Im Einzelnen gibt es folgende Prognosen:

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Raumordnungsprognose 2050.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS): Regionale Vorausschätzung der Bevölkerung Niedersachsens unter Berücksichtigung von Wanderungen bis 2016 (A I 8.2 -Basis 1999), Hannover 2000. Diese Prognose wurde der Bewerbung zum Modellvorhaben zugrunde gelegt (vgl. Punkt 2). Zum Starforum am 11.12.2003 wurde eine Fortschreibung der Prognose bis 2020 für die südniedersächsischen Landkreise und die Stadt Göttingen vorgestellt. Sie ist in der Dokumentation der Veranstaltung (Südniedersachsen im demographischen Wandel, Göttingen Januar 2004) enthalten.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (IES): Wohnungsprognose 2015, Hrsg. Niedersächsische Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen, Hannover Juni 2003.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik und Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund: "Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung" 2012 in den niedersächsischen Gemeinden, NLS-Onlinedienst 2003. Es handelt sich um eine Status-quo-Prognose, deren Wanderungsfaktoren (z.B. aufgrund neuer Baugebiete) nicht zwingend weiter gelten. Die Ergebnisse sind deshalb "mit Vorsicht" zu interpretieren.
- Stadt Göttingen - Amt für Statistik und Stadtforschung: Bevölkerungsprognose für die Stadt Göttingen 1999 bis 2015, Göttinger Statistik Aktuell Nr. 04, März 2001. Gegenstand der Prognose ist die "wohnberechtigte Bevölkerung", die sich in Variante 2 ("Positiv"-Variante) von 128.761 um 1,2 % auf 130.350 vergrößern wird.
- Landkreis Göttingen - Amt für Regionalplanung und Städtebau, Konzept zur Vorausschätzung der Einwohnerentwicklung im Planungsraum bis 2025 (Göttingen November 2003). Die Untersuchung setzt sich eingehend mit den Auswirkungen der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung auf den Wohnsiedlungsflächenbedarf auseinander.
- Landkreis Osterode: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies), Annahmen, Ergebnisse und Methodik der Bevölkerungsprognose 1999 bis 2018 für den Landkreis Osterode am Harz, seine kreisangehörigen Städte und Samtgemeinden, Hannover 2001. Die "Szenario-Variante" besagt: "Die Bevölkerung wird im Landkreis Osterode am Harz insgesamt weiterhin von 86.192 auf 76.500 Einwohner abnehmen" (-11.3 %).

Hier dargestellt werden die Vorausschätzungen des NLS 2000 und 2003, da sie einen methodisch einheitlichen Ansatz auch für die für die Modellplanung besonders interessierende Gemeindeebene bieten. Vorangestellt wird ein Überblick über die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Gemeinden von der Volkszählung 1987 bis heute.

6.1 Bevölkerungsentwicklung 1987 - 2002: *Ende des Wachstums*

Die Volkszählung 1987 ergab für die Region Südniedersachsen, bestehend aus den Landkreisen Göttingen, Northeim Holzminden und Osterode a. H. mit dem Oberzentrum Göttingen, eine Wohnbevölkerung von 562.165. Bis zum Jahre 2002 stieg die Einwohnerzahl um 2,9 % auf 578.632 an. In Niedersachsen stieg die Bewohnerzahl in diesem Zeitraum von 15 Jahren um 11,7 %. Der regionale Saldo setzt sich aus gegenläufigen Entwicklungen in den Kreisen und Gemeinden zusammen. Überdurchschnittliches starkes Wachstum (+8,8 %) konnte der Landkreis Göttingen außerhalb der Stadt Göttingen

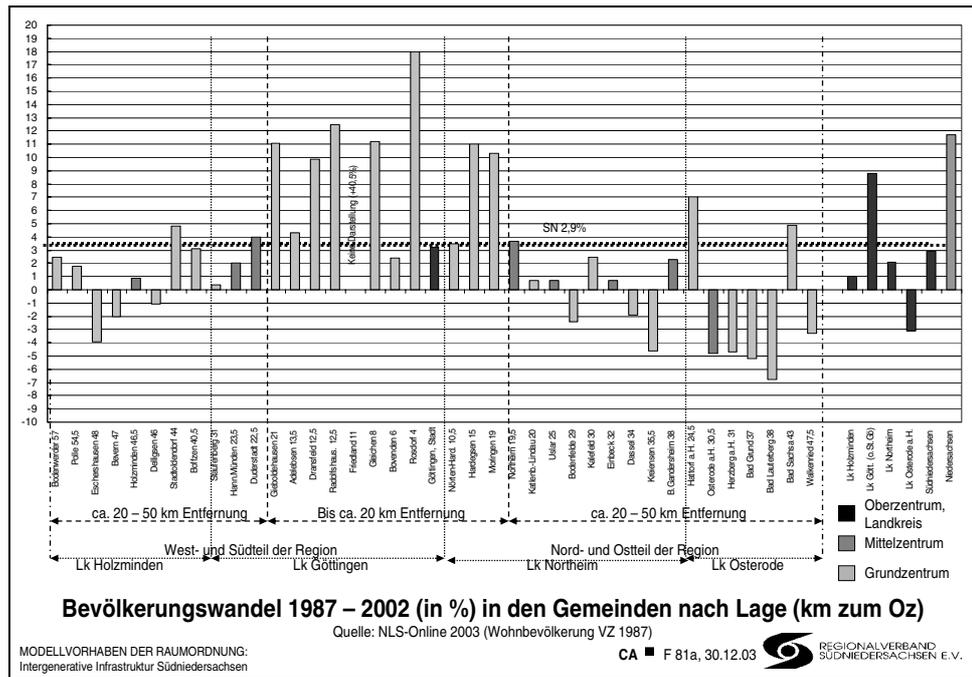


Abbildung Nr. 35

verzeichnen. Die Stadt hatte einen knapp über dem Regionsmittel liegenden Einwohnerzuwachs von 3,2 %. Etwas unterhalb liegen die Steigerungsraten der Landkreise Northeim (+2,1 %) und Holzminde (1,0 %). Negativ ist die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Osterode a.H. mit -3,1 %. Der regionale Bevölkerungsanteil des Landkreises Göttingen als "verstädterter Kreis" (einschließlich Stadt Göttingen) ist gegenüber dem Anteil der "ländlichen Kreise" Northeim, Holzminde und Osterode a.H. von 44,4 % auf 45,8 % gestiegen.

Sortiert man die Gemeinden nach ihrer Entfernung zum Oberzentrum Göttingen (vgl. Abb. 35), so deutet sich ein Gefälle von wachsenden Gemeinden im Kern der Region zu schrumpfenden Gemeinden am Rand an. Für zehn der 39 Verwaltungseinheiten in der Region ist in den letzten 15 Jahren das "Ende des Wachstums" der Bevölkerung bereits wirksam geworden; sechs weitere Gemeinden stagnieren mit Veränderungsrate von +1 % bis -1 %. Gewinne haben vor allem Umlandgemeinden von Mittelzentren und Oberzentrum gemacht.

6.2 Prognose der Bevölkerung der Kreise 2002 - 2012: Umbrüche in der Altersstruktur

Wie sieht der demographische Wandel in Südniedersachsen zukünftig aus? Bis zum Jahre 2012 hat das Niedersächsische Landesamt für Statistik die Bevölkerung Niedersachsens unter Berücksichtigung von Wanderungen gemeindeweise voraus geschätzt. Sie lassen sich kreisweise addieren (vgl. Abb. 36). Erheblich auf die Infrastruktur werden sich zu erwartende Umbrüche in der Altersstruktur auswirken:

- Es wird aufgrund des Geburtendefizits noch weniger Kinder und Jugendliche geben. Mit einem Rückgang um -4,8 % bei den unter 25-Jährigen muss gerechnet werden.
- Es wird 7,1 % weniger Erwerbsfähige (15-65-jährige) geben. Die sog. Abhängigenquote, das ist das Verhältnis der Jungen und Alten zu den Erwerbsfähigen, wird von 51,5 auf 55,9 % steigen.
- Es wird wegen der höheren Lebenserwartung 9,7 % mehr alte Menschen (65 und älter) geben.

Per saldo werden 2012 ca. 4,5 % weniger Menschen in Südniedersachsen leben. Diese werden aber ein höheres Durchschnittsalter haben, das ohnehin schon bundes- und landesweit einen Spitzenwert hat. Die Region ist so mit der Alterung der Bevölkerung dem Durchschnittstrend um 10 bis 15 Jahre voraus. Die innerregionale Bevölkerungsentwicklung zeigt zwei unterschiedliche Tendenzen: Im verstäderten Kernraum, in Stadt und Landkreis Göttingen, bleiben Bevölkerungszahl und Altersstruktur re-

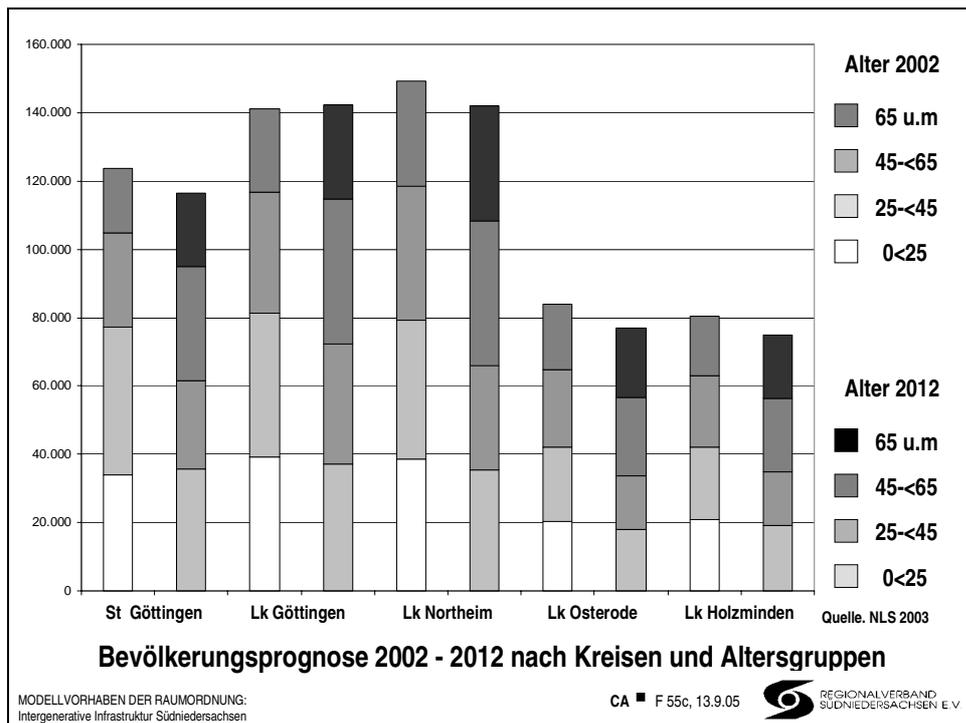


Abbildung Nr. 36

lativ stabil. In den ländlichen Kreisen Northeim Osterode und Holzminden nimmt der bereits heute hohe Anteil der über 65-Jährigen noch weiter zu und der Kinder- und Jugendlichenanteil noch weiter ab. Im Landkreis Osterode wird im Jahre 2012 jeder vierte Einwohner 65 Jahre und älter sein – ein Anteilswert, der bundesweit für 2030 vorausgesagt wird. Insgesamt sinkt die Einwohnerzahl in den ländlichen Kreisen deutlich – im Landkreis Holzminden um 6,6 %, im Landkreis Northeim um 4,9 % und im Landkreis Osterode am Harz um 8,4 %. Die unterschiedlichen Entwicklungstrends im verstärkerten Raum und im ländlichen Raum führen zu einer Verschiebung der Einwohnerrelationen in der Region: Lebten 2002 45,8 % der Südniedersachsen im Landkreis Göttingen, so werden es 2012 bereits 46,8 % sein.

6.3 Vorausberechnung der Bevölkerung der Gemeinden 2002 – 2012: *Kern-Rand-Gefälle*

"Was geschieht, wenn nichts geschieht", d. h. wenn die Entwicklungsfaktoren der letzten fünf Jahre z.B. hinsichtlich der Wanderungen weiter gelten? Unter dieser Prämisse hat das niedersächsische Landesamt für Statistik eine „Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung“ bis zum Jahr 2012 mit der Basis 2002 und einem Zwischenschritt 2007 durchgeführt. Diese Status-quo-Prognose steht im Online-Dienst des NLS (www.nls.niedersachsen.de) zur freien Verfügung und gewährt interessante Ausblicke in die mittelfristige Zukunft. Die Daten werden ausgewertet unter den Aspekten

- Entwicklung der Einwohnerzahlen,
- Veränderungen der Alters-/Generationenstruktur,
- Wandel der Generationenverhältnisse.

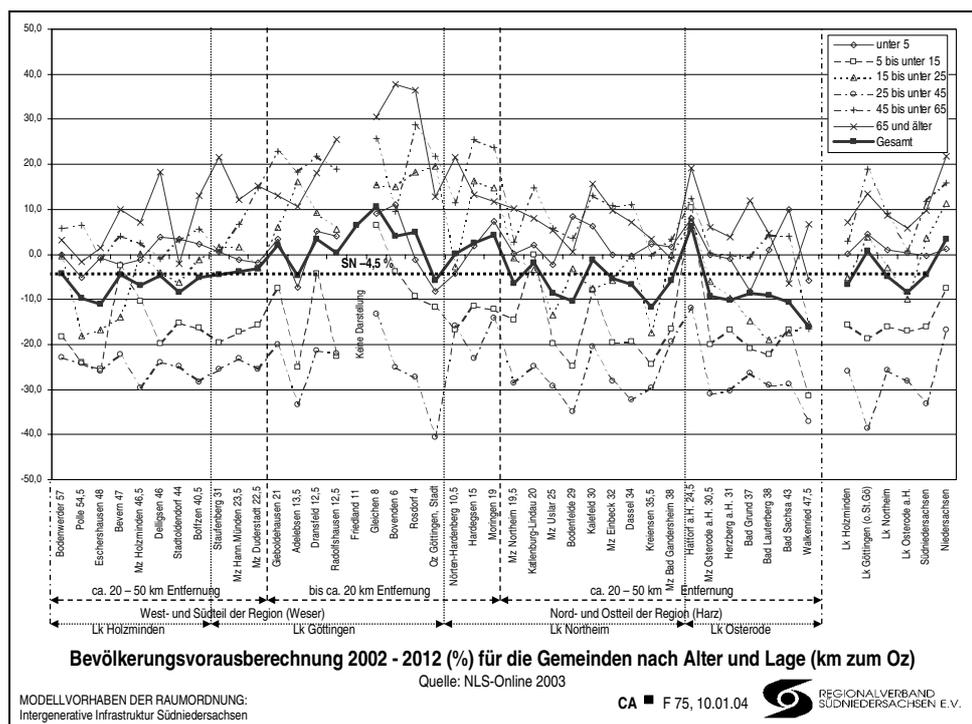
Methodische Schwierigkeiten bereiten die Daten der NLS-Berechnung für die Gemeinde Friedland. Hier treten aufgrund der gewählten Fortschreibungsmethode unsinnige negative Zahlen auf. In den Diagrammen werden für Friedland deshalb keine Prognosewerte dargestellt. Allerdings gehen die unplausiblen Ergebnisse für Friedland auch in die Kreis- und Regionssummen ein. Diese Ungenauigkeiten sind hier jedoch vernachlässigbar, da es in der Modellplanung nicht um die Details sondern um die Tendenzen der voraussichtlichen Entwicklung geht. Dies trifft auch für die NLS-Prognosen für die Stadt Göttingen zu, die von den Besonderheiten des Anteils der schwer zu prognostizierenden studentischen Population geprägt wird.

6.3.1 Entwicklung der Einwohnerzahlen: *Schrumpfende Region*

Im Jahr 2002 leben in Südniedersachsen 579.000 Menschen. Zehn Jahre später werden es hier voraussichtlich nur noch 553.000 sein; das sind 4,5 % weniger (s. Abb. 09, S. 14). Die Bevölkerung der Region wird in einem Jahrzehnt um die Größenordnung eines Mittelzentrums wie Hann.Münden schrumpfen. Dies läuft dem Landestrend entgegen, der in dem Zeitraum ein Wachstum von durchschnittlich 3,4 % erwarten lässt. Die voraus berechnete Bevölkerungsentwicklung der Städte und Gemeinden folgt den Tendenzen der vergangenen 15 Jahre (vgl. Kap. 6.1), allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Die Lage zum Oberzentrum wird weiterhin den demographischen Wandel maßgeblich beeinflussen und die Gemeinden in Wachstums- bzw. Schrumpfungszonen unterscheiden. Für die regionale Kernzone, die einen ca. 20 km Pendlerradius um das Oberzentrum umfasst, sagt die Prognose des NLS Einwohnerzuwächse bis zu ca. 10 % (Gleichen) voraus. Ausgenommen davon ist jedoch die Stadt Göttingen selbst, für die ein Einwohnerverlust von ca. 6 % geschätzt wird. Alle außerhalb der regionalen Kernzone im ländlichen Raum gelegenen Städte und Gemeinden müssen mit rückläufigen Einwohnerzahlen rechnen – und zwar umso stärker je entfernter sie vom Oberzentrum sind. Mit über 10 %-igen Rückgängen ist in peripheren Lagen zum Oberzentrum wie Eschershausen (48 km Luftlinie), Bodenfelde (29 km), Kreensen (35,5 km), Herzberg (31 km), Bad Sachsa (43 km) und Walkenried (47,5 km) zurechnen.

6.3.2 Generative Entwicklung: *Alternde Region*

Die Leistungen der sozialen Infrastruktur sind auf generationenspezifische Bedürfnisse ausgerichtet. Dementsprechend hängt die Nachfragegröße stark von der Generationenstruktur der Bevölkerung im jeweiligen Einzugsbereich ab. Die Generationenstruktur beschreibt die verschiedenen infrastrukturbezogenen Lebensphasen, die von der Kindheit über Schulzeit, Ausbildungszeit, Erwerbsphase und Familienehase bis zum Ruhestand reichen. Sie ist nicht unbedingt mit der Altersstruktur identisch, da die einzelnen Lebensphasen individuell in unterschiedlichem Alter verlaufen können. Hierüber gibt es jedoch kaum für die Raumplanung verwendbare Daten. Deshalb wird die Modellplanung mit pauschalierten Altersgruppenanteilen unterlegt. Dies ist für die mittel- und langfristigen Infrastruktur-Szenarien jedoch ausreichend. Die "Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung" des NLS nimmt eine Aufgliederung der Bevölkerung in sechs infrastrukturrelevante Altersklassen vor (vgl. Abb. 37):



- Unter 5 Jahre (Kinderkrippe, Kindergarten),
- 5 bis unter 15 Jahre (Vorschule, Schulbildung),
- 15 bis unter 25 Jahre (Berufsausbildung, Erwerbsbeginn),
- 25 bis unter 45 Jahre (jüngere Erwerbsfähigkeit, jüngere Familien),
- 45 bis unter 65 Jahre (ältere Erwerbsfähigkeit, ältere Familien),
- 65 Jahre und älter (Ruhestand).

Dabei lassen sich auch Aggregationen in Gruppen vornehmen, die das Erwerbsleben widerspiegeln (vgl. Abb. 45) z. B. Erziehungs- und Ausbildungsphase (unter 25 Jahre), jüngere Erwerbsfähige (25 bis unter 45 Jahre), ältere Erwerbsfähige (45 bis unter 65 Jahre), Ruhestandsalter (65 und mehr Jahre).

Generation "Unter 5-jährige": *Stabile Kleinkinderzahl*

Die Zahl der Kleinkinder (Kinderkrippe, Kindergarten) bleibt von 2002 bis 2012 in Südniedersachsen nahezu konstant (vgl. Abb. 38). Die Prognose schätzt eine Veränderung von lediglich -0,3 % voraus. In Niedersachsen wird im Vergleich dazu mit einem geringen Zuwachs von 1,3% gerechnet. Da die Einwohnerzahl insgesamt sinkt, ergibt sich eine leichte Steigerung des Anteils dieser Generation an der Gesamtbevölkerung von 4,4 % auf 4,6 %. Stärkere kreisweise Abweichungen von dem regionalen Mittelwert zeigen sich für die Stadt Göttingen, die mit einem Rückgang von -8,3 % rechnen muss, und für den übrigen Landkreis Göttingen, der demgegenüber einen Zuwachs von 4.4 % erwarten kann. Bei den Gemeinden finden sich die höchsten Zuwächse mit fünf und mehr Prozent in Bovenden (11,1%), Dransfeld (5,2 %), Gleichen (9,1 %), Bodenfelde (8,4 %), Kalefeld (6,3 %), Moringen (7,3 %), Bad Sachsa (10,0 %) und Hattorf (8,0 %). Besonders hier muss für Kapazitätserweiterungen bei den vorschulischen Einrichtungen gesorgt werden. Demgegenüber haben die Gemeinden Adelebsen (-7,3 %), Polle (-5,2 %), Bad Grund (-8,3 %) und Walkenried (-5,8 %) mit den stärksten Rückgängen bei der Zahl der Kinder im Vorschulalter und mit entsprechenden Kapazitätsreduzierungen zu rechnen.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Generationenquote, so fallen einzelne Gemeinden mit unterdurchschnittlich niedrigen Anteilen für das Jahr 2012 auf: Staufenberg (4,1 %), Göttingen (4,2 %), Einbeck (4,2 %) und Bad Lauterberg (4,1 %). Deutlich über dem regionalen Durchschnitt von 4,6 % werden die Kleinkinderquoten in Gieboldehausen (5,7 %), Gleichen (5,8 %) und Bevern (5,5 %) liegen.

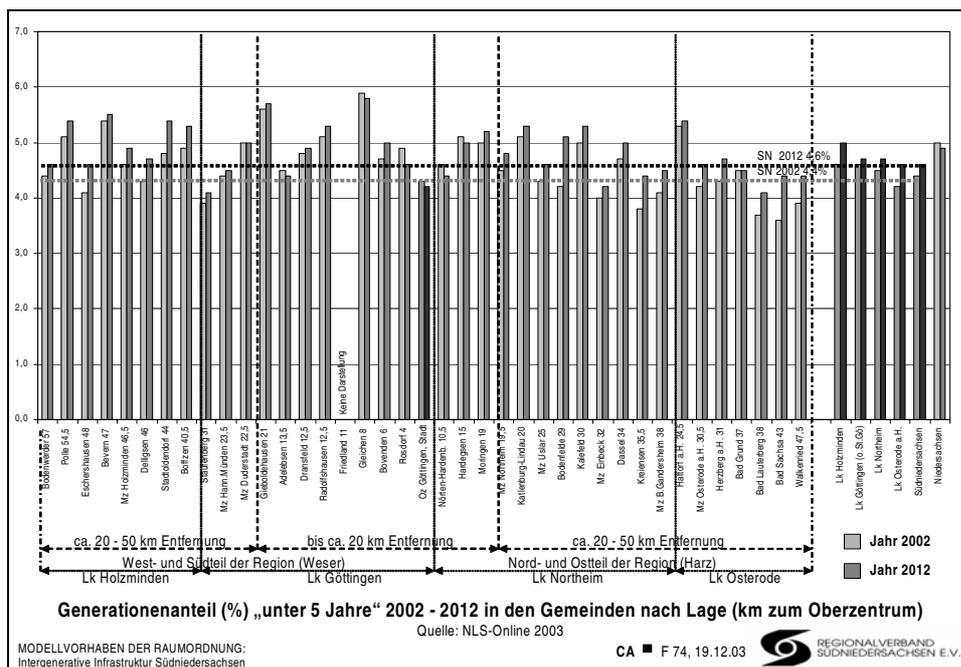


Abbildung Nr. 38

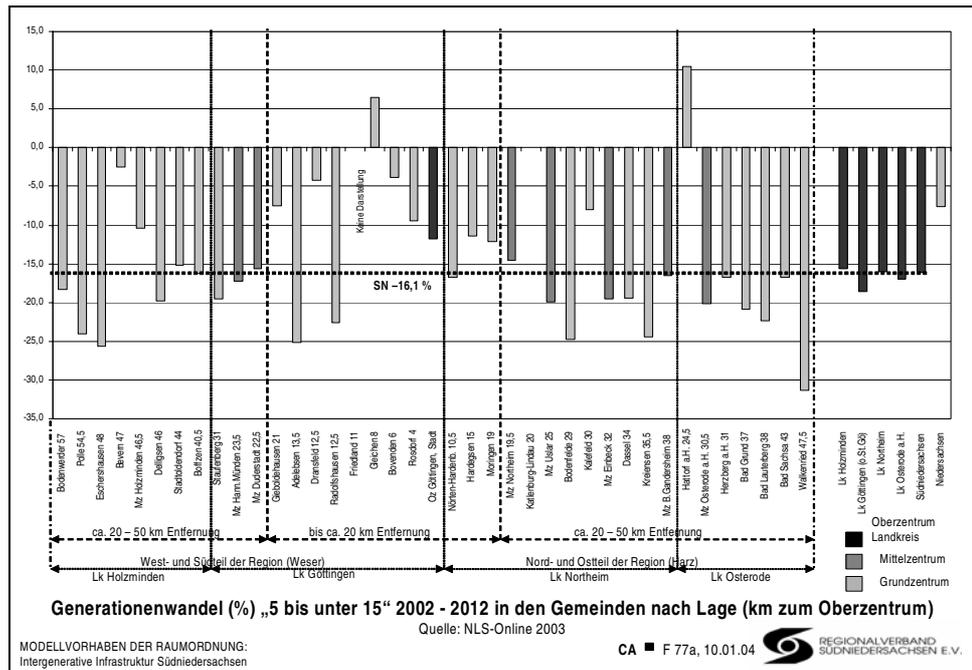


Abbildung Nr. 39

Generation "5- bis Unter-15-jährige": Viel weniger Schulkinder

Die Zahl der Schulkinder (Vorschule, Grundschule, Sekundarstufe I) wird sich in Südniedersachsen von 2002 bis 2012 erheblich verringern (vgl. Abb. 39). Befanden sich 2002 noch ca. 60.000 Schulkinder in der Region, so werden es 2012 etwa 10.000 weniger sein. Das bewirkt einen ebenso erheblichen Rückgang der Nachfrage nach Schulplätzen um 16 %. Dieser ist doppelt so hoch wie im Landesmittel (-7,6 %). Kreisweise am geringsten (-11,8 %) fällt die Verkleinerung der Schülerpopulation in der Stadt Göttingen aus, am höchsten im übrigen Landkreis Göttingen mit -18,6 %. Für einige Gemeinden werden als Ausnahme sogar Gleichstand oder Zuwächse vorausgesagt: Katlenburg-Lindau (0,0 %), Gleichen (+6,5 %) und Hattorf (+10,5 %). Besonders niedrige Rückgänge (unter -10 %) zeichnen sich in folgenden Gemeinden ab: Bevern (-2,5 %), Bovenden (-3,8 %), Dransfeld (-4,2 %), Gieboldehausen (-7,5 %), Kalefeld (-8,0 %) und Rosdorf (-9,4 %). Besonders stark (über -20 %) wird die Verringerung der Schülerzahlen bis 2012 ausfallen in Walkenried (-31,4 %), Eschershausen (-25,6 %), Adelebsen (-25,1 %), Bodenfelde (-24,8 %), Radolfshausen (-22,6 %), Kreiensen (-24,4 %), Polle (-24,0 %), Bad Lauterberg (-22,3 %), Bad Grund (-20,9 %) und Osterode (-20,1 %). Hier entfällt zukünftig jeder vierte bis fünfte Schülerplatz.

Mit sinkender Schülerzahl verringert sich auch der Anteil dieser Generation an der Bevölkerung. Befanden sich 2002 in Südniedersachsen 10,4 % der Bevölkerung im Schulalter, so sinkt dieser Anteil 2012 auf 9,1 %. Dies ist etwa ein Prozentpunkt weniger als im Landesmittel. Regional den niedrigsten Schüleranteil (unter 9 %) werden 2012 Göttingen (7,8 %), Staufenberg (8,7 %), Delligsen (8,7 %), Eschershausen (8,9 %), Einbeck (8,7 %), Nörten-Hardenberg (8,9 %), Bad Grund (8,8 %), Bad Lauterberg (7,4 %), Bad Sachsa (8,5 %) und Walkenried (8,3 %) haben. Die Schülergeneration wird 2012 am stärksten (über 11 %) vertreten sein in Gieboldehausen (11,5 %), Gleichen (12,2 %) und in Hattorf (11,5 %).

Generation „15- bis Unter-25-jährige“: Mehr Auszubildende und Studierende

Die „Juniorengeneration“ (Sekundarstufe II, berufliche Bildung, Studium) wird in Südniedersachsen bis 2012 voraussichtlich um 3,7 % zunehmen (vgl. Abb. 40). Der Zuwachs fällt deutlich niedriger aus als im Landesdurchschnitt von +11,2 %. Kreisbezogen werden sehr unterschiedliche Vorhersagen getroffen: Während im „verstädterten Kreis“, in der Stadt Göttingen mit +19,6 % und im übrigen Landkreis Göttingen

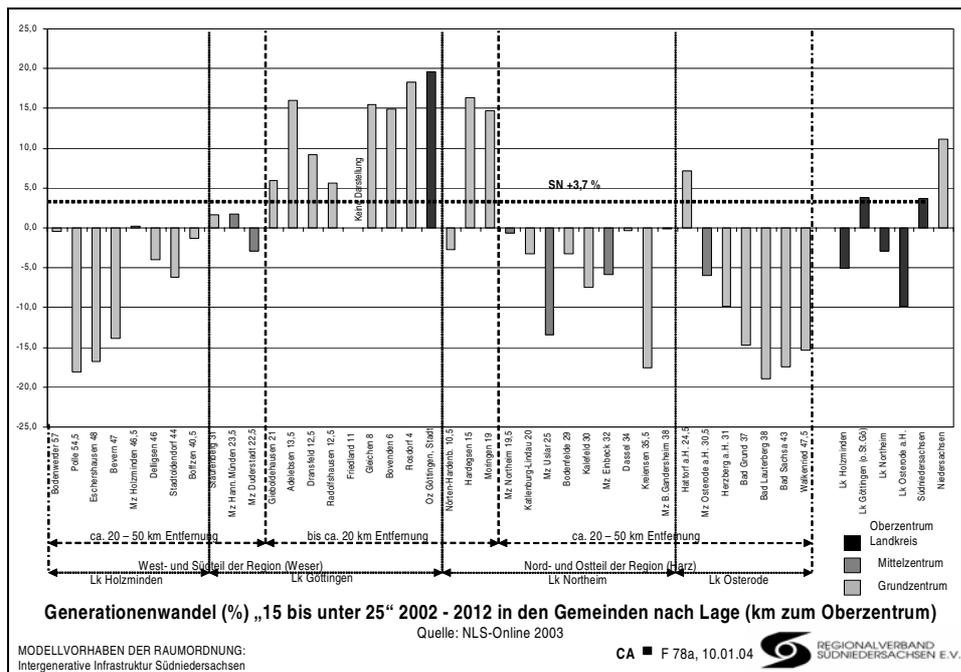


Abbildung Nr. 40

gen mit 3,8 %, Zuwächse angenommen werden, wird für die ländlichen Kreise mit Rückgängen von -2,9 % (Landkreis Northem) bis -9,9 % (Landkreis Osterode a.H.) ausgegangen. Die höchsten Zuwächse mit 5,6 % (Radolfshausen) bis 18,3 % (Rosdorf) haben die Gemeinden im 20-km-Umkreis des Oberzentrums Göttingen - mit Ausnahme von Nörten-Hardenberg (-4,6 %). Die Städte und Gemeinden in der angrenzenden Zone haben Verluste bei der Generation der 15- bis Unter-25-jährigen mit bis zu -16,8 % (Eschershausen) und -18,1 % (Polle) an der Weser sowie -17,4 % (Bad Sachsa) und -18,9 % (Bad Lauterberg) am Harz zu erwarten. Ausnahmen mit Gleichstand oder geringen Zuwächsen sind Holzminden (+0,2 %), Staufenberg (+1,6 %), Hann.Münden (+1,7%) sowie Hattorf mit einer hohen Wachstumsprognose von 7,1 %.

In der regionalen Verteilung der „Juniorenquote“ wird es in der Folge zu leichten Verschiebungen kommen. Insgesamt wird der Generationenanteil von 11,6 % im Jahre 2002 auf 12,6 % in 2012 steigen und damit über dem Landesdurchschnitt von 11,9 % liegen. Rückgänge der absoluten Generationenwerte von 2002 bis 2012 führen auch zur Verringerung der relativen Werte in Polle, Eschershausen, Bevern, Nörten-Hardenberg, Katlenburg-Lindau, Uslar, Kalefeld, Kreiensen, Bad Grund, Bad Lauterberg und Bad Sachsa. Den niedrigsten Anteil an „Junioren“ in der Region hat Bad Sachsa 2012 mit 8,4 %. Der höchste Wert mit 14,7 % findet sich 2002 in der Stadt Göttingen auf Grund der Studenten, die diese Generation prägen. Ihr Anteil wird voraussichtlich bis 2012 noch um 4 %-Punkte auf 18,7 % steigen.

Generation „25- bis Unter-45-jährige“: *Sehr viel weniger jüngere Erwerbsfähige*

Die „Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung“ des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik (NLS) verzeichnet für die Generation der „25- bis Unter-45-jährigen“ von 2002 bis 2012 „dramatische Einbrüche“. Im Regionsdurchschnitt wird ein Schrumpfen dieser Altersgruppe um mehr als ein Viertel (-27,5 %) angenommen. Im Landesdurchschnitt liegt der Rückgang bei -16,7 %. Die absolute Zahl dieser jüngeren Erwerbsfähigen wird in Südniedersachsen von ca. 169.000 auf ca. 122.500 zurückgehen. Auf dem Arbeitsmarkt werden ca. 46.500 Erwerbsfähige weniger verfügbar sein. Das führt zu einer empfindlichen „Verknappung des Faktors Arbeit“. Am stärksten ist der Rückgang in der Stadt Göttingen (-40,5 %), gefolgt von Walkenried (-37,1 %), Bodenfelde (-34,9 %) und Adelebsen (-33,3 %). Im 20-km-Umkreis sowie in Kalefeld und Bad Gandersheim finden sich die geringeren Abnahmen (zwischen -20

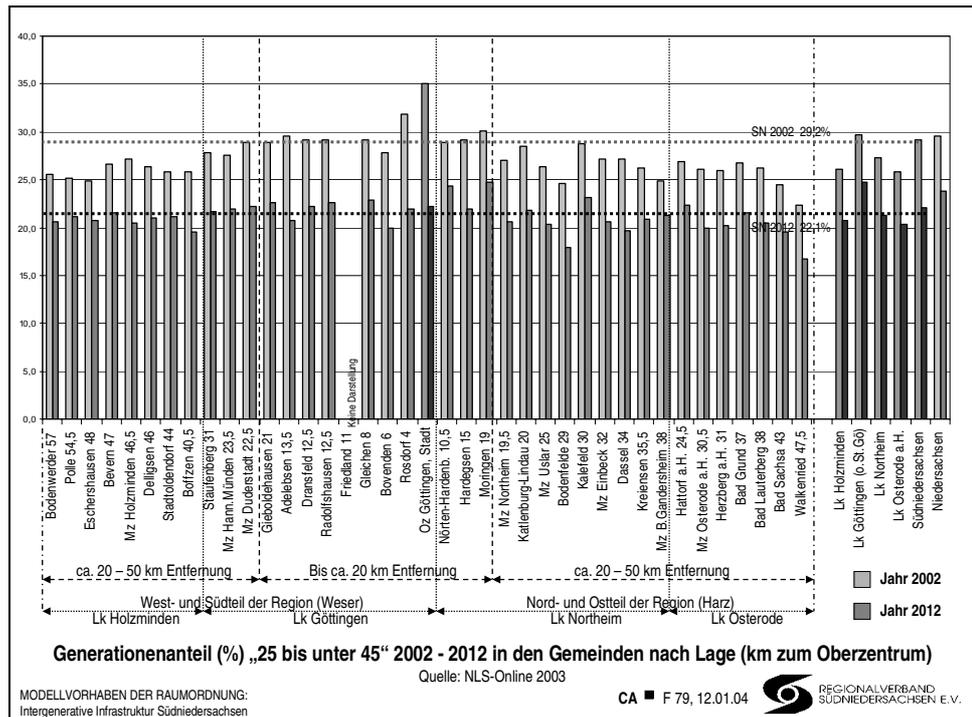


Abbildung Nr. 41

und -27,5 %). Die geringsten Rückgänge finden sich in Hattorf (-11,9 %), Gleichens (-13,3 %), Moringen (-14,7 %) und Nörten-Hardenberg (-15,8 %).

Der Anteil der Altersgruppe "25 bis unter 45" an der Gesamtbevölkerung sinkt von 29,2 % im Jahre 2002 auf 22,1 % in 2012 (vgl. Abb. 41). Den höchsten Anteil dieser Generation wird man 2012 noch in den Gemeinden Moringen (24,8 %), Nörten-Hardenberg (24,4 %) und Kalefeld (23,2 %) finden. Die geringsten Quoten jüngerer Erwerbsfähiger wird es im Prognosejahr in Walkenried (16,7 %) und Bodenfelde (17,9 %) geben. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden wird in besonderem Maße davon abhängen, ob es gelingt durch Zuwanderung diese Altersgruppe zu stabilisieren.

Generation "45- bis Unter-65-jährige": Mehr ältere Erwerbsfähige

Im Gegensatz zu der jüngeren nimmt die ältere Erwerbsgeneration der "45- bis 65-jährigen" in Südniedersachsen mit +11,7 % deutlich zu, allerdings nicht in einem bestandserhaltenden Maße. Im Landesmittel wird die Alterung der Erwerbsfähigen im Prognosezeitraum mit + 15,9 % noch stärker ausfallen (vgl. Abb. 41). Die Wachstumsquoten sind im 20 km Radius um das Oberzentrum am größten und fallen zu den Regionsrändern teilweise bis auf Null ab. Die stärkste Alterung wird in Rosdorf (+28,7 %), Gleichens (+25,8 %) und Hardeggen (+25,6 %) auftreten. Mit nahezu gleichbleibender Jahrgangsstärke ist in Staufenberg (+0,5 %), Osterode (+0,3 %), (Kreiensen (-0,3 %) und Bad Grund (-0,6 %) zu rechnen. Leichte Rückgänge haben Herzberg (-2,0 %), Eschershausen (-1,3 %) und Delligsen (-0,9 %) zu erwarten. Wesentlich weniger ältere Erwerbsfähige (-16,5 %) wird es 2012 in Walkenried geben.

Der Anteil der Generation der "45 bis unter 65 Jahre" an der Gesamtbevölkerung Südniedersachsens steigt zwischen 2002 und 2012 von 25,2 % auf 29,5 %. Im Landesdurchschnitt Niedersachsens wird ein etwas geringerer Generationenanteil (28,5 %) erreicht. In der regionalen Verteilung der Generationenstärke gibt es keine großen Unterschiede. Den niedrigsten Anteil dieser Altersgruppe werden im Jahre 2012 Stadtoldendorf (27,7 %), Hattorf (27,8 %), Bad Gandersheim (28,0 %), Holzminden (28,4 %), Delligsen (28,7 %) und Göttingen (28,8 %) aufweisen. Die größte Konzentration älterer Erwerbsfähiger wird es in Adelebsen (31,9), Rosdorf (31,6 %), Dassel (31,4 %), Bad Lauterberg (31,3 %), Dransfeld (31,1 %) und Einbeck (30,9 %) geben.

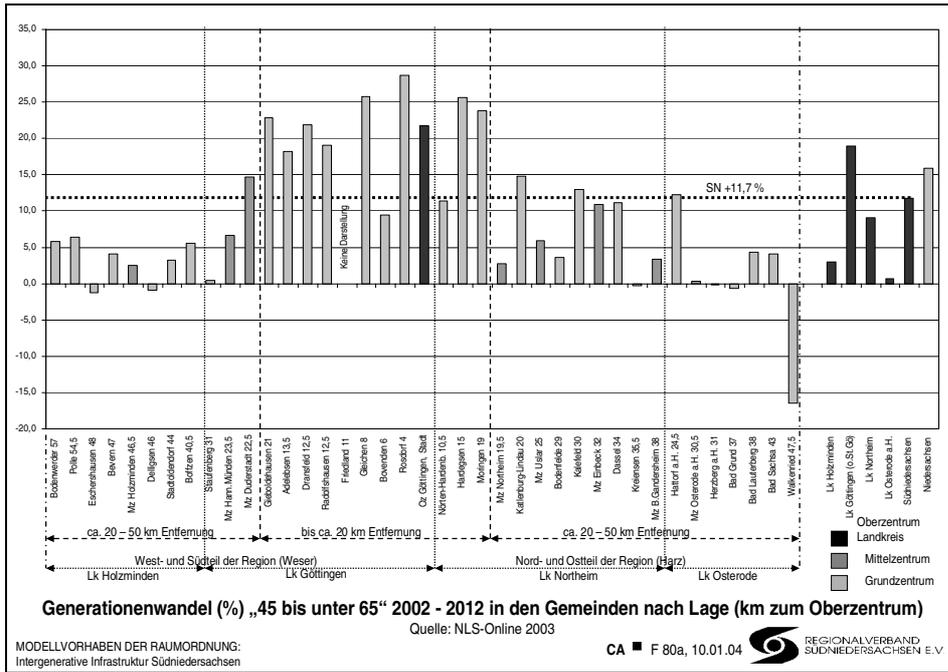


Abbildung Nr. 42

Generation "65 Jahre und älter": Mehr Senioren

Die Seniorengeneration wird in Südniedersachsen von 2002 bis 2012 um 9,7 % anwachsen (vgl. Abb. 43, 44). Im Landesmittel wird ein noch größeres Wachstum von +21,7 % erwartet. Da Südniedersachsen bereits heute einen hohen Altenstand erreicht hat, fällt die Steigerungskurve "flacher" aus. Den höchsten relativen Zuwachs an alten Menschen werden die Gemeinden mit dem jüngeren Durchschnittsalter im Kernbereich der Region haben, während in den Randbereichen der hohe Ausgangssockel keinen großen Zuwachs mehr bewirkt. So finden sich in den "jungen" Göttinger Umlandgemeinden Bovenden (+37,7 %), Rosdorf (+36,4 %) und Gleichen (+30,6 %) die höchsten Wachstumsraten der Rentnergeneration. Die niedrigsten Steigerungsraten - oder sogar Rückgänge - finden sich in den peripheren Gemeinden mit ohnehin schon hohem Altenbestand wie Eschershausen (+1,4 %), Bodenfelde (+0,5 %), Bad Gandersheim (-0,9 %), Polle (-1,7 %), Stadtoldendorf (-2,0 %) und Bad Sachsa (-6,5 %).

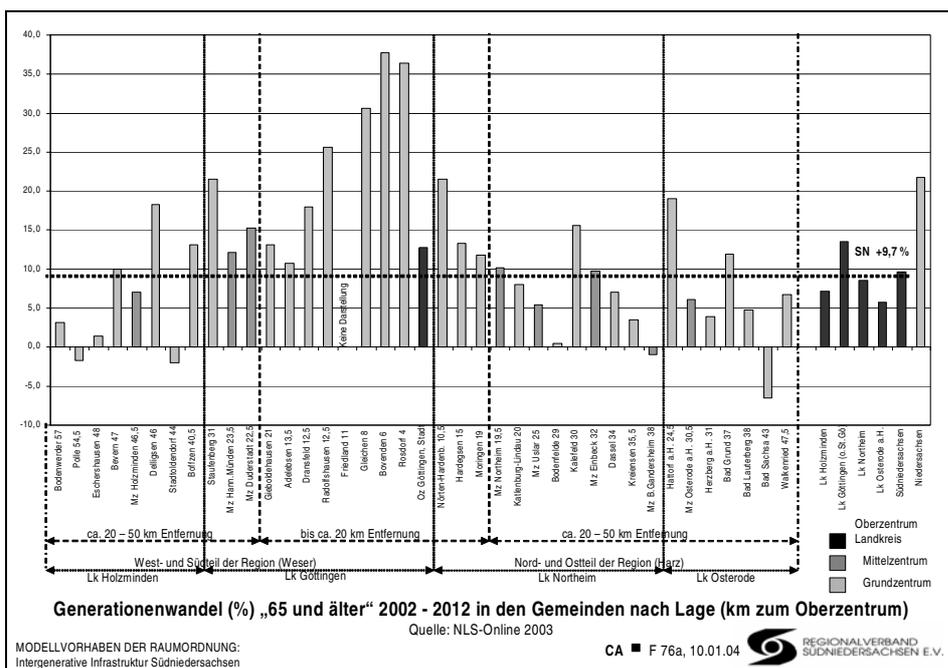


Abbildung Nr. 43

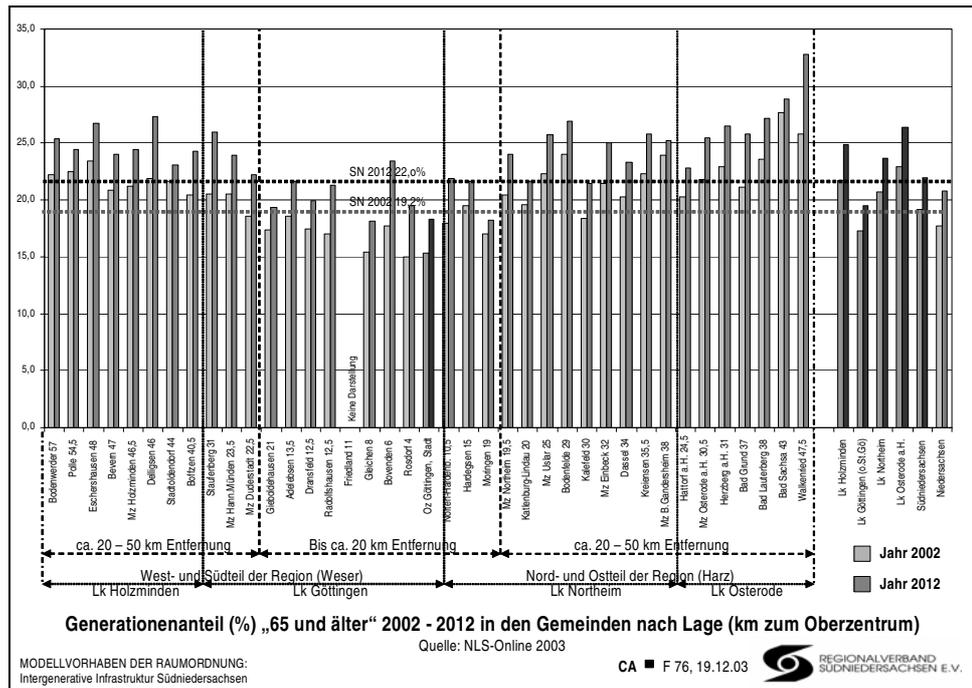


Abbildung Nr. 44

6.3.3 Generationenrelationen: *Verhältnis Erwerbsgeneration zur Jungen- und Altengeneration*

Als Indikator für die soziale Leistungsfähigkeit eines Raumes wird das altersbezogene Verhältnis von Erwerbsfähigen und Nichterwerbsfähigen herangezogen. Es beschreibt quantitativ, welche Altersgruppen bei ihrer infrastrukturellen Versorgung von anderen Altersgruppen abhängig sind (vgl. Abb. 11, S. 17). Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung unterscheidet bei der „Raumbeobachtung“ (BBR, Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, 2002) folgende Indikatoren:

- *„Erwerbsfähigkeitsquote: Anteil der Einwohner von 15 bis unter 65 Jahren an den Einwohnern in %. Der Indikator misst das demographische Erwerbspotential. Die demographische Erwerbsbevölkerung ist höher als die Zahl der Erwerbspersonen (Ausbildungszeiten, Arbeitslosigkeit, flexibles Renten- und Pensionsalter).“*
- *Abhängigenquote Junge: Anteil der Einwohner unter 15 Jahren an den Einwohnern von 15 bis unter 65 Jahren in %. Der Indikator zeigt an, in welchem Umfang durch junge Menschen bedingte Bildungskosten für die erwerbsfähige Bevölkerung auftreten; Hinweis auf spezifischen Infrastrukturbedarf (Kindertagesstätten, Schulen, Freizeiteinrichtungen).*
- *Abhängigenquote Alte: Anteil der Einwohner von 65 Jahren und älter an den Einwohnern in %. Der Indikator weist darauf hin, in welchem Umfang durch alte Menschen bedingte Versorgungskosten für die erwerbsfähige Bevölkerung auftreten; Hinweis auf Bedarf an ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenhilfe.“*

Erwerbsfähigkeitsquote: *Sinkender Einwohneranteil „15- bis 65-jährige“*

Die Zahl der erwerbsfähigen Einwohner wird in Südniedersachsen von 2002 bis 2012 voraussichtlich um 7,1 % zurückgehen (vgl. Tab 4 und Abb. 45). Dieser regionale Trend weicht vom Landestrend ab, der von einem geringen Anstieg dieser Jahrgänge ausgeht (+0,5 %). Innerregional unterscheiden sich die zentral gelegen Gemeinden von denen in peripherer Lage. Mit Ausnahme des Oberzentrums selbst wird für die Gemeinden im 20 km Umkreis eine regional überdurchschnittliche Entwicklung der Erwerbsfähigkeitszahl prognostiziert. Davon können nur Gleichen (Spitzenwert +7,0 %), Moringen (+5,0 %), Hardegsen (+1,9 %), Rosdorf (+1,0 %), Dransfeld (+0,8 %) und Gieboldehausen (+0,7 %) mit positiven Tendenzen rechnen. In der 20-50 km Entfernungszone zum Oberzentrum haben nur Hann. Müden

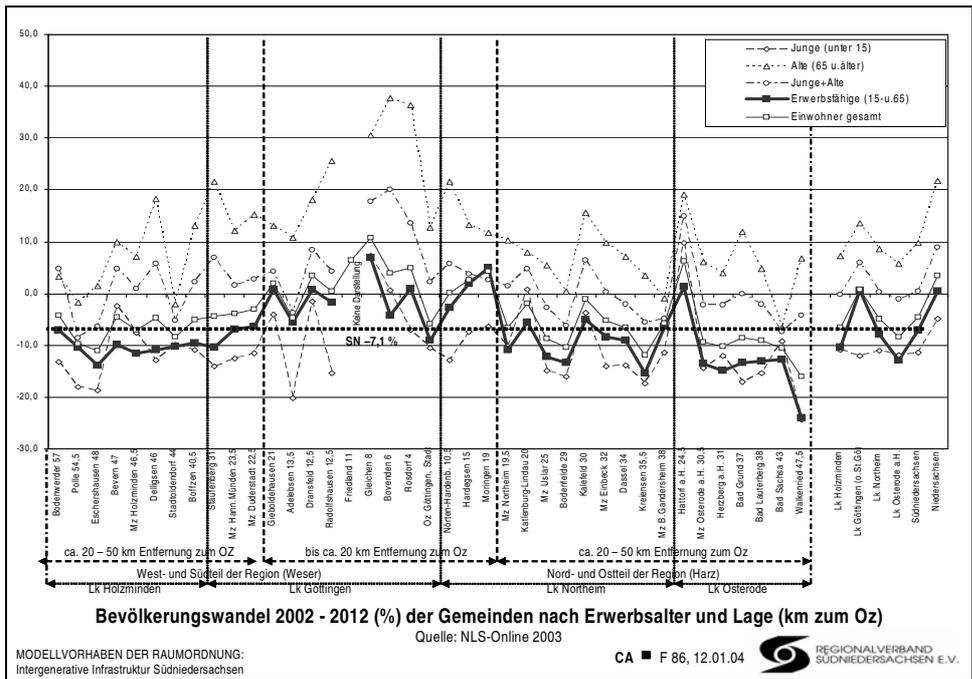


Abbildung Nr. 45

(-6,9 %), Duderstadt (-6,3 %), Katlenburg-Lindau (-5,6 %), Kalefeld (-5,1 %) und Hattorf (+1,2 %) regional überdurchschnittliche, bis auf Hattorf aber auch nur negative Entwicklungstrends. Den höchsten Verlust an erwerbsfähiger Bevölkerung hat die Samtgemeinde Walkenried mit -24,0 % zu erwarten. Das BBR hat für die Raumordnungsregion Göttingen für 1999 eine Erwerbsfähigenquote von 66,6 % gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 68,1 % ermittelt. Die vom NLS berechnete Erwerbsfähigenquote wird in der Region im Prognosezeitraum von 66,0 auf 64,2 % sinken. Diese relativen Werte entsprechen trotz des unterschiedlichen absoluten Niveaus genau dem Landesdurchschnitt. Vom regionalen Mittelwert für 2012 weichen vor allem die Stadt Göttingen (69,7 %), Moringen (66,6 %) und Rosdorf (65,8 %) nach oben und Bodenfelde (58,0 %), Bad Sachsa (58,2 %) und Walkenried (54,5 %) nach unten hin ab.

Abhängigenquote Junge: Niedrigere Relation Unter-15-jährige zu 15- bis 65-jährigen

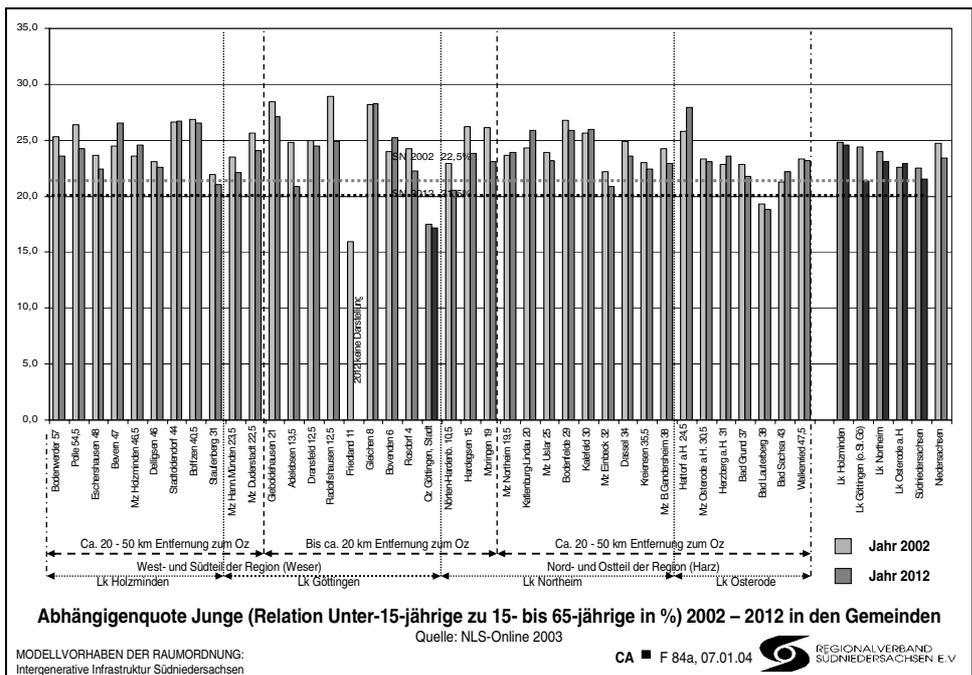


Abbildung Nr. 46

Je niedriger die Abhängigenquote in einer Gemeinde, einem Kreis oder einer Region ist, umso höher wird die soziale Leistungsfähigkeit zur Versorgung der "Abhängigen" eingeschätzt. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2002) hat für 1999 für die Region eine Abhängigenquote Junge von 23,2 % ermittelt. Das entspricht ziemlich genau dem Bundesdurchschnitt von 23,1 %. Die Berechnungen des NLS ergeben für 2002 einen regionalen Durchschnittswert von 22,5 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 24,7 % (vgl. Abb. 46). Die Quote soll bis 2012 regional auf 21,5 % und landesweit auf 23,4 % sinken. Bei der innerregionalen Differenzierung folgen die Abhängigenquoten überwiegend den Anteilsquoten für die junge Bevölkerung, weil die Bezugsgröße "Erwerbsfähigkeitszahl" im Gemeindevergleich nicht so stark schwankt. Die niedrigsten Quoten im Jahre 2012 werden sich in den Städten Göttingen (17,2 %) und Bad Lauterberg (18,8 %), die höchsten in den Gemeinden Gleichen (28,3 %), Gieboldehausen (27,1 %) und Hattorf (27,9 %) finden.

Abhängigenquote Alte: *Höchste Relation Über-65-jährige zu 15- bis Unter-65-jährige*

Die "Abhängigenquote Alte" beträgt nach Angaben des BBR 1999 in der Raumordnungsregion Göttingen 26,9 %. Das ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 23,9 %. Südniedersachsen liegt damit in der Spitzengruppe der 97 Raumordnungsregionen, die aus 13 gleich hohen oder höheren Werten gebildet wird. Im "Längsschnitt" durch die Region ähneln die gemeindeweise dargestellten "Abhängigenquoten Alte" (Abb. 47) dem Verteilungsmuster der Einwohneranteile der 65 und mehr Jahre alten Menschen (vgl. Abb. 44). Nach den Daten des NLS liegt die Durchschnittsquote im Jahre 2002 in Südniedersachsen bei 29,0 % und steigt bis 2012 auf 34,3 %, höher als der Landesmittelwert von 32,5 %. Das bedeutet, dass dann drei erwerbsfähigen Einwohnern ein alter nichterwerbsfähiger gegenüberstehen wird. Die niedrigsten altenbezogenen Abhängigenquoten werden sich in der Stadt Göttingen (26,2 %) und den Umlandgemeinden Moringen (27,5 %), Gleichen (28,4 %), Rosdorf (29,7 %), Gieboldehausen (30,5 %) und Dransfeld (31,0 %) einstellen. Die höchsten Quoten mit den ungünstigsten sozialen Relationen werden in peripheren, landschaftlich attraktiven Lagen wie Walkenried (Spitzenwert 60,2 %), Bad Sachsa (49,7 %), Bodenfelde (46,4 %), Delligsen (45,9 %), Herzberg (44,6 %), Eschershausen (44,5 %) und Bad Lauterberg (44,4 %) auftreten.

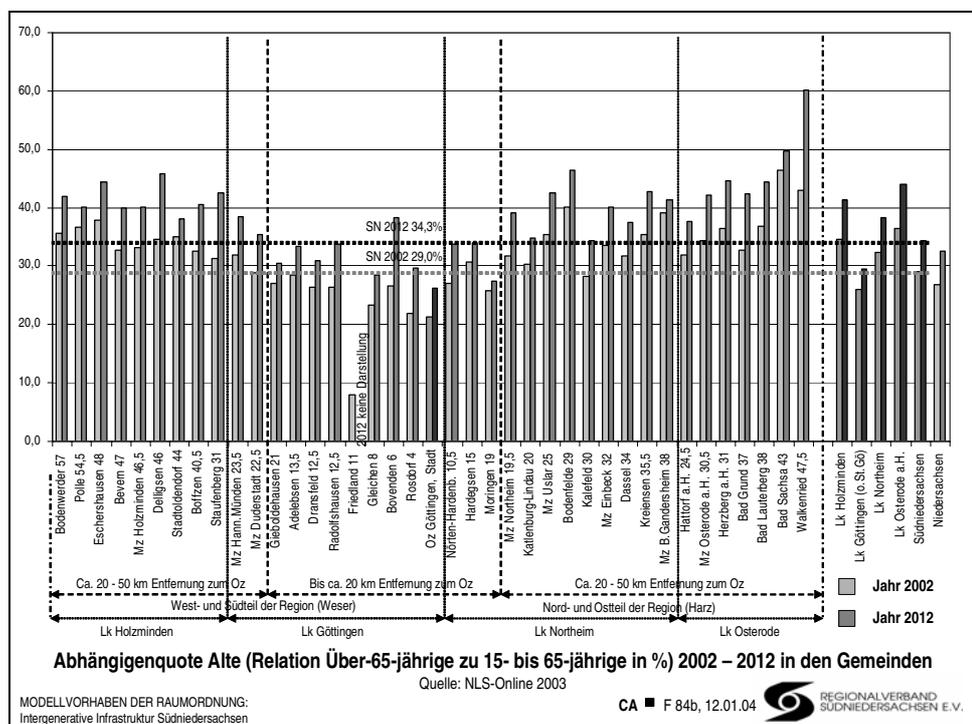


Abbildung Nr. 47

Tabelle 3.: Vorausberechnung der Bevölkerung für 2012 nach Altersgruppen

Quelle: NLS-Online 2003

MoRoTab 1, 12.01.2004

Raum- einheit	Jahr	unter 5		5 bis unter 15		15 bis unt. 25		25 bis unt. 45		45 bis unt. 65		65 und älter		Zusammen	
		Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.
Göttingen, Stadt	2002	5.281	4,3	10.346	8,4	18.233	14,7	43.459	35,1	27.511	22,2	18.868	15,3	123.698	21,4
	2012	4.841	4,2	9.123	7,8	21.810	18,7	25.843	22,2	33.473	28,8	21.276	18,3	116.366	21,1
	Ver.	-8,3	-0,1	-11,8	-0,5	19,6	4,0	-40,5	-12,9	21,7	6,5	12,8	3,0	-5,9	-0,3
Adelebsen	2002	317	4,5	828	11,7	711	10,0	2.093	29,5	1.818	25,7	1.319	18,6	7.086	1,2
	2012	294	4,4	620	9,2	825	12,2	1.397	20,7	2.148	31,9	1.460	21,6	6.744	1,2
	Ver.	-7,3	-0,1	-25,1	-2,5	16,0	2,2	-33,3	-8,8	18,2	6,2	10,7	3,0	-4,8	-0,0
Bovenden	2002	628	4,7	1.507	11,2	1.341	10,0	3.727	27,8	3.833	28,6	2.370	17,7	13.406	2,3
	2012	698	5,0	1.450	10,4	1.541	11,1	2.792	20,0	4.198	30,1	3.263	23,4	13.942	2,5
	Ver.	11,1	0,3	-3,8	-0,8	14,9	1,0	-25,1	-7,8	9,5	1,5	37,7	5,7	4,0	0,2
Dransfeld	2002	465	4,8	1.143	11,7	1.020	10,5	2.838	29,2	2.567	26,4	1.699	17,5	9.732	1,7
	2012	489	4,9	1.095	10,9	1.114	11,1	2.234	22,2	3.127	31,1	2.005	19,9	10.064	1,8
	Ver.	5,2	0,1	-4,2	-0,9	9,2	0,6	-21,3	-7,0	21,8	4,7	18,0	2,5	3,4	0,1
Duderstadt	2002	1.140	5,0	2.668	11,6	2.593	11,3	6.630	28,9	5.664	24,7	4.281	18,6	22.976	4,0
	2012	1.118	5,0	2.250	10,1	2.519	11,3	4.935	22,2	6.498	29,2	4.938	22,2	22.258	4,0
	Ver.	-1,9	0,1	-15,7	-1,5	-2,9	0,0	-25,6	-6,7	14,7	4,5	15,3	3,6	-3,1	0,1
Friedland	2002	107	1,0	1.214	11,8	2.446	23,8	4.306	42,0	1.532	14,9	659	6,4	10.264	1,8
	2012	266	2,4			2.156	19,7	6.361	58,2	3.004	27,5			10.932	2,0
	Ver.	148,6	1,4			-11,9	-4,1	47,7	16,2	96,1	12,6			6,5	0,2
Giebolde- hausen	2002	823	5,6	1.859	12,7	1.654	11,3	4.239	28,9	3.551	24,2	2.563	17,4	14.689	2,5
	2012	852	5,7	1.720	11,5	1.753	11,7	3.392	22,6	4.362	29,1	2.898	19,3	14.977	2,7
	Ver.	3,5	0,1	-7,5	-1,2	6,0	0,4	-20,0	-6,2	22,8	5,0	13,1	1,9	2,0	0,2
Gleichen	2002	563	5,9	1.221	12,7	937	9,8	2.802	29,2	2.593	27,0	1.475	15,4	9.591	1,7
	2012	614	5,8	1.300	12,2	1.082	10,2	2.430	22,9	3.261	30,7	1.926	18,1	10.613	1,9
	Ver.	9,1	-0,1	6,5	-0,5	15,5	0,4	-13,3	-6,3	25,8	3,7	30,6	2,8	10,7	0,3
Hann. Münden	2002	1.125	4,4	2.744	10,7	2.701	10,6	7.038	27,5	6.708	26,2	5.251	20,5	25.567	4,4
	2012	1.110	4,5	2.271	9,2	2.748	11,2	5.414	22,0	7.150	29,1	5.884	23,9	24.577	4,4
	Ver.	-1,3	0,1	-17,2	-1,5	1,7	0,6	-23,1	-5,5	6,6	2,9	12,1	3,4	-3,9	0,0
Radolfs- hausen	2002	393	5,1	1.043	13,5	807	10,5	2.251	29,2	1.915	24,8	1.313	17,0	7.722	1,3
	2012	409	5,3	807	10,4	852	11,0	1.754	22,6	2.279	29,4	1.649	21,3	7.750	1,4
	Ver.	4,1	0,2	-22,6	-3,1	5,6	0,5	-22,1	-6,5	19,0	4,6	25,6	4,3	0,4	0,1
Rosdorf	2002	572	4,9	1.368	11,7	1.267	10,8	3.726	31,8	3.015	25,7	1.761	15,0	11.709	2,0
	2012	565	4,6	1.239	10,1	1.499	12,2	2.711	22,0	3.881	31,6	2.402	19,5	12.297	2,2
	Ver.	-1,2	-0,3	-9,4	-1,6	18,3	1,4	-27,2	-9,8	28,7	5,8	36,4	4,5	5,0	0,2
Staufen- berg	2002	335	3,9	882	10,4	791	9,3	2.366	27,8	2.395	28,1	1.743	20,5	8.512	1,5
	2012	337	4,1	709	8,7	804	9,9	1.763	21,7	2.408	29,6	2.117	26,0	8.138	1,5
	Ver.	0,6	0,2	-19,6	-1,6	1,6	0,6	-25,5	-6,1	0,5	1,5	21,5	5,5	-4,4	0,0
Landkreis Göttingen (o.St. Gö)	2002	6.468	4,6	16.477	11,7	16.268	11,5	42.016	29,7	35.591	25,2	24.434	17,3	141.254	24,4
	2012	6.752	4,7	13.412	9,4	16.893	11,9	35.183	24,7	42.316	29,7	27.736	19,5	142.292	25,7
	Ver.	4,4	0,2	-18,6	-2,2	3,8	0,4	-16,3	-5,0	18,9	4,5	13,5	2,2	0,7	1,3
Bevern	2002	360	5,4	685	10,2	684	10,2	1.783	26,6	1.797	26,8	1.399	20,9	6.708	1,2
	2012	352	5,5	668	10,4	589	9,2	1.386	21,6	1.870	29,2	1.539	24,0	6.404	1,2
	Ver.	-2,2	0,1	-2,5	0,2	-13,9	-1,0	-22,3	-4,9	4,1	2,4	10,0	3,2	-4,5	-0,0
Boden- werder	2002	553	4,4	1.423	11,3	1.315	10,5	3.219	25,6	3.285	26,1	2.788	22,2	12.583	2,2
	2012	552	4,6	1.163	9,7	1.310	10,9	2.484	20,6	3.475	28,9	3.053	25,4	12.037	2,2
	Ver.	-0,2	0,2	-18,3	-1,6	-0,4	0,4	-22,8	-4,9	5,8	2,8	9,5	3,2	-4,3	0,0
Boffzen	2002	384	4,9	935	11,9	827	10,6	2.015	25,8	2.069	26,4	1.595	20,4	7.825	1,4
	2012	393	5,3	783	10,5	816	11,0	1.445	19,5	2.184	29,4	1.804	24,3	7.425	1,3
	Ver.	2,3	0,4	-16,3	-1,4	-1,3	0,4	-28,3	-6,3	5,6	3,0	13,1	3,9	-5,1	-0,0
Delligsen	2002	391	4,3	940	10,3	877	9,6	2.392	26,3	2.505	27,5	1.996	21,9	9.101	1,6
	2012	406	4,7	754	8,7	842	9,7	1.818	21,0	2.482	28,7	2.361	27,3	8.663	1,6
	Ver.	3,8	0,4	-19,8	-1,6	-4,0	0,1	-24,0	-5,3	-0,9	1,1	18,3	5,3	-4,8	-0,0
Eschers- hausen	2002	293	4,1	761	10,6	756	10,5	1.786	24,9	1.897	26,4	1.680	23,4	7.173	1,2
	2012	291	4,6	566	8,9	629	9,9	1.321	20,7	1.873	29,3	1.703	26,7	6.383	1,2
	Ver.	-0,7	0,5	-25,6	-1,7	-16,8	-0,7	-26,0	-4,2	-1,3	2,9	1,4	3,3	-11,0	-0,1
Holzminden	2002	981	4,6	2.212	10,4	2.318	10,9	5.744	27,1	5.464	25,8	4.496	21,2	21.215	3,7
	2012	969	4,9	1.981	10,0	2.322	11,8	4.045	20,5	5.603	28,4	4.813	24,4	19.733	3,6
	Ver.	-1,2	0,3	-10,4	-0,4	0,2	0,8	-29,6	-6,6	2,5	2,6	7,1	3,2	-7,0	-0,1
Polle	2002	251	5,1	545	11,1	515	10,5	1.238	25,2	1.257	25,6	1.103	22,5	4.909	0,8
	2012	238	5,4	414	9,3	422	9,5	939	21,2	1.338	30,2	1.084	24,4	4.435	0,8
	Ver.	-5,2	0,3	-24,0	-1,8	-18,1	-1,0	-24,2	-4,0	6,4	4,6	-1,7	2,0	-9,7	-0,0
Stadtolden- dorf	2002	515	4,8	1.267	11,7	1.244	11,5	2.792	25,8	2.666	24,6	2.340	21,6	10.824	1,9
	2012	533	5,4	1.075	10,8	1.167	11,8	2.097	21,1	2.752	27,7	2.294	23,1	9.918	1,8
	Ver.	3,5	0,6	-15,2	-0,9	-6,2	0,3	-24,9	-4,7	3,2	3,1	-2,0	1,5	-8,4	-0,1
Landkreis Holz- minden	2002	3.728	4,6	8.768	10,9	8.536	10,6	20.969	26,1	20.940	26,1	17.397	21,7	80.338	13,9
	2012	3.734	5,0	7.404	9,9	8.097	10,8	15.535	20,7	21.577	28,8	18.651	24,9	74.998	13,6
	Ver.	0,2	0,3	-15,6	-1,0	-5,1	0,2	-25,9	-5,4	3,0	2,7	7,2	3,2	-6,6	-0,3

Raum- einheit	Jahr	unter 5		5 bis unter 15		15 bis unt. 25		25 bis unt. 45		45 bis unt. 65		65 und älter		Zusammen	
		Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.	Anzahl	Ant.
Bad Gandersheim	2002	461	4,1	1.190	10,7	1.217	10,9	2.774	24,9	2.843	25,5	2.669	23,9	11.154	1,9
	2012	469	4,5	994	9,5	1.216	11,6	2.237	21,3	2.941	28,0	2.645	25,2	10.502	1,9
	Ver.	1,7	0,3	-16,5	-1,2	-0,1	0,7	-19,4	-3,6	3,4	2,5	-0,9	1,3	-5,8	-0,0
Bodenfelde	2002	154	4,2	436	11,9	349	9,5	905	24,6	951	25,8	884	24,0	3.679	0,6
	2012	167	5,1	328	10,0	338	10,3	589	17,9	985	29,9	888	26,9	3.295	0,6
	Ver.	8,4	0,9	-24,8	-1,9	-3,2	0,8	-34,9	-6,7	3,6	4,0	0,5	2,9	-10,4	-0,0
Dassel	2002	531	4,7	1.282	11,2	1.180	10,3	3.094	27,1	3.009	26,4	2.313	20,3	11.409	2,0
	2012	529	5,0	1.033	9,7	1.176	11,0	2.099	19,7	3.342	31,4	2.478	23,3	10.657	1,9
	Ver.	-0,4	0,3	-19,4	-1,5	-0,3	0,7	-32,2	-7,4	11,1	5,0	7,1	3,0	-6,6	-0,0
Einbeck	2002	1.144	4,0	2.920	10,3	3.012	10,6	7.748	27,2	7.512	26,4	6.123	21,5	28.459	4,9
	2012	1.144	4,2	2.348	8,7	2.836	10,5	5.563	20,6	8.333	30,9	6.725	25,0	26.949	4,9
	Ver.	0,0	0,2	-19,6	-1,5	-5,8	-0,1	-28,2	-6,6	10,9	4,5	9,8	3,4	-5,3	-0,0
Hardeggen	2002	437	5,1	999	11,6	822	9,6	2.517	29,2	2.150	25,0	1.681	19,5	8.606	1,5
	2012	445	5,0	885	10,0	956	10,8	1.939	22,0	2.700	30,6	1.905	21,6	8.830	1,6
	Ver.	1,8	-0,0	-11,4	-1,6	16,3	1,3	-23,0	-7,3	25,6	5,6	13,3	2,0	2,6	0,1
Kalefeld	2002	366	5,0	864	11,7	770	10,4	2.129	28,8	1.904	25,8	1.357	18,4	7.390	1,3
	2012	389	5,3	795	10,9	712	9,7	1.694	23,2	2.151	29,4	1.569	21,5	7.310	1,3
	Ver.	6,3	0,4	-8,0	-0,8	-7,5	-0,7	-20,4	-5,6	13,0	3,7	15,6	3,1	-1,1	0,0
Katlenburg- Lindau	2002	382	5,1	798	10,6	764	10,2	2.141	28,5	1.954	26,0	1.473	19,6	7.512	1,3
	2012	390	5,3	798	10,8	739	10,0	1.607	21,8	2.243	30,4	1.591	21,6	7.368	1,3
	Ver.	2,1	0,2	0,0	0,2	-3,3	-0,1	-24,9	-6,7	14,8	4,4	8,0	2,0	-1,9	0,0
Kreiensen	2002	291	3,8	813	10,7	812	10,7	1.995	26,2	2.001	26,3	1.701	22,3	7.613	1,3
	2012	298	4,4	615	9,2	670	10,0	1.403	20,9	1.995	29,7	1.736	25,8	6.717	1,2
	Ver.	2,4	0,6	-24,4	-1,5	-17,5	-0,7	-29,7	-5,3	-0,3	3,4	2,1	3,5	-11,8	-0,1
Moringen	2002	381	5,0	924	12,2	778	10,2	2.290	30,1	1.933	25,4	1.290	17,0	7.596	1,3
	2012	409	5,2	812	10,3	892	11,3	1.967	24,8	2.394	30,2	1.442	18,2	7.916	1,4
	Ver.	7,3	0,2	-12,1	-1,9	14,7	1,0	-14,1	-5,3	23,8	4,8	11,8	1,2	4,2	0,1
Nörten- Hardenberg	2002	398	4,6	918	10,7	933	10,8	2.493	28,9	2.320	26,9	1.552	18,0	8.614	1,5
	2012	381	4,4	765	8,9	908	10,5	2.100	24,4	2.585	30,0	1.885	21,9	8.624	1,6
	Ver.	-4,3	-0,2	-16,7	-1,8	-2,7	-0,3	-15,8	-4,6	11,4	3,0	21,5	3,8	0,1	0,1
Northeim	2002	1.410	4,5	3.354	10,8	3.302	10,6	8.406	27,0	8.358	26,8	6.353	20,4	31.183	5,4
	2012	1.413	4,8	2.865	9,8	3.280	11,2	6.007	20,6	8.594	29,5	6.998	24,0	29.157	5,3
	Ver.	0,2	0,3	-14,6	-0,9	-0,7	0,7	-28,5	-6,4	2,8	2,7	10,2	3,6	-6,5	-0,1
Uslar	2002	698	4,3	1.721	10,7	1.748	10,8	4.251	26,4	4.123	25,6	3.589	22,3	16.130	2,8
	2012	681	4,6	1.379	9,4	1.514	10,3	3.010	20,4	4.368	29,6	3.782	25,7	14.734	2,7
	Ver.	-2,4	0,3	-19,9	-1,3	-13,4	-0,6	-29,2	-5,9	5,9	4,1	5,4	3,4	-8,7	-0,1
Landkreis Northeim	2002	6.653	4,5	16.219	10,9	15.687	10,5	40.743	27,3	39.058	26,2	30.985	20,7	149.345	25,8
	2012	6.715	4,7	13.617	9,6	15.237	10,7	30.215	21,3	42.631	30,0	33.644	23,7	142.059	25,7
	Ver.	0,9	0,3	-16,0	-1,3	-2,9	0,2	-25,8	-6,0	9,1	3,9	8,6	2,9	-4,9	-0,1
Bad Grund	2002	433	4,5	985	10,2	955	9,9	2.578	26,7	2.683	27,7	2.037	21,1	9.671	1,7
	2012	397	4,5	779	8,8	815	9,2	1.901	21,5	2.667	30,2	2.280	25,8	8.839	1,6
	Ver.	-8,3	0,0	-20,9	-1,4	-14,7	-0,7	-26,3	-5,2	-0,6	2,4	11,9	4,7	-8,6	-0,1
Bad Lau- terberg	2002	447	3,7	1.036	8,6	1.274	10,6	3.149	26,2	3.279	27,3	2.838	23,6	12.023	2,1
	2012	451	4,1	805	7,4	1.033	9,5	2.240	20,5	3.421	31,3	2.975	27,2	10.925	2,0
	Ver.	0,9	0,4	-22,3	-1,2	-18,9	-1,1	-28,9	-5,7	4,3	4,0	4,8	3,6	-9,1	-0,1
Bad Sach- sa	2002	301	3,6	757	9,1	758	9,1	2.043	24,5	2.169	26,0	2.307	27,7	8.335	1,4
	2012	331	4,4	630	8,5	626	8,4	1.454	19,5	2.257	30,3	2.157	28,9	7.455	1,3
	Ver.	10,0	0,8	-16,8	-0,6	-17,4	-0,7	-28,8	-5,0	4,1	4,3	-6,5	1,3	-10,6	-0,1
Hattorf a.H.	2002	438	5,3	906	11,0	840	10,2	2.212	26,9	2.163	26,3	1.670	20,3	8.229	1,4
	2012	473	5,4	1.001	11,5	900	10,3	1.948	22,3	2.430	27,8	1.989	22,8	8.741	1,6
	Ver.	8,0	0,1	10,5	0,4	7,1	0,1	-11,9	-4,6	12,3	1,5	19,1	2,5	6,2	0,2
Herzberg a.H.	2002	646	4,3	1.521	10,1	1.485	9,8	3.922	26,0	4.077	27,0	3.462	22,9	15.113	2,6
	2012	640	4,7	1.267	9,3	1.340	9,9	2.738	20,2	3.996	29,4	3.598	26,5	13.579	2,5
	Ver.	-0,9	0,4	-16,7	-0,7	-9,8	0,0	-30,2	-5,8	-2,0	2,5	3,9	3,6	-10,2	-0,2
Osterode a.H.	2002	1.066	4,2	2.676	10,6	2.582	10,2	6.606	26,1	6.851	27,1	5.519	21,8	25.300	4,4
	2012	1.065	4,6	2.137	9,3	2.428	10,6	4.565	19,9	6.873	30,0	5.854	25,5	22.922	4,1
	Ver.	-0,1	0,4	-20,1	-1,3	-6,0	0,4	-30,9	-6,2	0,3	2,9	6,1	3,7	-9,4	-0,2
Walkenried	2002	208	3,9	538	10,1	479	9,0	1.190	22,3	1.537	28,9	1.374	25,8	5.326	0,9
	2012	196	4,4	369	8,3	405	9,1	748	16,7	1.284	28,7	1.466	32,8	4.468	0,8
	Ver.	-5,8	0,5	-31,4	-1,8	-15,4	0,1	-37,1	-5,6	-16,5	-0,1	6,7	7,0	-16,1	-0,1
Landkreis Osterode a.H.	2002	3.539	4,2	8.419	10,0	8.373	10,0	21.700	25,8	22.759	27,1	19.207	22,9	83.997	14,5
	2012	3.553	4,6	6.988	9,1	7.547	9,8	15.594	20,3	22.928	29,8	20.319	26,4	76.929	13,9
	Ver.	0,4	0,4	-17,0	-0,9	-9,9	-0,2	-28,1	-5,6	0,7	2,7	5,8	3,5	-8,4	-0,6
Süd-nieder- sachsen	2002	25.669	4,4	60.229	10,4	67.097	11,6	168.887	29,2	145.859	25,2	110.891	19,2	578.632	100
	2012	25.595	4,6	50.544	9,1	69.584	12,6	122.370	22,1	162.925	29,5	121.626	22,0	552.644	100
	Ver.	-0,3	0,2	-16,1	-1,3	3,7	1,0	-27,5	-7,0	11,7	4,3	9,7	2,8	-4,5	0,0
Nieder- sachsen	2002	397091	5,0	903541	11,3	881435	11,0	2353348	29,5	2031502	25,5	1413555	17,7	7980472	
	2012	402322	4,9	834985	10,1	980311	11,9	1959635	23,8	2353512	28,5	1719855	20,8	8250620	
	Ver.	1,3	-0,1	-7,6	-1,2	11,2	0,8	-16,7	-5,7	15,9	3,1	21,7	3,1	3,4	

Tabelle 4: Vorausberechnung der Bevölkerung für 2012 nach Abhängigen- und Erwerbsquoten

Quelle: NLS-Online 2003

MoRoTab 2, 12.01.2004

Raumeinheit	Jahr	Junge (unter 15)		Alte (65 u. älter)		Junge+Alte		Erwerbsf. (15-u.65)		Einwohner	
		Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Erw.qu.	Anzahl	Req.qu.
Göttingen, St.	2002	15.627	17,5	18.868	21,2	34.495	38,7	89.203	72,1	123.698	21,4
	2012	13.964	17,2	21.276	26,2	35.240	43,4	81.126	69,7	116.366	21,1
	Ver.	-10,6	-0,3	12,8	5,1	2,2	4,8	-9,1	-2,4	-5,9	-0,3
Adelebsen	2002	1.145	24,8	1.319	28,5	2.464	53,3	4.622	65,2	7.086	1,2
	2012	914	20,9	1.460	33,4	2.374	54,3	4.370	64,8	6.744	1,2
	Ver.	-20,2	-3,9	10,7	4,9	-3,7	1,0	-5,5	-0,4	-4,8	0,0
Bovenden	2002	2.135	24,0	2.370	26,6	4.505	50,6	8.901	66,4	13.406	2,3
	2012	2.148	25,2	3.263	38,2	5.411	63,4	8.531	61,2	13.942	2,5
	Ver.	0,6	1,2	37,7	11,6	20,1	12,8	-4,2	-5,2	4,0	0,2
Dransfeld	2002	1.608	25,0	1.699	26,4	3.307	51,5	6.425	66,0	9.732	1,7
	2012	1.584	24,5	2.005	31,0	3.589	55,4	6.475	64,3	10.064	1,8
	Ver.	-1,5	-0,6	18,0	4,5	8,5	4,0	0,8	-1,7	3,4	0,1
Duderstadt	2002	3.808	25,6	4.281	28,8	8.089	54,3	14.887	64,8	22.976	4,0
	2012	3.368	24,1	4.938	35,4	8.306	59,5	13.952	62,7	22.258	4,0
	Ver.	-11,6	-1,4	15,3	6,6	2,7	5,2	-6,3	-2,1	-3,1	0,1
Friedland	2002	1.321	15,9	659	8,0	1.980	23,9	8.284	80,7	10.264	1,8
	2012									10.932	2,0
	Ver.									6,5	0,2
Giebolde- hausen	2002	2.682	28,4	2.563	27,1	5.245	55,5	9.444	64,3	14.689	2,5
	2012	2.572	27,1	2.898	30,5	5.470	57,5	9.507	63,5	14.977	2,7
	Ver.	-4,1	-1,3	13,1	3,3	4,3	2,0	0,7	-0,8	2,0	0,2
Gleichen	2002	1.784	28,2	1.475	23,3	3.259	51,5	6.332	66,0	9.591	1,7
	2012	1.914	28,3	1.926	28,4	3.840	56,7	6.773	63,8	10.613	1,9
	Ver.	7,3	0,1	30,6	5,1	17,8	5,2	7,0	-2,2	10,7	0,3
Hann. Münden	2002	3.869	23,5	5.251	31,9	9.120	55,5	16.447	64,3	25.567	4,4
	2012	3.381	22,1	5.884	38,4	9.265	60,5	15.312	62,3	24.577	4,4
	Ver.	-12,6	-1,4	12,1	6,5	1,6	5,1	-6,9	-2,0	-3,9	0,0
Radolfshausen	2002	1.436	28,9	1.313	26,4	2.749	55,3	4.973	64,4	7.722	1,3
	2012	1.216	24,9	1.649	33,8	2.865	58,6	4.885	63,0	7.750	1,4
	Ver.	-15,3	-4,0	25,6	7,4	4,2	3,4	-1,8	-1,4	0,4	0,1
Rosdorf	2002	1.940	24,2	1.761	22,0	3.701	46,2	8.008	68,4	11.709	2,0
	2012	1.804	22,3	2.402	29,7	4.206	52,0	8.091	65,8	12.297	2,2
	Ver.	-7,0	-1,9	36,4	7,7	13,6	5,8	1,0	-2,6	5,0	0,2
Staufenberg	2002	1.217	21,9	1.743	31,4	2.960	53,3	5.552	65,2	8.512	1,5
	2012	1.046	21,0	2.117	42,6	3.163	63,6	4.975	61,1	8.138	1,5
	Ver.	-14,1	-0,9	21,5	11,2	6,9	10,3	-10,4	-4,1	-4,4	0,0
Landkreis	2002	22.945	24,4	24.434	26,0	47.379	50,5	93.875	66,5	141.254	24,4
Göttingen	2012	20.164	21,4	27.736	29,4	47.900	50,8	94.392	66,3	142.292	25,7
ohne St.Gött.	Ver.	-12,1	-3,0	13,5	3,4	1,1	0,3	0,6	-0,2	0,7	1,3
Bevern	2002	1.045	24,5	1.399	32,8	2.444	57,3	4.264	63,6	6.708	1,2
	2012	1.020	26,5	1.539	40,0	2.559	66,6	3.845	60,0	6.404	1,2
	Ver.	-2,4	2,0	10,0	7,2	4,7	9,2	-9,8	-3,5	-4,5	0,0
Bodenwerder	2002	1.976	25,3	2.788	35,7	4.764	60,9	7.819	62,1	12.583	2,2
	2012	1.715	23,6	3.053	42,0	4.768	65,6	7.269	60,4	12.037	2,2
	Ver.	-13,2	-1,7	9,5	6,3	0,1	4,7	-7,0	-1,8	-4,3	0,0
Boffzen	2002	1.319	26,9	1.595	32,5	2.914	59,3	4.911	62,8	7.825	1,4
	2012	1.176	26,5	1.804	40,6	2.980	67,0	4.445	59,9	7.425	1,3
	Ver.	-10,8	-0,4	13,1	8,1	2,3	7,7	-9,5	-2,9	-5,1	0,0
Delligsen	2002	1.331	23,1	1.996	34,6	3.327	57,6	5.774	63,4	9.101	1,6
	2012	1.160	22,6	2.361	45,9	3.521	68,5	5.142	59,4	8.663	1,6
	Ver.	-12,8	-0,5	18,3	11,3	5,8	10,9	-10,9	-4,1	-4,8	0,0
Eschers- hausen	2002	1.054	23,7	1.680	37,8	2.734	61,6	4.439	61,9	7.173	1,2
	2012	857	22,4	1.703	44,5	2.560	67,0	3.823	59,9	6.383	1,2
	Ver.	-18,7	-1,3	1,4	6,7	-6,4	5,4	-13,9	-2,0	-11,0	-0,1
Holzminden	2002	3.193	23,6	4.496	33,2	7.689	56,8	13.526	63,8	21.215	3,7
	2012	2.950	24,6	4.813	40,2	7.763	64,9	11.970	60,7	19.733	3,6
	Ver.	-7,6	1,0	7,1	7,0	1,0	8,0	-11,5	-3,1	-7,0	-0,1
Polle	2002	796	26,4	1.103	36,6	1.899	63,1	3.010	61,3	4.909	0,8
	2012	652	24,2	1.084	40,2	1.736	64,3	2.699	60,9	4.435	0,8
	Ver.	-18,1	-2,3	-1,7	3,5	-8,6	1,2	-10,3	-0,5	-9,7	0,0
Stadtoldendorf	2002	1.782	26,6	2.340	34,9	4.122	61,5	6.702	61,9	10.824	1,9
	2012	1.608	26,7	2.294	38,1	3.902	64,9	6.016	60,7	9.918	1,8
	Ver.	-9,8	0,1	-2,0	3,2	-5,3	3,4	-10,2	-1,3	-8,4	-0,1
Landkreis	2002	12.496	24,8	17.397	34,5	29.893	59,3	50.445	62,8	80.338	13,9
Holzminden	2012	11.138	24,6	18.651	41,3	29.789	65,9	45.209	60,3	74.998	13,6
	Ver.	-10,9	-0,1	7,2	6,8	-0,3	6,6	-10,4	-2,5	-6,6	-0,3

Raumeinheit	Jahr	Junge (unter 15)		Alte (65 u. älter)		Junge+Alte		Erwerbsf. (15-u.65)		Einwohner	
		Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Abh.qu.	Anzahl	Erw.qu.	Anzahl	Req.qu.
Bad Gandersheim	2002	1.651	24,2	2.669	39,1	4.320	63,2	6.834	61,3	11.154	1,9
	2012	1.463	22,9	2.645	41,4	4.108	64,2	6.394	60,9	10.502	1,9
	Ver.	-11,4	-1,3	-0,9	2,3	-4,9	1,0	-6,4	-0,4	-5,8	0,0
Bodenfelde	2002	590	26,8	884	40,1	1.474	66,8	2.205	59,9	3.679	0,6
	2012	495	25,9	888	46,4	1.383	72,3	1.912	58,0	3.295	0,6
	Ver.	-16,1	-0,9	0,5	6,4	-6,2	5,5	-13,3	-1,9	-10,4	0,0
Dassel	2002	1.813	24,9	2.313	31,8	4.126	56,7	7.283	63,8	11.409	2,0
	2012	1.562	23,6	2.478	37,4	4.040	61,1	6.617	62,1	10.657	1,9
	Ver.	-13,8	-1,3	7,1	5,7	-2,1	4,4	-9,1	-1,7	-6,6	0,0
Einbeck	2002	4.064	22,2	6.123	33,5	10.187	55,8	18.272	64,2	28.459	4,9
	2012	3.492	20,9	6.725	40,2	10.217	61,1	16.732	62,1	26.949	4,9
	Ver.	-14,1	-1,4	9,8	6,7	0,3	5,3	-8,4	-2,1	-5,3	0,0
Hardeggen	2002	1.436	26,2	1.681	30,6	3.117	56,8	5.489	63,8	8.606	1,5
	2012	1.330	23,8	1.905	34,0	3.235	57,8	5.595	63,4	8.830	1,6
	Ver.	-7,4	-2,4	13,3	3,4	3,8	1,0	1,9	-0,4	2,6	0,1
Kalefeld	2002	1.230	25,6	1.357	28,3	2.587	53,9	4.803	65,0	7.390	1,3
	2012	1.184	26,0	1.569	34,4	2.753	60,4	4.557	62,3	7.310	1,3
	Ver.	-3,7	0,4	15,6	6,2	6,4	6,6	-5,1	-2,7	-1,1	0,0
Katlenburg-Lindau	2002	1.180	24,3	1.473	30,3	2.653	54,6	4.859	64,7	7.512	1,3
	2012	1.188	25,9	1.591	34,7	2.779	60,6	4.589	62,3	7.368	1,3
	Ver.	0,7	1,6	8,0	4,4	4,7	6,0	-5,6	-2,4	-1,9	0,0
Kreiensen	2002	1.104	23,0	1.701	35,4	2.805	58,3	4.808	63,2	7.613	1,3
	2012	913	22,4	1.736	42,7	2.649	65,1	4.068	60,6	6.717	1,2
	Ver.	-17,3	-0,5	2,1	7,3	-5,6	6,8	-15,4	-2,6	-11,8	-0,1
Moringen	2002	1.305	26,1	1.290	25,8	2.595	51,9	5.001	65,8	7.596	1,3
	2012	1.221	23,2	1.442	27,5	2.663	50,7	5.253	66,4	7.916	1,4
	Ver.	-6,4	-2,9	11,8	1,7	2,6	-1,2	5,0	0,5	4,2	0,1
Nörten-Hardenberg	2002	1.316	22,9	1.552	27,0	2.868	49,9	5.746	66,7	8.614	1,5
	2012	1.146	20,5	1.885	33,7	3.031	54,2	5.593	64,9	8.624	1,6
	Ver.	-12,9	-2,4	21,5	6,7	5,7	4,3	-2,7	-1,9	0,1	0,1
Northeim	2002	4.764	23,7	6.353	31,7	11.117	55,4	20.066	64,3	31.183	5,4
	2012	4.278	23,9	6.998	39,1	11.276	63,1	17.881	61,3	29.157	5,3
	Ver.	-10,2	0,2	10,2	7,5	1,4	7,7	-10,9	-3,0	-6,5	-0,1
Uslar	2002	2.419	23,9	3.589	35,5	6.008	59,4	10.122	62,8	16.130	2,8
	2012	2.060	23,2	3.782	42,5	5.842	65,7	8.892	60,4	14.734	2,7
	Ver.	-14,8	-0,7	5,4	7,1	-2,8	6,3	-12,2	-2,4	-8,7	-0,1
Landkreis Northeim	2002	22.872	24,0	30.985	32,4	53.857	56,4	95.488	63,9	149.345	25,8
	2012	20.332	23,1	33.644	38,2	53.976	61,3	88.083	62,0	142.059	25,7
	Ver.	-11,1	-0,9	8,6	5,7	0,2	4,9	-7,8	-1,9	-4,9	-0,1
Bad Grund	2002	1.418	22,8	2.037	32,8	3.455	55,6	6.216	64,3	9.671	1,7
	2012	1.176	21,8	2.280	42,4	3.456	64,2	5.383	60,9	8.839	1,6
	Ver.	-17,1	-1,0	11,9	9,6	0,0	8,6	-13,4	-3,4	-8,6	-0,1
Bad Lauterberg	2002	1.483	19,3	2.838	36,8	4.321	56,1	7.702	64,1	12.023	2,1
	2012	1.256	18,8	2.975	44,4	4.231	63,2	6.694	61,3	10.925	2,0
	Ver.	-15,3	-0,5	4,8	7,6	-2,1	7,1	-13,1	-2,8	-9,1	-0,1
Bad Sachsa	2002	1.058	21,3	2.307	46,4	3.365	67,7	4.970	59,6	8.335	1,4
	2012	961	22,2	2.157	49,7	3.118	71,9	4.337	58,2	7.455	1,3
	Ver.	-9,2	0,9	-6,5	3,3	-7,3	4,2	-12,7	-1,5	-10,6	-0,1
Hattorf a.H.	2002	1.344	25,8	1.670	32,0	3.014	57,8	5.215	63,4	8.229	1,4
	2012	1.474	27,9	1.989	37,7	3.463	65,6	5.278	60,4	8.741	1,6
	Ver.	9,7	2,2	19,1	5,7	14,9	7,8	1,2	-3,0	6,2	0,2
Herzberg a.H.	2002	2.167	22,8	3.462	36,5	5.629	59,4	9.484	62,8	15.113	2,6
	2012	1.907	23,6	3.598	44,6	5.505	68,2	8.074	59,5	13.579	2,5
	Ver.	-12,0	0,8	3,9	8,1	-2,2	8,8	-14,9	-3,3	-10,2	-0,2
Osterode a.H.	2002	3.742	23,3	5.519	34,4	9.261	57,7	16.039	63,4	25.300	4,4
	2012	3.202	23,1	5.854	42,2	9.056	65,3	13.866	60,5	22.922	4,1
	Ver.	-14,4	-0,2	6,1	7,8	-2,2	7,6	-13,5	-2,9	-9,4	-0,2
Walkenried	2002	746	23,3	1.374	42,9	2.120	66,1	3.206	60,2	5.326	0,9
	2012	565	23,2	1.466	60,2	2.031	83,3	2.437	54,5	4.468	0,8
	Ver.	-24,3	-0,1	6,7	17,3	-4,2	17,2	-24,0	-5,7	-16,1	-0,1
Landkreis Osterode a.H.	2002	11.958	22,6	19.207	36,4	31.165	59,0	52.832	62,9	83.997	14,5
	2012	10.541	22,9	20.319	44,1	30.860	67,0	46.069	59,9	76.929	13,9
	Ver.	-11,8	0,2	5,8	7,8	-1,0	8,0	-12,8	-3,0	-8,4	-0,6
Süd-niedersachsen	2002	85.898	22,5	110.891	29,0	196.789	51,5	381.843	66,0	578.632	100
	2012	76.139	21,5	121.626	34,3	197.765	55,7	354.879	64,2	552.644	100
	Ver.	-11,4	-1,0	9,7	5,3	0,5	4,2	-7,1	-1,8	-4,5	0,0
Niedersachsen	2002	1.300.632	24,7	1.413.555	26,8	2.714.187	51,5	5.266.285	66,0	7.980.47	
	2012	1.237.307	23,4	1.719.855	32,5	2.957.162	55,9	5.293.458	64,2	8.250.62	
	Ver.	-4,9	-1,3	21,7	5,6	9,0	4,3	0,5	-1,8	3,4	

7 Projektempirie: Delphi-Befragung zum demographischen Leitbild

7.1 Delphi-Fragebogen: Szenarien und Handlungsoptionen

Mit Anschreiben vom 2. März 2004 wurden 750 ausgewählte Institutionen in der Region, die zum Bereich der sozialen Infrastruktur zu rechnen sind, um Beteiligung an der "Delphi-Befragung zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen" gebeten. Hierzu wurden den Adressaten folgende Erläuterungen übermittelt: *"Geplant ist eine mehrstufige Befragung (sogenannte Delphi-Methode), bei der die ausgewerteten Antworten zwei weiteren Fragerunden zugrunde gelegt werden. So entsteht ein breiter Konsultationsprozess, der auch den Befragten nutzt, indem sie Ihre - selbstverständlich anonymisierte - Position in der Auswertung einordnen können. ... Der Fragebogen ist nach den Problem- und Handlungsfeldern der "Modellplanung" gegliedert: ... Nach den Teilnehmer- (Kapitel 0) und Grundsatzfragen (Kapitel 1) folgen Fachfragen zu den Raumfunktionen Wohnen (Kapitel 2), Arbeiten (Kapitel 3) und Versorgen mit Generationen-Infrastruktur (Kapitel (4 - 6) sowie Evaluationsfragen (Kapitel 7). Darunter wird nach Urteilen 1) zum Bestand, 2) zur Strategie und 3) zu Projekten gefragt. Der Fragebogen enthält so 57 "geschlossene" Fragen, die Ihre Experten-Einschätzungen erfassen wollen. Sie finden zu jeder Frage drei Antwortalternativen vorgegeben, von denen Sie bitte nur eine ankreuzen. Diese bilden die mögliche Spannweite an Bewertungen ab. Auch wenn mehrere Antworten denkbar sind, bitten wir Sie sich für eine Priorität zu entscheiden. Sollte Ihre Antwort nicht darunter sein, können Sie auf Seite 7 "offene" Ergänzungen vornehmen."* Als Frist war der 31.04.2004 genannt worden. Da Einigen diese Frist nicht ausreichte, wurde mit Anschreiben vom 14. April 2004 die Rücklauffrist bis zum 23.4. 2004 verlängert. Als Annahmeschluss wurde der 30.4.2004 gewertet.

Der Aufbau des Fragebogens (vgl. Abb. 26, S. 38) spiegelt im Hauptteil (Punkte 4-6) die zielgruppenbezogenen infrastrukturellen Aufgaben wieder. Dabei wird auf die Gliederung der Bestandsaufnahme Bezug genommen (vgl. Abb. 48):

- Infrastruktur für Kinder und Jugendliche,
- Infrastruktur für Frauen und Familien,
- Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige.

	Bildung	Freizeit	Gesundheit
Kinderentwicklung	4.1.2 / 4.1.3, 4.2.2 / 4.2.3, 4.3.2 / 4.3.3 Kinderbildung <ul style="list-style-type: none"> • Ganztagskindergarten (3-6) • Ganztagsgrundschule (6-10) • Ganztagschule Sek I (10-15) 	4.1.1, 4.2.1, 4.3.1 Kinderbetreuung <ul style="list-style-type: none"> • Tagespflege (Tagesmütter) • Kinderkrippe (1-3), Kinderhort • Eltern-Kind-Gruppe • Mütterzentrum 	5.1.3, 5.2.3, 5.3.3 Kinderkrankenpflege <ul style="list-style-type: none"> • Kinderhauspflege
Familienunterstütz.	5.1.1, 5.2.1, 5.3.1 Familienbildung <ul style="list-style-type: none"> • Familienbildung • Familienberatung • Erziehungsberatung 	5.1.2, 5.2.2, 5.2.3 Familienfreizeit <ul style="list-style-type: none"> • Eltern-Kind-Gruppe • Mütterzentrum • Freiwilligenengagement • Erzählcafé 	5.1.3, 5.2.3, 5.3.3 Familienpflege <ul style="list-style-type: none"> • Familien- und Hauspflege • Gesundheitsberatung
Seniorenaktivierung	6.1.2, 6.2.2, 6.3.2 Seniorenbildung <ul style="list-style-type: none"> • Seniorenbildung • Seniorenberatung 	6.1.2, 6.2.2, 6.3.2 Seniorenaktivitäten <ul style="list-style-type: none"> • Altenbegegnungsstätte • Freiwilligenengagement • Erzählcafé 	6.1.3, 6.2.3, 6.3.3 Seniorenpflege <ul style="list-style-type: none"> • Altenpflege • Gesundheitsberatung

Soziale Infrastruktur nach Gliederungsziffern der Delphi-Befragung

MODELLVORHABEN DER RAUMORDNUNG:
Intergenerative Infrastruktur Südniedersachsen

CA ■ F 113, 7.6.04

 REGIONALVERBAND
SÜDNIEDERSACHSEN E.V.

Abbildung Nr. 48

Tabelle 5: Delphi-Erhebungsbogen zum demographischen Leitbild

Delphi-Fragebogen-Runde I	<i>Institution:</i>	Nr.....
Stand und Trend von Bevölkerung und sozialer Infrastruktur	<i>Gemeinde:</i>	Blatt 1

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X	
0 Befragte Institution	0.1 Rechtsform der Institution: Welche Rechtsform hat Ihre Institution?	a) öffentlich-rechtlicher Träger b) frei-gemeinnütziger Träger c) privatrechtlicher Träger		
	0.2 Zielgruppe der Institution: Für welche Zielgruppe ist Ihre Institution tätig? (Mehrfachnennungen möglich)	a) Kinder, Jugendliche b) Frauen, Familien c) Alte, Pflegebedürftige		
	0.3 Funktionsbereich der Institution: In welchem Funktionsbereich ist Ihre Institution tätig? (Mehrfachnennungen möglich)	a) Bildung, Erziehung b) Freizeit, Kommunikation, Wohnen c) Gesundheit, Erholung		

1 Modellplanung als regionaler Handlungsansatz	1.1 Megatrends als Handlungsfelder	1.1.1 Megatrend "Demographischer Wandel": Sehen Sie angesichts des Alterungs- und Schrumpfungstrends der Bevölkerung Handlungsbedarf in der Region?	a) Es besteht kein Handlungsbedarf. b) Man sollte sich auf die Auswirkungen des Trends einstellen. c) Es sollten Maßnahmen gegen den Trend ergriffen werden.		
		1.1.2 Megatrend "Globalisierung": Besteht aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf in der Region angesichts der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft?	a) Ich sehe keinen Handlungsbedarf. b) Man sollte die Auswirkungen des Trends einplanen c) Wir brauchen Maßnahmen gegen den Trend		
		1.1.3 Megatrend "Individualisierung": Gibt es Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf in der Region angesichts der Individualisierung der Gesellschaft?	a) Es gibt keinen Handlungsbedarf. b) Man sollte auf die Auswirkungen des Trends reagieren. c) Man sollte etwas gegen den Trend unternehmen.		
	1.2 Handlungsansatz Delphi-Verfahren	1.2.1 Vermittlungsfunktion: Kann die Befragung zum Problembewusstsein über den demografischen Wandel in Öffentlichkeit und Politik in der Region beitragen?	a) Es gibt bereits ein ausreichendes Problembewusstsein. b) Die Befragung kann das Problem vermitteln. c) Es sollte noch mehr Problembewusstsein durch zusätzliche Maßnahmen erzeugt werden.		
		1.2.2 Vernetzungsfunktion: Kann die Modellplanung zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit (Vernetzung) der Infrastrukturtäger in der Region beitragen?	a) Es gibt bereits eine ausreichende Vernetzung der Infrastrukturtäger. b) Die Modellplanung trägt zur Vernetzung bei. c) Die Kooperation der Infrastrukturtäger sollte durch weitere Maßnahmen verstärkt werden.		
		1.2.3 Planungsfunktion: Kann das Modellvorhaben zur planerischen Vorsorge zur demographischen Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur in der Region beitragen?	a) Es gibt bereits ausreichende Planungen. b) Das Modellvorhaben trägt zur planerischen Vorsorge bei. c) Es sollte verstärkt Planungen zur Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur geben.		
	1.3 Innovation durch Vernetzung	1.3.1 Synergiegewinne: Lassen sich durch eine stärkere Vernetzung der Infrastruktureinrichtungen der Region Synergiegewinne erzielen?	a) Vernetzung erfordert zusätzlichen Aufwand. b) Innovationen erreicht man besser allein. c) Kontinuierliche Verbesserungen sozialer Dienste erreicht man durch synergetische Kooperationen		
		1.3.2 Wissenstransfer: Fördert regionaler Erfahrungsaustausch unter den Einrichtungen zusammen mit Mitarbeiterfortbildung die Innovationsfähigkeit?	a) Verbraucht Zeit und bringt wenig Nutzen. b) Innovation „kauft“ man besser bei Beratern. c) Wissensmanagement für Laien- und professionelle Mitarbeiter gewährleisten Qualitätsarbeit.		
		1.3.3 Wettbewerbsfähigkeit: Fördert der Wettbewerb der Einrichtungsträger die Qualität sozialer Dienstleistungen?	a) Wettbewerb bei sozialen Diensten ist schädlich. b) Wettbewerb beeinflusst nicht die Qualität. c) Wettbewerb bei sozialen Diensten fördert die "Kundenorientierung" und die Wirtschaftlichkeit.		

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X		
2 Handlungsfeld „Regionale Einwohnerstruktur“	2.1 Regionale Altersstruktur	2.1.1 Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung: Wie bewerten Sie die Erkenntnis, dass Südniedersachsen heute mit das höchste Durchschnittsalter in Deutschland hat, sich dieses noch weiter erhöhen und in der Folge die Einwohnerzahl der Region überdurchschnittlich abnehmen wird?	a) „Alterung und Schrumpfung“ bieten Chancen mit überwiegend positiven Folgen. b) „Alterung und Schrumpfung“ sind Prozesse, die sich einer regionalen Wertung entziehen. c) „Alterung und Schrumpfung“ haben überwiegend negative Folgen für die Region.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.1.2 Strategie zur region. Bevölkerungspolitik: Welche politische Strategie (von Bund, Land, Kreisen, Gemeinden) gegen die Überalterung und die Verringerung der Bevölkerung in Südniedersachsen sollte Ihrer Meinung nach vorrangig verfolgt werden?	a) Mehr Arbeitsplätze und Wohnungen zur Zuwanderung junger Leute sollten geschaffen werden. b) Es sollte mehr für junge Familien getan werden, um das Geburtendefizit zu verringern. c) Es bedarf sowohl der Verringerung des Geburtendefizits als auch verstärkter Zuwanderung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.1.3 Projekte zur region. Bevölkerungspolitik: Welche konkreten Projekte zur Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung in der Region halten Sie für am wichtigsten?	a) Es werden mehr Baugebiete in den Gemeinden zur Ansiedlung junger Familien benötigt. b) Die familiennahe Infrastruktur sollte ausgebaut werden, um das „Kinderkriegen“ zu fördern. c) Es sollte für die Zuwanderung nach Südniedersachsen auch im Ausland geworben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	2.2 Regionale Haushalts- und Familienstruktur	2.2.1 Entwicklung der Haushalte und Familien: Wie bewerten Sie die Tendenz zur Verkleinerung und Vereinzelung (Single) der Haushalte und zum „Funktionsverlust“ der Familien?	a) Die Verkleinerung und Vereinzelung der Haushalte ist positiver Ausdruck der Individualisierung. b) Die Kleinfamilien nehmen familien- und haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch. c) Den Kleinfamilien fehlen die Hilfspotenziale früherer Mehrgenerationen-Haushalte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.2.2 Strategien zur regionalen Familienpolitik: Welche politische Strategie zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Familien sollte aus Ihrer Sicht verfolgt werden?	a) Familienpolitik ist weniger Aufgabe der Kommunen sondern eher von Bund und Land. b) Die Familienpolitik hat einen adäquaten Stellenwert in der Politik der Kreise und Gemeinden. c) Die „familienfreundliche Gemeinde“ sollte politisches Leitbild der Regionalentwicklung werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.2.3 Projekte zur regionalen Familienpolitik: Welches Projekt zur Umsetzung einer regionalen Familienpolitik halten sie für besonders geeignet und erforderlich?	a) Es sollte mehr über die familienpolitischen Aktivitäten der Kommunen informiert werden. b) In jedem Gemeinderat / Kreistag sollte ein Ausschuss für Familienfragen eingerichtet werden. c) Es sollte ein regionaler Wettbewerb „familienfreundliche Gemeinde!“ ausgeschrieben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	2.3 Regionale Wohnsiedlungsstruktur	2.3.1 Bisherige und künftige Wohnentwicklung: Wie bewerten Sie die steigende Wohnraumnachfrage im Regionskern (ca. 20 km Oberzentrums-Umkreis) im Verhältnis zur sinkenden Nachfrage am Regionsrand (ca. 20 - 50 km Oberzentrums-Entfernung)?	a) Die weitere Wohnungsballung stärkt den Regionskern im Wettbewerb mit anderen Oberzentren b) Innerregional differenzierte Wohnungsmärkte sind ein normaler Vorgang. c) Wohnungsleerstände führen zur „Verödung“ peripherer ländlicher Orte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.3.2 Strategie zur reg. Wohnsiedlungspolitik: Welche Strategie zur regionalen Wohnsiedlungsentwicklung halten Sie für richtig?	a) Zur Gewinnung von Einwohnern sollte mehr Bauland in der Gemeinde ausgewiesen werden. b) Man sollte der Sanierung des Wohnungsbestandes Vorrang vor Neubauten geben. c) Im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung sollten unbewohnte Gebäude abgerissen werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		2.3.3 Projekte zur reg. Wohnsiedlungspolitik: Welches Instrument zur regionalen Wohnsiedlungsentwicklung halten Sie für besonders wichtig?	a) In den regionalen Wohnungsmarkt sollte nicht mit Programmen regulierend eingegriffen werden. b) Die Regionalplanung sollte die Wohnsiedlungsentwicklung der Gemeinden koordinieren. c) Die Stadt- und Dorferneuerung sollte auf periphere ländliche Räume konzentriert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X		
3 Handlungsfeld „Regionale Erwerbsstruktur“	3.1 Regionale Erwerbsfähigenstruktur	3.1.1 Entwicklung der Erwerbsfähigkeitszahl: Wie bewerten Sie den zu erwartenden Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen (15 bis 65 Jahre) insbesondere der jüngeren Erwerbsfähigen (25 bis 45 Jahre) um 20 bis 30 Prozent in Südniedersachsen?	a) Der Rückgang der Erwerbsfähigkeitszahl entlastet die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Region. b) Wir sollten uns auf die Alterung und Reduzierung des Erwerbspotenzials frühzeitig einstellen. c) Alterung und Rückgang des Erwerbspotenzials mindern die Leistungsfähigkeit der Region.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.1.2 Strategien zum Erwerbspotenzial: Welche Strategie zur Erhöhung der Zahl der Erwerbsfähigen halten Sie für besonders geboten?	a) Bei der hohen Arbeitslosigkeit bedarf es keiner Strategie zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeitszahl. b) Die Personalplanung der Betriebe sollte sich auf den Wandel des Erwerbspotenzials einstellen. c) Die Zahl jüngerer Erwerbsfähiger lässt sich kurz- und mittelfristig nur durch Zuwanderung erhöhen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.1.3 Projekte zur Erwerbsfähigkeit: Welches Projekte zur Erhöhung der Zahl der Erwerbsfähigen halten Sie für besonders wichtig?	a) Da weiter Arbeitsplätze entfallen, sind Projekte zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeitszahl entbehrlich b) Wir brauchen Projekte zur Angleichung von Erwerbspotenzial und Beschäftigungspotenzial. c) Zur Bedarfsdeckung sollten junge Erwerbsfähige aus dem In- und Ausland angeworben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	3.2 Regionale Erwerbstätigenstruktur	3.2.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit: Wie bewerten Sie die Prognosen zu Alterung und Rückgang der Erwerbstätigen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte + Beamte + Freiberufler + Erwerbssuchende) in Südniedersachsen?	a) Die sinkende Nachfrage nach Erwerbsarbeit entlastet den regionalen Arbeitsmarkt. b) Die regionale Wirtschaft wird sich der Alterung der Erwerbstätigen anpassen. c) Es wird zu einem empfindlichem Mangel an Nachwuchskräften in der Wirtschaft kommen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.2.2 Strategien zur Erwerbstätigkeit: Welche Strategie zur Ausweitung der Erwerbsquote in Südniedersachsen brauchen wir nach Ihrer Meinung?	a) Die Erwerbsquote sollte nicht steigen, um den Arbeitsmarkt-Entlastungseffekt nicht aufzuheben. b) Die regionale Wirtschaft sollte sich auf zunehmend ältere Erwerbstätige einstellen. c) Die Erwerbsquote sollte durch längere Erwerbszeiten und mehr Frauenerwerbstätigkeit steigen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.2.3 Projekte zur Erhöhung der Erwerbsquote: Welche Maßnahme zur Ausweitung der Erwerbsquote in Südniedersachsen ist aus Ihrer Sicht besonders von Bedeutung?	a) Die Erwerbsquote sollte durch die Qualifizierung Arbeitsloser erhöht werden . b) Zur Ausweitung der Lebenserwerbszeit sollte die Weiterbildung für Ältere gefördert werden. c) Zur Steigerung der Frauenerwerbsquote sollte die familiennahe Infrastruktur ausgebaut werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	3.3 Regionale Beschäftigungsstruktur	3.3.1 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur: Wie wird sich nach Ihrer Auffassung die Beschäftigungsstruktur in der Region (regionaler Arbeitsmarkt) bei zurückgehender Erwerbsnachfrage weiter entwickeln?	a) Die Arbeitslosigkeit in der Region wird erheblich abnehmen. b) Es wird weiterhin hohe Arbeitslosigkeit bei ebenfalls großer Zahl offener Stellen geben. c) Es wird eine hohe Quote unbesetzter Stellen in der regionalen Wirtschaft geben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.3.2 Strategien zur Beschäftigungsstruktur: Welche Strategie zur Verbesserung der regionalen Beschäftigungsstruktur halten Sie angesichts des demographischen Wandels für angebracht?	a) Es müssen weiterhin Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor geschaffen werden. b) Die vorhandenen Arbeitskräfte sollten für die angebotenen Arbeitsplätze qualifiziert werden. c) Es sollten überregional Arbeitskräfte angeworben und hier qualifiziert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		3.3.3 Projekte zur Beschäftigungsstruktur: Welches Projekt zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur in der Region halten Sie bei den zu erwartenden demographischen Veränderungen für vordringlich?	a) Innovation und Wachstum bei den Kompetenzbranchen der Region sollten gefördert werden. b) Mit einer Qualifizierungsoffensive sollte das regionale Arbeitskräftepotenzial gesteigert werden. c) Betriebe und Gemeinden sollten mit guten Arbeits-, Wohn- und Infrastrukturangeboten werben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X		
4 Handlungsfeld „Regionale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“	4.1 Bestand Kinder- und Jugenddienste	4.1.1 Angebot an Kleinkinderbetreuung: Wie bewerten Sie die Angebote zur Kleinkinderbetreuung (Krippen, Mutter-Kind-Gruppen, "Mütterzentren", Tagesmuttervermittlung u.a. für 0- bis 3-jährige) in Ihrer Gemeinde?	a) Es gibt genügend Möglichkeiten zur Kleinkinderbetreuung in der Gemeinde. b) Bis auf einige Mängel ist das Kleinkinderbetreuungsangebot in der Gemeinde zufriedenstellend. c) Die Angebote zur Kleinkinderbetreuung in der Gemeinde sind unzureichend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.1.2 Angebot an Ganztags-Kindergärten: Wie beurteilen Sie das Angebot an Ganztags-Kindergartenplätzen (3 bis 6 Jahre) in Ihrer Gemeinde?	a) Die Zahl der ganztägigen Kindergartenplätze in der Gemeinde ist ausreichend. b) Das Angebot an ganztägigen Kindergartenplätzen sollte etwas erweitert werden. c) Die Zahl der Ganztags-Kindergartenplätze in der Gemeinde ist unzureichend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.1.3 Angebot an Ganztagschulen: Wie schätzen Sie das Angebot an Ganztagsplätzen im Grundschul- (6 bis 10 Jahre) und Sekundarbereich I (10 bis 15 Jahre) in Ihrer Gemeinde bzw. Ihrem Schuleinzugsbereich ein?	a) Für die Gemeinde gibt es in ausreichendem Maße Ganztagsschulplätze. b) Das Angebot an Ganztagsschulplätzen für die Gemeinde sollte etwas verbessert werden. c) Die Versorgung der Gemeinde mit Plätzen in Ganztagschulen ist unzureichend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	4.2 Strategien zur Kinder- und Jugendbetreuung	4.2.1 Bedarf an Kleinkinderbetreuung: Welche Angebote zur Kleinkinderbetreuung sollten in ihrer Gemeinde vorgehalten werden?	a) Kleinkinderbetreuung vorwiegend zu Hause durch die Eltern braucht keine weiteren Angebote b) Es sollten transparente Tagespflegeangebote in der Gemeinde organisiert werden. c) Mit einem breiten Angebot an Kleinkinderbetreuung sollte die Kinderakzeptanz gefördert werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.2.2 Bedarf an Ganztags-Kindergartenplätzen: Wie wird sich Ihrer Erwartung nach der Bedarf in Ihrer Gemeinde an Plätzen in Ganztagskindergärten längerfristig entwickeln?	a) Mit dem Geburtenrückgang sinkt auch die Nachfrage nach Ganztagskindergartenplätzen. b) Geringere Geburtenquote und höhere Versorgungsquote führen zu gleichbleibendem Bedarf. c) Eine wachsende Frauenerwerbsquote erzeugt mehr Nachfrage nach ganztägigen Kindergärten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.2.3 Bedarf an Ganztagsschulplätzen: Welchen Bedarf an Plätzen in Ganztagschulen für Ihre Gemeinde erwarten Sie längerfristig?	a) Der Bedarf an Ganztagsbetreuung im Schulalter kann durch Hortplätze abgedeckt werden. b) Sinkende Schülerzahlen führen zur Konzentration von Schulstandorten mit Ganztagsangeboten. c) Bildungs-, familien- und wirtschaftspolitisch Ziele ergeben großen Bedarf an Ganztagschulen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	4.3 Projekte zur Kinder- und Jugendbetreuung	4.3.1 Modellprojekte zur Kleinkinderbetreuung: Welches Modellprojekt erscheint Ihnen in Ihrer Gemeinde für die "Zukunft der Kleinkinderbetreuung" am wichtigsten?	a) Bei Bedarf organisieren die Eltern selber die Kinderbetreuung auf privater Basis. b) Eine "Agentur für Familiendienste" vermittelt Kleinkinderbetreuungsdienste (z.B. Tagesmutter). c) Ein regionales Netzwerk der Kinderbetreuungsdienste (Mütterzentren, Spielkreise etc.) entsteht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.3.2 Ganztagskindergarten-Modelle: Welches Modell bevorzugen Sie bei der längerfristigen Kindergartenplanung in Ihrer Gemeinde?	a) Gemeinden kooperieren bei geringerer Nachfrage bei der Einrichtung von Ganztagskindergärten. b) Eltern arbeiten als Laienkräfte zur Sicherstellung von Ganztagsbetreuung in Kindergärten mit. c) Firmen bieten zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen Ganztagsplätze in Betriebskindergärten an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		4.3.3 Ganztagsschulprojekte: Welches Projekt zur Ganztagsbeschulung halten Sie in Ihrer Gemeinde für vordringlich?	a) Bei sinkender Schülerzahl kooperieren Gemeinden bei der Einrichtung von Ganztagschulen. b) In den ganztägigen Unterricht werden Hilfskräfte (z. B. Übungsleiter in Sportvereinen) einbezogen. c) Die Schulentwicklungsplanung sieht für die Gemeinde überwiegend Ganztagsplätze vor.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X		
5 Handlungsfeld „regionale Infrastruktur für Frauen und Familien“	5.1 Bestand an Familiendiensten	5.1.1 Angebote der Familienbildung: Wie bewerten Sie die Angebote zur Familienbildung (Familien-, Erziehungs-, Ehe-, Hauswirtschafts-, Gesundheits-, Berufsberatung u.a.) in Ihrer Gemeinde?	a) Es gibt genügend Einrichtungen der Familienbildung in der Gemeinde. b) Das Angebot zur Familienbildung in der Gemeinde sollte teilweise verbessert werden. c) Das Angebot zur Familienbildung in der Gemeinde ist unzureichend.	<input checked="" type="checkbox"/>	
		5.1.2 Einrichtungen für Familienfreizeit: Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten zur Familienfreizeitgestaltung (generationsübergreifende Aktivitäten z.B. in Mütter-, Familien-, Mehrgenerationen, Nachbarschafts-, Gemeinschafts-, Kirchengemeinde-, Vereinszentren) in ihrer Gemeinde?	a) Das Angebot an Familienfreizeiteinrichtungen in der Gemeinde ist gut. b) Die Einrichtungen für Familienfreizeit in der Gemeinde sind teilweise verbesserungsbedürftig. c) In der Gemeinde sind die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung für Familien unzureichend.	<input type="checkbox"/>	
		5.1.3 Dienste zur Haus- und Familienpflege: Was halten Sie von den Angeboten zur ambulanten Haus-, Familien- und Krankenpflege in Ihrer Gemeinde?	a) Die Dienstleistungen zur Haus- und Familienpflege in der Gemeinde sind bedarfsgerecht. b) Die Haus- und Familienpflegedienste in der Gemeinde bedürfen einiger Verbesserungen. c) Die Haus- und Familienpflegedienste in der Gemeinde entsprechen nicht den Anforderungen.	<input type="checkbox"/>	
	5.2 Strategien für Familiendienste	5.2.1 Strategien zur Familienbildung: Wie wird sich aus Ihrer Sicht in Zukunft die Nachfrage nach Familienbildung in Ihrer Gemeinde angesichts der demographischen Veränderungen (stark zurückgehende Zahl jüngerer Familien) entwickeln?	a) Der Bedarf an Einrichtungen der Familienbildung wird merklich abnehmen. b) Trotz sinkender Familienzahl steigen die qualitativen Anforderungen voraussichtlich an. c) Zur Förderung der Kinder- und Familienakzeptanz sollte Familienbildung ausgebaut werden.	<input type="checkbox"/>	
		5.2.2 Strategien zur Familienfreizeit: Wie entwickeln sich Ihrer Meinung nach längerfristig die Anforderungen an Familienfreizeitangebote in Ihrer Gemeinde unter veränderten demographischen Bedingungen (erheblich weniger jüngere Familien)?	a) Es wird zur Schließung von Freizeiteinrichtungen aufgrund mangelnder Nachfrage kommen. b) Gegen zunehmende Freizeit-Individualisierung bilden sich vermehrt Familien-Selbsthilfegruppen c) Der Ausbau von "Familienzentren" soll den generationsübergreifenden Zusammenhalt fördern.	<input type="checkbox"/>	
		5.2.3 Strategien zur Haus- und Familienpflege: Welcher Bedarf an Haus- und Familienpflegediensten besteht aus Ihrer Sicht zukünftig in Ihrer Gemeinde bei sich ändernder Bevölkerungsstruktur (deutliche Abnahme der Zahl jüngerer Familien)?	a) Bei weniger Familien mit jüngeren Kindern gibt es weniger Bedarf an Haus- und Familienpflege. b) Weniger jüngere Haushalte erzeugen bei wachsender Erwerbsquote gleich bleibenden Bedarf. c) Infolge höherer Frauenerwerbstätigkeit steigt der Bedarf an Haus- und Familienpflege an.	<input type="checkbox"/>	
	5.3 Projekte zu Familiendiensten	5.3.1 Projekte zur Familienbildung: Welches Projekt zur Familienbildung halten Sie in Ihrer Gemeinde hinsichtlich der sich wandelnden Generationenstruktur (weniger Jüngere, mehr Ältere) für bedeutsam?	a) Die sinkende Nachfrage führt zu verstärkter regionaler Kooperation der Familienbildungsstätten. b) Im Projekt „Generationen-Dialog“ geben Ältere ihre Erfahrungen beratend an Jüngere weiter. c) In jeder Gemeinde sollte eine Anlaufstelle (Agentur) für Familieberatungsdienste bestehen.	<input type="checkbox"/>	
		5.3.2 Projekte zur Familienfreizeit: Gibt es ein Projekt zur generationsübergreifenden Freizeitgestaltung, das Sie in Ihrer Gemeinde angesichts des Generationenwandels (sinkender Anteil jüngerer, steigender Anteil älterer Menschen) für besonders wichtig halten?	a) Es sollte eine regelmäßig aktualisierte Übersicht der Freizeitangebote in der Gemeinde geben. b) Der Dialog zwischen den Generationen sollte in jeder Gemeinde organisiert sein (z.B. Erzählcafé) c) Es sollte in jeder Gemeinde ein Familienzentrum (Mütterzentrum, Mehrgenerationen-Haus) geben.	<input type="checkbox"/>	
		5.3.3 Projekte zur Haus- und Familienpflege: Halten Sie eines der Projekte zur Haus- und Familienpflege in Ihrer Gemeinde bei sich ändernder Altersstruktur (abnehmende jüngere, zunehmende ältere Generation) für besonders wichtig?	a) Flexibilisierung der Arbeitszeiten sollen die Pflegemöglichkeiten in der Familie verbessern. b) Die „Familienagentur“ vermittelt „Leihomas“ zur Unterstützung der Familie im Krankheitsfall. c) In jeder Gemeinde sollte eine Haus- und Familienpflegestation bestehen.	<input type="checkbox"/>	

	Frage	Antwort (Bitte nur jeweils eine Antwort ankreuzen!)	X		
6 Handlungsfeld „Regionale Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige“	6.1 Bestand an Seniorendiensten	6.1.1 Wohnformen für alte Menschen: Wie bewerten Sie das Wohnungsangebot für alte Menschen in Ihrer Gemeinde?	a) Viele alte Menschen leben in zu großen, schwer zu bewirtschaftenden Wohnungen. b) Die Wohnungsversorgung alter Menschen in der Gemeinde ist gut. c) In der Gemeinde fehlen altengerechte Wohnungen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.1.2 Kommunikation im Alter: Wie beurteilen Sie die Kommunikationsangebote für alte Menschen in Ihrer Gemeinde?	a) In der Gemeinde gibt es ausreichend Kommunikationsmöglichkeiten für alte Menschen. b) Es mangelt in der Gemeinde an der Kommunikation zwischen den Generationen. c) Viele alte Menschen insbesondere Frauen in der Gemeinde sind alleinstehend und ohne Kontakte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.1.3 Ambulante Altenpflegedienste: Wie schätzen Sie die ambulanten Altenpflegedienste in Ihrer Gemeinde ein?	a) Die ambulante Altenpflege in der Gemeinde funktioniert gut. b) Die Qualität der ambulanten Altenpflege in der Gemeinde ist teilweise verbesserungsbedürftig. c) Die ambulante Altenpflege in der Gemeinde hat erhebliche Mängel.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	6.2 Strategien für Seniorendienste	6.2.1 Strategien zum Altenwohnen: Welche Strategie zur Wohnungsversorgung der wachsenden Zahl alter Menschen in Ihrer Gemeinde halten Sie für sinnvoll?	a) Alte Menschen wollen in normalen Wohnungen leben und brauchen keine Sonderwohnformen. b) Es sollte mehr altengerechte Wohnungen mit Service für Haushalt und Versorgung geben. c) Zur gegenseitigen Unterstützung sollten alte und junge Generationen zusammen wohnen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.2.2 Strategien zur Altenkommunikation: Welche Kommunikationsangebote werden für die zunehmende Zahl alter Menschen in Ihrer Gemeinde benötigt?	a) Alte Menschen brauchen bei dem vielfältigen Angebot keine besonderen Kommunikationsformen. b) Es sollten mehr Altentagesstätten in der Gemeinde eingerichtet werden. c) In jeder Gemeinde sollte es generationsübergreifende Kommunikationen (z.B. Erzählcafé) geben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.2.3 Strategien zur ambulanten Altenpflege: Wie wirkt sich die wachsende Zahl hochbetagter Menschen in Ihrer Gemeinde auf den Bedarf an ambulanter Altenpflege aus?	a) Fortschritte in der medizinischen Versorgung wirken dem wachsenden Pflegebedarf entgegen. b) Ambulante Pflegedienste sollten stärker die Pflege durch Familienangehörige unterstützen. c) Der wachsende ambulante Pflegebedarf erfordert stärkere Professionalisierung der Dienste.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	6.3 Projekte zu Seniorendiensten	6.3.1 Wohnprojekte für alte Menschen: Für welche Wohnform sollte Ihrer Meinung nach vordringlich ein Modellprojekt in Ihrer Gemeinde entwickelt werden?	a) Es entsteht eine "Service-Agentur" für alte Menschen zur Vermittlung von Haushaltsdiensten. b) In der Gemeinde wird ein Modellprojekt "Betreutes Wohnen" durchgeführt. c) In der Gemeinde wird ein Modellprojekt zum "Mehr-Generationen-Wohnen" durchgeführt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.3.2 Projekte zur Altenkommunikation: Welches Projekt zur Kommunikation alter Menschen halten Sie angesichts der demographischen Veränderungen in Ihrer Gemeinde für wichtig?	a) Angesichts der Vereinsamung alleinstehender alter Menschen sollte es Besuchsdienste geben. b) Ältere Menschen werden im "Mehr-Generationen-Zentrum" in Familienbetreuung einbezogen. c) Es wird ein regionales Netzwerk zum "Generationen-Dialog" entwickelt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		6.3.3 Projekte zur ambulanten Altenpflege: Mit welchem Projekt (konkrete Maßnahme) kann auf den wachsenden Bedarf an ambulanter Altenpflege in Ihrer Gemeinde am besten reagiert werden?	a) Es werden für den regionalen Bedarf verstärkt Pflegekräfte angeworben und ausgebildet. b) Für pflegende Familienangehörige sollte es Ausbildungs- und Beratungsmöglichkeiten geben. c) In den Sozialstationen wird ein Qualitätsmanagement eingerichtet und zertifiziert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7.2 Delphi-Befragung I: *Stand und Trend von Bevölkerung und sozialer Infrastruktur*

Es wurden 170 Fragebögen ausgefüllt zurückgeschickt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von 23 %. Die folgende Darstellung und Interpretation der Antworten folgt dem Gliederungsschema des Fragebogens. Es waren - bis auf die ersten drei Fragen - Entscheidungen für jeweils nur eine der drei vorgegebenen Antworten pro Frage erbeten worden. Bei einer Reihe von Rückläufen waren nicht alle Fragen bearbeitet worden. Offensichtlich war auch von einigen Antwortenden die Entscheidung zwischen den Varianten schwer zu treffen, so dass zwei oder drei Antworten angekreuzt wurden. In der Auswertung wurden alle Voten gezählt, auch wenn damit die Summe der Antworten unterschiedlich ausfällt. Sie schwankt zwischen 143 und 175 Kreuzen je Frage mit einem Mittelwert von 154 Kreuzen. Bei der Gesamtzahl von 170 ausgefüllten Fragebögen bleiben also im Durchschnitt 16 (9 %) unvollständig. Die Tab. 6., S. 94, enthält die Auszählung der Voten für die Antwortvarianten a, b oder c nach der absoluten Zahl und nach deren prozentualer Verteilung. Es kann zeilenweise die Antwortenverteilung bei den einzelnen Fragen abgelesen werden. Dabei kann differenziert werden nach der Verteilung in den vier südniedersächsischen Landkreisen, bei sonstigen Absendern bzw. bei Antworten ohne Absenderangabe. Es können spaltenweise die Variantenpräferenzen in den Kreisen abgelesen werden. In Tabelle 7, S. 95, sind die Voten nach Stufen aggregiert worden, um eine zusammenfassende Interpretation zu ermöglichen. Die Antwortvorgaben versuchen den Handlungsrahmen auszuloten, der durch die gegensätzlichen Grundsatzvarianten a) "Marktorientierung" und c) "Planorientierung" beschrieben werden kann. Die Antwortvariante b) ist in der Regel eine Mischform aus beiden Positionen.

Die institutionelle Struktur der Infrastrukturträger wurde mit drei Fragen ermittelt. Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich. Es überwiegen bei den Antwortenden die öffentlich-rechtlichen Träger mit 48 %, gefolgt von den freien Trägern mit 39 %. Privatrechtlich verfasste Einrichtungen sind zu 13 % vertreten. Die Zielgruppen der Träger verteilen sich relativ gleichmäßig auf die Generationen: 34 % kümmern sich um Kinder und Jugendliche; 36 % sprechen Frauen und Familien an und 30 % sind für Alte und Pflegebedürftige tätig. Auch die Funktionsbereiche sind einigermaßen gleichmäßig verteilt: 35 % der Träger sind im Bereich Bildung und Erziehung tätig; 29 % arbeiten im Bereich Freizeit / Kommunikation / Wohnen; 35 % haben ihren Schwerpunkt im Bereich Gesundheit und Erholung.

Bewertung der regionalen Modellplanung

Der erste Komplex (Aggregationsstufe 2) behandelt den methodischen Ansatz der Modellplanung und seine Bedeutung für die Meinungsbildung in der Region anhand folgender Fragen:

- Welcher Handlungsbedarf ergibt sich aus den vorherrschenden Rahmenbedingungen, die auch als "Megatrends" bezeichnet werden?
- Was leistet das "Delphi-Verfahren" als Handlungsansatz für den regionalen Planungsprozess?
- Welche Bedeutung haben örtliche und regionale Vernetzungen für Innovation und Qualitätssicherung bei der sozialen Infrastruktur?

Von den Antworten entfallen in diesem Komplex 5 % auf die Variante a), 27 % auf b) und 68 % auf c). Das lässt erkennen, dass zwei Drittel der Befragten eine zielgerichtete Behandlung der demographischen Probleme der Zukunft nötig erscheint.

Zu 1.1 Megatrends als Handlungsfelder: Als "Megatrends" bezeichnet man längerfristige Zeitströmungen, die regionalen Einzelentwicklungen zu Grunde liegen. In der Fragengruppe 1.1 (Konkretisierungsstufe 2) werden als solche identifiziert: "Demographischer Wandel", "Globalisierung" und "Individualisierung". Welchen Stellenwert geben die Befragten diesen übergeordneten Faktoren? Soll man sie als unabänderlich akzeptieren oder soll man sich gegen den Trend stellen? Diese Grundsatzpositionen beeinflussen stark die Einzelpositionen. Nur ein geringfügiger Teil (3 %) der Befragten sieht angesichts dieser Megatrends keinen Handlungsbedarf. 44 % sind der Meinung, dass man sich auf die Auswirkungen

gen der Trends einstellen sollte. Mehr als die Hälfte (53 %) spricht sich sogar für Maßnahmen gegen die Trends aus. Etwas differenzierter fallen die Voten zu den Einzelfragen aus (Aggregationsstufe 0):

- 1.1.1 Megatrend "Demographischer Wandel": Gegen den Alterungs- und Schrumpfungstrend der Bevölkerung in der Region sollten nach überwiegender Auffassung der Befragten (60 %) Maßnahmen ergriffen werden. 36 % sind der Meinung, dass man sich auf die Auswirkungen des Trends einstellen sollte. Für 4 % besteht kein Handlungsbedarf.
- 1.1.2 Megatrend "Globalisierung": Angesichts der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird nur bei 4 % der Antworten kein Handlungsbedarf in der Region gesehen. Maßnahmen gegen den Trend braucht man nach Ansicht von 45 %. Die Hälfte (51 %) befürwortet die Aussage, dass man die Auswirkungen des Globalisierungstrends einplanen sollte.
- 1.1.3 Megatrend "Individualisierung": Auch angesichts der Individualisierung der Gesellschaft wird ein großer Handlungsbedarf in der Region gesehen. Die Hälfte der Antwortenden (52 %) meint, dass man etwas gegen den Trend unternehmen sollte. 46 % meinen, dass man zumindest auf die Auswirkungen des Trends reagieren sollte. Lediglich für 3 % gibt es keinen Handlungsbedarf.

Zu 1.2 Handlungsansatz Delphi-Verfahren: Was versprechen sich die Befragten von dem Delphi-Verfahren? Vorgegeben waren die "Vermittlungsfunktion", die "Vernetzungsfunktion" und die "Planungsfunktion". Von den Befragten sehen nur 3 % diese Funktionen bereits heute als erfüllt an. Fast ein Drittel (31 %) meint, dass die Methode einen Beitrag dazu leisten kann. Der überwiegende Teil (66 %) hält weitere, darüber hinaus gehende Maßnahmen für erforderlich. Im Einzelnen wird auf die Fragen wie folgt votiert:

- 1.2.1 Vermittlungsfunktion: Die Meisten (69 %) finden, dass über die Befragung hinaus durch zusätzliche Maßnahmen noch mehr Problembewusstsein über den demographischen Wandel in Öffentlichkeit und Politik in der Region erzeugt werden sollte. Ein Viertel (26 %) hält die Befragung zur Vermittlung des Problems für geeignet. Ein kleiner Teil (5 %) sieht bereits ein ausreichendes Problembewusstsein.
- 1.2.2 Vernetzungsfunktion: Die Kooperation der Infrastrukturträger sollte nach überwiegender Meinung (70 %) durch weitere Maßnahmen verstärkt werden. Ein Viertel (27 %) hält die Modellplanung für einen Beitrag zu Vernetzung. Lediglich 3 % halten die derzeitige Vernetzung der Infrastrukturträger für ausreichend.
- 1.2.3 Planungsfunktion: Ein großer Teil der Antworten (59 %) befürwortet verstärkte Planungen zur Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur. Die Modellplanung trägt nach Auffassung von 39 % der Antwortenden zur planerischen Vorsorge bei. Nur 2 % meinen, dass es bereits ausreichende Planungen gebe.

Zu 1.3 Innovation durch Vernetzung: Ein sehr großer Teil der Befragten (85 %) verspricht sich von einer Vernetzung der Infrastruktureinrichtungen der Region "Synergiegewinne", "Wissenstransfer" und "Wettbewerbsfähigkeit". 10 % stehen dieser These ablehnend, 6 % skeptisch gegenüber:

- 1.3.1 Synergiegewinne: Kontinuierliche Verbesserung sozialer Dienste erreicht man nach vorherrschender Ansicht (87 %) durch synergetische Kooperation. 11 % meinen, dass Vernetzung zusätzlichen Aufwand erfordert. Dass man Innovationen besser allein erreicht, vertritt nur ein geringer Prozentsatz (3 %).
- 1.3.2 Wissenstransfer: Die weit überwiegende Mehrheit (89 %) findet, dass Wissensmanagement (Erfahrungsaustausch, Fortbildung) für Laien- und professionelle Mitarbeiter Innovationsfähigkeit und Qualitätsarbeit gewährleistet. Nur ein kleiner Teil meint, dass Wissenstransfer Zeit verbraucht und wenig Nutzen bringt (6 %) bzw. dass man Innovationen besser bei Beratern „kauft“ (5 %).
- 1.3.3 Wettbewerbsfähigkeit: Den Qualitätswettbewerb halten die meisten Einrichtungsträger für ein wichtiges Prinzip. 79 % unterstützen die These, dass Wettbewerb bei sozialen Diensten die "Kundenorientierung" fördert. Dagegen halten 11 % den Wettbewerb bei sozialen Diensten für schädlich; 10 % sehen die Qualität dadurch nicht beeinflusst.

Meinungen zur regionalen Einwohnerstruktur

Im zweiten Komplex wird nach bevölkerungs-, familien- und wohnungspolitischen Entwicklungen gefragt. Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus der natürlichen Entwicklung (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) und aus den Wanderungen (Saldo aus Zu- und Abwanderungen) zusammen. Die Bevölkerung lebt in Familien und Haushalten zusammen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße nimmt seit Jahrzehnten ab. Dies muss bei der Ermittlung des Wohnungsbedarfs, der mit der Zahl der Haushalte korreliert, berücksichtigt werden. Die Hälfte der Befragten (49 %) spricht sich für einen koordinierten Einsatz bevölkerungs-, familien- und wohnungspolitischer Maßnahmen in der Region aus. Für 38 % stehen dabei Maßnahmen der Bestandssicherung im Vordergrund. Ein geringerer Teil setzt mehr auf den Wettbewerb der Gemeinden um Einwohner mit den "klassischen" Mitteln der Baulandpolitik. Im Einzelnen werden folgende Fragen behandelt:

Zu 2.1 Regionale Altersstruktur: Grundlage dieser Frage ist die Erkenntnis, dass Südniedersachsen heute mit das höchste Durchschnittsalter in Deutschland hat, sich dies allen Prognosen nach noch weiter erhöhen wird und in der Folge die Einwohnerzahl der Region überdurchschnittlich stark abnehmen wird. Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung prägen so den demographischen Wandel in Südniedersachsen. Angesichts dieser Tendenzen befürwortet etwa die Hälfte der Antworten (48 %) eine aktive Bevölkerungspolitik in der Region, die sowohl eine Verstärkung der Zuwanderung als auch eine Verringerung des Geburtendefizits beinhaltet. Mehr als ein Drittel (40 %) hält eine Erhöhung der Geburtenquote für wichtig. Ein kleinerer Teil der Antworten (12 %) setzt auf die traditionellen Instrumente der Anwerbung junger Leute durch Arbeitsplatz- und Wohnungsangebote. Im Einzelnen werden Tendenzen, Strategien und Projekte der regionalen Bevölkerungsentwicklung wie folgt bewertet:

- 2.1.1 Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung: Ein sehr hoher Anteil der Befragten (86 %) befürchtet, dass "Alterung und Schrumpfung" überwiegend negative Folgen für die Region haben. Nur für einen kleinen Teil (6 %) bieten sie Chancen mit überwiegend positiven Folgen. Ein ebenso kleiner Teil (8 %) sieht darin Prozesse, die sich einer regionalen Wertung entziehen.
- 2.1.2 Strategie zur regionalen Bevölkerungspolitik: Die Meinungen, welche politische Strategie von den Gebietskörperschaften der verschiedenen Ebenen gegen die Überalterung und die Verringerung der Bevölkerung in Südniedersachsen vorrangig verfolgt werden sollte, streuen relativ stark. Ein Fünftel der Antworten (20 %) will mehr Arbeitsplätze und Wohnungen zur Zuwanderung junger Leute geschaffen sehen. Ein Drittel (32 %) will, dass mehr für junge Leute getan wird, um das Geburtendefizit zu verringern. Nach Meinung der Hälfte der Befragten (49 %) bedarf es sowohl der Verringerung des Geburtendefizits als auch verstärkter Zuwanderung.
- 2.1.3 Projekte zur regionalen Bevölkerungspolitik: Die Frage nach der Gewichtung konkreter Projekte zur Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung in der Region wird sehr eindeutig beantwortet: Mit sehr hoher Priorität (81 %) sollte die familiennahe Infrastruktur ausgebaut werden, um das "Kinderkriegen" zu fördern. Nachrangig (9 %) werden demgegenüber mehr Baugebiete in den Gemeinden zur Ansiedlung junger Familien sowie (9 %) Werbung für die Zuwanderung nach Südniedersachsen aus dem Ausland beurteilt.

Zu 2.2 Regionale Haushalts- und Familienstruktur: Eine Schlüsselgröße des demographischen Wandels ist die Aufteilung der Bevölkerung auf Haushalte und Familien. Die statistische Verkleinerung und Vereinzelung (Single) der Haushalte geht mit wachsenden Ansprüchen an die Familienfunktionen einher. Gefragt wird auf diesem Hintergrund nach prioritären Tendenzen, Strategien und Projekten zur Entwicklung der regionalen Haushalts- und Familienstruktur. Zwei Drittel der Befragten (66 %) unterstützen das Leitbild der "familienfreundlichen Gemeinde". 15 % halten Familienpolitik weniger für eine kommunale Aufgabe. Ein etwas größerer Anteil (18 %) hält den gegenwärtigen familienpolitischen Standard für ausreichend. Differenziert man die Fragen nach Planungsschritten, so ergibt sich folgendes Bild:

- 2.2.1 Entwicklung der Haushalte und Familien: Den Kleinfamilien fehlen nach Ansicht von drei Vierteln (77 %) der Befragten die Hilfspotenziale früherer Mehrgenerationen-Haushalte. Ein Fünftel (19 %) ist der Meinung, dass der "Funktionsverlust" der Kleinfamilie durch familien- und haushaltsnahe Dienstleistungen ausgeglichen wird. Lediglich 4 % bewerten die Verkleinerung und Vereinzelung der Haushalte als positiven Ausdruck der Individualisierung.
- 2.2.2 Strategien zur regionalen Familienpolitik: Ein ähnliches Bild ergeben die Antworten auf die Frage nach der geeigneten Strategie zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Familien. Mehr als drei Viertel (78 %) postulieren die "familienfreundliche Gemeinde" als Leitbild der Regionalentwicklung. Die Familienpolitik hat für 12 % der Befragten einen adäquaten Stellenwert in der Politik der Kreise und Gemeinden. 9 % halten Familienpolitik weniger für eine Aufgabe der Kommunen sondern eher von Bund und Land.
- 2.2.3 Projekte zu regionalen Familienpolitik: Die Prioritäten zur Umsetzung einer regionalen Familienpolitik verteilen sich auf folgende Projekte: Die meisten "Kreuze" (43 %) erhält ein regionaler Wettbewerb "familienfreundliche Gemeinde". Ein Drittel (33 %) meint, dass mehr über die familienpolitischen Aktivitäten der Kommunen informiert werden sollte. Ein Viertel (24 %) befürwortet die Einrichtung eines Ausschusses für Familienfragen im Gemeinderat/Kreistag.

Zu 2.3 Regionale Wohnsiedlungsstruktur: Für mehr als die Hälfte der befragten Institutionen (55 %) ist die innerregionale Differenzierung des Wohnungsbedarfs die wichtigste Grundlage ihrer Bewertung: steigende Wohnraumnachfrage im Regionskern (ca. 20 km Umkreis des Oberzentrums); sinkende Nachfrage am Regionsrand (ca. 20 - 50 km Entfernung zum Oberzentrum). Ein Drittel (33 %) sieht in drohenden Leerständen in peripheren ländlichen Orten eine wichtige Aufgabe für die Dorferneuerung. 12 % der Antworten setzt auf eine marktgesteuerte Wachstumspolitik. Im Einzelnen ergeben die Antworten das folgende Szenarium:

- 2.3.1 Bisherige und künftige Wohnentwicklung: Die Sorge, dass Wohnungsleerstände zur "Verödung" peripherer ländlicher Orte führt, bewegt nahezu drei Viertel (73 %) der Antwortenden am meisten. Ein Fünftel (20 %) hält innerregional differenzierte Wohnungsmärkte für einen normalen Vorgang. Eine Stärkung im Wettbewerb mit anderen Oberzentren durch weitere Ballung der Wohnungen im Regionskern halten 8 % für wichtig.
- 2.3.2 Strategie zur regionalen Wohnsiedlungspolitik: Ein sehr großer Teil (80 %) der Befragten gibt der Sanierung des Wohnungsbestandes Vorrang vor Neubauten. Nur ein kleiner Teil (12 %) will zur Gewinnung von Einwohnern mehr Bauland in den Gemeinden ausweisen. Immerhin 7 % halten es für denkbar, im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung unbewohnte Gebäude abzureißen.
- 2.3.3 Projekte zur regionalen Wohnsiedlungspolitik: Am Ende dieses Komplexes steht die Frage welches Instrument zur regionalen Wohnsiedlungsentwicklung für besonders wichtig gehalten wird. Zwei Drittel (65 %) fordern, dass die Regionalplanung die Wohnsiedlungsentwicklung der Gemeinden koordinieren sollte. 19 % sprechen sich dafür aus, die Stadt- und Dorferneuerung auf periphere ländliche Räume zu konzentrieren. In den regionalen Wohnungsmarkt sollte mit Programmen nach Ansicht von 16 % der Befragten nicht regulierend eingegriffen werden.

Positionen zur regionalen Erwerbsstruktur

Die Bevölkerungsstruktur hat erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbsstruktur. Gefragt wird nach den Positionen zu dem zu erwartenden Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen insbesondere dem starken Rückgang der jüngeren Erwerbsfähigen in Südniedersachsen. Nahezu die Hälfte der Befragten (46 %) spricht sich für eine frühzeitige Anpassung des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems an das rückläufige Erwerbspotenzial an. Ein Drittel (35 %) tritt für Maßnahmen zur Erweiterung und Qualifizierung des Erwerbspotenzials ein. Ein Fünftel (19 %) verspricht sich von dem Rückgang der Erwerbsfähigenzahl eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Im Einzelnen wird nach den Subsystemen „Erwerbsfähigenstruktur“, „Erwerbstätigenstruktur“ und „Beschäftigungsstruktur“ gefragt:

Zu 3.1 Regionale Erwerbsfähigenstruktur: Grundlage der Einschätzung des Erwerbspotenzials ist die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Sie nimmt in Südniedersachsen bis 2012 um 7 % ab. Insbesondere die Zahl der jüngeren Erwerbsfähigen zwischen 25 und 45 Jahren sinkt in erheblichem Maße um 27 %. Über die Hälfte der Antworten (53 %) fordert, sich frühzeitig auf die kommende Situation einzustellen und Erwerbs- und Beschäftigungspotenziale anzugleichen. 37 % der Befragten sprechen sich für die Anwerbung jüngerer Erwerbsfähiger aus. Im Einzelnen werden Status, Strategie und Projekte wie folgt beurteilt:

- 3.1.1 Entwicklung der Erwerbsfähigenzahl: Zwei Drittel der Befragten (65 %) finden, dass Alterung und Rückgang des Erwerbspotenzials die Leistungsfähigkeit der Region mindern. 31 % fordern, sich frühzeitig auf die Alterung und Reduzierung des Erwerbspotenzials einzustellen. Nur 4 % beruhigen sich mit der Aussage, dass der Rückgang der Erwerbsfähigenzahl die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Region entlastet.
- 3.1.2 Strategien zum Erwerbspotenzial: Die Personalplanung der Betriebe sollte sich nach Meinung von 55 % der Befragten auf den Wandel des Erwerbspotenzials einstellen. Nahezu ein Drittel (30 %) ist sich darüber im Klaren, dass sich die Zahl jüngerer Erwerbsfähiger kurz- und mittelfristig nur durch Zuwanderung erhöhen lässt. Immerhin 16 % glauben, dass es bei der hohen Arbeitslosigkeit keiner Strategie zur Erhöhung der Erwerbsfähigenzahl bedarf.
- 3.1.3 Projekte zur Erwerbsfähigkeit: Es wurde gefragt, welches Projekt zur Erhöhung der Zahl der Erwerbsfähigen für besonders wichtig gehalten wird. Drei Viertel (74 %) der Antworten halten Projekte zur Angleichung von Erwerbspotenzial und Beschäftigungspotenzial für erforderlich. 16 % wollen zur Bedarfsdeckung junge Erwerbsfähige aus dem In- und Ausland anwerben. Projekte zur Erhöhung der Erwerbsfähigenzahl halten 10 % der Stimmen für entbehrlich, da weitere Arbeitsplätze entfallen.

Zu 3.2 Regionale Erwerbstätigenstruktur: Die Erwerbsquote sagt aus, welcher Anteil der Erwerbsfähigen (Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren) tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgeht bzw. nachfragt. Strukturbestimmende Einflussfaktoren sind die Lebensarbeitszeit (Ein- und Austritt aus dem Erwerbsleben) und der Frauenerwerbsanteil. Die Statistik erfasst die Erwerbstätigen als Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Beamten, der Freiberufler und der Erwerbssuchenden. Gefragt wird nach der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in der Region. Die Hälfte (49 %) der Befragten ist überzeugt, dass zur Vermeidung von Angebotsproblemen auf dem Arbeitsmarkt die Erwerbsquote gesteigert werden sollte. Ein Drittel (34 %) fordert von der regionalen Wirtschaft, sich auf ältere Erwerbstätige einzustellen. 16 % glauben mit der derzeitigen Erwerbsquote auszukommen, wenn alle Erwerbssuchenden mit Arbeit versorgt wären. In der Differenzierung zeigt sich folgendes Szenario:

- 3.2.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit: Drei Viertel (74 %) der Befragten stimmt der These zu, dass es zu einem empfindlichen Mangel an Nachwuchskräften in der Wirtschaft kommen wird. Dass sich die regionale Wirtschaft der Alterung der Erwerbstätigen anpassen wird, glauben 21 %. Nur 5 % meint, dass die sinkende Nachfrage den regionalen Arbeitsmarkt entlastet.
- 3.2.2 Strategien zur Erwerbstätigkeit: Der größte Teil der Befragten (69 %) fordert von der regionalen Wirtschaft, sich zunehmend auf ältere Erwerbstätige einzustellen. Ein erheblicher Teil (30 %) meint, die Erwerbsquote sollte durch längere Erwerbszeiten und mehr Frauenerwerbstätigkeit steigen. Lediglich 2 % wollen die Erwerbsquote nicht steigern, um die Arbeitsmarkt-Entlastung nicht aufzuheben.
- 3.2.3 Projekte zur Erhöhung der Erwerbsquote: Die meisten Befragten (45 %) meinen, dass zur Steigerung der Frauenerwerbsquote die familiennahe Infrastruktur ausgebaut werden sollte. Ein fast gleich großer Teil (39 %) hält die Qualifizierung Arbeitsloser für bedeutsam, um die Erwerbsquote zu erhöhen. Zur Ausweitung der Lebensarbeitszeit sollte die Weiterbildung für Ältere gefördert werden, meinen 16 %.

Zu 3.3 Regionale Beschäftigungsstruktur: Aus dem Angebot an Arbeitsplätzen und der Nachfrage nach Erwerbstätigkeit ergibt sich Beschäftigung. Wie reagiert der regionale Arbeitsmarkt, wenn die Nachfragenden aus demographischen Gründen älter und weniger werden? Die Hälfte der Befragten (51 %) glaubt, dass es eine Qualifizierungslücke zwischen Angebot und Nachfrage gibt. 30 % plädieren für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen. 19 % sprechen sich für die überregionale Anwerbung von Arbeitskräften aus. Im Detail werden folgende Antworten bevorzugt:

- 3.3.1 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur: Wie wird sich die Beschäftigungsstruktur in der Region bei zurückgehender Erwerbsnachfrage entwickeln? Bei dieser Frage votieren drei Viertel (76 %) der Befragten für das skeptische Szenarium: Es wird weiterhin hohe Arbeitslosigkeit bei ebenfalls großer Zahl offener Stellen geben. 17 % befürchten, dass es eine hohe Quote unbesetzter Stellen in der regionalen Wirtschaft geben werde. Nur ein kleiner Teil der Befragten (7 %) glaubt, dass die Arbeitslosigkeit in der Region erheblich abnehmen wird.
- 3.3.2 Strategien zur Beschäftigungsstruktur: Die Mehrzahl (54 %) bevorzugt die Strategie, die vorhandenen Arbeitskräfte für die angebotenen Arbeitsplätze zu qualifizieren. Ein erheblicher Teil (38 %) meint, dass weiterhin Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor geschaffen werden müssen. Nur ein kleiner Teil (7 %) denkt, es sollten überregional Arbeitskräfte angeworben und hier qualifiziert werden.
- 3.3.3 Projekte zur Beschäftigungsstruktur: Als Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur in der Region favorisieren die meisten Befragten (42 %) die Förderung von Innovation und Wachstum bei den regionalen Kompetenzbranchen. Für Erfolg versprechend halten 31 % die Werbung von Betrieben und Gemeinden mit guten Arbeits-, Wohn- und Infrastrukturangeboten. Fast ebenso viele (27 %) sprechen sich für eine Qualifizierungsoffensive zur Steigerung des regionalen Arbeitskräftepotenzials aus.

Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

In den drei folgenden Fragenkomplexen geht es um die Ist- und Soll-Bewertung der Infrastrukturausstattung in den Gemeinden der Region. In der Gesamtwertung halten 42 % der Befragten die Ausstattung für unzureichend, 34 % für entwicklungsbedürftig und 24 % für ausreichend.

Die Infrastrukturausstattung für Kinder und Jugendliche ist nach Meinung der Hälfte der Befragten (50 %) unzureichend. Die übrigen Befragten bewerten sie als entwicklungsbedürftig (27 %) oder ausreichend (23 %). Im Einzelnen wird nach der Einschätzung des Bestandes (Punkt 4.1), der erwünschten Strategien (Punkt 4.2) und der favorisierten Projekte (Punkt 4.3) gefragt:

Zu 4.1 Bestand Kinder- und Jugenddienste: Gefragt wird nach der Beurteilung des bestehenden Angebotes an Kleinkinderbetreuung, Ganztagskindergärten und Ganztagschulen. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) hält die derzeitigen Angebote für unzureichend; 29 % findet sie verbesserungsbedürftig; für 18 % sind sie ausreichend. Die einzelnen Angebote werden wie folgt bewertet:

- 4.1.1 Angebot an Kleinkinderbetreuung: Dass es genügend Möglichkeiten zur Kleinkindbetreuung in der Gemeinde gibt, sagen 10 % der Antworten. Bis auf einige Mängel halten 28 % das Kleinkinderbetreuungsangebot in der Gemeinde für zufrieden stellend. Der überwiegende Teil der Befragten (62 %) hält die Angebote zur Kleinkinderbetreuung in der Gemeinde für unzureichend.
- 4.1.2 Angebot an Ganztags-Kindergärten: Die Zahl der ganztägigen Kindergartenplätze in der Gemeinde ist nach Ansicht von 29 % der Befragten ausreichend. Fast ebenso viele (27 %) sagen, dass das Angebot etwas erweitert werden sollte. Die Meisten allerdings (44 %) halten die Zahl der Ganztags-Kindergartenplätze in der Gemeinde für unzureichend.
- 4.1.3 Angebot an Ganztagschulen: In ihrem Schuleinzugsbereich sehen 14 % der Befragten Ganztagschulplätze in ausreichendem Maße. 31 % halten das Angebot für teilweise verbesserungsbe-

dürftig. Mehr als die Hälfte (55 %) findet die Versorgung der Gemeinde mit Plätzen in Ganztagschulen unzureichend.

Zu 4.2 Strategien zur Kinder- und Jugendbetreuung: Wie schätzen die Befragten die zukünftige Entwicklung des Bedarfs in diesem Infrastruktursektor ein? Keinen weiteren Bedarf wird es nach Meinung von 13 % der Antworten geben. Qualitativ verändern wird sich der Bedarf für 39 % der Befragten. Nach überwiegender Ansicht (58 %) wird die Nachfrage nach Ganztageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche jedoch steigen. Im Einzelnen ergibt sich folgendes Szenario aus den Antworten:

- 4.2.1 Bedarf an Kleinkinderbetreuung: Nur 4 % der Antworten folgt der Position, dass Kleinkinderbetreuung vorwiegend zu Hause durch die Eltern keine weiteren Angebote braucht. Ein Viertel (24 %) wünscht sich die Organisation transparenter Tagespflegeangebote in der Gemeinde. Nahezu drei Viertel der Befragten (71 %) meinen, dass mit einem breiten Angebot an Kleinkinderbetreuung die Kinderakzeptanz gefördert werden sollte.
- 4.2.2 Bedarf an Ganztags-Kindergartenplätzen: Ein erheblicher Teil der Befragten (28 %) glaubt, dass mit dem Geburtenrückgang auch die Nachfrage nach Ganztagskindergartenplätzen sinkt. Etwas weniger (20 %) meinen, dass geringere Geburtenquote und höhere Versorgungsquote zu einem gleich bleibendem Bedarf führen. Die Hälfte aller Antworten (51 %) unterstützt jedoch die These, dass eine wachsende Frauenerwerbsquote mehr Nachfrage nach ganztägigen Kindergärten erzeugt.
- 4.2.3 Bedarf an Ganztagschulplätzen: Nach Einschätzung der Hälfte der Befragten (51 %) ergeben bildungs-, familien- und wirtschaftspolitische Ziele einen großen Bedarf an Ganztagschulen. Für 42 % führen sinkende Schülerzahlen zur Konzentration von Schulstandorten mit Ganztagsangeboten. Nur ein geringer Teil der Befragten (6 %) glaubt, dass der Bedarf an Ganztagsbetreuung im Schulalter durch Hortplätze abgedeckt werden kann.

Zu 4.3 Projekte zur Kinder- und Jugendbetreuung: Die Prioritäten für Projekte zur Kinder- und Jugendbetreuung sind relativ gleichmäßig verteilt: Die Kooperation von Gemeinden bei sinkender Nachfrage halten 37 % für ratsam. Ein Viertel der Befragten (24 %) favorisiert den Einsatz von Laien- und Hilfskräften zur Verstärkung der Betreuung. Eine stärkere Vernetzung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung wird von 39 % der Befragten befürwortet. Für die einzelnen Altersgruppen werden im Einzelnen folgende Antworten bevorzugt:

- 4.3.1 Modellprojekte zur Kleinkinderbetreuung: Mit zwei Dritteln (66 %) der Antwortkreuze erhält ein regionales Netzwerk der Kinderbetreuungsdienste (Mütterzentren, Spielkreise etc.) die höchste Projekt-Priorität. Eine „Agentur für Familiendienste“, die Kleinkinderbetreuungsdienste vermittelt (z.B. Tagesmutter), wird von 29 % der Befragten favorisiert. Eine bei Bedarf von den Eltern auf privater Basis selber organisierte Kinderbetreuung wird von 5 % der Stimmen befürwortet.
- 4.3.2 Ganztagskindergarten-Modelle: Hier wird gefragt, welches Modell bei der längerfristigen Kindergartenplanung in der Gemeinde bevorzugt wird. Die meisten Befragten (57 %) sprechen sich dafür aus, dass bei geringerer Nachfrage Gemeinden bei der Einrichtung von Ganztagskindergärten kooperieren. Auch dass Firmen zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen Ganztagsplätze in Betriebskindergärten anbieten, wird von einem Viertel der Antworten (24 %) begrüßt. Ein Fünftel (19 %) spricht sich dafür aus, dass Eltern als Laienkräfte zur Sicherstellung von Ganztagsbetreuung in Kindergärten mitarbeiten.
- 4.3.3 Ganztagschulprojekte: Bei geringerer Nachfrage sollten auch bei der Einrichtung von Ganztagschulen die Gemeinden nach Ansicht der Hälfte der Befragten (48 %) kooperieren. Ein Viertel (26 %) ist dafür, in den ganztägigen Unterricht Hilfskräfte (z.B. Übungsleiter in Sportvereinen) einzubeziehen. Ein weiteres Viertel (26 %) plädiert für eine kommunale Schulentwicklungsplanung, die überwiegend Ganztagsplätze vorsieht.

Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Frauen und Familien

Die Infrastruktur für Frauen und Familien besteht aus Einrichtungen der Familienbildung, Einrichtungen für Familienfreizeit und aus Haus- und Familienpflegediensten. Es wird nach der Bewertung des Bestandes (Punkt 5.1), der Strategien (Punkt 5.2) und der Projekte (Punkt 5.3) gefragt. Von den Befragten sind 38 % mit dem derzeitigen Angebot nicht zufrieden und wünschen sich eine bessere Vernetzung der örtlichen Dienste. Fast ebenso viele (35 %) finden das Angebot zufrieden stellend, möchten aber generationsübergreifende Hilfen verstärken. Ein Viertel (27 %) findet das Angebot gut.

Zu 5.1 Bestand an Familiendiensten: Wie werden die Angebote zur Familienbildung, -freizeit und -pflege bewertet? Für 27 % der Befragten ist das bestehende Angebot bedarfsgerecht. Die Hälfte (51 %) hält die vorhandenen Einrichtungen teilweise für verbesserungsbedürftig. 22 % finden das Angebot unzureichend. Die einzelnen Funktionsbereiche werden wie folgt beurteilt:

- 5.1.1 Angebote der Familienbildung: Es gibt genügend Einrichtungen der Familienbildung in der Gemeinde, meinen 21 % der Befragten. Das Angebot zur Familienbildung sollte teilweise verbessert werden, finden 46 %. Für unzureichend halten 33 % das Angebot.
- 5.1.2 Einrichtungen der Familienfreizeit: Ein Viertel (24 %) der Antworten stuft das Angebot an Familienfreizeiteinrichtungen als gut ein. Die Hälfte (51 %) meint, dass die Einrichtungen für Familienfreizeit teilweise verbesserungsbedürftig sind. Ein weiteres Viertel (24 %) hält die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung für Familien für unzureichend.
- 5.1.3 Dienste zur Haus- und Familienpflege: Mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) hält die Dienstleistungen zur Haus- und Familienpflege in der Gemeinde für bedarfsgerecht. Die Mehrheit (56 %) bescheinigt den Haus- und Familienpflegediensten Verbesserungsbedarf. Dass die Haus- und Familienpflegedienste nicht den Anforderungen entsprechen, meinen nur 8 % der Befragten.

Zu 5.2 Strategien für Familiendienste: Wie sich unter veränderten demographischen Bedingungen (stark zurück gehende Zahl jüngerer Familien) die Anforderungen an Familiendienste entwickeln, wird in diesem Punkt gefragt. Die Hälfte der Befragten (52 %) befürwortet den Ausbau generationsübergreifender Familiendienste. 28 % glauben, dass bei zurückgehender quantitativer Nachfrage die qualitativen Anforderungen steigen. 19 % schätzen, dass die Nachfrage deutlich abnehmen wird. Im Einzelnen zeigt die Auswertung folgendes Bild:

- 5.2.1 Strategien zur Familienbildung: Die meisten Befragten (46 %) denken, dass zur Förderung der Kinder- und Familienakzeptanz die Familienbildung ausgebaut werden sollte. Nahezu ebenso so viele (42 %) meinen, dass trotz sinkender Familienzahl die qualitativen Anforderungen voraussichtlich ansteigen. Ein kleinerer Teil (12 %) geht davon aus, dass der Bedarf an Einrichtungen der Familienbildung merklich abnehmen wird.
- 5.2.2 Strategien zur Familienfreizeit: Die Hälfte der Antworten (53 %) unterstützt die Strategie, durch den Ausbau von „Familienzentren“ den generationsübergreifenden Zusammenhalt zu fördern. 16 % der Befragten glauben, dass sich gegen zunehmende Freizeit-Individualisierung vermehrt Familien-Selbsthilfegruppen bilden. Ein erheblicher Teil (30 %) befürchtet, dass es aufgrund mangelnder Nachfrage zur Schließung von Freizeiteinrichtungen kommen wird.
- 5.2.3 Strategien zur Haus- und Familienpflege: Ein Großteil der Befragten (58 %) sieht infolge höherer Frauenerwerbstätigkeit den Bedarf an Haus- und Familienpflege ansteigen. Ein Viertel (26 %) der Antwortenden meint: weniger jüngere Haushalte erzeugen bei wachsender Erwerbsquote gleich bleibenden Bedarf. Bei weniger Familien mit jüngeren Kindern gibt es weniger Bedarf an Haus- und Familienpflege, glauben 16 % der Befragten.

Zu 5.3 Projekte zu Familiendiensten: Unter diesem Punkt wird gefragt, welche Projekte zur Entwicklung der Familiendienste bevorzugt werden. Die meisten Befragten (40 %) befürworten die Ausstattung jeder Gemeinde mit einem multifunktionalen Generationen-/Familienzentrum. Ein Drittel (33 %) spricht sich

für Kooperation und Flexibilisierung bei den Angeboten aus. Ein Viertel (26 %) hält generationsübergreifende Projekte für am wichtigsten. Für die einzelnen Einrichtungsarten ergibt sich folgendes Bild:

- 5.3.1 Projekte zur Familienbildung: Welches Projekt zur Familienbildung wird für die Gemeinden hinsichtlich der sich wandelnden Generationenstruktur (weniger Jüngere, mehr Ältere) für bedeutsam gehalten? Die meisten Befragten (44 %) meinen, dass in jeder Gemeinde eine Anlaufstelle (Agentur) für Familienberatungsdienste bestehen sollte. Zweithöchste Priorität (33 %) der Antworten entfallen auf ein Projekt "Generationen-Dialog", in dem Ältere ihre Erfahrungen beratend an Jüngere weitergeben. Knapp ein Viertel (23 %) folgt der Position, dass die sinkende Nachfrage zu verstärkter regionaler Kooperation der Familienbildungsstätten führt.
- 5.3.2 Projekte zur Familienfreizeit: Gefragt wird nach dem wichtigsten Projekt zur generationsübergreifenden Freizeitgestaltung. Die Meisten (42 %) sprechen sich für eine regelmäßig aktualisierte Übersicht der Freizeitangebote in der Gemeinde aus. Fast ebenso Viele (39 %) schließen sich der Meinung an, es sollte in jeder Gemeinde ein Familienzentrum (Mütterzentrum, Mehrgenerationenhaus) geben.
- 5.3.3 Projekte zur Haus- und Familienpflege: Auch hier sind die Voten relativ gleichmäßig verteilt: Die meisten Befragten (38 %) meinen, in jeder Gemeinde sollte eine Haus- und Familienpflegestation bestehen. Die Pflegemöglichkeiten in der Familie durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu verbessern, halten 33 % für besonders wichtig. Fast ebenso viele (28 %) sprechen sich für eine "Familienagentur" aus, die "Leihomas" zur Unterstützung der Familie im Krankheitsfall vermittelt.

Einschätzungen zur regionalen Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige

Hinsichtlich der Infrastruktur für Senioren wird unterschieden nach "Wohnformen für alte Menschen", "Kommunikation im Alter" und nach "ambulanten Altenpflegediensten". Wie bei den anderen generationspezifischen Komplexen gibt es Fragen zur Bewertung des Bestandes, der Strategien und der Projekte. Die meisten Befragten (39 %) halten die derzeitige Versorgung für teilweise verbesserungsbedürftig. Fast ebenso viele (37 %) setzen sich für generationsübergreifende Angebote ein. Der kleinere Teil (24 %) hält die derzeitigen Angebote für ausreichend. Differenzierter fällt die Beurteilung der einzelnen Einrichtungsarten aus:

Zu 6.1 Bestand an Seniorendiensten: Unter diesem Punkt wird nach der Beurteilung des Bestandes an Senioren-Infrastruktur gefragt. 38 % der Befragten halten die bestehenden Angebote partiell für verbesserungsbedürftig. Ebenso viele (37 %) finden die Angebote gut. Ein Viertel (25 %) stellt Mängel in der Versorgung fest. Untersucht man die Einzelfragen, so ergeben sich folgende Szenarien:

- 6.1.1 Wohnformen für alte Menschen: Das Wohnungsangebot für alte Menschen in den Gemeinden wird sehr unterschiedlich bewertet. Der etwas größere Teil (37 %) der Befragten meint, dass in der Gemeinde altengerechte Wohnungen fehlen. Etwas weniger (32 %) halten die Wohnungsversorgung alter Menschen in der Gemeinde für gut. Ebenso viele (31 %) teilen die Feststellung, dass viele alte Menschen in zu großen, schwer zu bewirtschaftenden Wohnungen leben.
- 6.1.2 Kommunikation im Alter: Auch die Kommunikationsangebote für alte Menschen in der Gemeinde werden sehr differenziert beurteilt. Die meisten Befragten (41 %) beklagen, dass es in der Gemeinde an der Kommunikation zwischen den Generationen mangelt. 30 % unterstützen die These, dass viele alte Menschen insbesondere Frauen allein stehend und ohne Kontakte sind. Genau so viele Befragte sind der gegenteiligen Meinung, dass es in der Gemeinde ausreichend Kommunikationsmöglichkeiten für alte Menschen gibt.
- 6.1.3 Ambulante Altenpflegedienste: Die Hälfte (52 %) der Befragten sagt, dass die ambulante Altenpflege in der Gemeinde gut funktioniert. Etwas weniger (41 %) hält die Qualität der ambulanten Altenpflege für teilweise verbesserungsbedürftig. Nur ein geringer Prozentsatz (7 %) stellt erhebliche Mängel in der ambulanten Altenpflege fest.

Zu 6.2 Strategien für Seniorendienste: Strategien für generationsübergreifende Dienste werden von der Hälfte der Befragten (51 %) vordringlich befürwortet. An zweiter Priorität (40 %) folgt die Forderung nach verstärkten ambulanten Diensten. Ein kleiner Teil der Antworten (9 %) hält eine besondere Infrastruktur für alte Menschen nicht für nötig. Diese Bild setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 6.2.1 Strategien zum Altenwohnen: Der weit überwiegende Teil der Befragten (61 %) ist der Meinung, dass es mehr altengerechte Wohnungen mit Service für Haushalt und Versorgung geben sollte. Ein Drittel meint, zur gegenseitigen Unterstützung sollten alte und junge Generationen zusammen wohnen. Ein kleiner Teil (6 %) findet, alte Menschen wollten in normalen Wohnungen leben und brauchten keine Sonderwohnformen.
- 6.2.2 Strategien zur Altenkommunikation: Die weitaus meisten Befragten (62 %) meinen, in jeder Gemeinde sollte es generationsübergreifende Kommunikationen (z.B. Erzählcafé) geben. Deutlich geringer (22 %) sind die Voten für mehr Altentagesstätten in den Gemeinden. Dass alte Menschen bei dem vielfältigen Angebot keine besonderen Kommunikationsformen brauchen, vertreten nur 16 % der Befragten.
- 6.2.3 Strategien zur ambulanten Altenpflege: Der größte Teil der Befragten (61 %) erkennt, dass der wachsende ambulante Pflegebedarf eine stärkere Professionalisierung der Dienste erfordert. Nach Meinung eines Drittels (35 %) der Befragten sollten ambulante Pflegedienste stärker die Pflege durch Familienangehörige unterstützen. Nur 3 % folgen der These, dass Fortschritte in der medizinischen Versorgung dem wachsenden Pflegebedarf entgegen wirken.

Zu 6.3 Projekte zu Seniorendiensten: Hinsichtlich bevorzugter Modellprojekte sprechen sich 38 % der Befragten für einen Ausbau integrierter Altenbetreuung aus. Fast ebenso Viele (36 %) treten für einen generationsübergreifenden Ansatz ein. Etwas geringer (27 %) ist das Votum für gesonderte Dienste für alte Menschen. Auf die Angebotsformen entfallen im Einzelnen folgende Voten:

- 6.3.1 Wohnprojekte für alte Menschen: Die Voten für die verschiedenen Projektideen sind relativ gleichmäßig verteilt: Für Modellprojekte zum "Betreuten Wohnen" sprechen sich 36 % der Befragten aus. Fast ebenso viele (34 %) unterstützen Modellprojekte zum "Mehr-Generationen-Wohnen". Etwas weniger Stimmen (30 %) entfallen auf eine "Service-Agentur" für alte Menschen zur Vermittlung von Haushaltsdiensten.
- 6.3.2 Projekte zur Altenkommunikation: Auch die angekreuzten Antworten zu Kommunikationsprojekten für Senioren sind einigermaßen gleichmäßig verteilt. Die meisten Stimmen (41 %) entfallen auf die Entwicklung eines regionalen Netzwerkes zum "Generationen-Dialog". Mit 30 % der Voten wird der Ansatz unterstützt, ältere Menschen im "Mehr-Generationen-Zentrum" in Familienbetreuung einzubeziehen. Ebenso viele "Kreuze" (29 %) gibt es für Projekte, angesichts der Vereinsamung allein stehender alter Menschen Besuchsdienste zu schaffen.
- 6.3.3 Projekte zu ambulanten Altenpflege: Die meisten Stimmen (48 %) treten dafür ein, für pflegende Familienangehörige Ausbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zu schaffen. Ein Drittel der Befragten (32 %) plädiert dafür, in Sozialstationen Qualitätsmanagement einzurichten und zu zertifizieren. Ein Fünftel (20 %) hält es für am besten, für den regionalen Bedarf verstärkt Pflegekräfte anzuwerben und auszubilden.

Aussagen zur Erfolgskontrolle

Am Ende der Befragung stehen drei Fragen zur Erfolgskontrolle des Projektes. Sie korrespondieren mit der Fragengruppe 1.2, die sich mit der Vorab einschätzung des Projektes befasst. Im Einzelnen werden folgende Voten abgegeben:

- 7.1 Erfolgs- und Wirkungsindikatoren: Welche Indikatoren kennzeichnen am besten den Erfolg des Projektes bzw. die Wirkung der vorgesehenen Maßnahmen? Zwei Drittel der Befragten (66 %) halten das Projekt für erfolgreich, wenn sich im Ergebnis Südniedersachsen als „familienfreundliche Region“ versteht und präsentiert. Für 21 % kennzeichnen am besten ausgeglichene Salden bei der

natürlichen Bevölkerungsentwicklung und bei den Wanderungen den Erfolg des Projektes. Ein kleinerer Teil hält den Wunsch der Projektleitung nach einer mehr als 50-igen Fragebogenrücklaufquote für das beste Erfolgsmerkmal.

- 7.2 Verfahrens- und Methodenkritik: Hier wird gefragt, wie Verfahren und Methodik des Projektes in Hinblick auf die Frage- und Problemstellung des Modellvorhabens bewertet werden. Mehr als die Hälfte (55 %) der Befragten folgt der These, die „Delphi-Befragung“ vermittele zwar Problembewusstsein, zeige aber keine Lösungswege auf. Für mehr als ein Drittel (37 %) ist die „Modellplanung mit der Delphi-Befragung“ ein problemadäquater Weg für die Regionsebene. Für 8 % der Befragten wird die gewählte „Modellplanung“ der Problemstellung des Modellvorhabens nicht gerecht. In "offenen" Ergänzungen haben einige Befragte vor allem bemängelt, dass der Fragebogen zu umfangreich sei, dass es sich bei den Antwortvorgaben nicht immer um Alternativen handelt und dass die Antwortvorgaben teilweise "tendenziös" seien.
- 7.3 Übertragbarkeit der Ergebnisse: Die Übertragbarkeit der Ergebnisse ist für den Auslober des Modellvorhabens (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) ein wichtiges Erfolgskriterium. Gefragt wird, welche Ergebnisse am ehesten auf andere Räume für übertragbar gehalten werden. Die meisten Voten (43 %) halten die Delphi-Methode für einen geeigneten Weg zur Meinungs- und Konsensbildung in einer Region. Ein Drittel (33 %) findet, dass die Umstrukturierung der Wohnungs-, Arbeits- und Versorgungsmärkte beispielhaft aufgezeigt wird. Ein Viertel (24 %) folgt der These, dass Südniedersachsen als eine der „gealtertsten“ Regionen „Vorreiter in Raum und Zeit“ ist.

Zusammenfassung und Vertiefungsthemen

Sortiert man die Antwortvarianten der Fragenkomplexe 2 bis 6 nach den drei Planungsphasen (1. Analysen, 2. Strategien, 3. Projekte), so erhält man folgendes Szenario:

- Analysen: Unter diesem Titel wird nach Einschätzungen zur derzeitigen Infrastrukturausstattung auch angesichts der zu erwartenden demographischen Tendenzen gefragt. Von den Befragten tendieren 47 % zu den Antwortvarianten c), die den derzeitigen Stand der sozialen Infrastruktur nicht für adäquat halten. 35 % plädieren für die Antwortvarianten b), die vereinzelte Mängel in dem Angebot sehen. 18 % kreuzen die Variante c) an, die eine ausreichende Ausstattung feststellt.
- Strategien: Unter der Überschrift „Strategie“ wird nach dem Handlungsbedarf (Ziele und Konzepte) gefragt. Die meisten Befragten (45 %) sprechen sich für die Varianten c) aus, die einen erheblichen Handlungsbedarf bei der demographiebedingten Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur formulieren. Etwas weniger (40 %) werden die Antwortmöglichkeiten b) gewählt, die sich für punktuelle Anpassungen der Angebote an die veränderten generativen Strukturen aussprechen. Die Varianten c), die keinen besonderen Handlungsbedarf sehen, werden von 15 % der Befragten bevorzugt.
- Projekte: Bei der Projektauswahl sind die Voten relativ gleichmäßig verteilt. Stärker planorientierte Projekte, die sich unter den Antworten c) finden, werden von 34 % der Befragten angekreuzt. Die meisten Kreuze (37 %) entfallen auf die Varianten b), die punktuelle Anpassungen beinhalten. 30 % entscheiden sich für die Antworten unter a), die mehr marktorientierte Projekte umfassen.

Die Befragung der Expertinnen und Experten in Südniedersachsen zeigt insgesamt ein großes Problembewusstsein hinsichtlich der durch den demographischen Wandel ausgelösten Umstrukturierungen der sozialen Infrastruktur in der Region. Ein sehr hoher Anteil der befragten Institutionen sieht erheblichen Handlungsbedarf angesichts der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in den Gemeinden und Kreisen. Die Voten zeigen, dass ein planvolles und koordiniertes Handeln von der überwiegenden Zahl befürwortet wird.

Aus der Auswertung der einzelnen und aggregierten Voten lassen sich Hinweise auf die zu vertiefenden Themen ableiten:

- **Bevölkerungspolitik:** Die Befragung offenbart bei den „Experten“ eine hohe Sensibilität für die Auswirkungen des demographischen Wandels. Als Strategien werden längerfristig die Steigerung der Geburtenquote durch familienfördernde Maßnahmen und kürzerfristig die Anwerbung jüngerer Zuwanderer mithilfe attraktiver sozialer Infrastruktur befürwortet. Die gemeindliche Wohnsiedlungspolitik sollte von der Regionalplanung koordiniert und auf Bestandssicherung ausgerichtet werden.
- **Beschäftigungspolitik:** Den Befragten ist überwiegend klar, dass es mittelfristig erhebliche Rückgänge bei den jüngeren Erwerbsfähigen geben wird und das dies den Arbeitsmarkt „kippen“ könnte. Zum Ausgleich müssen die Erwerbspotenziale der Älteren und der Frauen durch Qualifizierungsmaßnahmen besser nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus muss auch um qualifizierte Zuwanderer geworben werden.
- **Kinder- und Jugendpolitik:** Aus bildungs- und beschäftigungspolitischen Gründen befürworten die Befragten überwiegend die Angebote zur Ganztagsbetreuung von Kindern (Tagespflege, Kinderkrippe, Kindergarten, Schule) und sprechen sich für eine stärkere Vernetzung der Angebote aus - auch über Gemeindegrenzen hinweg.
- **Frauen- und Familienpolitik:** Generationsübergreifende örtliche und regionale Familienpolitik wird von den Befragten als Hauptstrategie zur Bewältigung des demographischen Wandels angesehen. Dazu sollten in jeder Gemeinde Familien-/Generationenzentren als generations- und funktionsübergreifende Netzwerke sozial-kultureller Dienste eingerichtet werden.
- **Seniorenpolitik:** Die sozialen Dienste für Ältere sollten nach überwiegender Meinung stärker in generationsübergreifende Konzepte einbezogen werden. Das wachsende Potenzial der Senioren könnte in Familien-/Generationenzentren für Hilfeleistungen für junge Familien genutzt werden.

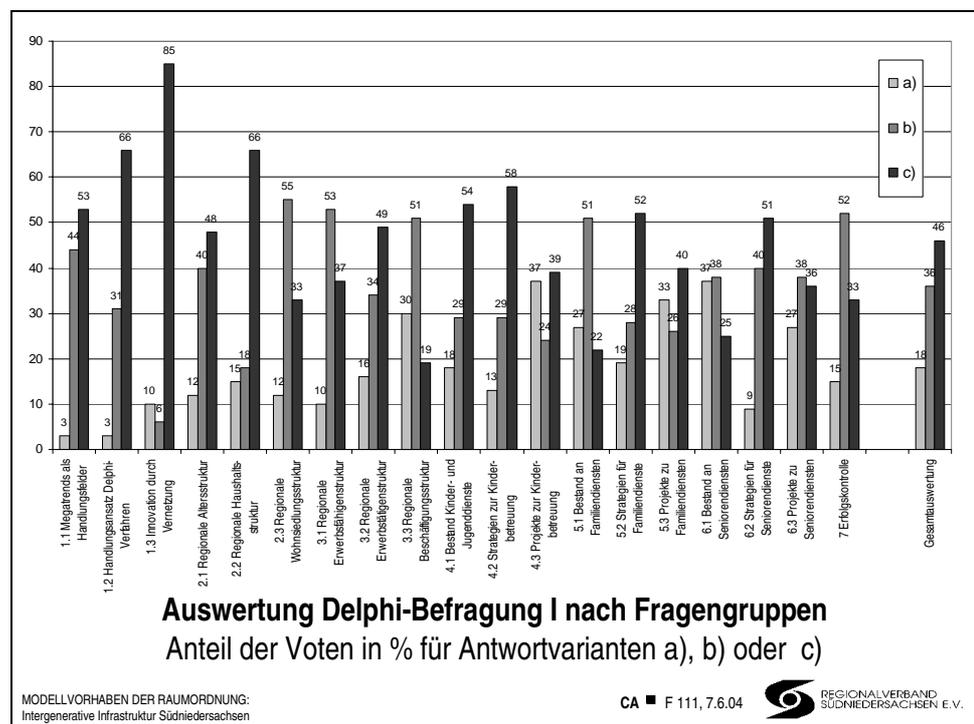


Abbildung Nr. 49

Fragebogen- gliederung	Antwortkreuze nach Landkreisen															Gesamt											
	Sonstige			Holzminden			Göttingen			Northeim			Osterode			Ohne Abs.			Anzahl			Anteil (%)					
Antwortvar.	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c			
0 Inst	1	2	4	2	8	6	2	30	18	5	16	17	7	9	7	2	7	7	1	72	59	19	48	39	13		
	2	6	5	5	10	14	8	40	39	32	25	25	29	12	15	8	11	11	9	104	109	91	34	36	30		
	3	7	3	3	10	10	8	35	26	35	22	23	29	12	11	9	8	4	10	94	77	94	35	29	35		
1 Modellplanung	11	111	0	4	5	0	2	13	2	27	31	1	18	24	0	3	14	2	5	11	5	59	98	3	36	60	
		112	0	5	3	0	3	11	3	35	20	2	24	15	0	4	12	1	9	9	6	80	70	4	51	45	
		113	0	4	6	0	5	10	3	27	28	1	20	20	0	6	11	0	10	7	4	72	82	3	46	52	
	12	121	0	1	8	0	3	12	3	22	35	3	9	29	0	5	12	2	2	13	8	42	109	5	26	69	
		122	1	1	7	0	3	13	1	19	39	1	11	28	0	4	14	2	5	11	5	43	112	3	27	70	
		123	0	4	4	0	4	11	0	30	27	2	11	27	0	5	12	1	6	10	3	60	91	2	39	59	
	13	131	0	0	8	1	1	13	7	0	53	4	1	36	1	1	15	4	1	11	17	4	136	11	3	87	
		132	0	0	7	1	1	13	3	1	52	5	1	35	1	2	14	0	2	16	10	7	137	6	5	89	
		133	2	0	6	0	2	13	6	5	47	8	1	29	0	4	13	1	3	12	17	15	120	11	10	79	
2 Reg. Einwohnerstrukt.	21	211	3	0	6	1	0	14	3	8	48	1	3	36	1	0	16	1	1	14	10	12	134	6	8	86	
		212	1	4	6	4	2	9	12	27	23	9	7	24	4	3	10	2	9	8	32	52	80	20	32	49	
		213	0	9	1	0	13	0	13	42	7	1	35	5	0	15	0	1	16	2	15	130	15	9	81	9	
	22	221	1	2	7	0	3	12	4	15	44	0	6	35	0	4	13	1	1	16	6	31	127	4	19	77	
		222	2	1	8	1	2	13	6	9	47	3	6	34	1	2	15	3	1	15	16	21	132	9	12	78	
		223	5	1	2	8	2	6	18	16	29	12	11	17	9	2	7	2	7	9	54	39	70	33	24	43	
	23	231	1	4	5	1	1	13	6	18	36	1	5	34	1	1	15	2	3	13	12	32	116	8	20	73	
		232	0	9	1	1	14	2	9	46	4	5	34	1	2	15	2	3	13	2	20	131	12	12	80	7	
		233	2	6	0	1	9	4	10	39	9	8	23	6	1	11	4	2	10	5	24	98	28	16	65	19	
	3 Reg. Erwerbsstruktur	31	311	1	4	5	0	4	11	4	18	35	1	10	30	0	4	13	1	9	8	7	49	102	4	31	65
			312	1	5	3	3	9	2	6	35	17	8	14	16	4	10	2	2	10	5	24	83	45	16	55	30
			313	0	9	1	3	10	2	4	41	13	3	32	5	4	11	2	1	12	2	15	115	25	10	74	16
32		321	1	6	4	1	3	11	2	13	43	1	5	35	1	4	12	2	2	14	8	33	119	5	21	74	
		322	0	6	4	0	10	6	1	40	15	1	28	13	0	12	6	1	13	3	3	109	47	2	69	30	
		323	1	2	7	10	4	5	27	7	24	14	6	25	11	4	6	5	5	11	68	28	78	39	16	45	
33		331	0	8	1	0	11	3	4	36	10	3	31	5	1	12	3	2	10	3	10	108	25	7	76	17	
		332	5	4	1	8	8	2	25	34	3	16	27	2	9	9	2	4	13	3	67	95	13	38	54	7	
		333	5	3	3	8	2	7	30	21	12	16	12	17	8	2	9	6	7	6	73	47	54	42	27	31	
4 Kinderinfrastruktur		41	411	0	2	3	1	5	9	6	17	32	5	9	26	2	5	10	1	3	11	15	41	91	10	28	62
			412	2	1	2	5	3	7	11	21	22	15	5	20	6	3	8	3	7	5	42	40	64	29	27	44
			413	0	1	4	2	4	9	7	21	26	7	8	25	3	4	10	2	7	6	21	45	80	14	31	55
	42	421	0	0	5	1	5	9	2	17	37	1	7	31	1	5	11	1	2	12	6	36	105	4	24	71	
		422	2	0	3	4	3	8	17	12	28	9	8	22	6	3	8	4	4	7	42	30	76	28	20	51	
		423	0	2	3	0	5	10	5	27	24	2	16	20	0	6	11	2	6	7	9	62	75	6	42	51	
	43	431	0	0	5	0	6	9	3	14	34	3	9	27	0	7	10	1	5	10	7	41	95	5	29	66	
		432	4	0	1	11	3	2	29	11	15	25	5	9	12	4	2	5	5	7	86	28	36	57	19	24	
		433	3	1	1	5	8	3	32	10	11	20	6	14	6	9	3	5	4	7	71	38	39	48	26	26	
5 Familieninfrastruktur	51	511	2	0	4	1	8	6	20	24	10	4	20	15	2	8	7	2	7	7	31	67	49	21	46	33	
		512	1	2	2	2	8	5	20	25	9	7	24	9	3	8	6	3	8	5	36	75	36	24	51	24	
		513	2	2	1	6	7	2	15	36	2	20	17	1	7	7	3	2	11	2	52	80	11	36	56	8	
	52	521	0	2	4	2	6	8	9	32	15	4	14	20	2	6	10	1	3	12	18	63	69	12	42	46	
		522	1	2	4	4	4	7	17	10	25	12	2	23	4	4	9	6	2	10	44	24	78	30	16	53	
		523	0	1	6	3	5	8	2	18	33	11	6	22	3	5	10	5	4	7	24	39	86	16	26	58	
	53	531	1	3	4	2	3	9	15	18	22	12	13	14	2	4	10	3	8	6	35	49	65	23	33	44	
		532	2	2	4	7	2	8	28	13	16	17	7	18	8	2	9	7	4	9	69	30	64	42	18	39	
		533	1	3	5	6	6	5	20	14	23	14	8	19	7	7	5	7	9	6	55	47	63	33	28	38	
6 Alteninfrastruktur	61	611	1	1	4	4	7	4	20	17	19	12	10	18	5	8	4	5	5	6	47	48	55	31	32	37	
		612	1	2	2	6	5	4	13	24	15	12	16	11	7	6	4	2	6	7	41	59	43	29	41	30	
		613	3	1	1	10	4	1	22	29	2	24	13	2	11	5	1	4	7	3	74	59	10	52	41	7	
	62	621	2	6	0	1	8	7	4	36	17	1	28	11	1	9	8	1	11	9	10	98	52	6	61	33	
		622	2	2	2	3	2	10	7	15	31	7	7	25	4	2	11	1	4	11	24	32	90	16	22	62	
		623	0	1	5	1	5	10	3	24	28	0	10	28	1	6	11	0	6	9	5	52	91	3	35	61	
	63	631	2	2	2	7	4	4	17	18	19	9	20	15	7	5	5	4	5	7	46	54	52	30	36	34	
		632	0	1	5	3	3	10	19	15	14	15	16	13	3	5	10	4	5	9	44	45	61	29	30	41	
		633	1	2	3	4	5	6	10	30	14	10	17	16	4	7	6	2	12	4	31	73	49	20	48	32	
7 Ek	71	0	5	3	3	11	2	7	41	8	5	22	11	3	13	2	2	10	6	20	102	32	13	66	21		
	72	0	7	1	0	8	5	4	30	21	5	17	15	0	10	5	2	7	6	11	79	53	8	55	37		
	73	4	2	0	3	4	6	12	12	23	6	14	13	3	5	7	3	6	7	31	43	56	24	33	43		
Summe abs.	84	170	218	187	318	442	713	1345	1418	487	830	1161	215	366	489	170	390	479	1856	3419	4207						
Summe %	18	36	46	20	34	47	20	39	41	20	33	47	20	34	46	16	38	46	20	36	44	20	36	44			

Tabelle 6: Auswertung der Delphi-Befragung I nach Kreisen

Fragebogen- gliederung	Aggregationsstufe 0						Aggregationsstufe 1						Aggregationsstufe 2						Aggregationsstufe 3																																					
	Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)																																		
	Antwortvar.	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c																															
0 Inst	1	72	59	19	48	39	13																																																	
	2	104	109	91	34	36	30																																																	
	3	94	77	94	35	29	35																																																	
1 Modellplanung	11	111	5	59	98	3	36	60	15	211	250	3	44	53	75	382	955	5	27	68																																				
		112	6	80	70	4	51	45																																																
		113	4	72	82	3	46	52																																																
	12	121	8	42	109	5	26	69	16	145	312	3	31	66													75	382	955	5	27	68																								
		122	5	43	112	3	27	70																																																
		123	3	60	91	2	39	59																																																
	13	131	17	4	136	11	3	87	44	26	3393	10	6	85																									75	382	955	5	27	68												
		132	10	7	137	6	5	89																																																
		133	17	15	120	11	10	79																																																
2 Reg. Einwohnerstruktur	21	211	10	12	134	6	8	86	57	194	229	12	40	48	189	546	714	13	38	49	539	1595	2177	13	37	50																														
		212	32	52	80	20	32	49																																																
		213	15	130	15	9	81	9																																																
	22	221	6	31	127	4	19	77	76	91	329	15	18	66													189	546	714	13	38	49	539	1595	2177	13	37	50																		
		222	16	21	132	9	12	78																																																
		223	54	39	70	33	24	43																																																
	23	231	12	32	116	8	20	73	56	261	156	12	55	33																									189	546	714	13	38	49	539	1595	2177	13	37	50						
		232	20	131	12	12	80	7																																																
		233	24	98	28	16	65	19																																																
3 Reg. Erwerbsstruktur	31	311	7	49	102	4	31	65	46	247	172	10	53	37	275	667	508	19	46	35																																				
		312	24	83	45	16	55	30																																																
		313	15	115	25	10	74	16																																																
	32	321	8	33	119	5	21	74	79	170	244	16	34	49													275	667	508	19	46	35																								
		322	3	109	47	2	69	30																																																
		323	68	28	78	39	16	45																																																
	33	331	10	108	25	7	76	17	150	250	92	30	51	19																									275	667	508	19	46	35												
		332	67	95	13	38	54	7																																																
		333	73	47	54	42	27	31																																																
4 Kinderinfrastruktur	41	411	15	41	91	10	28	62	78	126	235	18	29	54	299	361	661	23	27	50																																				
		412	42	40	64	29	27	44																																																
		413	21	45	80	14	31	55																																																
	42	421	6	36	105	4	24	71	57	128	256	13	29	58													299	361	661	23	27	50																								
		422	42	30	76	28	20	51																																																
		423	9	62	75	6	42	51																																																
	43	431	7	41	95	5	29	66	164	107	170	37	24	39																									299	361	661	23	27	50												
		432	37	24	39	57	19	24																																																
		433	71	38	39	48	26	26																																																
5 Familieninfrastruktur	51	511	31	67	49	21	46	33	119	222	96	27	51	22	364	474	521	27	35	38	985	1355	1685	24	34	42																														
		512	36	75	36	24	51	24																																																
		513	52	80	11	36	56	8																																																
	52	521	18	63	69	12	42	46	86	126	233	19	28	52													364	474	521	27	35	38	985	1355	1685	24	34	42																		
		522	44	24	78	30	16	53																																																
		523	24	39	86	16	26	58																																																
	53	531	35	49	65	23	33	44	159	126	192	33	26	40																									364	474	521	27	35	38	985	1355	1685	24	34	42						
		532	69	30	64	42	18	39																																																
		533	55	47	63	33	28	38																																																
6 Alteninfrastruktur	61	611	47	48	55	31	32	37	162	166	108	37	38	25	322	520	503	24	39	37																																				
		612	41	59	43	29	41	30																																																
		613	74	59	10	52	41	7																																																
	62	621	10	98	52	6	61	33	39	182	233	9	40	51													322	520	503	24	39	37																								
		622	24	32	90	16	22	62																																																
		623	5	52	91	3	35	61																																																
	63	631	46	54	52	30	36	34	121	172	162	27	38	36																									322	520	503	24	39	37												
		632	44	45	61	29	30	41																																																
		633	31	73	49	20	48	32																																																
7 Ek	71	20	102	32	13	66	21	62	224	141	15	52	33	62	224	141	15	52	33																																					
	72	11	79	53	8	55	37																																																	
	73	31	43	56	24	33	43																																																	
Summe 1 - 7								1586	3174	4003	18	36	46														1586	3174	4003	18	36	46	1586	3174	4003	18	36	46																		
Summe 0 - 7	1856	3419	4207	20	36	44																					1856	3419	4207	20	36	44																								

Tabelle 7: Auswertung der Delphi-Befragung I nach Aggregationsstufen

7.3 Delphi-Befragung II: Ziele und Konzepte zu Bevölkerung und sozialer Infrastruktur

Zweite Befragung: Geringe Beteiligung

Parallel zur Delphi-Befragung werden in ausgewählten Gemeinden innovative Ansätze zur Weiterentwicklung der familienbezogenen Dienste erprobt. "Familienzentren gestalten den Generationenwandel" lautet die Strategie zur Auseinandersetzung mit den Folgen von Bevölkerungsalterung und -schrumpfung in der Region Südniedersachsen, die früher als andere Regionen mit dem Thema gesellschaftlich und politisch konfrontiert ist. Durch die Befragung und die damit einhergehende Netzwerkbildung will das o.g. Projekt zur breiten Bewusstseinsbildung und zur notwendigen Umstrukturierung beitragen.

Die Delphi-Methode beruht auf dem Gedanken, durch eine Mehrfachbefragung mit Rückkoppelung der Antworten einen schriftlichen Konsultationsprozess anzubieten. Aufgrund der gewählten Thematik und Methodik ergibt die Zusammenstellung der Fragen und der favorisierten Antworten der ersten Befragung ein „Leitbild zur nachhaltigen Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen“. Das Ergebnis dieser Erstbefragung kann man als „Vorentwurf“ bezeichnen. Es wird der zweiten Befragung zu Grunde gelegt. Daraus ergibt sich die „Entwurfssfassung“, die wiederum einer Schlussbefragung im Rahmen des Präsentationsforums unterzogen wird, die im Ergebnis zu der angestrebten „Endfassung“ führt (vgl. Abbildungen 2, S. 7, und 25, S. 37).

Im Frühjahr des Jahres 2004 fand die erste Befragungsrunde statt. Von den 750 Fragebögen mit recht umfangreichen 57 Einschätzungsfragen wurden 170 ausgefüllt zurückgesandt. Das entspricht einer Rücklaufquote von 23 %. Viele Teilnehmer haben übrigens auch die Möglichkeit genutzt, den Fragebogen elektronisch abzurufen (www.regionalverband.de), anzukreuzen und per E-mail auf gleiche Art wieder zurückzuschicken (info@regionalverband.de).

Aus der Auswertung der ersten Fragerunde wurde dann der zweite Fragebogen entwickelt. Die in Fragebogen I jeweils favorisierte der drei Antwortmöglichkeiten wurde zur Grundlage des neuen Fragebogens genommen. Es entstanden auf diese Weise 57 Thesen, zu denen die erneut befragte Gesamtheit der Expertinnen und Experten drei standardisierte Reaktionsmöglichkeiten hatten:

- a) stimme voll zu,
- b) stimme teils zu (mit offenen Erläuterungsmöglichkeiten),
- c) stimme nicht zu.

Der Fragebogen wurde mit Datum vom 8.9.04 mit der Bitte um Rücksendung bis 15.10.2004 versandt. Die Auswertung besorgte kompetent - wie beim ersten Fragebogen - Andrea Jakob (vgl. Tab. 8, S. 100).

Die Beteiligung an dieser zweiten Befragungsrunde war leider nicht hoch. Von den angeschriebenen Institutionen haben nur 53 den Fragebogen ausgefüllt wieder zurückgesandt. Die geringe Beteiligung ist vielleicht dadurch zu erklären, dass trotz der Erläuterungen im Anschreiben, der Zweck der erneuten Befragung nicht ausreichend deutlich gemacht werden konnte bzw. die Einflussmöglichkeiten auf Befragungsergebnisse als nur noch gering eingeschätzt werden. Die antwortenden Institutionen sind zu 44 % öffentlich-rechtlich, zu 48 % frei-gemeinnützig und zu 8 % privatrechtlich organisiert. Die Zielgruppen ihrer Arbeit sind relativ gleichmäßig verteilt - wobei Mehrfachnennungen möglich sind: 30 % befassen sich mit Kindern und Jugendlichen, 38 % richten sich an Frauen und Familien und 33 % betreuen Alte und Pflegebedürftige. Auch die Funktionsbereiche sind gleichmäßig vertreten - auch hier gibt es Überschneidungen: 31 % zählen zum Bereich Bildung/Erziehung, 33 % zum Bereich Freizeit/Kommunikation/Wohnen und 36 % rechnen zum Gesundheits-/Erholungssektor.

Auswertung: Relativierung der Ergebnisse der ersten Befragung

Die Auswertung lässt sich nach fünf Aggregationsstufen vornehmen (vgl. Tab. 8, S. 100):

- Gesamtergebnis;
- Unterscheidung nach raumstrukturellem Handlungsrahmen (Punkte 1 - 3) , infrastrukturellem Handlungsfeld (Punkte 4 - 6) sowie Erfolgskontrolle (Punkt 7);
- Differenzierung nach sieben Handlungsfeldern (1. Handlungsansatz, 2. Einwohnerstruktur, 3. Erwerbsstruktur, 4. Kinder und Jugendliche, 5. Frauen und Familien, 6. Alte und Pflegebedürftige, 7. Erfolgskontrolle);
- Aufteilung nach 19 Handlungsschritten (Aussagen zu 1. Bestand, 2. Strategien und 3. Projekten) in den jeweiligen Handlungsfeldern;
- Auflistung nach 57 Einzelthesen.

Gesamtergebnis: Der überwiegende Teil aller Antworten (55 %) stimmt den vorgelegten Aussagen zu. Damit kann das Thesengerüst als "Leitbildentwurf zur nachhaltigen Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen" als Konsensgrundlage angesehen werden. Allerdings finden die Aussagen bei fast einem Drittel der Antworten (32 %) nur teilweise Zustimmung. Hierbei wird intensiv von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ergänzende oder korrigierende Anmerkungen zu formulieren (vgl. Tab. 9, S 101). Immerhin noch 13 % der Antworten stimmen den vorgelegten Aussagen nicht zu. Dieses differenzierte Ergebnis zeigt - auch bei geringer Beteiligung, dass zwar ein gut entwickeltes Problembewusstsein zu den Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in der Region besteht, über konkrete Handlungsfelder und -schritte aber doch noch intensiver Klärungsbedarf besteht. Dies ist bei einem neuen gesellschaftlichen Thema, das nach Expertenmeinung "Epoche bestimmenden" Charakter erhalten wird, auch verständlich. Das Befragungsergebnis spiegelt insofern den Erkenntnisstand in der Region wieder.

Handlungsrahmen: Die Auswertung auf dieser Aggregationsebene (vgl. Abb. 28, S. 42) bestätigt einen bekannten planungstheoretischen Grundsatz: Je konkreter die Aussagen - desto schwieriger der Konsens. Die Bewertung der Aussagen zum abstrakteren raum- und bevölkerungsstrukturellen Handlungsfeld (Punkte 1 - 3) fällt im Verhältnis zum Gesamtergebnis etwas positiver aus. 60 % stimmen den Thesen voll zu, 29 % teilweise und 10 % gar nicht. Dementsprechend ist die "volle" Zustimmung (51 %) zu dem konkreteren Handlungsfeld "Soziale Infrastruktur" (Punkte 4 -6) schwächer. Bei einem Drittel (34 %) gibt es Einschränkungen in der Zustimmung und 15 % stimmen nicht zu. Die Aussagen zur Erfolgskontrolle (Punkt 7) sind in der vorliegenden Form wohl noch nicht konsensfähig. Etwa gleich viele Antworten entfallen auf "volle" (44 %) wie auf "teilweise" (42 %) Zustimmung. 14 % der Antworten sind ablehnend.

Handlungsfelder: Die weitere Aufschlüsselung der Antworten unterscheidet schon deutlicher die konsensfähigeren von den strittigeren Handlungsfeldern („Fragenkomplexe“ vgl. Abbildung 28):

- Relativ hohe Zustimmungsquoten gibt es bei den Handlungsfeldern "Regionale Modellplanung" und "Regionale Einwohnerstruktur" (Punkte 1 und 2). Hier stimmen 63 % bzw. 57 % den Thesen voll zu.
- Noch deutliche Zustimmung finden auch die Aussagen zu den Handlungsfeldern "Regionale Erwerbsstruktur" und "Regionale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche" (Punkte 3 und 4). 61 % bzw. 60 % der Antworten fallen positiv aus.
- Zwar noch mehrheitlich, aber mit weniger als der Hälfte der Voten (46 % bzw. 47 %), werden die Aussagen zu den Handlungsfeldern "Regionale Infrastruktur für Frauen und Familien" und "Regionale Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige" (Punkte 5 und 6) voll befürwortet. Bei diesen beiden Handlungsfeldern gibt es offensichtlich noch fachlichen Diskussionsbedarf, der über den Rahmen einer Delphi-Befragung hinausgeht. Das zeigt auch der hohe Prozentsatz der nur "teilweisen Zustimmung", der bei 36 bzw. 37% liegt.

Handlungsschritte: Noch deutlicher wird der weitere Diskussionsbedarf bei der Untergliederung der Zustimmungsqoten nach den 19 Handlungsschritten („Fragengruppen“ vgl. Abbildung 50):

- Vollzustimmung mit über 60 %: Unter diese Kategorie einer hohen Zustimmungsrate fallen die Handlungsschritte 1.1 (Megatrends), 1.2 (Delphi-Verfahren), 1.3 (Innovation durch Vernetzung), 3.1 (regionale Erwerbsfähigenstruktur), 4.2 (Strategie zur Kinder- und Jugendbetreuung) und 4.3 (Projekte zu Kinder- und Jugendbetreuung).
- Vollzustimmung mit 50 - 60 %: Noch mehr als der Hälfte der voll zustimmenden Voten gibt es bei den Handlungsschritten 2.1 (Regionale Altersstruktur), 2.2 (Regionale Haushalts- und Familienstruktur), 2.3 (Regionale Wohnsiedlungsstruktur), 3.2 (Regionale Erwerbstätigenstruktur), 3.3 (Regionale Beschäftigungsstruktur), 5.1 (Bestand an Familiendiensten) und 6.2 (Strategien für Seniorendienste). Die "Nichtzustimmung" ist bei Punkt 5.1 auffallend hoch (21 %).
- Vollzustimmung mit weniger als 50 %: Noch mehrheitlich, aber mit weniger als 50 % fallen die Vollzustimmungen aus bei den Handlungsschritten: 4.1 (Bestand an Kinder- und Jugenddiensten), 5.2 Strategien für Familiendienste), 6.1 (Bestand an Seniorendiensten), 6.3 (Projekte für Seniorendienste) und 7 (Erfolgskontrolle). Diese Werte signalisieren einen recht schwachen Konsens und weisen auf einen noch hohen Diskussionsbedarf hin, da die Quoten für "teilweise Zustimmung" bei diesen Punkten fast annähernd hoch sind. Bei den Punkten 6.1 und 6.3 liegen die "Nichtzustimmungen" mit 19 % besonders hoch.
- Überwiegende "Teilzustimmung": Die Aussagen zum Thema 5.3 (Projekte zu Familiendiensten) haben keine mehrheitliche Zustimmung gefunden (38 %). Bei diesem Punkt überwiegen die Antwortkreuze bei "stimme teils zu" (43 %). Auf "stimme nicht zu" entfielen 19 % der Antwortkreuze.

Einzelthesen: Bei der differenzierten Auswertung der Voten zu den 57 Einzelpositionen sollen vor allem die Thesen herausgearbeitet werden, die keine mehrheitliche Vollzustimmung oder nur eine schwache Vollzustimmung erzielt haben, um den vertiefenden Klärungsbedarf zu ermitteln:

- Keine Vollzustimmung haben von den 57 Thesen die folgenden 9 erhalten: 2.1.2 (Strategie zur regionalen Bevölkerungspolitik), 2.2.3 (Projekte zur regionalen Familienpolitik), 3.3.1 (Entwicklung der Beschäftigungsstruktur), 4.1.2 (Angebot an Ganztags-Kindergärten), 5.3.1 (Projekte zur Familienbildung), 6.1.1 (Wohnformen für alte Menschen), 6.3.1 (Wohnprojekte für alte Menschen), 6.3.2 (Projekte zur Altenkommunikation) und 7.3 (Übertragbarkeit der Ergebnisse). Diese Thesen wurden zwar in der ersten Delphi-Befragung unter drei Antwortvarianten favorisiert, sind aber trotzdem nicht ausreichend konsensfähig, sondern bedürfen einer weitergehenden Konsultation.
- Eine Mehrheit, aber weniger als die Hälfte der Antwortkreuze erhielten die folgenden 13 Thesen: 1.1.3 (Megatrend "Individualisierung"), 1.3.3 (Wettbewerbsfähigkeit), 2.3.3 (Projekte zur regionalen Wohnsiedlungspolitik), 3.2.1 (Entwicklung der Erwerbsfähigkeit), 4.1.1 (Angebot an Kleinkinderbetreuung), 5.1.3 (Dienste zur Haus- und Familienpflege), 5.2.2 (Strategien zur Familienfreizeit), 5.2.3 (Strategien zur Haus- und Familienpflege), 5.3.2 (Projekte zur Familienfreizeit), 5.3.3 Projekte zur Haus- und Familienpflege), 6.1.2 (Kommunikation im Alter), 6.2.3 (Strategien zur ambulanten Altenpflege) und 7.1 (Erfolgs- und Wirkungsindikatoren). Diesen Thesen wird mit einer knappen Mehrheit zwar voll zugestimmt. Es gibt aber eine hohe Zahl von nur bedingten Zustimmungen, die ebenfalls einen weiterführenden Diskussionsbedarf aufzeigen. Die offenen Antworten (vgl. Tabelle 2) beschreiben das Diskussionsspektrum recht gut.

Zusammenfassung: Demographisches Leitbild

Die Delphi-Befragung will ein Leitbild zur Entwicklung von Bevölkerung und sozialer Infrastruktur in Südniedersachsen (demographisches Leitbild) mit demoskopischen Mitteln finden. In der ersten Befragungsrunde wurden zu 57 Fragen jeweils drei alternative Antwortvorgaben zur Auswahl gestellt. Diese unterschieden sich nach den Einschätzungen zum Handlungsbedarf:

- a) geringer Steuerungsbedarf,

- b) Anpassungsbedarf,
- c) Gegensteuerungsbedarf.

Die überwiegende Zahl der Antworten befürwortete ein "Gegensteuern" angesichts der absehbaren Auswirkungen des demographischen Wandels. Mit diesem Akzent entstand aus der ersten Befragung ein "Leitbild-Vorentwurf", der sich für eine nachhaltige regionale Bevölkerungs- und Infrastrukturpolitik ausspricht. Dieser Vorentwurf wurde in der zweiten Befragungsrunde zur "Abstimmung" gestellt. Trotz der geringen Beteiligung zeigte sich jedoch eine kritische Auseinandersetzung, die zu einer dreigeteilten Konsensqualität der gewählten Positionen führte:

- a) starke Zustimmung gekennzeichnet durch mehr als 50 % der zustimmenden Antworten;
- b) schwache Zustimmung ausgedrückt durch eine Mehrheit der zustimmenden Antworten, jedoch unter 50 %;
- c) ungesicherte Zustimmung in Form von mehrheitlichen Voten für "stimme teils zu".

Bei der anliegenden Zusammenstellung der Thesen in Form des "Leitbildes" (Tabelle 10) werden die unterschiedlichen Konsensgrade durch die Schriftform markiert: 1. starke Zustimmung in Standardschrift, 2. schwache Zustimmung in Kursivschrift, 3. ungesicherte Zustimmung in Kursivschrift unterstrichen. Diese Markierungen zeigen bei welcher der 57 Leitbildthesen noch Diskussionsbedarf besteht.

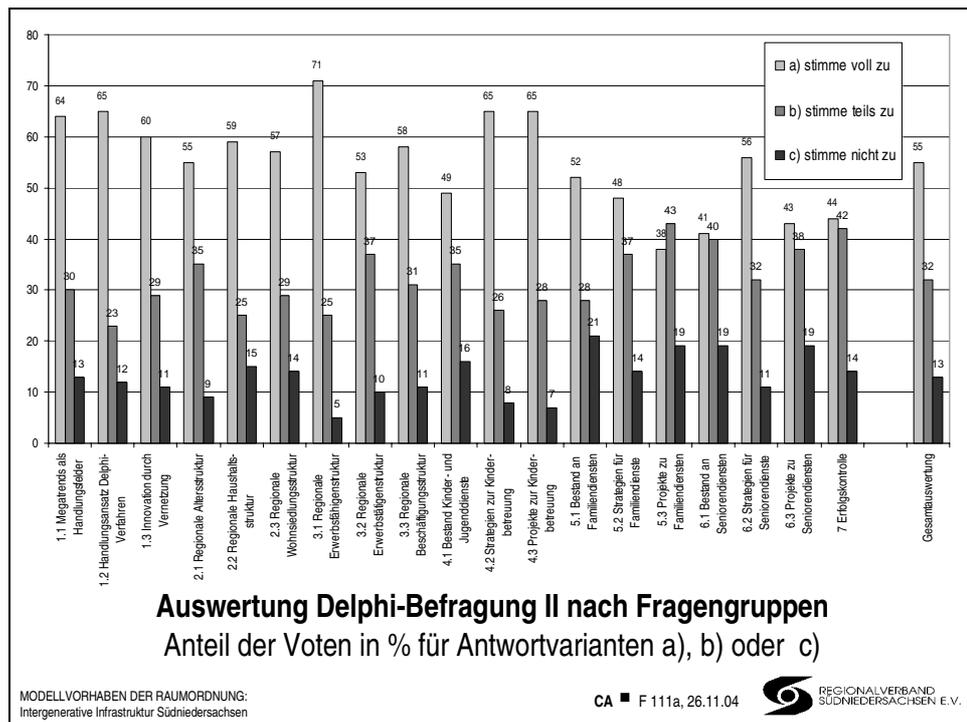


Abbildung Nr. 50

Fragebogen- gliederung	Aggregationsstufe 0						Aggregationsstufe 1						Aggregationsstufe 2						Aggregationsstufe 3							
	Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)			Anzahl			Anteil (%)				
	Antwortvar.	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c				
0 Inst	1	23	25	4	44	48	8																			
	2	30	38	33	30	38	33																			
	3	25	27	29	31	33	36																			
1 Modellplanung	11	111	36	13	4	68	25	8	102	48	9	64	30	6	299	129	45	63	27	10						
		112	41	12	0	77	23	0																		
		113	25	23	5	47	43	9																		
	12	121	36	11	6	68	21	11	101	35	19	65	23	12												
		122	34	13	4	67	25	8																		
		123	31	11	9	61	22	18																		
	13	131	31	17	5	58	32	9	96	46	17	60	29	11												
		132	42	6	5	79	11	9																		
		133	23	23	7	43	43	13																		
2 Reg. Einwohnerstrukt.	21	211	33	15	5	62	28	9	87	56	15	55	35	272	142	61	57	30	13	853	415	146	60	29	10	
		212	19	27	6	37	52	12																		
		213	35	14	4	66	26	8																		
	22	221	39	9	5	74	17	9	94	40	24	59	25													15
		222	39	7	6	75	13	12																		
		223	16	24	13	30	45	25																		
	23	231	29	17	6	56	33	12	91	46	22	57	29													14
		232	37	13	4	69	24	7																		
		233	25	16	12	47	30	23																		
3 Reg. Erwerbsstruktur	31	311	40	9	3	77	17	6	38	7	154	71	25	282	144	40	61	31	9							
		312	33	17	2	63	33	4																		
		313	36	12	2	72	24	4																		
	32	321	25	18	9	48	35	17	83	57	16	53	37												10	
		322	26	23	3	50	44	6																		
		323	32	16	4	62	31	8																		
	33	331	17	24	11	33	46	21	90	49	17	58	31												11	
		332	35	13	5	66	25	9																		
		333	38	12	1	75	24	2																		
4 Kinderinfrastruktur	41	411	24	17	9	48	34	18	74	52	24	49	35	272	134	47	60	30	10							
		412	20	21	9	40	42	18																		
		413	30	14	6	60	28	12																		
	42	421	33	15	3	65	29	6	100	40	13	65	26												8	
		422	35	11	5	69	22	10																		
		423	32	14	5	63	27	10																		
	43	431	27	19	4	54	38	8	98	42	10	65	28												7	
		432	34	12	4	68	24	8																		
		433	37	11	2	74	22	4																		
5 Familieninfrastruktur	51	511	28	16	6	56	32	12	77	41	31	52	28	205	160	80	46	36	18	688	461	201	51	34	15	
		512	28	10	12	56	20	24																		
		513	21	15	13	43	31	27																		
	52	521	26	17	6	53	35	12	71	55	21	48	37													14
		522	21	20	8	43	41	16																		
		523	24	18	7	49	37	14																		
	53	531	13	25	12	26	50	24	57	64	28	38	43													19
		532	22	20	7	45	41	14																		
		533	22	19	9	44	38	18																		
6 Alteninfrastruktur	61	611	12	27	13	23	52	25	61	60	28	41	40	211	167	74	47	37	16							
		612	21	19	11	41	37	22																		
		613	28	14	4	61	30	9																		
	62	621	33	15	2	66	30	4	85	49	17	56	32												11	
		622	28	14	8	56	28	16																		
		623	24	20	7	47	39	14																		
	63	631	11	24	17	21	46	33	65	58	29	43	38												19	
		632	20	21	8	41	43	16																		
		633	34	13	4	67	25	8																		
7 Ek	71	24	20	6	48	40	12	64	62	21	44	42	14	64	62	21	44	42	14	64	62	21	44	42	14	
	72	26	20	4	52	40	8																			
	73	14	22	11	30	47	23																			
Summe 1 - 7									1605	938	368	55	32	13	1605	938	2911	55	32	13	1605	938	368	55	32	13
Summe 0 - 7		1683	1028	434	54	33	14							1683	1028	434	54	33	14							

Tabelle 8: Auswertung der Delphi-Befragung II nach Aggregationsstufen

a) stimme voll zu, b) stimme teils zu, c) stimme nicht zu; Standardschrift: starke Zustimmung, Schattiert: eingeschränkte Zustimmung

Gliederung		Ergänzende Antworten zu b) "stimme ich teils zu"
0	2	Mein Tätigkeits- bzw. Funktionsbereich beschränkt sich nicht auf eine der Zielgruppen. / „Ältere“ statt Alte
	3	Mein Tätigkeits- bzw. Funktionsbereich beschränkt sich nicht auf eine der dort genannten Zielgruppen.
1. Modellplanung	11	111 Vorrangig sollte sich die Region auf die Auswirkungen einstellen (Antwort b) in der ersten Fragebogenrunde), da der Trend auch mittelfristig nicht umzukehren ist.
		112 Infrastruktur bzw. Verkehrsanbindung muss verbessert werden
		113 Die Individualisierung ist nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen negativ
	12	123 Geht nur über Schaffung von Arbeitsplätzen
	13	133 Beständigkeit ist wegen persönlicher Bindung notwendig
2 Reg. Einwohnerstr.	21	211 Ob die negativen Folgen überwiegen, ist mit Einschränkungen noch unklar
		212 Zuwanderung – soziale Spannung vor allem in kleinen Siedlungsgebieten
		213 Geht nur über bessere Familienpolitik. Anerkennung von Familienarbeit. / Die Förderung der „Kinderkriegen“ reicht mit Einschränkungen nicht aus; es sollte auch für die Zuwanderung im Ausland geworben werden.
	22	222 Nicht nur die Gemeinden, alle Menschen müssen ihre Einstellung zu Familien ändern. Dazu kann auch Kirche, Politik und Schule helfen
	223 Kostet nur Geld, bringt auf lange Sicht nichts, wenn keine Arbeitsplätze vorhanden sind	
23	232 „Größere“ Entfernungen vom Kern bieten auch Entwicklungschancen.	
3 Reg. Erwerbss.	31	311 Die Aussage an sich trifft zu; enthält jedoch keinen Lösungsansatz; daher halte ich Antwort b) der ersten Fragebogenrunde für die richtige.
	32	323 Weil Teilräume differenzierte Probleme haben, die nicht nach „Schema-F“ lösbar sein dürften.
	33	331 Meine Auffassung, dass weiterhin hohe Arbeitslosigkeit bei einer geringen Anzahl offener Stellen bestehen wird.
		333 Der Dienstleistungssektor – insbesondere im Bereich Gesundheit und Soziales – wird bei der Clusterbildung regelmäßig/systematisch vernachlässigt.
4 Kinderinfrastruktur	41	411 Diese Fragen beziehen sich auf eine bestimmte Gemeinde und können daher von mir nicht beantwortet werden.
		412 Es müssen andere insbesondere günstigere Konzepte gefunden werden. / Bezug Gemeinde, Siedlung und Erreichbarkeit
	42	421 Durch eine umfangreiche Vernetzung der bestehenden und bei Nachfrage sicherlich noch weiter entstehender Angebote kann die Schaffung weiterer staatlicher Angebote entbehrlich werden
		422 Durch eine umfangreiche Vernetzung der bestehenden und bei Nachfrage sicherlich noch weiter entstehender Angebote kann die Schaffung weiterer staatlicher Angebote entbehrlich werden. / Einer höheren Versorgungsquote steht eine geringere Geburtenrate gegenüber, so dass der Bedarf gleich bleiben dürfte. / Kindergärten – egal ob halbtags oder ganztags – sollten kostenlos sein; die Erzieherinnen müssten Landesbedienstete sein.
		423 Siehe Antwort b) der ersten Fragebogenrunde.
	43	431 Tagesmüttermodelle sind am flexibelsten und familiengerecht.
	433 Wenn damit für kleine Kinder lange Fahrzeiten verbunden sind, sind sie problematisch!	
5 Familieninfrastruktur	51	511 Das muss schon in der Schule für künftige Familien beginnen!
		513 Die Aussage ist viel zu allgemein.
	52	521 Rückzug „öffentlicher“ Träger können nicht privat aufgefangen werden (Kirche, KVIAS-Aufkommen, Verbandsaufkommen und Kosten)
		523 Siehe Antwort b) der ersten Fragebogenrunde.
	53	531 Abhängig von Nachfrage – sonst Kooperation! / Kann nützlich sein, wird sicher wenig genutzt, kostet viel Geld.
	532 Hier kann ich lediglich Antwort a) der ersten Fragebogenrunde zustimmen; der Aufwand für ein Familienzentrum je Gemeinde dürfte nicht zu bewältigen sein.	
6 Alteninfrastruktur	61	611 Alte Menschen in alten Wohnungen. Bedeutung der Nachkriegsbanken unter Förderungsaspekten und Raumgrößen / Darunter stellt sich jeder etwas anderes vor / Immobilienbetrachtung: Die meisten Menschen schätzen vertraute Umgebung und Kontaktpersonen.
		612 Stimmt im ländlichen Raum nur zum Teil / Die Aussage ist zu allgemein
		613 Ambulante Pflege steht unter Leistungsproblemen, Gewinnstreben und „Entmenschlichung“ zu teilen.
	62	621 Muss bezahlbar sein. Kosten heute zum Teil überhöht, da zu viele Auflagen von den Behörden. / Im Sinne der generationsübergreifenden Lösung sollen alte und junge (bzw. nicht so alte) Generationen zusammen wohnen.
		622 Können Kirchengemeinden abdecken. Man muss nicht alles regeln!
		623 Allein aus Kostengründen sollten ambulante Pflegedienste stärker die nicht professionelle Pflege unterstützen.
	63	632 Das mag für Städte zutreffen, nicht im ländlichen Raum. Wurde in Bad Lauterberg versucht und nicht angenommen. / Eine Verbindung von Kommunikation und Dienstleistung z.B. in Form von Familienbetreuung (Antwort b) der ersten Fragebogenrunde) erscheint sinnvoller als die Organisation der reinen Kommunikation.
		633 Sind vorhanden, sollten mehr genutzt werden!
7 Ek	71	Weil Kinderbetreuungsplätze für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren und für berufstätige Mütter immer noch eine hohe Mangelrate aufweisen
	72	Die Delphi-Methode ist an sich fragwürdig, weil sie die Ergebnisse auf Mehrheitsantworten reduziert.

Tabelle 9: Auswertung der Delphi-Befragung II nach ergänzenden Antworten

Tabelle 10: Leitbild zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen

Auswertung Delphi-Befragung II:

Schriftform: Standard: starke Zustimmung; *Kursiv*: schwache Zustimmung; Kursiv unterstrichen: ungesicherte Zustimmung

1. Modellplanung als regionaler Handlungsansatz

Megatrends als Handlungsfelder: 1.1.1 Angesichts des Alterungs- und Schrumpfungstrends der Bevölkerung wird Handlungsbedarf in der Region gesehen. Es sollten Maßnahmen gegen den Trend ergriffen werden. 1.1.2 Angesichts der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft besteht regionaler Handlungsbedarf. Man sollte die Auswirkungen des Trends einplanen. 1.1.3. *Es besteht Handlungsbedarf in der Region angesichts der Individualisierung der Gesellschaft. Man sollte etwas gegen den Trend unternehmen.*

1.2 Handlungsansatz Delphi-Verfahren: 1.2.1 Die Befragung kann zum Problembewusstsein über den demographischen Wandel in der Region beitragen. Durch zusätzliche Maßnahmen sollte noch mehr Problembewusstsein erzeugt werden. 1.2.2 Die Modellplanung kann zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Infrastrukturträger in der Region beitragen. Die Kooperation der Infrastrukturträger sollte durch weitere Maßnahmen verstärkt werden. 1.2.3 Es sollte ausgehend von der Modellplanung verstärkt Planungen zur demographischen Umstrukturierung der sozialen Infrastruktur geben.

1.3 Innovation durch Vernetzung: 1.3.1 Kontinuierliche Verbesserungen sozialer Dienste erreicht man durch synergetische Kooperation der Einrichtungen der Region. 1.3.2 Regionaler Erfahrungsaustausch fördert die Innovationskraft. Wissensmanagement für Laien- und professionelle Mitarbeiter gewährleistet Qualitätsarbeit. 1.3.3 *Wettbewerb bei sozialen Diensten fördert die "Kundenorientierung" und die Wirtschaftlichkeit.*

2 Handlungsfeld „Regionale Einwohnerstruktur“

2.1 Regionale Altersstruktur: 2.1.1 Südniedersachsen hat mit das höchste Durchschnittsalter in Deutschland. Dies wird sich noch weiter erhöhen. Die Einwohnerzahl wird überdurchschnittlich abnehmen. "Alterung und Schrumpfung" haben überwiegend negative Folgen für die Region. 2.1.2 Als politische Strategie (von Bund, Land, Kreisen, Gemeinden) gegen die Überalterung und die Verringerung der Bevölkerung in Südniedersachsen sollten sowohl Verringerung des Geburtendefizits als auch verstärkte Zuwanderung verfolgt werden. 2.1.3 Als wichtigstes konkretes Projekte zur Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung in der Region sollte die familiennahe Infrastruktur ausgebaut werden, um das „Kinderkriegen“ zu fördern.

2.2 Regionale Haushalts- und Familienstruktur: 2.2.1 Es herrscht die Tendenz zur Verkleinerung und Vereinzelung (Single) der Haushalte und zum „Funktionsverlust“ der Familie. Den Kleinfamilien fehlen die Hilfspotenziale früherer Mehrgenerationen-Haushalte. 2.2.2 Die „familienfreundliche Gemeinde“ sollte politisches Leitbild der Regionalentwicklung werden und als politische Strategie zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Familien verfolgt werden. 2.2.3 Als Projekt zur Umsetzung einer regionalen Familienpolitik ist es besonders geeignet und erforderlich, einen regionalen Wettbewerb „familienfreundliche Gemeinde!“ auszuschreiben.

2.3 Regionale Wohnsiedlungsstruktur: 2.3.1 Steigende Wohnraumnachfrage im Regionskern (ca. 20 km Oberzentrums-Umkreis) steht im Verhältnis zur sinkenden Nachfrage am Regionsrand (ca. 20 - 50 km Entfernung). In der Folge führen Wohnungsleerstände zur Verödung peripherer ländlicher Orte. 2.3.2 Als Strategie zur regionalen Wohnsiedlungsentwicklung wird es für richtig, dass der Sanierung des Wohnungsbestandes Vorrang vor Neubauten geben werden sollte. 2.3.3 *Als Instrument zur regionalen Wohnsiedlungsentwicklung ist es besonders wichtig, dass die Regionalplanung die Wohnsiedlungsentwicklung der Gemeinden koordinieren sollte.*

3 Handlungsfeld „Regionale Erwerbsstruktur“

3.1 Regionale Erwerbsfähigenstruktur: 3.1.1 Es ist ein Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen (15 - 65 Jahre) insbes. der jüngeren Erwerbsfähigen (25 - 45 Jahre) um 20 bis 30 Prozent in SN zu erwarten. Alterung und Rückgang des Erwerbspotenzials mindern die Leistungsfähigkeit der Region. 3.1.2 Als Strategie zur Erhöhung der Zahl der Erwerbsfähigen ist es besonders geboten, die Personalplanung der Betriebe auf den Wandel des Erwerbspotenzials einzustellen. 3.1.3 Zur Erhöhung der Zahl der Erwerbsfähigen werden Projekte zur Angleichung von Erwerbspotenzial und Beschäftigungspotenzial für besonders wichtig gehalten.

3.2 Regionale Erwerbstätigenstruktur: 3.2.1 *Nach Prognosen zu Alterung und Rückgang der Erwerbstätigen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte + Beamte + Freiberufliche +Erwerbssuchende) in Südniedersachsen wird es zu einem empfindlichem Mangel an Nachwuchskräften in der Wirtschaft kommen.* 3.2.2 Die regionale Wirtschaft sollte sich auf zunehmend ältere Erwerbstätige einstellen, besagt die Strategie, die wir zur Ausweitung der Erwerbsquote in Südniedersachsen brauchen. 3.2.3 Zur Steigerung der Frauenerwerbsquote sollte die familiennahe Infrastruktur ausgebaut werden. Diese Maßnahme ist zur Ausweitung der Erwerbsquote in Südniedersachsen besonders von Bedeutung.

3.3 Regionale Beschäftigungsstruktur: 3.3.1 Die Beschäftigungsstruktur in der Region (regionaler Arbeitsmarkt) wird sich bei zurückgehender Erwerbsnachfrage folgendermaßen weiter entwickeln: Es wird weiterhin hohe Arbeitslosigkeit bei ebenfalls großer Zahl offener Stellen geben. 3.3.2 Als Strategie zur Verbesserung der regionalen Beschäftigungsstruktur ist es angesichts des demographischen Wandels angebracht, dass die vorhandenen Arbeitskräfte für die angebotenen Arbeitsplätze qualifiziert werden sollten. 3.3.3: Innovation und Wachstum bei den Kompetenzbranchen der Region sollten gefördert werden. Dies Projekt zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur in der Region wird bei den zu erwartenden demographischen Veränderungen für vordringlich gehalten.

4 Handlungsfeld „Regionale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“

- 4.1 Bestand Kinder- und Jugenddienste:** 4.1.1 *Die Angebote zur Kleinkinderbetreuung (Krippen, Mutter-Kind-Gruppen, "Mütterzentren", Tagesmuttervermittlung u.a. für 0- bis 3-jährige) in der Gemeinde sind unzureichend.* 4.1.2 Die Zahl der Ganztags-Kindergartenplätze (3 bis 6 Jahre) in der Gemeinde ist unzureichend. 4.1.3 Die Versorgung mit Ganztagsplätzen im Grundschul- (6 bis 10 Jahre) und Sekundarbereich I (10 bis 15 Jahre) in der Gemeinde bzw. dem Schuleinzugsbereich ist unzureichend.
- 4.2 Strategien zur Kinder- und Jugendbetreuung:** 4.2.1 Mit einem breiten Angebot an Kleinkinderbetreuung in der Gemeinde sollte die Kinderakzeptanz gefördert werden. 4.2.2 Eine wachsende Frauenerwerbsquote erzeugt längerfristig mehr Nachfrage in der Gemeinde nach ganztägigen Kindergartenplätzen. 4.2.3 Bildungs-, familien- und wirtschaftspolitisch Ziele ergeben längerfristig einen großen Bedarf an Plätzen in Ganztagschulen in der Gemeinde bzw. dem Schuleinzugsbereich.
- 4.3 Projekte zur Kinder- und Jugendbetreuung:** 4.3.1 Als Modellprojekt für die "Zukunft der Kleinkinderbetreuung" erscheint es in der Gemeinde am wichtigsten, dass ein regionales Netzwerk der Kinderbetreuungsdienste (Mütterzentren, Spielkreise etc.) entsteht. 4.3.2 Als Modell bei der längerfristigen Kindergartenplanung in der Gemeinde wird bevorzugt, dass Gemeinden bei geringerer Nachfrage bei der Einrichtung von Ganztagskindergärten kooperieren. 4.3.3 Als Projekt zur Ganztagsbeschulung wird für vordringlich gehalten, dass bei sinkender Schülerzahl Gemeinden bei der Einrichtung von Ganztagschulen kooperieren.

5 Handlungsfeld „Regionale Infrastruktur für Frauen und Familien“

- 5.1 Bestand an Familiendiensten:** 5.1.1 Das Angebot zur Familienbildung (Familien-, Erziehungs-, Ehe-, Hauswirtschafts-, Gesundheits-, Berufsberatung u.a.) in der Gemeinde sollte teilweise verbessert werden. 5.1.2 Die Einrichtungen für Familienfreizeit (generationsübergreifende Aktivitäten z.B. in Mütter-, Familien-, Mehrgenerationen, Nachbarschafts-, Gemeinschafts-, Kirchengemeinde-, Vereinszentren) in der Gemeinde sind teilweise verbesserungsbedürftig. 5.1.3 *Die ambulanten Haus-, Familien- und Krankenpflegedienste in der Gemeinde bedürfen einiger Verbesserungen.*
- 5.2 Strategien für Familiendienste:** 5.2.1 Angesichts der demographischen Veränderungen in der Zukunft (stark zurückgehende Zahl jüngerer Familien) sollte zur Förderung der Kinder- und Familienakzeptanz in der Gemeinde die Familienbildung ausgebaut werden. 5.2.2 *Der Ausbau von "Familienzentren" soll den generationsübergreifenden Zusammenhalt fördern. Das entspricht längerfristig den Anforderungen an Familienfreizeit unter veränderten demographischen Bedingungen (erheblich weniger jüngere Familien).* 5.2.3 *Der zukünftige Bedarf an Haus- und Familienpflegediensten reagiert auf die sich ändernde Bevölkerungsstruktur (deutliche Abnahme der Zahl jüngerer Familien): Infolge höherer Frauenerwerbstätigkeit steigt der Bedarf an Haus- und Familienpflege an.*
- 5.3 Projekte zu Familiendiensten:** 5.3.1 Als Projekt zur Familienbildung wird hinsichtlich der sich wandelnden Generationsstruktur (weniger Jüngere, mehr Ältere) für bedeutsam gehalten, dass in jeder Gemeinde eine Anlaufstelle (Agentur) für Familienberatungsdienste bestehen sollte. 5.3.2 An Projekten zur generationsübergreifenden Freizeitgestaltung sollte es in jeder Gemeinde a) eine regelmäßig aktualisierte Übersicht der Freizeitangebote sowie c) ein Familienzentrum (Mütterzentrum, Mehrgenerationen-Haus) geben. 5.3.3 *Bei sich ändernder Altersstruktur (abnehmende jüngere, zunehmende ältere Generation) wird für besonders wichtig gehalten, dass in jeder Gemeinde eine Haus- und Familienpflegestation bestehen sollte.*

6 Handlungsfeld „Regionale Infrastruktur für Alte und Pflegebedürftige“

- 6.1 Bestand an Seniorendiensten:** 6.1.1 Hinsichtlich des Wohnungsangebots für alte Menschen in der Gemeinde meinen viele, dass altengerechte Wohnungen fehlen. 6.1.2 Zu den Kommunikationsangebote für alte Menschen in der Gemeinde sagen viele, dass es an der Kommunikation zwischen den Generationen mangelt. 6.1.3 Die ambulante Altenpflege in der Gemeinde funktioniert gut.
- 6.2 Strategien für Seniorendienste:** 6.2.1 Eine sinnvolle Strategie zur Wohnungsversorgung der wachsenden Zahl alter Menschen zielt auf mehr altengerechte Wohnungen mit Service für Haushalt und Versorgung. 6.2.2 In jeder Gemeinde sollte es generationsübergreifende Kommunikationen (z.B. Erzählcafé) für die zunehmende Zahl alter Menschen geben. 6.2.3 *Der wachsende Bedarf an ambulanter Altenpflege für die wachsende Zahl hochbetagter Menschen in der Gemeinde erfordert eine stärkere Professionalisierung der Dienste.*
- 6.3 Projekte zu Seniorendiensten:** 6.3.1 In der Gemeinde werden vordringlich Modellprojekte für b) "Betreutes Wohnen" und c) "Mehr-Generationen-Wohnen" durchgeführt. 6.3.2 Angesichts der demographischen Veränderungen wird als Projekt zur Kommunikation alter Menschen in der Gemeinde für wichtig gehalten, ein regionales Netzwerk zum "Generations-Dialog" zu entwickeln. 6.3.3 Für pflegende Familienangehörige sollte es Ausbildungs- und Beratungsmöglichkeiten geben. Mit diesem Projekt (konkrete Maßnahme) kann auf den wachsenden Bedarf an ambulanter Altenpflege in Ihrer Gemeinde am besten reagiert werden.

7 Erfolgskontrolle

- 7.1 Süd-niedersachsen versteht sich und präsentiert sich erfolgreich als "familienfreundliche Region". Dieser Indikator kennzeichnet am besten den Erfolg des Projektes bzw. die Wirkung der vorgesehen Maßnahmen. 7.2 Zu Verfahren und Methodik des Projektes in Hinblick auf die Frage- und Problemstellung des Modellvorhabens ist zu sagen: Die "Delphi-Befragung" vermittelt zwar Problembewusstsein, zeigt aber keine Lösungswege auf. 7.3 Für am ehesten auf andere Räume übertragbar gehalten wird das Ergebnis, dass die Delphi-Methode ein geeigneter Weg zur Meinungs- und Konsensbildung in einer Region ist.

8 Projektwerkstätten: Infrastruktur-Innovation in Modellgemeinden

8.1 Projektwerkstatt Gleichen: *Entwicklung der Kindertagesbetreuung*

8.1.1 Protokoll erste Projektwerkstatt Gleichen 28.06.2004

Begrüßung

Herr Reyhn begrüßt die Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer und erläutert das durch den Bund geförderte "Modellvorhaben der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel", das den Rahmen der Veranstaltung bildet. Der Schwerpunkt dieses Projektes des Regionalverbandes läge in der Sensibilisierung für die demographischen Tendenzen in Südniedersachsen. Am Beispiel von vier Modellgemeinden in der Region sollen innovative Ansätze in der sozialen Infrastruktur aufgezeigt werden. Die Gemeinde Gleichen habe sich für die Fragestellung "Entwicklung der Kindertagesbetreuung" zur Verfügung gestellt. Herr Reyhn stellt Frau Wolff als Moderatorin der Werkstatt vor.

Programm

Frau Wolff stellt den Ablauf der Werkstatt vor: Nach Einführungen in das Thema durch Herrn Bürgermeister Proch sowie Frau Krüger und Frau Rieks von der Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen sollen in der Werkstatt die Fragen bearbeitet werden: Wie stellen Sie sich ein verbessertes Betreuungsangebot für Kinder vor? Wie kann man das Thema voran bringen? Es schließt sich eine kurze Vorstellungsrunde an (vgl. anl. Teilnehmerliste).

Demographische Tendenzen in Gleichen und ihre infrastrukturellen Auswirkungen

Herr Proch schildert die zu erwartenden demographischen Veränderungen in der Gemeinde Gleichen. Es werde mit einer stark sinkenden Zahl von Personen im Familiengründungsalter und dementsprechend weniger Kindern gerechnet. Bis 2012 werde der Bedarf an Kindergartengruppen von 16 auf 10 bis 11 abnehmen. Es drohe die Schließung von Kindertagesstätten, wenn nicht strukturelle Anpassungen erfolgten. Die gesetzliche Pflicht zu Kindergartenversorgung beschränke sich auf das Vormittagsangebot. Es müssten Ziele für die Erweiterung des Angebots auf Kleinkinder- und Nachmittagsbetreuung entwickelt werden.

Angebote der Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen

Frau Krüger berichtet, dass die Tagespflegebörse als mit EU-Mitteln (ESF) gefördertes Projekt aus Fragen der Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf im Jahre 2001 entstanden sei. Das Angebot bestehe aus drei Elementen:

- Beratung und Information über die Tagespflegesituation;
- Qualifizierung von Tagespflegepersonen in Grundkursen (bisher 234 Absolventinnen) und Aufbaukursen;
- Vermittlung: Anhand von Infowänden würden die Angebote von Tagespflegepersonen und die Nachfrage von Eltern zusammengeführt. Kontakte und Vereinbarungen erfolgten auf dieser Grundlage zwischen den Partnern direkt. Es kämen etwa 120 Vermittlungen pro Jahr zustande. Zielgruppe seien überwiegend Eltern von Kleinkindern (0-3 Jahre). Besondere Angebote gebe es für Betriebe (z.B. Klinikum). Die Tagespflegebörse beabsichtige ihr Angebot auf die Landkreismunicipalitäten auszuweiten z.B. in Form von wöchentlichen Sprechstunden, Aufbau von Tagespflegepools und Qualifizierungsangeboten in den Gemeinden.

Werkstatt

Brainstorming

Frau Wolff gestaltet den ersten Arbeitsschritt als "Brainstorming" und notiert die Antworten auf die Leitfrage auf Flipcharts wie folgt:

Was wünschen Sie sich? Wie soll das Kinderbetreuungsmodell der Zukunft in Gleichen aussehen?	
<ul style="list-style-type: none"> flexible Öffnungszeiten Wohnortnähe Ganztagsbetreuung mit Mittagessen + bis 14 Uhr kindgerechte Umgebung qualifizierte Betreuung + kostengünstig "PISA-gerecht" = hoher Standard im Pädagogischen Betreuung der Kinder von 0 - 3 "Kinderstube" - stundenweise Betreuung an einzelnen Tagen neue Familien-nahe Angebote kreieren 	<ul style="list-style-type: none"> Ideen aus Modell Kassel Betreuung von Kindern von 6 - 12 Ferien-Betreuung Kontinuität in Gruppen (auf Seiten Kinder + Betreuer) gutes Konzept Bildung altersgemischter + Integrationsgruppen Eltern-bedarfsgerechte Angebote Verlässliche Beziehungen zw. Eltern + BetreuerInnen intensive Elternarbeit + Familienbildung Familienorientierung (Sprachkurse) bessere Vernetzung d. versch. Betreuungseinrichtungen Einbeziehung von RentnerInnen / Freiwillige in Betreuungsangebote (u. a. Personen mit bes. Fähigkeiten)

Zielscheibe

Nach der Methode "Zielscheibe" werden folgende Zieldefinitionen notiert:

Zieldefinition	
<u>Wozu?</u> <ul style="list-style-type: none"> vorhandene Kapazitäten (räumliche und personelle) nutzen Arbeitslosigkeit verhindern Berufstätigkeit von Frauen ermöglichen Kinder stark machen für ihre Zukunft Entvölkerung entgegenwirken Image der Gemeinde verbessern als familienfreundlich 	<u>Für wen?</u> <ul style="list-style-type: none"> Eltern / Familien Gemeinde / Staat Kinder Frauen Alleinerziehende Erzieherinnen + Beschäftigte in der Betreuung Unternehmen in Region Träger
<u>Was?</u> <ul style="list-style-type: none"> Zukunftsorientiertes Handlungskonzept für verbesserte Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote in der Gemeinde Gleichen 	<u>Wie stellen wir fest, dass wir erfolgreich sind?</u> <ul style="list-style-type: none"> Einbeziehung aller Beteiligten (Einrichtungen, Eltern) (Steigerung der Geburtenrate auf 2,1) (Verringerung der Arbeitslosenquote) Akzeptanz / Nachfrage nach neuem Modell Gemeinde, Träger, Eltern mit Konzept einverstanden Konzept ist umsetzbar (auch rechtlich) Konzept ist finanzierbar Konzept liegt Februar 2005 vor

Weiteres Vorgehen

Abschließend wird die Frage nach dem weiteren Vorgehen bearbeitet:

Wie gehen wir weiter vor?	
<u>Wer?</u> Arbeitsgruppe mit Moderation <ul style="list-style-type: none"> EltervertreterInnen Schulen EltervertreterInnen Kindergärten Träger 1 kommunale + 1 kirchliche Kita-Leiterin Tagespflegebörsen (punktuell) RatsvertreterInnen Frauenbeauftragte Vereine (Sport etc.) (punktuell) Familienbildung (evtl. als ExpertIn) 	<u>Was?</u> Erste Schritte <ul style="list-style-type: none"> Bestandsaufnahme pro Kita (was ist zusätzlich möglich?) Prioritäten festlegen Was davon ist konsensfähig? Weitere Informationen einholen (rechtliche Fragen) Über andere Modelle Infos beschaffen
	<u>Wann?</u> 1. Sitzung der AG: Mitte September

Abschluss

Herr Reyh erklärt, dass die weitere Arbeit der AG vom Regionalverband unterstützt werden könne. Er dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die kreative Mitarbeit und Frau Wolff für die perfekte Moderation.

8.1.2 Protokoll zweite Projektwerkstatt Gleichen 20.09.2004

Herr Reyhn begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und erläutert den Kontext, in dem das Gleicher Projekt steht. Er weist darauf hin, dass er am vergangenen Wochenende u. a. im Rahmen der Bezirkskonferenz der Jungen Union über Aspekte des demographischen Wandels diskutiert habe. Auf Bitten von Herrn Reyhn übernimmt Frau Wolff die Moderation und erläutert ausführlich den Diskussionsstand aus der letzten Sitzung vom 28. Juni 2004.

Frau Kaisinger berichtet, dass sie gemeinsam mit Kolleginnen das Projekt KIWI (Kindertagesstätte der Wintershall AG) in Kassel besucht habe. In den nächsten Wochen werde sie noch ein weiteres öffentlich getragenes Angebot, ebenfalls in Kassel, besichtigen und dann in der nächsten Sitzung darüber berichten. Herr Proch berichtet von Kontakten mit dem Landesjugendamt. Die Gemeinde habe die Vision, Betreuungsangebote von 6.00 bis 20.00 Uhr vorzuhalten und dabei u. a. auch Kooperationen mit Sportvereinen zu intensivieren. Das Landesjugendamt habe er konkret um Unterstützung gebeten im Rahmen der Experimentierklausel nach dem Kindertagesstättengesetz. Ihm sei erklärt worden, die Planungen seien sehr überlegenswert, zusätzlich Mittel könnten aber nicht zur Verfügung gestellt werden. Wichtig sei, dass eine kontinuierliche Betreuung sichergestellt werden könne. Für neue offene Gruppen müsse die Gemeinde nach dem Kindertagesgesetz eine Betriebserlaubnis beantragen. Bei der Diskussion, so Herr Proch weiter, müsse deutlich unterschieden werden zwischen der Ausweitung der Betreuungszeiten vormittags und neuen Angeboten nachmittags. Frau Kaisinger weist darauf hin, dass viele Eltern auch Kinder anmelden wollten, die das dritte Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Herr Proch weist darauf hin, dass die Regelung mit dem Mindestalter drei Jahre flexibel gehandhabt werde. Es gehe hier aber nicht um einige Wochen, sondern darum, dass auch Kinder im Alter von sechs Monaten betreut werden sollten. Frau Oesterle weist darauf hin, dass eine Betreuung nach 13.00 Uhr auch ein gemeinsames Mittagessen einschließe. Herr Proch betont, dies müsse tatsächlich geklärt werden.

Frau Wolff schlägt vor, die einzelnen Kindergärten unter dem Aspekt prognostizierter Anmeldezahlen und möglicher Angebotsausweitungen durchzugehen:

- Kita Brehmke: Bislang zwei Gruppen, Prognose 2006/07 drei freie Plätze, Konzeptionsänderungen möglich. Frau Doll betont, da die Schülerzahlen an der Schule zurückgingen, gehe auch die Nachfrage nach Hortplätzen zurück. Denkbar sei es, eine Jahrgangsübergreifende Familiengruppe einzurichten. Herr Proch betont, die Schule werde sicherlich noch einige Zeit bestehen bleiben. Offen sei, wie sich die Nachfrage nach Hortplätzen entwickle. Denkbar sei die Einrichtung einer Familiengruppe – zwei bis zehn Jahre. Frau Doll versichert, der Preis spiele bei solchen Angeboten immer eine große Rolle. Das habe vor Jahren auch eine Umfrage gezeigt, an der sich 70 Eltern beteiligten. Nur drei bis vier seien bereit gewesen, ihre Kinder für den Hort anzumelden. Während Frau Thiery betont, Umfragen seien immer problematisch, erklärt Herr Hanelt, die Kosten spielten bei allen Betreuungsangeboten eine wesentliche Rolle. Herr Proch bestätigt, eine Familiengruppe sei für Brehmke tatsächlich ein denkbare Angebot. Frau Doll erläutert, die verlässliche Grundschule beginne erst um 8.20 Uhr. Die Kindergärtnerinnen seien meist aber bereits ab 7.00 Uhr im Dienst. Angesichts der räumlichen Nähe der beiden Einrichtungen wäre es möglich, dass der Kindergarten Betreuungsaufgaben für Schüler übernehme. Herr Bergmann verweist auf die jüngste OECD-Studie; sie zeige erneut, dass Deutschland für die Ausbildung von Kindern zu wenig Geld ausbebe. Frau Kaisinger weist darauf hin, dass Ganztagsbetreuung insbesondere für die Familien besonders teuer sei, die zwei oder mehr Kinder betreuen lassen wollten. Frau Doll bezeichnete es als optimal, wenn zwischen Schule und Kindergarten eine Kooperation entwickelt werden könne. Das gelte insbesondere deshalb, weil der Kindergarten auch über eine Küche verfüge. Frau Paquet verweist auf Probleme, die dadurch entstehen, weil Schulkinder nachmittags Bewegung brauchten, während Kindergartenkinder eher ruhebedürftig seien.

- Kita Klein-Lengden: Bislang drei Gruppen, keine freien Plätzen 2006/07, keine Schule am Ort. Nach Einschätzung von Frau Böning wären Nachmittagsangebote möglich. Herr Proch vermutet, dass es keine nennenswerte Hortnachfrage gibt. Allerdings verfüge der Kindergarten über eine Vollküche und viel Platz im Außenbereich. Frau Böning hält eine Vorverlegung der Öffnungszeiten auf 7.00 Uhr für denkbar. Frau Doll betont, es müssten Auflagen des Gesundheitsamtes beachtet werden.
- Kita Rittmarshausen: Bislang vier Gruppen, davon eine Integrationsgruppe, Prognose: 2006/07 bis zu fünf freie Plätze. Frau Kaisinger betont, die Kapazität hänge vom Behinderungsgrad der gehandicapten Kinder ab. Herr Proch betont, es gebe 2007/08 sogar 30 freie Plätze, es biete sich deshalb an, eine Gruppe zu schließen. Frau Kaisinger erklärt, man könne Hortplätze anbieten, weil ohnehin ein Ganztagsbetrieb laufe. Nach Einschätzung von Herrn Proch kann dieses Angebot auch ab dem Jahr 2006 vorgehalten werden, möglicherweise in einer ganz neuen Konstruktion. Neue Angebote seien bereits ab 2005 denkbar. Nach Einschätzung von Frau Kaisinger sind die räumlichen Voraussetzungen dafür bereits geschaffen, es fehle allerdings an Sachausstattung. Herr Proch hält es für denkbar, ein preiswertes Angebot z. B. mit dem Sportverein zu entwickeln. Frau Kaisinger erinnert daran, dass Schlafräume für Ganztagskinder vorhanden seien. Auch bei KIWI in Kassel würden Kinder von sechs Monaten bis zu zwölf Jahren betreut. Allerdings gebe es altersspezifischere und differenzierte Betreuungsangebote.
- Kita Diemarden: Derzeit drei Gruppen mit 66 Plätzen, Schule am Ort. Prognose: Elf freie Plätze ab 2006/07 bei nur zwei Gruppen. Herr Brakel weist darauf hin, dass die dritte Gruppe noch nicht lange bestehe. Herr Proch betont, kurzfristig sei Diemarden vom demographischen Wandel besonders drastisch betroffen, mittelfristig könne die Situation aber wieder besser werden. Zunächst einmal müsse eine Gruppe geschlossen werden, sie sei ohnehin immer nur als vorübergehendes Angebot geplant gewesen.
- Kita Reinhausen: Bislang zwei Gruppen sowie eine kleinere Gruppe mit einer Betreuerin. Prognose 2006/07: Drei freie Plätze (bei drei Gruppen), 2007/08 fünf freie Plätze (bei zwei Gruppen). Eine Küche ist vorhanden, Schule am Ort. Welche zusätzlichen Angebote möglich sind, klärt die Kita.
- Kita Gelliehausen: Derzeit eine Gruppe mit 22 Kindern. 2006/07 keine freien Plätze. Herr Proch weist darauf hin, wenn es in Benniehausen Probleme gebe, würden die Kinder nach Rittmarshausen gehen.
- Kita Groß-Lengden: Zwei Gruppen, Küche vorhanden, Schule am Ort. 2006/07 vier freie Plätze, 2007/08 zwölf freie Plätze.

Frau Wolff fragt ab, welche Ideen aus der Sitzung vom 28. Juni noch nicht weiter verfolgt worden seien. Herr Brakel verweist darauf, dass in Diemarden personell tiefe Schnitte vollzogen werden müssten, wenn keine neuen Angebote gestaltet würden. Herr Proch betont, für Nachmittagsangebote gebe es kein Geld vom Land. In drei Ortsteilen seien zusätzliche befristete Angebote geschaffen worden. In Reinhausen erfolge der Abbau bis 2006, in Diemarden laufe eine Stelle 2005 aus. Das Gleichener Projekt drehe sich nicht zuletzt um die Frage, wie unbefristete Arbeitsplätze gehalten werden können. Wenn es nicht gelinge, sich auf neue Angebote zu einigen, müsse die Zahl der Gruppen von 16 auf 10 reduziert werden. Es komme darauf an, neue Angebote kostengünstig zu gestalten, andernfalls werde es keine nennenswerte Nachfrage geben. Herr Proch betont, er sehe vormittags altersübergreifende Gruppen. Wenn es nicht gelinge, im öffentlichen Bereich zu neuen Angeboten zu kommen, gebe es möglicherweise neue private Strukturen. Herr Hanelt fordert Flexibilität in den Angeboten, es müsse auch möglich sein, Kinder nur zwei oder drei Tage pro Woche zu betreuen. Herr Proch betont, eine Betreuung könne unter Einschluss des Mittagessens über 13.00 Uhr hinaus ausgedehnt werden, Eltern würden dann nur die Stunde bis 14.00 Uhr bezahlen einschließlich der Kosten deckenden Mittagessens.

Auf Vorschlag von Frau Wolff werden folgende Kriterien für die Bewertung der Angebote festgelegt:

1. Kosten für die Nachmittagsbetreuung

2. Einrichtung altersübergreifender Gruppen (mit besonderem pädagogischen Konzepten)
3. Flexibilität von Modellen (z. B. Kauf von Zeitkontingenten)
4. Sicherung der Arbeitsplätze von Erzieherinnen

Herr Proch betont, flexible Angebote könnten auch längerfristig festgelegt werden, so lasse sich Planungssicherheit auch für die Kindergärten schaffen. Herr Thiery fordert Mut zur Innovation. Wenn ein Angebot nicht angenommen werde, müsse man es einstellen. Frau Kaisinger bestätigt, das Modell in Kassel sei zwar flexibel, in der Realität jedoch sehr strukturiert. Wichtig sei hier eine Organisation in der Kommunikation. Herr Proch bestätigt, erst müsse das Angebot mit der Preisgestaltung klar sein, dann erst könne es Befragung geben. Nach Einschätzung von Herrn Thiery müssen alle Angebote nach den vorhandenen Ressourcen ausgerichtet werden. Frau Paquet fordert, auch auf die pädagogische Qualität von Angeboten zu achten. Frau Oesterle bittet um Berücksichtigung von Integrationsangeboten am Vormittag. Frau Wiegand erklärt, es sei nicht planbar, wo und wann Nachfrage nach Integrationsangeboten auftrete. Frau Oesterle fordert eine Diskussion über die Qualität pädagogischer Arbeit, auch eine Hausaufgabenbeaufsichtigung sei pädagogisch anspruchsvoll. Frau Paquet äußert Zweifel, ob es möglich ist, eine Kleinkindbetreuung mit der Beaufsichtigung von Hausaufgaben zu vereinbaren.

Frau Doll schlägt vor, bei der nächsten Sitzung eine inhaltliche Diskussion zu diesem Thema zu führen. Geklärt werden müsse auch die Frage der Ausbildung der Betreuerinnen. Herr Brakel bestätigt, es müsse noch geklärt werden, was an den Nachmittagen geleistet werden solle. Frau Paquet bittet Frau Kaisinger um einen Bericht über die Situation in Kassel. Es wird vereinbart, dass alle Beteiligten sich vor der nächsten Sitzung u. a. unter www.gfk-kassel.de über die Angebote informieren. Außerdem sollen die Kindergärten die diskutierte Liste vervollständigen. Frau Doll betont, ältere Kinder müssten nicht permanent beaufsichtigt werden. Herr Proch fordert, dass das Thema in den Fraktionen diskutiert wird. Wenn es Einwände in der Politik gebe, müssten sie auch artikuliert werden.

8.1.3 Protokoll dritte Projektwerkstatt Gleichen 01.11.2004

Begrüßung und Tagesordnung

Frau Monika Wolff begrüßt als Moderatorin der Werkstatt die Mitglieder der Arbeitsgruppe und stellt die Tagesordnung vor:

- Vervollständigung Angaben Kitas
- Berichte (Modell Kassel)
- Aktuelles
- Verschiedenes

Vervollständigung Angaben Kitas

<p><u>Kita Reinhausen</u> Vorstellbar (Team):</p> <ul style="list-style-type: none"> • altersübergreifende Gruppen (kleine u. große Altersmischung) • Ganztagsbetreuung mit Mittagstisch <p>Wunsch der Eltern (Gespräch mit EV):</p> <ul style="list-style-type: none"> • offener Mittagstisch • Hausaufgabenbetreuung • Betreuung in <u>Ferien</u> • Betreuung an ein bis zwei Nachmittagen pro Woche <p>Tendenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • vermehrte Anfragen von Kindern unter 3 	<p><u>Kita Groß Lengden</u> Vorstellbar (Team):</p> <ul style="list-style-type: none"> • altersübergreifende Gruppe (ab 1 - 12) • Ganztagsbetreuung mit Mittagstisch • Ferienbetreuung • Hausaufgabenbetreuung 	<p><u>Kita Diemarden</u> Vorstellbar (Team):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hort (6 - 12) starker Wunsch der Eltern • Altersmischung (klein und groß) • Ganztagsbetreuung + Mittagstisch <p>Tendenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstädterung / Zunahme von Problemfamilien <p>Räumlichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Raum für zusätzliches Angebot vorhanden
---	--	--

Berichte

Frau Heinemann und Frau Däuble berichten über den Besuch bei der Kita der Wintershall AG in Kassel (Kinderhaus "KiWi"). Die personelle und organisatorische Durchführung erfolgt durch die "Gesellschaft für Kinderbetreuung (GfK)". Die Finanzierung beruht auf Beiträgen der Eltern und Zuschüssen der Wintershall AG. Es gibt keinen städtischen Zuschuss. Zwischen der GfK und der Wintershall wurde ein Vertrag über fünf Jahre geschlossen. Es wurde eine hohe Zufriedenheit der Eltern mit dem neuen Angebot festgestellt. Besonders wird die Berufsrückkehr von Frauen erleichtert. Es wurde ein 50%-iger Geburtenzugang registriert. Aufnahmebedingung ist, dass ein Elternteil bei Wintershall arbeitet. Das Kinderhaus zeichnet sich durch differenzierte Angebote aus, die individuell nach den Wünschen der Eltern "gebucht" werden können. Das Haus ist von 7 bis 18 Uhr geöffnet. Dadurch ergibt sich theoretisch eine maximale Betreuungszeit von 55 Stunden pro Woche. Die Hauptbelegung findet zwischen 8 und 16 Uhr statt. 20 Stunden pro Woche kosten 79 Euro plus Essensgeld. Die Eltern müssen sich für zwei Monate auf die gewünschte Betreuungszeit festlegen. "Überstunden" kosten "angemeldet" 1,35 Euro und "unangemeldet" 1,65 Euro. Ein Krippenplatz kostet 350 Euro pro Monat, für das zweite Kind ermäßigt sich der Preis auf 50 Euro. Für Hortkinder werden eigene Stundenpläne aufgestellt. Man kann auch Einzelangebote wie Mittagstisch oder Schularbeitsbetreuung "buchen". Das pädagogische Konzept umfasst Bildung, Betreuung und Erziehung. Das System erfordert von den Betreuerinnen sehr flexible Arbeitszeiten. In dem Kinderhaus werden im Schnitt 60 Kinder in drei Gruppen betreut. Es kommen wegen der flexiblen Angebote 2,5 Erzieherinnen auf eine Gruppe. Neben der Leiterin sind insgesamt 16 Mitarbeiterinnen beschäftigt. Sie werden übertariflich bezahlt. Die differenzierte Leistungspalette erfordert einen hohen Erfassungsaufwand für die Abrechnung, der mit moderner EDV-Technik bewältigt wird.

Frau Wolff stellt die Frage, welche Ideen davon für Gleichen interessant wären? Sie notiert auf Flipchart folgende Aussagen der Arbeitskreismitglieder dazu:

<p><u>Betriebsnahes Kinderhaus KiWi Kasse</u> Interessante Ansätze für Gleichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • altersgemischte Gruppen (6 Monate - 12 Jahre) (Krippenkinder werden zeitweise rausgezogen) • Buchungssystem ist Elternfreundlich • hohe Dienstleistungen für Eltern • Preise (unklar, wie viel Unternehmen dazu zahlt) • Organisation + klare Strukturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von Leitung und Organisation • PC-Ausstattung + Internetanschluss • Zeit für Qualitätsmanagement eingeplant (Elternfragebögen etc.) • starke Wertschätzung durch Träger und Unternehmen • zusätzliche Angebote für Hortkinder von außen (Musik, Englisch) • Jahreszeitkonten für Erzieherinnen
---	--

Herr Pieper berichtet über den Elternverein Gartetalschule: Es handelt sich um selbstorganisierte Kursangebote für die Nachmittagsbetreuung. Es wird eine Aufwandsentschädigung von 0,5 Euro pro Stunde gezahlt, die sich an den Sätzen für Sportübungsleiter orientiert. Naturwissenschaftliche Themen sind etwas teurer. Die Angebote werden von Eltern, Gemeindemitgliedern etc. gemacht. Von den 160 Kindern haben 120 Interesse bekundet. Versicherungsrechtlich läuft das Angebot als "Gemeindejugendpflege" im Rahmen des kommunalen Schadensausgleichs. Es ist eine Hausaufgabenbetreuung geplant. Die Idee ist, Kurse von 8 -10 Stunden anzubieten. Auch Wiederholungen sollen angeboten werden. Die Kurse laufen in der Zeit von 15 - 17 Uhr, bzw. Donnerstags bis 18 Uhr. Zum Besuch der Kurse soll ein Fahrdienst organisiert werden. Weiterführende Überlegungen zeigen, dass es zu einer stärkeren Kooperation von Kita, Hort, Grundschule und Vereinen (Freizeit) kommen wird. Herr Proch erklärt, dass für neue Modelle (z.B. Nachmittagsbetreuung) getrennte Betriebserlaubnisse rechtlich möglich sind.

Verschiedenes

<p><u>TOP s für nächste Sitzung</u> Modelle für Kita entwickeln (Dienstagen) als praktisches Beispiel für evtl. Übertragbarkeit auf die anderen Kitas; Alle Kita-Leiterinnen werden eingeladen; Jede Einrichtung bereitet sich vor (verschiedene Varianten):</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Räume • Personalschlüssel • Tendenzen/Bedarf Eltern (eigene Angebote Eltern) • unterschiedliche Altersgruppen, • Zeiten
--	---

8.1.4 Protokoll vierte Projektwerkstatt Gleichen 13.12.2004

Begrüßung und Tagesordnung

Frau Monika Wolff begrüßt als Moderatorin der Werkstatt die Anwesenden, die sich kurz vorstellen, und stellt die Tagesordnung vor.

Bisheriges Vorgehen

Frau Wolff erläutert das bisherige Vorgehen und die geplanten weiteren Arbeitsschritte anhand der folgenden Tafel:

Anregungen/Ideen für Gleichen

Kita Wintershall, Kassel (KiWi)

- altersgemischte Gruppen (6 Mon. - 12 Jahre)
- elternfreundliches Buchungssystem
- hohe Dienstleistungen für Eltern
- günstige Preise (unklar, wie viel Unternehmen dazu zahlt)
- Organisation+ klare Strukturen
- Stärkung von Leitung und Organisation
- PC-Ausstattung und Internetanschluss
- Zeit für Qualitätsmanagement (Elternfragebögen etc.)
- Starke Wertschätzung durch Träger + Unternehmen
- Zusätzliche Angebote für Hortkinder (Musik, Englisch) von außen
- Jahreszeitkonten für Erzieherinnen

Elterverein Gartetal

- Nachmittagsangebote von Eltern (Sport, naturwissenschaftliche Themen, Musik etc.)
- organisiert als Angebot der Gemeindejugendpflege (versich. rechtlich: Kommunalen Schadensausgleich)

Tagespflegebörse Vhs Göttingen

- Beratung + Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Elternberatung + Börse in Gemeinden des Landkreises möglich

Modelle für neue Betreuungskonzepte am Beispiel Diemarden

Frau Heinemann stellt die Überlegungen zur zukunftsorientierten Angebotsgestaltung in Diemarden vor. Z. Zt werden in der Kita Diemarden 66 Kinder betreut. Eine Trendumfrage bei den Eltern hat folgende Wünsche ergeben (Anzahl der Nennungen):

- Ferienbetreuung 21
- Mittagessen 19
- Nachmittagsbetreuung 20
- Flexible Betreuungszeit 25
- Krippe 9 (von Kita-Eltern), zusätzlich extern 10 (Mutter-Kind-Gruppen)

Ab Sommer 2005 sind 11 freie Plätze zu erwarten: Was passiert dann? Die Leitungskonferenz empfiehlt folgende Angebotsstruktur (vgl. Tafel) - dabei wird von einer starken Nachfrage nach Schulkinderbetreuung ausgegangen:

Herr Proch findet die Konzeption plausibel. Er meint, dass beim Personaleinsatz z. B. für das Mittagessen auch Hilfskräfte eingesetzt werden könnten. Das Modell müsse hinsichtlich der Ferienbetreuung noch einmal gesondert geprüft werden. Die Angebote könnten evtl. an zwei Standorten konzentriert werden. Die Schulstandorte seien nach seiner Auffassung bis 2010 nicht gefährdet. Herr Thierry gibt den Hinweis, dass das Jugendamt als Genehmigungsbehörde möglichst frühzeitig eingeschaltet werden sollte. Frau Heinemann weist auf die Raumerfordernisse hin. So müssten z. B. ein Raum für Gruppenarbeit abgetrennt und die Toiletten nach Geschlechtern getrennt werden. Sie plädiert für altersgemischte Gruppen z. B. seien Kinder mit Geschwister-Erfahrungen im Kontakt zu Einzelkindern von pädagogischem Vorteil. Abschließend wird diskutiert, Kosten und Finanzierung für die Träger und Eltern zu kalkulieren.

Beispiel Diemarden

1 Kigagruppe: 25 Kinder
1 Kigagruppe: 16 Kinder mit E-Integration
1 Ganztagsgruppe } 10 Kigakinder
1 Hortgruppe } 10 Schulkinder

Variante 2006 (evtl. 2005):

1 - 6 Jahre (kleine Altersmischung, max. ? Kinder unter 3 Jahren)

8- 9 h	10 Ganztagskinder Kiga	1 Erzieherin	
9-10 h			
10-11 h			
11-12 h			
12-13 h	10 Hortkinder		2 Erzieherinnen
13-14 h			
14-15 h			
15 16 h			

Probleme:

- Ferienbetreuung
- evtl. Erzieherinnen-Jahresarbeitszeitkonten
- bleibt der Schulstandort?!
- Räume: mit Umbau in bestehenden Räumen realisierbar

Weitere Betreuungsformen

Frau Rieks weist darauf hin, dass in der Angebotspalette die Tagespflegebetreuung (bis zu 3 Kindern) eine große Bedeutung hat. Das Angebot der Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen könne auch in den Umlandgemeinden in Anspruch genommen werden. Die Frage stelle sich, wie die notwendigen Informationen für die Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsarbeit an die Interessierten (Eltern und Pflegepersonen) gebracht werden könnten z.B. über die Kindergärten. Sie wolle bei der nächsten Sitzung entsprechende Überlegungen beispielhaft für die Gemeinde Gleichen vorstellen.

Modelle für die anderen Kitas

In der Diskussion wird betont, dass es an den anderen Kita-Standorten nach Umfragen bei den Eltern eine stärkere Nachfrage nach Hort- und Krippenplätzen gibt. Es wird verabredet, dass die anderen Kitas nach dem vorgenannten Modell Diemarden ihren Entwicklungsbedarf ermitteln (Platzbedarf, Betreuungsaufwand, Raumbedarf) und an die Gemeinde (Herr Proch, Frau Wiegand) zur Kalkulation der Kosten leiten. Es wird darauf hingewiesen, dass in einigen Fällen (z. B. Bremke) infolge des zu erwartenden Rückgangs der Kinderzahlen auch die Mindest Betriebsgrößen unterschritten werden können. Hier müssten Angebote an anderen Standorten den verbleibenden Bedarf berücksichtigen. Frau Klages sieht eine ähnliche Frage in Gelliehausen anstehen. Herr Proch meint, dass die durch Mengenreduzierung frei werdenden Finanzmittel zur Betreuungsverlängerung eingesetzt werden könnten. Am Beispiel der Arbeit des Elternvereins Gartetal wird diskutiert, Freizeitangebote anderer Träger (z.B. Sport, Musik) in die Hortbetreuung miteinzubeziehen. Herr Brakel fragt, ob eventuell Schulraum für Zwecke der Hortbetreuung frei würde. Herr Proch meint, Schulen könnten auch Standorte für Hortbetreuung sein - z. B. in Kerstlingerode oder in Reinhausen. Herr Thiery fragt nach denkbaren "Buchungssystemen" für flexible Betreuungsleistungen. Frau Heinemann hält aus pädagogischen Gründen einen regelmäßigen Betreuungsrhythmus für wichtig.

Frau Wolff formuliert als zusätzlichen "Auftrag" an die Kita-Leitungen, mögliche Flexibilitäten des Betreuungssystems mit zu überlegen. Die Elternvertretungen werden gebeten, aus ihrer Sicht Anforderungen an die Flexibilität der Betreuung für die nächste Sitzung zu beschreiben. So müssten Angebotsmodelle Aussagen zu berufskompatiblen Betreuungszeiten machen - etwa um einer Berufstätigkeit (Teilzeit oder Vollzeit) in Göttingen nachgehen zu können - zum Beispiel:

- Vormittagsgruppe 7.30 - 13 Uhr
- Mittagessen 13 - 14 Uhr
- Ganztagsgruppe bis 17 Uhr.

Frau Heinemann sagt zu, bei der Elternvertretung Diemarden die favorisierten Zeitmodelle noch einmal abzufragen (z. B. die gewünschten Essenszeiten) und abzuschätzen, welche Nachfrage es dazu evtl. gäbe. Frau Oesterle regt an, zur Beschreibung der Betreuungszeit-Modelle die Definition von Rittmarshausen für 1/2-, 3/4- und 1/1-Platz zu übernehmen.

Zusammenfassung, nächster Termin

Frau Wolff fasst die heutigen Arbeitsergebnisse und -aufträge zusammen:

- die Tagespflegebörse macht ein Angebot für die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf Gleichen;
- alle Kitas entwickeln Angebotsmodelle und reichen sie bis zum 25.1.05 bei der Gemeinde ein;
- die Flexibilitätsfrage soll am Beispiel Diemarden mit den Eltern abgestimmt werden;
- Frau Doll und Frau Böning erklären sich bereit, Überlegungen zur Ferienbetreuung anzustellen.
- Die Gemeindeverwaltung klärt mit dem Landesjugendamt rechtliche Umsetzungsanforderungen.

8.1.5 Protokoll fünfte Projektwerkstatt Gleichen 14.02.2005

Begrüßung und Tagesordnung

Frau Wolff begrüßt als Moderatorin der Werkstatt die Anwesenden (vgl. anl. Anwesenheitsliste) und stellt die Tagesordnung vor:

- Angebot Tagespflegebörse
- Modelle der Kitas, Berechnungen der Gemeinde
- Flexible Betreuung (Abfrage Eltern Diemarden)
- Ferienbetreuung
- Rechtliche Umsetzung (Landesjugendamt)

Frau Heinemann stellt den Umgang mit dem Protokoll der Arbeitskreissitzungen zur Diskussion. Es herrscht Einvernehmen, dass die Protokolle als interne Arbeitsberichte behandelt werden sollen, die keine abschließenden Ergebnisse beinhalten.

Bericht Tagespflegebörse

Frau Wolff erläutert im Auftrag von Frau Rieks, die zu der heutigen Sitzung nicht kommen kann, die Vorstellungen der Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen zur Ausweitung der Tagespflegevermittlung auf die Gemeinde Gleichen. Ein „zentrales Modell“ bietet von Göttingen aus die Vermittlung an. In einem alternativen „dezentralen Modell“ könnten Sprechstunden in Gleichen und anderen Gemeinden des Landkreises angeboten werden. Die Kosten betragen € 100 pro Gemeinde. Offen ist, ob der Landkreis die Kosten übernimmt. Details sollen in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Modelle der Kindertagesstätten

Kita Diemarden

Frau Heinemann stellt noch einmal die Soll-Vorstellungen für Diemarden für 2006/2007 vor:

<ul style="list-style-type: none"> 1 Kigagruppe: 25 Kinder 1 Kigagruppe: 16 Kinder mit E-Integration 1 Ganztagsgruppe } 10 Kigakinder 1 Hortgruppe } 10 Schulkinder 	<p><u>Anmerkungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mittagessen wird geklärt z.B. Lieferung durch Bioladen • für die Hortkinder kann ein Schularbeitsraum von 18 qm eingerichtet werden • ein Umbau der WC-Anlagen ist erforderlich?! • Der Personalschlüssel könnte bleiben; es sind jedoch andere Arbeitszeiten zu vereinbaren
---	---

Herr Proch weist darauf hin, dass es rechnerisch 2005 zwei Gruppen bei den zu erwartenden 43 (statt der heute 53) Kindern gäbe. Die Kostenschätzung ergäbe, dass im Durchschnitt für alle Kitas 12 – 14 €

Mehrkosten pro Kind und Monat für das zusätzliche Angebot anfielen. Frau Wiegand stellt die von der Gemeindeverwaltung durchgeführte Kostenschätzung für drei Modellfälle im Einzelnen vor – hierbei seien zusätzliche Kosten für Mittagstisch von ca. 70 €/Monat zu berücksichtigen:

Personalkosten Erzieherinnen p.a. abzgl. Personalkostenzuschuss	166.630,00 €	
Jahresarbeitszeit		11.009,14 h
Personalkosten je Stunde		15,14 €
durchschnittliche monatl. Personalkosten je Gruppe:		4.443,44 €
durchschnittlicher Monatsbeitrag pro Kind:	115,87 €	
Modell 1: 2 Gruppen, je 25 Kinder, 5,5 h		
2 x 4.443,44 €		8.886,88 €
je Kind		177,74 €
Modell 2: 25 Kinder à 5,5 h; 16 Kinder à 5,5 h; 10 Kinder à 5,5 h		
2 x 4.308,43 + 2.633,15	11.520,03 €	
je Kind		225,88 €
Modell 3: Hortbetreuung 10 Kinder à 6 h (4 h + Ferienzeiten)		
36,25 x 4,348 x 14,68	2.313,79 €	
je Kind		231,38 €
Die Ferienbetreuung umfasst 9 Wochen.		
Mehrkosten:		
Modell 2		2.633,15 €
abzüglich 20% Personalkostenzuschuss		2.106,52 €
monatlich über Elternbeiträge		737,28 €
pro Kind		14,46 €
für die Gemeinde 65 %	1.369,24 €	
jährlich		16.430,86 €
Modell 3 s.o.; eine Entscheidung über die Verteilung der Kosten muss erst noch getroffen werden.		
Die Zeit für eine zusätzliche Kraft für die Essensausgabe sollte 1,5 Stunden nicht überschreiten, da sonst die Grenze der geringfügigen Beschäftigung (400,- €) überschritten wird. Bei 20 Teilnehmern/Teilnehmerinnen am Mittagstisch entstehen bei täglich 2,-Euro pro Mahlzeit pro Kind zusätzliche monatliche Kosten i. H. v. 60,-Euro. Bei einer Arbeitszeit von 2 Stunden täglich entstünden ca. weitere 11,- Euro Kosten.		

Kita Klein Lengden

Frau Böning berichtet über das Modell für Klein Lengden. Es bleibt bei 3 Gruppen; in einigen Jahren könne man auf altersgemischte Gruppen übergehen. Es sei dann eine große Angebotsbreite möglich. Besonders würde vor Ort die Krippenversorgung diskutiert. Es sei ein Bedarf von 7 Plätzen zu erwarten. Als Gruppengröße würden nach den Richtlinien bei kleiner Altermischung (5 Krippenkinder) 18 Kinder gerechnet. Nach Berechnungen von Frau Wiegand verursacht dieses Modell 10 – 20 € Mehrkosten. Herr Proch betont, die flexibelste Lösung sei, in allen Gruppen gleichmäßig Krippenkinder aufzunehmen. Das Kindergartengesetz besage, dass bei mehr als drei Kindern unter Jahren die Gruppengröße zu reduzieren sei. Ungeklärt ist die Frage, ob die Reduzierung auch vom Alter der Krippenkinder beeinflusst wird. Frau Wolff hält fest, dass über das pädagogische Konzept weiter nachgedacht werden muss. Frau Heinemann meint, dass Befragungen der Eltern zur Bedarfsermittlung nur Sinn machten, wenn kalkulierte Preise für die denkbaren Angebote genannt werden könnten. Für längerfristige Planungen sei ein zeitlicher Vorlauf erforderlich.

Kita Rittmarshausen

Frau Kaisinger sieht einen verstärkten Bedarf an Hortplätzen bereits für 2005/2006. Dieser beinhalte 3 – 3,5 Stunden Nachmittagsbetreuung und ganztägige Ferienbetreuung. Der Arbeitskreis verständigt sich auf eine fünfwöchige Schließzeit als Kalkulationsgrundlage; bei insgesamt 12 Wochen Schulferienzeit

pro Jahr ergibt dies einen verbleibenden Betreuungsaufwand von sieben Wochen. Die Raumplanung ermögliche bis zu 12 Hortkinder. Es sei eine zusätzliche Kraft erforderlich. Das Modell sieht für Rittmarshausen folgendes Angebot vor: 1 Regelgruppe (vormittags), 1 Ganztagsgruppe (mit Integration) mit max. 18 Kindern, Krippenangebot in Abhängigkeit von der Gesamtkapazität, Hortplatzangebot mit zwei Möglichkeiten (als Hortgruppe oder als altersgemischte Gruppe). Frau Kaisinger plädiert für frühzeitig angepasste Angebote, die jedoch dauerhaft vorgehalten werden müssten. Frau Wiegand hat auch für dieses Modell die Kosten geschätzt. Die Bewertung der Personalkosten zeigt, dass Schwellenwerte zu beachten seien: Bei 1 Betreuungsperson seien Gruppen bis 12 Kinder, bei 2 Personen Gruppen ab 20 Kinder wirtschaftlich. Es müsse politisch geklärt werden, welcher Kostendeckungsgrad für die Hortbetreuung veranschlagt werden solle. Herr Proch und Herr Bergmann stellen in Aussicht, dass die Modelle Diemarden und Rittmarshausen in den Ratsgremien im März beraten werden könnten.

Kita Gelliehausen

Frau Klages hält 1 Gruppe bis 2007 für ausgelastet. Man könne als zusätzliches Angebot eine „kleine Altersmischung“ durch Aufnahmen von Kindern im Alter unter 3 Jahren vorsehen. Für Hortkinder sehe sie keinen Bedarf. Aktuell besteht für die Kita Gelliehausen somit kein Handlungsbedarf.

Kita Reinhausen

Frau Schaefer-Münch registriert eine vermehrte Nachfrage nach Krippen- und Hortplätzen und legt dazu zwei Modelle vor. Frau Wiegand hält die Variante einer „großen Altersmischung“ (Krippe und Hort als Mischung) für schwer kalkulierbar, da der Betreuungsaufwand nur schwer abschätzbar sei. Herr Proch betont, dass Reinhausen eine große Bandbreite an Möglichkeiten biete; die Realisierung müsse von der Bedarfsentwicklung abhängig gemacht werden. Eventuell könnte hier ab 2006/2007 eine Ganztagsbetreuung in Kombination mit einem Hort in Frage kommen. Als Grundlage für eine genaue Kostenkalkulation müssten die geplanten Öffnungszeiten bei den Modellüberlegungen angegeben werden.

Kita Groß Lengden

Frau Däuble sieht Handlungsbedarf für die Kita Groß Lengden ggfs. erst ab dem Jahr 2007. Die räumlichen Gegebenheiten müssten aufwändiger angepasst werden. Es seien verschiedene Modelle denkbar. Die Entwicklung solle im Zusammenhang mit anderen Standorten beobachtet werden

Zusammenfassung, nächster Termin

Die Arbeitsgruppe spricht sich dafür aus, in diesem Jahr die Angebotserneuerungen in Diemarden und Rittmarshausen modellhaft zu bevorzugen. Als nächster Termin wird der 12.4.2005, 20 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Reinhausen vereinbart. Als Tagesordnung für diese Sitzung schlägt Frau Wolff vor:

- Angebote der Tagespflegebörse
- Soll es weitere Betreuungsangebote außerhalb des Kita-Bereichs geben (Einsatz von Eltern o.ä.)?
- Modelle der Ferienbetreuung (Frau Doll)
- Kriterien für flexible Betreuung (Herr Thiery).

8.1.6 Protokoll sechste Projektwerkstatt Gleichen 12.04.2005

Begrüßung und Tagesordnung

Frau Wolff begrüßt als Moderatorin der Werkstatt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor:

- Aktueller Stand
- Tagespflegebörse
- Weitere Angebote außerhalb Kita-Bereich
- Modelle Ferienbetreuung
- Kriterien flexible Betreuung
- Verschiedenes - Weiterführung AK

Aktueller Stand

Herr Proch berichtet über die Beratung und Beschlussfassung des Rates der Gemeinde Gleichen am 16.3.2005 zu den Ergebnissen des Arbeitskreises (vgl. folgenden Protokollauszug).

Zu TOP 13 - Rat 16.03.2005 -

Kindergarten- und Schulsituation in der Gemeinde Gleichen (2. Nachtrag zur Vorlage Nr. 400/7); Beschlüsse:

1. Die Gemeinde Gleichen befürwortet die Schaffung von Hortplätzen und die Erweiterung von Kindergartenganztagsplätzen.
2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Träger und der zu erteilenden Betriebserlaubnisse wird für das Kindergartenjahr 2005/2006 in Diemarden ein Ganztagsangebot (für 10 Kindergartenkinder) und ein Hortangebot (10 Plätze) sowie in Rittmarshausen ein Hortangebot (12 Plätze) eingerichtet.
3. Damit eine Hortgruppe eingerichtet wird, ist eine Mindestzahl von sieben Kindern Voraussetzung.
4. Freiwerdende Kindergartenplätze werden in Abstimmung mit den Trägern als Krippenplätze angeboten.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen

5. Herr Füllgrabe stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, dass Eltern 75 % der Kosten zu tragen haben

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

6. Antrag der SPD-Fraktion: Die Gemeinde Gleichen beteiligt sich mit 50 % an den Kosten.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Es habe noch eine ergänzende Elternbefragung stattgefunden. In Diemarden hätten sich 5 Eltern für Ganztagskitaplätze und 4 für Hortplätze interessiert. In Rittmarshausen läge die Hortnachfrage auch unterhalb der Richtlinien-Schwelle von sieben Kindern. Nach seiner Einschätzung gebe es zwei Möglichkeiten der Umsetzung.

- Diemarden: altersgemischte Gruppen für nachmittags mit 9 Kindern;
- Rittmarshausen: Nachfrage nach 7 Nachmittagsplätzen; es muss noch die genaue Betreuungszeit (bis 16 oder 16.30 Uhr) festgelegt werden.

Frau Kaisinger weist darauf hin, dass manche Eltern/Mütter angesichts des vorgestellten Angebots der Gemeinde erst einen Job suchen. Hier müsse die Rückkoppelung abgewartet werden. Herr Proch berichtet, dass ein Termin mit dem Landesjugendamt zur Klärung der Raumbedingungen stattfände. Frau Wolff betont, dass alle Beteiligten erfreut seien, dass der Rat den vom Arbeitskreis erarbeiteten Modellen zugestimmt habe. Frau Oesterle fragt, ob sich zwei Kinder einen Hortplatz pro Woche teilen können, d.h. ein Kind jeweils zwei bis drei Tage pro Woche betreut werde. Herr Proch will die Frage mit dem Landesjugendamt besprechen.

Flexible Angebote

Es werden folgende Aspekte zu dem Thema notiert:

- Zwei Hortkinder teilen sich einen Platz – als Einzelfall (Rechtslage?);
- Zentralisierte Angebote (wenn zu wenig Kinder in einzelnen Gemeinden) z.B. Hortgruppe in Diemarden für Klein Lengden, Groß Lengden und Diemarden (Schulbus);
- Ausbau der Kita zum Familienzentrum (Rechtslage?) z.B. für Eltern-Kind-Gruppen, Beratung, Eltern-/Familienbildung).

Ferienbetreuung (Sommerferien)

Frau Doll und Frau Böning haben drei Modelle ausgearbeitet und stellen diese zur Diskussion (vgl. nachf. Tabelle). Frau Wiegand hat dazu die Kosten ermittelt. Dabei wird ein Personalaustausch unterstellt. Wie soll mit den Überlegungen umgegangen werden? Es wird vorgeschlagen, dass sich die Kindergartenleitungen zusammensetzen und langfristig die Schließzeiten abstimmen, um im Bedarfsfall Angebote in den Ferienzeiten machen zu können. Herr Proch befürwortet ein kostenneutrales Modell, weil kein öffentliches Interesse besteht. Es werden keine weiteren konkreten Planungen verabredet.

Betreuungsmodelle während der Ferienzeit (Sommerferien)		
Modell I	Modell II	Modell III
<u>Öffnung:</u> Kita ganzjährig geöffnet	<u>Öffnung:</u> 3-wöchige Schließzeit im Wechsel, in Kooperation mit einer oder mehreren Kitas	<u>Öffnung:</u> 3-wöchige Schließzeit mit Ferienbetreuung für mind. 10 Kinder mit fester Voranmeldung für festgelegten Zeitraum (z. B. 2 od. 3 Wochen)
<u>Betreuung:</u> Regulärer Personalschlüssel, Vertretungskräfte (Erzieherinnen) decken für die gesamten Urlaubszeiten der Erzieher/innen ab	<u>Betreuung:</u> Jeweils eine Fachkraft der anderen Kita ist in die Betreuung mit eingebunden. Um eine Überbelegung der Gruppen zu vermeiden, ist dieses Betreuungsmodell nur bei Anmeldung weniger Kinder pro Einrichtung möglich	<u>Betreuung:</u> 1 Erzieher/in 1 Helferin oder Vertretungskraft 1 Hintergrundbereitschaft
<u>Kosten:</u> Zusätzliche Kosten pro Kind 3 Wochen: 11 Kinder 173,13 Euro 25 Kinder 76,18 Euro	<u>Kosten:</u> Kostenneutral	<u>Kosten:</u> Wie Modell I

Weitere Angebote außerhalb des Kita-Bereichs

Herr Cassing stellt die Frage nach der Vernetzung von Eltern und Familien in den Kindergärten. Frau Heinemann hält die Öffnung der Kitas für Eltern/Familien grundsätzlich für sinnvoll. Die Rahmenbedingungen erlauben das z. Zt. jedoch noch nicht. Frau Kaisinger weist darauf hin, dass z. B. Eltern-Kind-Gruppen in Kita-Räumen arbeiten. Dies sei jedoch rechtlich problematisch. Frau Wolff regt an, Kontakt z.B. zu dem Mütter-/Familienzentrum Hardegsen in dieser Frage aufzunehmen. Herr Proch schlägt vor, den Arbeitskreis auch über die konkreten Planungsansätze hinaus 1 bis 2 mal im Jahr zur Begleitung der Umsetzung und zur Diskussion weiterführender Fragen bestehen und tagen zu lassen.

Tagespflegebörse der Volkshochschule Göttingen

Frau Riex berichtet über das von der EU geförderte Projekt. Die Tagespflegebörse hat folgende Ziele:

- Übersicht über Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Göttingen schaffen;
- Mehr Qualität in der Kinderbetreuung und Qualifizierung der Betreuungspersonen;
- Mehr Kontinuität in der Kinderbetreuung;
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen schaffen;
- Ermöglichung von Beschäftigung der Frauen.

Die Konzeption ruht auf drei Säulen. 1) Information /Beratung, 2) Qualifizierung, 3) Vermittlung. Auf der Grundlage des neuen Tagesbetreuungs-Ausbaugesetzes (TAG) wird mit diesem Ansatz der Service auf den Landkreis Göttingen ausgeweitet. Es ist eine zentrale Variante vom Landkreis bewilligt worden. Seit 1.4.2005 ist Frau Daunicht mit der Umsetzung betraut. Die Organisation hat folgende Merkmale:

- Die Gemeinden werden vom Standort Göttingen aus betreut;
- Vor Ort werden Kooperationspartner gesucht, die dezentral Gesuche aufnehmen können;
- Es wird in den Gemeinden Werbung gemacht und ein Pool von Tagespflegepersonen aufgebaut;
- Die Qualifizierung wird ortsnahe von der KVHS ab Herbst 2005 angeboten;
- Bei Bedarf werden Beratungen vor Ort angeboten.

Die gem. TAG vorgeschriebene Qualifizierung erfolgt nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (160 Unterrichtsstunden). Als Abschluss wird ein bundesweit geltendes Zertifikat (Bundesverband der Tagesmütter) ausgestellt. Die Kosten betragen 1 Euro pro Unterrichtsstunde. Frau Wolff fragt, wie die Organisation in der Gemeinde und wie die Zusammenarbeit mit den Kitas aussehen könnte. Herr Proch benennt in der Gemeinde Gleichen die Frauenbeauftragte und das Sozialamt als „Anlaufstelle“ für die Kontakte mit der Tagespflegebörse. Evtl. dezentrale Angebote (z.B. Sprechstunden) in den Gemeinden müssten vom Landkreis „gemanagt“ werden.

Verschiedenes

Frau Wolff erklärt, dass mit dieser planmäßig letzten Sitzung das angestrebte Ziel erreicht worden sei und bedankt sich bei allen Mitwirkenden für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Herr Proch betont, dass mit den positiven Ergebnissen des vorbereitenden Arbeitskreises ein wichtiges Etappenziel auf dem Wege zu einer familienfreundlichen Gemeinde erreicht worden sei. Er bedankt sich bei Frau Wolff für die effektive Moderation, die wesentlich zu dem guten Ergebnis beigetragen habe. Herr Cassing bedankt sich bei den Beteiligten und weist auf die regionale Modellhaftigkeit der Arbeitsergebnisse hin. Besonderer Dank gelte Frau Wolff für die kompetente Moderation und der Gemeinde für ihre Bereitschaft, an dem Modellvorhaben der Raumordnung mitzuwirken. Auch Frau Kaisinger und Herr Bergmann betonen die fruchtbare Rolle der Moderation von Frau Wolff. Frau Wolff schlägt vor, eine Werbeveranstaltung für die Eltern vorzunehmen. Frau Mähler sagt, dass die Eltern etwas Zeit für die Annahme der ab 1.8. geltenden Angebote der Gemeinde z.B. zur Entwicklung neuer Berufsperspektiven brauchen. Es wird eine weitere Sitzung des Arbeitskreises am 11. 10. 2005 zur „Erfolgskontrolle“ verabredet.

8.1.7 Protokoll siebte und abschließende Projektwerkstatt Gleichen 11.10.2005

Begrüßung und Tagesordnung

Herr Cassing begrüßt die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Arbeitsgruppe im Namen des Regionalverbandes Südniedersachsen zur abschließenden Werkstatt im Rahmen des „Modellvorhabens der Raumordnung“. Er erläutert den Stand des Rahmenprojektes und weist auf die Vorbildfunktion der in Gleichen behandelten Thematik für das Gesamtprojekt in der Region hin. Frau Wolff als Moderatorin gibt die Tagesordnung bekannt, die unter der Überschrift „Erfolgskontrolle“ steht:

- Erste Erfahrungen mit altersübergreifenden Gruppen;
- Überlegungen zu weiterführenden Planungen;
- Weitere Strategien (z.B. „Bündnis für Familien in Gleichen“).

Erfahrungsberichte

Herr Proch schildert aus seiner Sicht die Einrichtung der „altersübergreifenden Gruppen“ an den beiden Modellstandorten Diemarden und Rittmarshausen. Frau Heinemann berichtet über die Einführung des erweiterten Angebots in der Kindertagesstätte Diemarden. Besonders die Annahme des Angebots durch die Eltern in Form verbindlicher Anmeldungen sei ein spannender Prozess gewesen. Es sei aber gelungen, die angebotenen Plätze zu füllen. Insgesamt werden 15 altersübergreifende Ganztagsplätze realisiert. Für die Modellthematik interessant seien die sozialen Merkmale der Gruppe. Es seien vier Geschwisterpaare, sechs Hortkinder, acht Kinder Alleinerziehender, sieben Kinder mit „wirtschaftlicher Jugendhilfe“ vertreten. Frau Heinemann hebt die Anstrengungen hervor, den Raumbedarf in kurzer Zeit an die Anforderungen eines altersübergreifenden Ganztagsbetriebs anzupassen. Die Öffnungszeiten werde z. Zt. bis 16.00 Uhr angeboten. Sie erwähnt, dass für das nächste Jahr schon Voranmeldungen vorlägen.

Frau Wolff fragt, was man aus den Erfahrungen in Diemarden lernen könne. Frau Heinemann führt als Erfolgsmerkmale an:

- Das Team habe große Bereitschaft und Einsatz für das Projekt gezeigt;
- Es sei vielfältig Werbung für das Projekt betrieben worden (z. B. in der Schule, im Gemeindeblatt, durch den Elternrat);
- Die Bereitung des Mittagessens konnte kurzfristig organisiert werden.

Frau Heinemann betont abschließend, dass der Arbeitsplatz für eine Erzieherin durch die Angebotserweiterung gesichert werden konnte.

Frau Kaisinger berichtet über das erweiterte Angebot und dessen Annahme an der Kindertagesstätte Rittmarshausen. Die angebotene Hortgruppe habe Mitte August mit sechs Kindern begonnen; mittlerweile seien es acht Kinder. Es gebe eine weitere Anfrage. Es würden vier Geschwisterkinder altersgemischt betreut. Der Bedarf würde weiter ansteigen; es lägen Anfragen z.B. für zwei Krippenplätze vor. In

der Sommerpause sei der notwendige Umbau erfolgt. Der Raum werde jedoch knapp insbesondere im Küchenbereich, in dem z. Zt. 40 Essen bereitet würden. Es sei ein Horterzieher eingestellt worden. Frau Kaisinger hebt als übertragbare Erfahrungen hervor:

- Eine frühzeitige Angebotsplanung sei für die Eltern sehr wichtig;
- Die Abstimmung mit dem Träger sei zeitaufwendig;
- Mit der guten Unterstützung durch Träger, Gemeinde und Eltern sei es gelungen, die Schwierigkeiten bei der Realisierung der Ganztagsbetreuung zu bewältigen.

In der Diskussion der beiden Berichte weist Frau Heinemann darauf hin, dass der Fahrplan sehr eng war und ihre organisatorische Kraft voll gebunden habe. Daraus folge für die anderen Kindertagesstätten, frühzeitig mit der Planung zu beginnen. Frau Gerries fragt, ob altersübergreifende Gruppen auch Krippenkinder umfassen könnten. Frau Kaisinger hält das demographisch und pädagogisch für sinnvoll. Frau Schaefer-Münch meint, dass im ländlichen Raum die Berufstätigkeit beider Eltern noch nicht anerkannt zu sein scheine und deshalb diese Eltern mit pädagogischer Argumentation unterstützt werden müssten ("Rabenmütter-Syndrom"). Frau Röper fragt, ob das Ganztagsangebot für alle Nachfrager gelte. Herr Proch antwortet, dass der Ratsbeschluss grundsätzlich überall für Gruppen ab sieben Kinder Ganztagsbetreuung ermöglichen wolle. Frau Paquet spricht sich als Elternvertreterin anerkennend über die Organisation des Angebots aus. Frau Kaisinger betont, dass sich in dem Planungsprozess die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule sehr gut entwickelt habe.

Weiterführende Planungen

Herr Proch und Frau Wiegand legen neueste Daten zur Kindergartenbedarfsplanung vor, die eine Einschätzung der voraussichtlichen Nachfrageentwicklung an den einzelnen Kindergartenstandorten ermöglichen:

- Bremke: Hier ist mit einem vorübergehenden Anstieg der Kinderzahl zu rechnen. Frau Doll betont, dass die Einrichtung voll belegt sei. Es könnten z. Zt. Keine Hortkinder aufgenommen werden. Es sei aber eine Ausdehnung der Öffnungszeiten bis 14.00 Uhr mit Bereitstellung von Mittagessen möglich. Sie sehe Betreuungsbedarf für Krippenkinder im Einzugsbereich.
- Diemarden: Der Bedarf pendelt sich auf ein niedrigeres Geburtenniveau ein, das ab dem nächsten Jahr bei 40-45 Kindern liegt. Frau Heinemann sieht dann auch Möglichkeiten für eine „kleine Altersmischung“ (2 - 6 Jahre alte Kinder).
- Gelliehausen: In den nächsten drei Jahren ist der Kindergarten voll ausgelastet. Danach geht der Bedarf zurück. Daraus ergeben sich Möglichkeiten für längere Öffnungszeiten und für die Aufnahme von Krippenkindern. Hortbetreuung ist hier eher dem Schulstandort zuzuordnen.
- Groß Lengden: Für die nächsten drei Jahrgänge kann man sich auf einen Bedarf von ca. 45 Plätzen einstellen. Aus Raumgründen kommt ein Hort nur als schulische Lösung in Frage. Frau Däuble will demnächst eine Umfrage bei den Eltern zum Hortbedarf machen. Herr Proch empfiehlt hierbei mit der Schule zusammen zu arbeiten.
- Klein Lengden: In den nächsten Jahren ist ein deutlicher Rückgang des Bedarfs zu erwarten. Dies eröffnet nach Aussage von Frau Böning vielfältige Angebotsmöglichkeiten. Denkbar sind z.B. Öffnungszeiten ab 7.00 Uhr, Ganztagsbetreuung in großer Altersmischung bis 10 oder 12 Jahre, kleine Altersmischung von 1,5 bis 6 Jahre.
- Reinhausen: Der Bedarf wird sich ab nächstem Jahr auf ca. 40 Kinder einpendeln. Frau Schaefer-Münch sieht Nachfragen nach Hortplätzen, Krippenplätzen und verlängerten Öffnungszeiten. Sie plädiert für flexible und kreative Angebotsformen.
- Rittmarshausen: In den nächsten Jahren ist ein deutlicher Abschwung der Kinderzahl zu erwarten. Ab 2007 gibt es Kapazitäten für Angebotsausweitungen.

Herr Proch appelliert an die Beteiligten, frühzeitig Überlegungen für die nächsten Jahre anzustellen und sich dazu mit der Gemeinde in Verbindung zu setzen.

Weitere Strategie

Herr Proch berichtet über den Beschluss des Rates, ein „Bündnis für Familien“ in der Gemeinde Gleichen zu gründen. Er wirbt für die Teilnahme an der für den 26.10.2005, 1930 Uhr, im Sporthaus Klein Lengden vorgesehenen Gründungsversammlung. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kindertagesbetreuung“ seien zur Mitwirkung besonders prädestiniert. Frau Kreschner erläutert den geplanten Ablauf der Veranstaltung, die von Frau Goos-Wille vom „Servicebüro“ des Bundesfamilienministeriums moderiert wird. Es wurden fünf Arbeitsfelder ausgewählt, in denen das Bündnis in Gleichen Verbesserungen für Familien möglich machen soll.: 1) Kinderbetreuung; 2) Gesundheit, Sport, Freizeit; 3) Wohnumfeld und Verkehr; 4) Eltern stärken; 5) Miteinander der Generationen. Zur Zeit werden „Bündnispaten“ gesucht, die Vorüberlegungen für die entsprechenden Arbeitsgruppen in der Veranstaltung vortragen sollen. Wer Interesse daran habe, möge sich bei ihr als Anlaufstelle für dieses Projekt melden.

Schlusswort

Frau Wolff schließt die Sitzung des Arbeitskreises und bedankt sich für die sehr produktive Arbeit, deren Moderation ihr viel Freude gemacht habe. Herr Proch spricht den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, der Moderatorin und dem Regionalverband als Veranstalter seinen Dank für die erfolgreiche Arbeit aus. Er stellt für das nächste Jahr ein Treffen des Arbeitskreises in Aussicht, um die weiterführenden Planungen zu beraten. Herr Cassing bedankt sich bei allen Beteiligten für die Bereitschaft an dem Modellvorhaben mitzuwirken. Ende Oktober würde der Abschlussbericht fertig gestellt. Er enthielte im Anhang die Protokolle der Arbeitskreissitzungen und dokumentiere so die innovative Infrastrukturentwicklung in der Gemeinde Gleichen als Beitrag zum demographischen Gleichgewicht in der Region. In einer Veranstaltung Ende des Jahres werde der Ergebnisbericht der Öffentlichkeit präsentiert.

Mitglieder Projektwerkstatt „Kindertagesbetreuung in der Gemeinde Gleichen“

Name	Institution	Straße	Ort	E-mail
Heinz-Jürgen Proch	Gemeinde Gleichen	Waldstr. 7	37130 Gleichen	buergerreister@gleichen.de
Astrid Wiegand	Gemeinde Gleichen	Waldstr. 7	37130 Gleichen	wiegand.a@gleichen.de
Waltraud Kreschner	Gemeinde Gleichen	Waldstr. 7	37130 Gleichen	kreschner.w@gleichen.de
Rolf Bergmann	Rat der Gemeinde Gleichen	Im Keil 20	37130 Gleichen	bergmann-gleichen@t-online.de
Vera Oesterle	Rat der Gemeinde Gleichen	W.-Bendick-Str. 25,	37130 Gleichen	
Klaus-Werner Hanelt	Rat der Gemeinde Gleichen	Burgfeld 67	37130 Gleichen	Klaus-Werner_Hanelt@Gothaer.de
Ursula Köwing	Rat der Gemeinde Gleichen	Waldstr. 36	37130 Gleichen	UrsulaKoewing@web.de
Stephanie Schaefer-Münch	Kiga-Leitung Reinhausen	Waldstr. 15	37130 Gleichen	kiga-reinhausen@web.de
Bettina Böhm	Mitarb. Kiga Reinhausen	Waldstr. 15	37130 Gleichen	
Ulrike Heinemann	Kiga-Leitung Diemarden	Reinhäuser Str. 3	37130 Gleichen	
Gisela Klages	Kiga-Leitung Gelliehausen	Kielstr.4	37130 Gleichen	
Anne Däuble	Kiga-Leitung Groß Lengden	Niedecker Stieg 2	37130 Gleichen	j.a.daeuble@gmx.de
Dorothea Doll	Kiga-Leitung Bremke	Dammtor 8	37130 Gleichen	kigabremke@t-online.de
Karin Böning	Kiga-Leitung Klein Lengden	Burgfeld 51	37130 Gleichen	karinboening@gmx.de
Ortrud Kaisinger	Kiga-Leitung Rittmarshausen	Im Föhr 1	37130 Gleichen	kiga-rittmarshausen@web.de
Ilona Wolf	Stellv. Leit. Kiga Ritmarsh.	Im Föhr 1	37130 Gleichen	kiga-rittmarshausen@web.de
Götz Brakel	Ev.-luth. Kirche Reinh./Diem.	Kirchberg 4	37130 Gleichen	pfarramt_reinhausen@yahoo.de
Barbara Schauerte	Fachberat. ev. Kindertagesst	Auf dem Hagen 23	37077 Göttingen	
Claudia Mähler	Gemeindeelternrat	Zum Gelenberg 15	37130 Gleichen	cmaehle@uni-goettingen.de
Johannes Thiery	Gemeindeelternrat	Zum Hessenberg 1	37130 Gleichen	thierymail@t-online.de
Ruth Paquet	Gemeindeelternvertretung	Mahneberg 29	37130 Gleichen	rpaquet@gmx.de
Stefanie Gemmike	Schulelternvertretung	Holunderweg 11	37130 Gleichen	
Tilmann Wolff	Schulelternvertretung	Birkenweg 6	37130 Gleichen	
Michaela Hinz	Gemeindeelternrat Schule			
Stefanie Röper	Elternvertretung groß Lengden	Wilhelm-Bendick-Str.6a	37130 Gleichen	s-g.roeper@t-online.de
Sabine Freese	Elternvertretung Rittmarshausen	Auf dem Berge 3	37130 Gleichen	sabinefreese@gmx.de
Claudia Stöpler	Elternvertretung Klein Lengden	Im Dörmke 8-10	37130 Gleichen	claudia@stoeper.de
Hans-Jürgen Pieper	Elternverein Garteschule	An der Etzequelle 2	37130 Gleichen	
Bärbel Diebel-Geries	Mutter	Kirchberg 6	37130 Gleichen	Bgeries@geries.de
Ute Krüger	Tagespflegebörse Vhs Gött.	Waageplatz 8	37073 Göttingen	
Petra Daunicht	Tagespflegebörse Vhs Gött.	Waageplatz 8	37073 Göttingen	
Susanne Rieks	Tagespflegebörse Vhs Gött.	Waageplatz 8	37073 Göttingen	rieks@vhs-goettingen.de
Angelika Kruse	Gleichstellungsst Lk Götting.	ReinhäuserLandstr.4	37083 Göttingen	
Andrea Riedel-Elsner	Gemeinde Friedland	Bönneker Str. 2	37133 Friedland	gemeinde@friedland.de
Monika Wolff	Moderatorin	Kiesseestr. 53b	37083 Göttingen	K1014@web.de
Gerhard Cassing	Regionalverband SN	Barfüßerstr. 1	37073 Göttingen	cassing@regionalverband.de

8.2 Projektwerkstatt Hardegsen: Förderung der Familienselbsthilfe

8.2.1 Protokoll 29.09.2004: Infoabend Aktion Wunschgroßeltern des Mütterzentrums Hardegsen

Begrüßung und Einleitung

Frau Rupprecht vom Mütterzentrum begrüßt die Anwesenden und stellt die Veranstalter, den Verein Mütterzentrum "Klatschmohn" Hardegsen und ihre Vorsitzende Frau Renders, die Stadt Hardegsen mit Herrn Bürgermeister Sjuts, den Regionalverband Südniedersachsen mit dem Geschäftsführer Herrn Reyhn und Herrn Dr. Cassing als Projektleiter sowie Frau Wolff als Moderatorin der Veranstaltung vor. Frau Wolff erläutert den vorgesehenen Programmablauf der Veranstaltung: Nach der Vorstellung der Beteiligten wird Herr Reyhn über die demographischen Entwicklungstendenzen und ihre Folgen für die Infrastruktur referieren. Danach wird Frau Renders die Überlegungen des Mütterzentrums zum heutigen Thema vortragen. Anschließend ist die gemeinsame Ideensammlung vorgesehen.

Vorstellung der Beteiligten

Frau Rupprecht erläutert die Arbeit des Mütterzentrums: Es wurde im Jahr 2000 gegründet. Seit 2001 befindet es sich in den jetzigen Räumen. Dem Trägerverein gehören z. Zt. über 30 Mitglieder an. Er finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, eigene Veranstaltungen und Spenden. Das Zentrum ist eine Begegnungsstätte für Mütter, Väter, Kinder und andere Interessierte. Es bietet Gelegenheit zu Kontakten und Erfahrungsaustausch für die Großen und Betreuung und Förderung für die Kleinen. Herr Bürgermeister Sjuts begrüßt, dass die Stadt Hardegsen und das Mütterzentrum an dem bundesweiten Modellvorhaben des Regionalverbandes teilnehmen. Auch wenn Hardegsen noch eine relativ junge Stadt sei und noch Wanderungsgewinne verzeichnen konnte, müsse sie sich doch frühzeitig auf die zu erwartenden demographischen Veränderungen einstellen. Dies werde mit der Zielsetzung der Stadt als familienfreundliche Gemeinde angestrebt. Deshalb unterstütze die Stadt das Mütterzentrum bei dem wegweisenden Projekt und leiste technische Hilfestellung z.B. durch den Versand der Einladungen zur heutigen Informationsveranstaltung. Er zeigt sich etwas enttäuscht, dass nicht mehr Bürgerinnen und Bürger der persönlichen Einladung gefolgt seien.

Vorstellung des Modellvorhabens

Herr Reyhn erläutert den Zusammenhang von Infrastruktur und demographischem Wandel, der Gegenstand des vom Bund ausgelobten "Modellvorhabens der Raumordnung" sei. Südniedersachsen sei bundesweit bereits heute eine der Regionen mit dem höchsten Durchschnittsalter. Die Zunahme der Sterbefälle in Verbindung mit einer Abnahme der Geburten führe zu einem Rückgang der Bevölkerung. Mit diesem regionalen Trend sei man der allgemeinen Entwicklung etwa 15 Jahre voraus und deshalb als Modellregion gut geeignet. Er verweist auf die Umsetzungsprojekte in den anderen drei Erprobungsgemeinden: Gleichen mit dem Thema "Kinderganztagsbetreuung", Bad Sachsa/Walkenried mit dem "Netzwerk Ehrenamt" und Holzminden mit dem "Generationendialog im Erzählcafé".

Vorstellung der Aktion

Frau Renders stellt die Ideen des Mütterzentrums zur "Aktion Wunschgroßeltern" vor. Die Kinder brauchten Kontakte zu älteren Menschen zur Bereicherung des Lebens- und Erfahrungshorizontes. Die leiblichen Großeltern lebten heute häufig weit weg, sodass die Kontaktmöglichkeiten erschwert seien. Gleichzeitig wohnten hier in der Stadt sicher viele Ältere, deren Kinder und Enkelkinder nicht vor Ort seien oder die keine eigenen Kinder hätten, aber Kontakt zu Familien suchten. Hier könne das Mütterzentrum Kontakte vermitteln oder Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit anbieten.

Workshop

Frau Wolff moderiert die Ideensammlung und hält die Ergebnisse schriftlich auf Flipchart-Blättern wie folgt fest:

Blatt 1 Ideen zur Umsetzung des Projektes "Wunschgroßeltern"

- Individuelle Großeltern mit Familienkontakten
- Angebote für Kinder im Mütterzentrum
 - Lesen
 - Malen
 - Basteln
 - Kreatives
 - Ausflüge organisieren
- Einfache Betreuung (z. B. Gruppen-Babysitten im Mütterzentrum)
- Bezahlter "Tagesomadienst"

Blatt 2a Individuelle Großeltern: Wie könnte das gehen?

- alle Interessierten (Großeltern / Eltern + Kinder) einladen / gemeinsames Treffen
- potenzielle Interessierte machen "Steckbrief" von sich - Interessierte zusammenbringen
- Bedarfe bei Eltern für Wunschgroßeltern erfassen
 - Zeitung: Eltern / Kinder + Großeltern sollen sich melden
 - über Mütterzentrum, in Grundschule / Kindergarten (Plakate, direkte Ansprache)
- Ansprache der potenziellen Wunschgroßeltern
- Schwerpunkt liegt auf Kontakt und Beziehung zur anderen Generation
- Wunschgroßelterntreffen (Erfahrungsaustausch z. B. 1 x pro Monat)
- Beiderseitige Erwartungen klären!
- Wie löse ich die Wunsch-Großelternschaft auf?
- "Ansprechoma"

Blatt 2b Welche nächsten Schritte zur Umsetzung der Ideen sind erforderlich?

- Pressebericht:
 - Bericht über Veranstaltungen
 - Hinweis: Wir haben Eltern und Großeltern zur Vermittlung
 - Aufforderung sich zu melden
 - Treffen ankündigen
- Kennenlern-Treff
 - mit Kindern
 - begrenzte Zahl nach "Steckbriefen" aussortiert
- Kennenlern-Abend ohne Kinder
 - Steckbrief
 - gegenseitige Erwartungen austauschen

Steckbrief Großeltern	Steckbrief Kind /Familie
<ul style="list-style-type: none">- Alter- Wohnort- Familienstand-- Zeit, die eingebracht werden soll- Warum ich das mache?- Wie viele Kinder traue ich mir zu?- Alter des Kindes- Hobbys / besondere Interessen- Wünsche	<ul style="list-style-type: none">- Alter- Wohnort- Geschlecht- Anzahl der Kinder- Familiensituation, Berufstätigkeit- Warum werden Wunschgroßeltern gesucht?- Gesundheitliche Situation des Kindes (Allergien?)- Zeitwünsche (regelmäßig, sporadisch etc.)- Wünsche, Vorlieben des Kindes /Hobbys

Blatt 3 Weiteres Vorgehen

1. Pressebericht
2. Steckbriefmuster ausarbeiten, an Interessierte verschicken (mit Hilfe der Stadt)
3. Einladung zum Kennenlern-Treff ohne Kinder am Samstag, 6.11.04, 15.30 -18.00 Uhr im MÜZE
4. Angebote zur Mitwirkung im Mütterzentrum werden vom Vorstand direkt behandelt
5. Steckbriefverteilung durch Aushang, Bürgerbüro, "Stadtanzeiger"

Schlusswort

Herr Reyhn dankt den TeilnehmerInnen des Workshops für die aktive Mitarbeit, dem Mütterzentrum und der Stadt Hardegsen für die gute Vorbereitung und Frau Wolff für die kompetente Moderation.

8.2.2 Protokoll 6.11.2004: Zweites Treffen Aktion Wunschgroßeltern

Monika Wolff (Moderation), Cornelia Renders (Familientreff „Klatschmohn“ Hardegsen e. V.)

Begrüßung und Einleitung

Frau Renders und Frau Rupprecht begrüßen die etwa zehn anwesenden Erwachsenen und fünf Kinder. Sie stellen das Mütterzentrum vor und erläutern kurz das Modellvorhaben des Regionalverbandes, in dessen Rahmen diese Veranstaltung stattfindet. Anschließend berichten Sie über den Info-Abend zur Aktion Wunschgroßeltern am 29.9. Ein erster Erfolg sei es, dass eine Wunschgroßmutter ein Angebot für Kinder im Mütterzentrum bereits konkret plane und schon zweimal zur Vorbereitung dort gewesen sei. Außerdem habe sich aufgrund der Presseaktionen des Mütterzentrums eine Familie aus Göttingen gemeldet. Diese sei an eine interessierte Wunschgroßmutter vom Info-Abend aus Bovenden weiter vermittelt worden. Des weiteren hätten sich zwei interessierte Wunschgroßmütter gemeldet, denen der Termin heute jedoch nicht passe.

Ablauf

Frau Wolff erläutert den Ablauf: Nach dem Kaffeetrinken finden sich die interessierten Wunschgroßmütter mit den interessierten Müttern - ohne die Kinder - zusammen. Danach erfolgt eine ausführliche Vorstellung. Anschließend wird über das weitere Verfahren gesprochen.

Vorstellung und Kennen lernen

Anhand des vorbereiteten und teilweise schon ausgefüllten „Steckbriefs“ stellen sich die interessierten Mütter und Großmütter ausführlich vor:

- Frau A, 11-jährige Tochter; hat Interesse an Wunschgroßmutter; die Familie ist kürzlich zugezogen, Frau A sucht selbst auch Kontakt;
- Frau B, 2-jährige Tochter, sucht Wunschgroßeltern
- Frau C, 9-monatige und 2-jährige Tochter, sucht evt. Oma zur Kinderbetreuung
- Frau D, 1 ½-jähriger Sohn, will sich erst mal informieren; sucht evt. Wunschgroßeltern
- Frau E, pensionierte Lehrerin, kann sich vorstellen, Wunschgroßmutter zu werden; kürzlich zugezogen; sucht Kontakt

Verabredungen zum weiteren Verfahren

Die Anwesenden werden ermutigt, Adressen auszutauschen, sich zu verabreden und zu prüfen, ob sich der gewünschte Kontakt realisieren lässt. Dabei werden auch die beiden nicht anwesenden potentiellen Wunschgroßmütter in die Überlegungen einbezogen. Frau A verabredet außerdem mit dem Mütterzentrum, dass sie einen Gesprächskreis für Alleinerziehende anbieten wird. Das Mütterzentrum kündigt an, die Aktion Wunschgroßeltern weiter voranzutreiben.

Resümee und Erwähnenswertes

Trotz der aufwändigen Werbung für das 2. Treffen – auch über die Presse - waren nur wenige gekommen. Von den interessierten Wunschgroßmüttern vom Info-Abend war keine einzige anwesend. Diskutiert wurde, ob der Begriff „Wunschgroßeltern“ evt. abschrecken könnte, weil damit möglicherweise zu große Verbindlichkeiten assoziiert werden.

Interessanterweise stellten die Teilnehmerinnen eine Gemeinsamkeit fest: alle waren zugezogen. Und alle beschrieben es als schwierig, Kontakte zu knüpfen, auch wenn sie jetzt bereits mehrere Jahre in Hardegsen lebten.

8.3 Projektwerkstatt Holzminden: *Gestaltung des Generationendialogs*

8.3.1 Protokoll Erste Projektwerkstatt Holzminden 27.04.2004: *Generationendialog im Erzählcafé - Kommunikationskultur und Erfahrungstransfer als Voraussetzung für eine funktionierende Infrastruktur*

Herr Budde begrüßt die zu der Veranstaltung des Regionalverbandes Erschienenen (vgl. anl. Anwesenheitsliste)

Frau Meyer stellt den vorgesehenen Programmablauf vor.

Herr Dr. Cassing stellt das Modellvorhaben der Raumordnung "Generationsübergreifende Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen" und die zugrunde liegenden Bevölkerungsprojektionen für die Landkreise (2002-2020) und die Gemeinden (2000-2012) des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik anhand von Folien vor (vgl. Anlage).

Frau Meyer referiert zum Thema "Demographie ist kein Schicksal" anhand der anliegenden Folien. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass z. Zt. ca. 3 % der Bevölkerung als Pflegekräfte tätig seien. Bei gleich bleibender Pflegekraftquote wird bei abnehmender Erwerbstätigenzahl die absolute Zahl des Pflegepersonals sinken. Dies steht einer aus demographischen Gründen wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen gegenüber. Als Möglichkeit gegenseitige Hilfe zu organisieren, wird das Mehrgenerationen-Wohnen genannt. Frau Broistedt hält angesichts der zu geringen Zahl von Jüngeren eine Erhöhung der Geburtenquote für geboten. Herr Grohs weist daraufhin, dass bereits ca. 30% der Elterngeneration fehle. Frau Meyer erläutert, dass es im Grundsatz drei Stellschrauben zur Stabilisierung des sinkenden Erwerbspotentials gebe: 1. Verlängerung des Erwerbslebens (eher und/oder länger arbeiten), 2. Steigerung der Frauenerwerbsquote, 3. Zuwanderung junger Leute. Herr Budde weist auf die Rolle der Wirtschaft bei der Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf und bei der Anwerbung von Eltern.

Frau Meyer berichtet über "Biographisches Lernen am Beispiel des Göttinger Zeitzeugenprojektes" im Rahmen des Vereins "*Freie Altenarbeit Göttingen*" mit Hilfe von Folien (vgl. Anlage). Der Verein ist 1986 von Altenpflegern und alten Menschen gegründet worden mit dem Ziel: "*Wir wollen nicht ins Heim*". Die Arbeit beinhaltet eine Alten-WG und das Zeitzeugenprojekt. Eine Zeitlang wurde eine Sozialstation mit ambulanten Diensten betrieben. Das Zeitzeugenprojekt wird getragen von zwei hauptamtlichen und 40 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Es besteht aus folgenden Angeboten:

- Erzählcafé als moderiertes, nicht wertendes biographiebezogenes Rundgespräch;
- Aktuelle politische Foren nach dem Prinzip, Kontroversen produktiv zu nutzen;
- Schulprojekt zur Vermittlung "lebendiger Geschichte";
- Biographiegruppen in nicht öffentlicher Form.

Das Erzählcafé dient der Förderung des Generationendialogs, bildet eine Brücke zwischen Tradition und Erneuerung, kann die Kommunikation zwischen sehr unterschiedlichen Menschen verbessern und vermittelt Lebenserfahrung zur Gestaltung der eigenen Biographie.

Wo sehen Sie Anknüpfungspunkte für Biographisches Lernen im Landkreis Holzminden? Herr Grohs sagt, dass bei der Übertragung des Göttinger Modells nach der Vergleichbarkeit von Potenzialen, Räumen und Mentalitäten gefragt werden müsse. Herr Walter hält die Frage der Zielgruppen (z.B. Landfrauen) dabei für wichtig. Herr Budde und Herr Müssig halten eine Bestandsaufnahme der vergleichbaren Angebote im Kreis Holzminden für geboten. Frau Broistedt weist auf die Potenziale von Institutionen wie Kreisvolkshochschule, Landfrauen und Gruppe "Lebenserfahrene Frauen" (Bodenwerder-Halle) hin. Frau Huster erläutert das Weiterbildungsangebot für Senioren "VHS mit Muße" insbesondere das Modell einer biographischen Schreibwerkstatt mit dem Titel "Damit Erinnerungen nicht verloren gehen." In diesem Rahmen würde auch eine Internetseite von Senioren gestaltet. Herr Wohlgemuth kann sich eine

Kooperation des Jugendamtes der Stadt Holzminden mit der "Mobilen Seniorenarbeit" gut vorstellen. Dies wird von Frau Neumann bestätigt. Die Harz-Weser-Werkstätten sind nach Aussage von Herrn Gähler an der Anwendung der Methode in ihren Heimen interessiert. Herr Edelmann berichtet über Überlegungen in Eschershausen zur Verbindung von Jugendzentrum (Internetcafé) mit einem Altenheim und Kooperationen mit Kirchen und Landfrauen. Frau Broistedt benennt noch einmal konkret vier mögliche Partner zur Übertragung der Methode "Erzählcafé" auf den Raum Holzminden: 1. "Landfrauen", 2. Gruppe "Lebenserfahrene Frauen", 3. Das Projekt "Mehrgenerationenhaus" und 4. die Kreisvolkshochschule. Ergänzend wird die Ländliche Erwachsenenbildung (LEB) genannt. Man müsse in kleinerer Runde über Umsetzungsfragen (z. B. Personal) sprechen. Frau Meyer bittet die WerkstattteilnehmerInnen ihre Ideen zu Realisierungsmöglichkeiten für "Biographisches Lernen" im Landkreis Holzminden auf Karten zu schreiben. Das Ergebnis der Kartenabfrage ist in der anliegenden Tabelle dargestellt

Als Ergebnis hält Frau Meyer fest, dass es eine Reihe tragfähiger Anknüpfungspunkte zur Übertragung der Göttinger Methode gebe. Sie könne sich vorstellen, dass dazu ein Projekt zur Moderationsschulung für "Biographisches Lernen" entwickelt werden könne. Herr Cassing ergänzt, dass dies Gegenstand der nächsten konkretisierenden Werkstatt sein könne, zu dem der Regionalverband einladen werde. Herr Budde schließt die Veranstaltung mit Dank an die Beteiligten.

Teilnehmer, Teilnehmerinnen	
<ul style="list-style-type: none"> • Peter Budde, Rat der Stadt Holzminden, Kreistag Landkreis Holzminden • Katrin Wolter, Landkreis Holzminden - Regionalplanung, Postfach 1353, 37593 Holzminden • Reinhard Drobeck, Architekturbüro Drobeck, • Tatiana Balakovskaia, Baco-plan GmbH • Eckhard Kuhrke, Beschäftigungsgesellschaft Holzminden, Altendorfer Str. 9, 37603 Holzminden • Daniel Leonhardt, Paritätischer Holzminden, Wallstr. 3, 37603 Holzminden • Dania Neumann, Mobile Seniorenarbeit, Unterbachstr. 31, 37603 Holzminden • Andreas Wohlgemuth, Stadt Holzminden - Jugendamt, Neue Str. 12, 37603 Holzminden • Ditmar Fischer, Stadt Holzminden - Sozialamt, Neue Str. 12, 37603 Holzminden • Konrad Edelmann, Samtgemeinde Eschershausen, Raabestr. 10, 37632 Eschershausen 	<ul style="list-style-type: none"> • Günter Schlag, Samtgemeinde Bevern, • Bernd Meister, Verein für Sozialpädagogik e.V. Holenberg, Auf dem Meierhof 4, 37642 Holenberg • Petra Broistedt, Landkreis Holzminden - Frauenbüro, Postfach 1353, 37593 Holzminden • Dr. Wolfram Grohs, Vereinsvorsitzender, Nordstr. 19, 37603 Holzminden • Dr. Ewald Plaisier, Dr. Plaisier Immobilien GmbH • Michael Müssig, Abtentalsweg 17, 37671 Hörter • Angelika Balke, Angela Warnecke, DRK-Altenpflegeheim, Albert-Schweitzer-Str. 7, 37619 Bodenwerder • Christine Huster, Kreisvolkshochschule Holzminden, Postfach 1353 37593 Holzminden • Reinhard Gähler, Harz-Weser-Werkstätten gGmbH, Knorreweg 9, 37603 Holzminden • Regina Meyer, Freie Altenarbeit Göttingen e.V., Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen • Irene Schultens, Freie Altenarbeit Göttingen e.V.

8.3.2 Bericht über die Durchführung der Fortbildungsreihe der Kreisvolkshochschule Holzminden: „Erzählcafé als Methode zur Förderung des Generationendialoges“

Regina Meyer (Freie Altenarbeit Göttingen e.V.), 02. und 09. 2005

Initiiert wurde die Idee zu einer Erzählcafé-Fortbildung vom Regionalverband Südniedersachsen e.V., der im Rahmen des „Modellvorhabens der Raumordnung – intergenerative Infrastruktur“ die Auswirkungen des demographischen Wandels analysiert. Es ist davon auszugehen, dass die Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft im Zusammenwirken mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der Instabilität der sozialen Sicherungssysteme einen Umbau der kommunalen Infrastruktur notwendig macht. Das Knüpfen sozialer Netze wird verstärkt Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement erfordern. Dabei wird das Gespräch und der Austausch zwischen den Generationen von zentraler Bedeutung sein. In der Region Südniedersachsen werden an vier Standorten in Projektwerkstätten Maßnahmen entwickelt, um konstruktiv mit den zukünftigen Veränderungen im Altersaufbau in den Kommunen umgehen zu können.

In Holzminden wurde mit der Fortbildungsreihe der Versuch unternommen, einen Praxistransfer anzuregen: Das Erzählcafé als Ort der Generationenverständigung sollte publik gemacht und das Know-how dazu vermittelt werden. Mit der Durchführung der Fortbildung hat die Kreisvolkshochschule Holzminden den Verein Freie Altenarbeit Göttingen e.V. beauftragt, der seit 1995 Erfahrungen mit der Methode Erzählcafé als generationenverbindender Einrichtung macht.

Der Ausschreibungstext warb folgendermaßen: *„Erzählcafés werden seit längerer Zeit als Methode in verschiedenen Bereichen der Bildungsarbeit eingesetzt. Sie kommen z.B. in der Frauenbildung, in der Altenarbeit, in Stadtteilgruppen oder in der Heimatpflege zur Anwendung. Als biographisch orientierte Gruppenarbeit verbindet das Erzählcafé Elemente politischer und historischer Bildung mit der Persönlichkeitsbildung. Das Erzählen aus der eigenen Lebensgeschichte ermöglicht einen neuen Zugang zur eigenen Biographie, zu Geschichte und aktuellem Alltag für Zuhörende und Erzählende. Die eigene Lebensgeschichte kann als „Quelle der Persönlichkeit“ und politischer Handlungspotentiale neu entdeckt werden. Im Dialog mit anderen Menschen und „fremden Erfahrungswelten“ entstehen Möglichkeiten des wechselseitigen Voneinanderlernens, die ansonsten oft durch soziale und ideologische Trennlinien verbaut sind. Die Fortbildungsreihe führt zunächst in die Theorie pädagogischer Biographiearbeit ein und vermittelt die Methoden und Qualitätskriterien einer biographieorientierten, generationenverbindenden und geschlechterreflektierenden Zeitzeugenarbeit. Abschließend wird ein Erzählcafé mit ZeitzeugInnen vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Basis sind die Konzepte und Erfahrungen aus einem Göttinger Zeitzeugenprojekt. Die Teilnahme an allen drei Tagesworkshops ist verbindlich. Erforderlich ist die Bereitschaft zu biographischen Übungen. Die Fortbildung schließt mit einem Zertifikat ab. Die Fortbildung macht mit der Methode des Erzählcafés vertraut, dient darüber hinaus aber auch der Vertiefung vorhandener pädagogischer Erfahrungen. Sie befähigt die Teilnehmenden, in ihren vorhandenen Tätigkeitsbereichen bzw. in neuen Wirkungsfeldern Erzählcafés zu konzeptionieren und durchzuführen. Neben den theoretischen Grundlagen erhalten Sie Einblicke in die Suche und Vorbereitung der Zeitzeugen, Auswahl der Themen und Organisation sowie Moderation eines Erzählcafés.“*

An drei Samstagen im November und Dezember 2004 wurden in Holzminden Theorie, Methoden und Qualitätskriterien durch die Leiterin des Göttinger Zeitzeugenprojektes, Regina Meyer, vermittelt. An der Fortbildung nahmen 14 Personen überwiegend aus dem pädagogischen Berufsfeld teil. 13 Frauen und ein Mann brachten sich mit Interesse und Engagement ein und bestimmten den Ablauf der Fortbildung mit. Durch einen methodischen Wechsel zwischen Praxisbeispielen, Übungen, Selbstreflexion und Theorieinput kam schnell eine lebendige und vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre zustande. Durch die Co-Moderation einer Zeitzeugin aus dem Göttinger Zeitzeugenprojekt konnten wichtige Erfahrungen aus erster Hand ergänzt werden.

Inhalte der Fortbildung waren:

- Präsentation des Erzählcafés im Göttinger Zeitzeugenprojekt
- Theorie pädagogischer Biographiearbeit
- Generationenverhältnis und Generationendialog
- Erzählcafé Am Goldgraben in Göttingen
- Werkstatt: Wir planen ein Erzählcafé in Holzminden
- Rolle und Selbstverständnis der Moderation
- Arbeitsprinzipien des Erzählcafés
- Biographisches Lernen und seine Grenzen
- Qualitätskriterien für biographisches Arbeiten im pädagogischen Bereich
- Übertragbarkeit der Methode Erzählcafé auf meinen Arbeitsbereich
- Öffentliches Erzählcafé in der Stadtbücherei Holzminden: Weihnachten – ein Fest im Wandel der Zeit?

Zum Ergebnis der Fortbildung: Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren gut und sehr gut. Für alle stellt die Fortbildung eine Bereicherung und Anregung dar. Einige haben Interesse an der Durchführung und Moderation eines Erzählcafés in Holzminden. Andere wollen die Methode in Abwandlung in ihrem Arbeitsfeld anwenden. Die Durchführung eines öffentlichen Erzählcafés zum Thema Weihnachten in der Stadtbücherei Holzminden mit zwei alters- und kulturunterschiedlichen Erzählerinnen kann als Erfolg verzeichnet werden: „Es hat funktioniert, denn mir ist dabei ein AHA-Erlebnis klar geworden!“ und „Es ist ja ganz und gar nicht nur etwas für Ältere!“ waren Äußerungen von Besucherinnen. Besonders herauszustellen ist, dass die Anregung, ein Erzählcafé in Holzminden als dauerhafte Einrichtung zu installieren, von der Fortbildungsgruppe aufgegriffen wurde und nach anfänglicher Skepsis zu dem gemeinsamen Interesse der Gruppe geworden ist. Die Gruppe hat die Hauptbotschaft der Fortbildung verstanden: Ein Erzählcafé ist ein pädagogisches Projekt, das eine gute Vorbereitung und eine achtsame Moderation braucht, damit ein toleranter generationen- und kulturübergreifender Kommunikationsraum - gerade in einer Kleinstadt - entstehen kann. So ist zu erklären, dass sich alle Holzmindener FortbildungsteilnehmerInnen bereit erklärt haben, an einer Vorbereitungsgruppe „Erzählcafé Holzminden“ mitzuwirken.

Seit Januar 2005 trifft sich die Vorbereitungsgruppe. Dort wird im Detail besprochen, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein Erzählcafé in Holzminden eingerichtet werden kann. Mehrheitlich wurde der Wunsch nach gezielter Fortsetzung der Fortbildung zwecks Vertiefung und Anwendung des Gelernten geäußert: das Üben der Moderationsfunktion, des biographischen Interviews und des biographischen Erzählens in der Öffentlichkeit mit Hilfe von Rollenspielen und anderen Übungen.

Diesem Wunsch konnte das Modellprojekt MORO mit zwei Tages-Workshops im Jahr 2005 nachkommen: „Praktische Übungen zur Moderation von Erzählcafés“ (07.05.05) und „Wie interviewe ich Zeitzeugen“ (28.05.05). Das erste Erzählcafé nach der Fortbildung, moderiert von zwei Absolventinnen der Fortbildung, fand am 17.06.05 im Rahmen des Kultursommers in Holzminden statt: 24 TeilnehmerInnen und zwei ErzählerInnen der Jahrgänge 1936 und 1987 erinnerten sich zum Thema „Sonntagsausflug“.

Das Projekt „Erzählcafé“ zielt auf die sich verändernden Generationenverhältnisse. Das zahlenmäßige Verhältnis als auch die Beziehungsstrukturen zwischen den Generationen werden sich innerfamiliär und vor allem außerfamiliär infolge der demographischen Verschiebungen verändern. Dadurch entstehen neue Bedarfe bei Alleinstehenden Älteren, bei Familien, deren Angehörige weit entfernt wohnen oder bei neuen Lebensformen, wie z.B. Suche nach Kontakt und Geselligkeit, sinnvolle gesellschaftliche Aufgaben, bei Pflegebedarf die Suche nach größeren und kleineren Hilfestellungen bei Alltagsproblemen. Hat sich das Erzählcafé als Veranstaltungsform und Treffpunkt etabliert, dann kann es Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener sozialer Herkunft zusammenbringen.

Die Fortbildung hat großen Wert auf die Einhaltung von pädagogischen Mindeststandards gelegt. Der Umgang mit biographischen Erzählungen erfordert pädagogische Qualifikation, Erfahrung im Umgang mit der Methode und Verantwortung und Sensibilität gegenüber den TeilnehmerInnen des Erzählcafés.

In einigen Städten und Gemeinden in Südniedersachsen werden mittlerweile Erzählcafés veranstaltet. Die Veranstaltungsform hat also durchaus einen Selbstläufer-Effekt. Allerdings wird der Begriff „Erzählcafé“ von den verschiedenen Veranstaltern sehr unterschiedlich interpretiert. Die von professioneller Seite vorbereitete und moderierte Form des Erzählcafés wird nur selten angeboten. Ohne die Unterstützung des Modellprojekts hätte diese Form des Erzählcafés nicht in den Landkreis Holzminden gefunden. Dazu war die Einbeziehung der potentiellen Akteure in der Informationsphase unerlässlich. Die zu Beginn vorhandene Skepsis und Konkurrenz unter den verschiedenen Akteuren konnte allerdings überwunden werden. Die praktische Zusammenarbeit in der Fortbildungsgruppe war produktiv und kooperativ. Der Erfolg des Projektes liegt gerade auch in der Bildung der Erzählcafé-Vorbereitungsgruppe.

8.4 Projektwerkstatt Walkenried / Bad Sachsa: *Aktivierung des Seniorenengagements*

8.4.1 Protokoll 28.09.2004: *Ehrenamtliche Arbeit in der sozio-kulturellen Infrastruktur*

Begrüßung

Die Bürgermeisterin von Bad Sachsa, Frau Hofmann begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Projektwerkstatt auch im Namen Ihres Kollegen, Herrn Uhlenhaut, Bürgermeister der Samtgemeinde Walkenried. Sie betont, dass frühzeitig dem negativen Bevölkerungstrend entgegengewirkt werden müsse. Beide Gemeinden stünden Fragen der Anpassung der Infrastruktur an die demographischen Entwicklungen gegenüber. Beispiele dafür seien Schließung und Zusammenlegung von Schulen und Kindergärten. Hierbei sei die Kooperation benachbarter Gemeinde erforderlich. Es sollten Ziele und Strategien entwickelt werden, dass sich alle Generationen in den Gemeinden wohl fühlen. Vor allem auch die ältere Generation solle aktiv mitmachen können. Frau Hofmann dankt den Erschienenen für ihre Mitwirkung und wünscht der Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

Herr Reyhn begrüßt die Erschienenen im Namen des Regionalverbandes Südniedersachsen, der Träger des hier anstehenden Projektes sei. Er erläutert das vom Bund ausgeschriebene "Modellvorhaben der Raumordnung" zum Thema "Infrastruktur und demographischer Wandel", zu dem sich der Regionalverband erfolgreich beworben habe und von dem er sich eine politische Sensibilisierung für Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in der Region erhoffe. In ausgewählten Gemeinden sollen innovative Lösungsansätze zur Gestaltung des demographischen Wandels erprobt werden, so in Gleichen, Holzminen und Hardegsen. Ein weiterer Erprobungsraum sei Bad Sachsa / Walkenried, in dem der Altersdurchschnitt besonders hoch liege und für die Projektthematik besonders geeignet sei. Für die Durchführung der Projektwerkstatt sei das "Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover" mit Frau Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker und Herrn Oliver Fuchs, gewonnen worden. Es schließt sich eine kurze Vorstellung der Teilnehmer/-innen an (vgl. anliegende Liste).

Einführungsreferat

Frau Prof. Dr. Rohr-Zänker erläutert anhand von Folien die Ursachen für die zu erwartende Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung und deren Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur auf den verschiedenen räumlichen Ebenen: Europa, Deutschland, Niedersachsen, Südniedersachsen, Landkreis Osterode a. H., Stadt Bad Sachsa und Samtgemeinde Walkenried. Sie macht deutlich, dass es keine einheitlichen Tendenzen gebe, sondern Zunahmen und Abnahmen von Bevölkerung nach Altersgruppen und räumlicher Verteilung sehr differenziert verlaufen. Generell gelte aber, dass die Versorgungsleistungen für die wachsende Zahl älterer Menschen nicht von der sinkenden Zahl jüngerer allein geleistet werden könne, sondern auch den Einsatz der älteren Menschen selber in zunehmendem Maße erfordere.

Werkstatt

Tafel 1: Felder ehrenamtlicher Arbeit				
<u>Tourismus</u>	<u>Soziale Aufgaben Unterstützung älterer Menschen</u>	<u>Identifikationen stärken</u>	<u>Dorf-Charakter wiederherstellen</u>	<u>Wissensbörse</u>
Führungen organisieren, durchführen	Betreuung älterer Menschen in Einrichtungen	Regionale Identität stärken / entwickeln	Nachbarschaftshilfe Jung + Alt zusammenbringen	Gastronomie, Handwerk
Veranstaltungen, Darbietungen anbieten / organisieren	Betreutes Wohnen Soziale Betreuung	Angebote f. Kinder, Jugendliche, f. Identifikationsbildung	'Fahrdienste'	
Bündelung touristischer Potenziale		Verständnis schaffen zwischen Jung+ Alt, Austausch	Freizeitgestaltung Jung + Alt	
Reise-Service Reise-Begleitung		Kooperation zwischen Vereinen / Initiativen Hausaufgabenhilfe		
		Gruppen-Aktivitäten / Freizeit organisieren		

Herr Fuchs gibt eine Einführung in die Werkstatt. Er stellt den Ablauf der gemeinsamen Ideensammlung anhand folgender Fragen vor: 1) Wie kann man das Potenzial der wachsenden Zahl älterer Menschen zur Gestaltung des demographischen Wandels nutzen und einsetzen? 2) Welche Organisationsformen sind dafür nötig? 3) Wie kann die Zusammenarbeit gestaltet werden und welche Verabredungen werden dazu getroffen? Die Ergebnisse werden auf Karten notiert und gemäß folgender Tafeln sortiert:

Tafel 2: Organisationsformen				
			Ziele:	Rahmenbedingungen
Offene Struktur - kein Verein	Netzwerke mit Kern	Mammutverein Dachverein	Nachhaltige Organisationsform	Materielle und ideelle Unter- stützung Anerkennung
	Clearingstelle Vermittlung, Organisation	Bündelung der Vorsitzenden der Vereine	Attraktivitätssteigerung der ehrenamtlichen Arbeit	
	Schulung Qualitätssicherung			
	Professionelle Kraft: Dauer, Verbindlichkeit			

Tafel 3: Weitere Zusammenarbeit - Verabredungen
Arbeitsgruppe "Netzwerk Ehrenamt": Frau Nikulla, Herr Grünberg, Herr Ropte, Frau Groß, Herr Uhlenhaut, Herr Dr. Cassing

Schlusswort

Herr Uhlenhaut dankt den Erschienenen für die Arbeitsergebnisse und die Bereitschaft zur Mitwirkung. Er sei optimistisch, dass die heute erzielten Ergebnisse positive Stimmung in die Arbeit der Gremien und weitere Früchte für die Entwicklung des Raumes bringen wird. Er betont noch einmal dass der demographische Wandel eines der wichtigsten Fragen der Zeit vor allem auch im Südharz sei und dass zur seiner Bewältigung die verstärkte Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen erforderlich sei. Das gelte für das Zusammenwirken der Generationen, die Kooperation der ehrenamtlich tätigen Vereine und Verbände sowie die Abstimmung der beiden Gemeinden untereinander. Herr Uhlenhaut zeigt sich besonders erfreut, dass das von ihm angeregte "Netzwerk Ehrenamt" auf große Resonanz stoße und sich für die weitere Arbeit Mitwirkende gefunden hätten. Er wolle die Einladung zu der ersten Zusammenkunft dieser Arbeitsgruppe übernehmen.

Teilnehmerliste:			
Institution	Name	Straße	PLZ/Ort
Vdk - OV - Bad Sachsa	Klaus Wille	Am Mühlenberg 18	37441 Bad Sachsa
SoVD - KV Osterode	Hannes Selinke	Am Sieberdamm 15	37412 Herzberg
SoVD - Walkenried-Neuhof	Christa Seidelmann	Bahnhofstr. 19	37445 Walkenried
SoVD Wieda	Rudi Müller	Panoramaweg 28	37447 Wieda
Förderverein Dorfgemeinschaft Neuhof e.V.	Wolfgang Hebestreit	Lange Str. 44	37441 Bad Sachsa
Zimmervermittlung Bad Sachsa	Ria Böttcher	Schachtbergstraße 15	37441 Bad Sachsa
DEHOGA - OV Bad Sachsa	Ingeborg Ehrenberg	Bismarckstr. 20	37441 Bad Sachsa
Förderverein Steina	Inge Groß	Bergstr. 11	37441 Bad Sachsa
Landkreis Osterode a.H., Frauenbeauftragte	Ute Kania	Herzberger Str. 5	37520 Osterode a.H.
Landkreis Osterode a.H., Regionalplanung	Franz-Michael Hemesath	Herzberger Str. 5	37520 Osterode a.H.
Regionalverband Südniedersachsen	Gerhard Cassing	Barfüßerstr. 1	37073 Göttingen
Regionalverband Südniedersachsen	Rüdiger Reyhn	Barfüßerstr. 1	37073 Göttingen
AOK Osterode	Michael Richert	Walkenrieder Str. 8a	37449 Zorge
Stadt Bad Sachsa	Gerhard Grundei	Bismarckstr. 1	37441 Bad Sachsa
ASB Tagesstätte Osterode	Frau Heidelberg	Am Schilde 7a	37520 Osterode a.H.
"Grüne Damen"	Frau M. Diener	Roßkopfstr. 29	37441 Bad Sachsa
"Grüne Damen"	Gisela Kellner	Eulensteinweg 26	37441 Bad Sachsa
Paritätisches Sozialzentrum Osterode	Annette Nikulla	Abgunst 1	37520 Osterode a.H.
Landkreis Osterode a.H., Jugend u. Soziales	Thomas Wode	Herzberger Str. 5	37520 Osterode a.H.
Gemeinde Walkenried	Günter Domeyer	Kuperbergstr. 26	37445 Walkenried
Gemeinde Zorge	Harald Bernhardt	Walkenrieder Str. 2	37449 Zorge
Institut für Entwicklungsplanung u. Strukturforchung	Oliver Fuchs	Lister Str. 15	30163 Hannover
Institut für Entwicklungsplanung u. Strukturforchung	Prof.Dr. Ruth Rohr-Zänker	Lister Str. 15	30163 Hannover
VDK Bad Sachsa	Hans-Dieter Grünberg	Mosebergstr. 24	37441 Bad Sachsa
AWO KV Osterode a.H.	Herr Ropte	Bahnhofstr. 11	37445 Walkenried
Stadt Bad Sachsa, Bürgermeisterin	Helene Hofmann	Bismarckstr. 1	37441 Bad Sachsa
Samtgemeinde Walkenried, Bürgermeister	Frank Uhlenhaut	Bahnhofstr. 17	37445 Walkenried

8.4.2 Arbeitsgruppe: „Netzwerk Ehrenamt“

Im Rahmen des „Modellvorhabens der Raumordnung – Infrastruktur und demographischer Wandel Südniedersachsen“ haben sich die Samtgemeinde Walkenried und die Stadt Bad Sachsa als Erprobungsraum für innovative Ansätze zur Entwicklung der intergenerativen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die beiden Gemeinden weisen in der Modellregion die höchsten Alterungsraten auf, die auch bundesweit als Spitzenwerte gelten können. In der Modellplanung sollen nicht nur die Risiken sondern vor allem auch die Chancen der demographischen Alterung betrachtet werden. Als solche werden die Potenziale der älteren Bürgerinnen und Bürger beim intergenerativen Leistungsaustausch in der Gemeinde angesehen. Weil der Anteil der jüngeren Bürgerinnen und Bürger in den beiden Gemeinden erheblich sinkt, muss die wachsende Zahl der „fitten Älteren“ verstärkt gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Wie sich die Potenziale der Generationen in der nachberuflichen und nachelterlichen Phase aktivieren lassen, soll in dem Projekt modellhaft demonstriert werden.

In einer ersten Projektwerkstatt am 28.9.2004 wurden mit den eingeladenen Vereinen und Verbänden aus den beiden Gemeinden die Möglichkeiten einer verstärkten Aktivierung der älteren Bürgerinnen und Bürger diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass allgemeine Offerten der örtlichen Vereine und Initiativen zu ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit nicht genügen. Viele Vereine in Bad Sachsa und Walkenried sind in Folge der Überalterung ihrer Mitglieder und Vorstände selber zu einer Belebung des bürgerschaftlichen Engagements nicht mehr in der Lage. Deshalb wurde als Ziel der Werkstatt, die Entwicklung eines entsprechenden Aktivierungskonzeptes beschlossen. Vereine, Verbände und Initiativen sollen durch Netzwerkbildung sich gegenseitig in ihrer Organisationskraft unterstützen und Angebote für erweiterte und neue ehrenamtliche Tätigkeiten entwickeln. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, Vereine und Verbänden unter Leitung des Bürgermeisters der Samtgemeinde Walkenried, Frank Uhlenhaut, hat in Besprechungen am 25.10.2004, 22.11.2004 (mit Iris Bunzen-dahl, Koordinierungsstelle Freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen) und 24.2.2005 (Besichtigung der Freiwilligenagentur Goslar) vorbereitende Überlegungen angestellt. In Kooperation der Stadt Bad Sachsa und der Samtgemeinde Walkenried soll modellhaft ein derartiges „Netzwerk Ehrenamt“ als Kooperationsbasis einer Freiwilligenagentur („Bürgerbörse“) aufgebaut werden.

Nachfrage und Angebot an bürgerschaftlichen Tätigkeiten in den beiden Gemeinden sollen von einer „Bürgerbörse“ ermittelt und vermittelnd zum Ausgleich gebracht werden. Dabei sind folgende Vermittlungsarten zu unterscheiden:

- Institutionelle Tätigkeiten: Freiwillige Arbeit im Rahmen von gemeinnützigen Institutionen (Vereine, Verbände, Initiativen) zur Sicherung des gesellschaftlichen Lebens in der Gemeinde. Die Tätigkeitsfelder umfassen das gesamte Spektrum soziokultureller Aktivitäten. Die Bürgerbörse sucht und berät einerseits interessierte Freiwillige andererseits interessierte Institutionen zu den Möglichkeiten und Bedingungen der angebotenen bzw. nachgefragten Tätigkeiten und versucht beides passgenau zur Deckung zu bringen.
- Individuelle Hilfen: Ein wachsender Bedarf an nachbarschaftlichen Hilfen in Familie und Haushalt entsteht aus den demographischen Veränderungen (weniger jüngere, mehr ältere, mehr kleinere Haushalte). Die Bürgerbörse vermittelt bürger- und nachbarschaftliche Hilfen zwischen hilfswilligen und hilfebedürftigen Personen.
- Personelle Dienste: Im Rahmen entsprechender Vereinbarungen könnte die Bürgerbörse auch die Vermittlung von honorierten Dienstleistungen wie Kindertagespflege, Fahrdienste, Betreuungsdienste übernehmen.

Mit den an der Vermittlung von Ehrenamtlichen interessierten Institutionen wird eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Hierfür in Frage kommen 95 Vereine in Bad Sachsa und 75 Vereine in Walkenried. Die Kooperationspartner melden der Vermittlungsstelle geeignete Tätigkeiten für Mitwirkungswillige. Sie

erhalten bei Übereinstimmung der Profile die entsprechenden Informationen über die interessierten Ehrenamtlichen. Das Kooperationsnetz beteiligt sich an der Finanzierung der Bürgerbörse. Die Bürgerbörse benötigt eine hauptamtliche Vollzeitkraft für die professionellen Managementaufgaben. Im Verbund damit können ehren- und nebenamtliche Kräfte eingesetzt werden. Als Anlaufstelle und Büro wird ein Laden in zentraler Lage von Bad Sachsa benötigt. In Walkenried wird eine Nebenstelle eingerichtet.

Die Finanzierung von Personal- und Sachkosten soll jeweils zu einem Drittel durch die beiden Gemeinden, die Institutionen sowie das Land Niedersachsen erfolgen. Zur Erlangung von Landesmitteln soll ein Antrag gem. „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von innovativen Projekten des bürgerschaftlichen Engagements (AV d. MJ v. 17.7.2002)“ gestellt werden. Die Förderung erfolgt durch das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familien und Gesundheit.

Im nächsten Arbeitsschritt müssten die Träger und Kooperationspartner für die Bürgerbörse gewonnen werden. Hier bietet es sich an, die 170 Vereine und Verbände aus den beiden Gemeinden zu einer Werkstatt einzuladen und mit ihnen das Projekt einer „Bürgerbörse Bad Sachsa / Walkenried“ zu erörtern. Wenn das Projekt positiv aufgenommen wird, müssten Entwürfe für die Trägerschafts-, Kooperations- und Finanzierungsvereinbarungen erarbeitet sowie der Zuschussantrag gestellt werden.

8.4.3 Projektwerkstatt 29.9.2005: Konzept Bürgerbörse

Begrüßung

Frau Hofmann, Bürgermeisterin der Stadt Bad Sachsa, begrüßt die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu der Werkstatt, zu der gemeinsam mit der benachbarten Samtgemeinde Walkenried und dem Regionalverband Südniedersachsen eingeladen wurde. Sie verspricht sich von der heutigen Veranstaltung eine Unterstützung für die Vereine und Verbände, neue Potenziale zur Mitwirkung zu gewinnen. Dies könne für das Gemeinschaftsleben in den beiden Gemeinden förderlich sein. Frau Hofmann begrüßt besonders die Mitwirkenden der heutigen Veranstaltung und dankt für Ihren Einsatz: Frau Lönne-Peters von der FreiwilligenAgentur Goslar, Frau Riethig von der Nachbarschaftshilfe Bovenden, Frau Wollf und Herrn Dr. Cassing vom Regionalverband Südniedersachsen.

Herr Uhlenhaut begrüßt die Anwesenden als Bürgermeister der Samtgemeinde Walkenried. Er weist auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in den örtlichen Vereinen und Verbänden hin. Insbesondere für den wachsenden Anteil älterer Menschen könnten neue Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements durch eine gemeinsame Aktion der Vereine und Verbände erschlossen werden.

Vorstellung

Frau Wollf stellt den geplanten Ablauf der Veranstaltung vor:

- Einführung in das Thema
- Beispiele
 - FreiwilligenAgentur Goslar
 - Nachbarschaftshilfe Bovenden
- Pause
- Werkstatt
 - Bedarf der Vereine
 - Wie organisieren? Nächste Schritte
- Ende 21.30 Uhr

Anschließend stellen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor (vgl. anl. Liste).

Einführung

Herr Cassing stellt die Aufgabenstellung des "Modellvorhabens der Raumordnung - Infrastruktur und demographischer Wandel" vor, das den Rahmen der heutigen Werkstatt bildet: Der Regionalverband

arbeitet an diesem vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ausgeschriebenen Projekt zusammen mit fünf weiteren Modellregionen in Deutschland. Am Beispiel von konkreten Projekten sollen die Auswirkungen von Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung auf die soziale Infrastruktur untersucht und innovative Ansätze zur Weiterentwicklung erprobt werden. Vier kommunale Erprobungsräume wirken hierbei mit, so auch Walkenried / Bad Sachsa. Die Region Südniedersachsen hat bundesweit einen überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen. Im Südharz finden wir bundesweit Spitzenwerte im Alterungsgrad. Der Alterungsprozess ist soweit fortgeschritten, dass die absolute Zahl der Über-60-jährigen bereits sinkt, ihr Anteil aber wegen mangelnder Geburten und Zuwanderungen weiterhin steigt. Die Schrumpfung hat Risiken; so wird das Potenzial an ehrenamtlichen Kräften abnehmen. Die Alterung hat aber auch Chancen; es gab noch nie so viele gut ausgebildete, gesundheitlich fitte und finanziell gut versorgte Senioren. Viele haben das Bedürfnis, nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben und nach dem die Kinder "aus dem Haus" sind, sich weiter nützlich zu machen und zum Gemeinschaftsleben beizutragen. Andererseits fehlt es den Vereinen, Verbänden und Initiativen an ehrenamtlicher Mitarbeit. Auch Hilfe in der Nachbarschaft wird benötigt. Angebote und Nachfragen finden nicht einfach zusammen, sondern bedürfen der aufsuchenden und vermittelnden Organisation. Dazu haben wir vor einem Jahr hier eine erste Werkstatt veranstaltet. Ein damals gebildeter Arbeitskreis hat sich mehrfach getroffen und ein Modell für eine "Bürgerbörse" entwickelt, die bürgerschaftliches Engagement vermittelt. Zwei Best-Practice-Beispiele dazu wurden heute eingeladen. Unter der Moderation von Frau Wolff werden die Werkstattteilnehmer und -teilnehmerinnen um ihre Mitwirkung bei der Entwicklung entsprechender Ideen für Bad Sachsa und Walkenried gebeten.

FreiwilligenAgentur Goslar

Frau Lönne-Peters stellt Organisation und Funktion der "FreiwilligenAgentur Goslar" vor (vgl. www.freiwilligenagentur.goslar.de). Träger ist das Diakonische Werk. Es wird unterstützt von einer "Kooperationsgemeinschaft" aus Vereinen und Verbänden wie Bürgerstiftung, Elisabethstift, Ev.-luth. Kirchenverband Goslar, Goslarer Wohnstättengesellschaft mbH, Lokale Agenda 21-Gruppe Goslar, Stadt Goslar, St. Jakobushaus, Miteinander e.V., AWO-Kreisverband Goslar. Die Agentur informiert und berät Institutionen und Bürger über die Möglichkeit, sich freiwillig und ehrenamtlich zu engagieren:

- Sie stellt Kontakte zu Einrichtungen und Projekten her, in denen Hilfe benötigt wird;
- Sie unterstützt die freiwillig Tätigen und die Einrichtungen durch beratende Aufgaben;
- Sie bringt durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit ehrenamtliches Engagement in den Blickpunkt;
- In ihrem Interesse liegt die Entwicklung von neuen Projekten in der Freiwilligenarbeit.

Frau Lönne-Peters schildert eingehend die Gründungsphase der Agentur. Vor fünf Jahren bestand in Goslar eine ähnliche Fragestellung wie bei der heutigen Veranstaltung. Es gab Bedarf an ehrenamtlichen Helfern und Angebote an ehrenamtlicher Betätigung, die zusammengeführt werden sollten. Da nicht jeder Verein dieses Problem allein lösen konnte, wurde eine Kooperation zur Gründung der Agentur vereinbart. In den letzten drei Jahren gab es in der Agentur insgesamt 2.160 Besucher. 357 Freiwillige und 456 Organisationen wurden beraten. Von den vermittelten Personen war die Hälfte im Rentenalter, zwei Drittel waren Frauen. Die Beratungs- und Vermittlungsgespräche dienen der Profilaufnahme der Interessierten und dauern eine bis eineinhalb Stunden. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in speziellen Freiwilligen-Projekten (z.B. Gründung eines Tierschutzvereins, Besuchsdienst mit Hunden für Demenzerkrankte, Bau eines Walderlebnispfades). Die Agentur arbeitet in einem z. Zt. kostenfrei von einem Sponsor bereitgestellten Laden in der Innenstadt. Eine hauptamtliche Leiterin und 12 ehrenamtliche Helfer im Ladenteam gewährleisten regelmäßige Öffnungszeiten. Der Finanzbedarf beträgt 40.000 bis 45.000 € Personalkosten und 10.000 € Sachkosten im Jahr. Die Finanzierung wird durch Zuschüsse der Kooperationspartner, Zuwendungen des Landes und der Stadt Goslar sowie Spenden gesichert.

Nachbarschaftshilfe Bovenden

Frau Riethig berichtet über die Arbeit der "Erweiterten Nachbarschaftshilfe Bovenden (ENB)", die seit 1997 in der AWO-Begegnungsstätte als Vermittlungs- und Kontaktstelle zur Initiierung und Anbindung

ehrenamtlicher Kräfte in der Gemeinwesenarbeit arbeitet. Die ENB ist eine Gemeinschaft von Bovender Bürgerinnen und Bürgern, die nachbarschaftliches Zusammenleben unter dem Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe wirksam fördern will. Hier finden sich Menschen zusammen, die meistens ihre Berufsphase beendet haben, die über ihre Zeit verfügen und den Wunsch haben, gelegentlich etwas für andere zu tun. Begegnung und bürgerschaftliches Engagement sind die Grundelemente der Arbeit in der ENB. Die Zeittauschidee hat inzwischen großen Anklang gefunden und zwar nicht nur bei den älteren Bovendern, sondern es melden sich auch immer mehr jüngere. Die ENB vermittelt Nachbarschaftshilfen aller Art. Kleine Hilfestellungen im Haushalt, beim Einkaufen, im Garten, bei Arzt- oder anderen Besuchen können für einzelne, insbesondere ältere Personen eine große Hilfe sein. Die Arbeit wird begleitet von einem Beirat, der für zwei Jahre berufen wird. Die Nachbarschaftshilfe Bovenden umfasst z. Zt. 110 Teilnehmer, von denen zwei Drittel über 60 Jahre alt sind. Bei Eintritt in den Tauschring werden als "Tauschwährung" 60 Einheiten zu je 30 Minuten gutgeschrieben. Angebot und Nachfrage werden über eine viermal jährlich erscheinende Tauschzeitung transparent gemacht. Es hat sich ein breites Angebot an Gruppenaktivitäten etabliert wie Wandergruppe, Singkreis, Tanzkreis. Das Bovender Modell dient als Vorbild für Nachbarschaftshilfe-Projekte des Landkreises Göttingen am Beispiel der Gemeinden Friedland und Rosdorf.

Werkstatt

Frau Wolff trägt die Ergebnisse der Diskussion zu den folgenden Punkten auf Wandtafeln zusammen:

a) Was an den Modellen Goslar und Bovenden ist interessant?

- Fördermittel (Land, Lotto, Toto, Stiftungen)
- Bedarf feststellen (Workshops, Fragebögen, Was kann man zusammen machen?)
- Begleitung durch Zeitung
- Anlaufstelle (Büro mit komp. Leuten)
- Träger
- Vermittlung von Freiwilligen kostenlos (einzelne Vereine spenden)

b) Wie ist der Bedarf der Vereine?		Engagierte Leute, die Interessen und Bedarf in den Vereinen bündeln (Moderatoren)		
	Kur- und Verkehrsverein: Helfer bei Veranstaltungen + Vorsitzenden (ordentlich)	Schützenges. Bad Sachsa: Handwerker (Zimmerleute /Maurer)	TSV Bad Sachsa: Helfer bei Veranstaltungen	Jugendinitiative Bad Sachsa: Helfer für Sonderveranstaltungen
	Kulturforum Bad Sachsa: Aufsicht bei Veranstaltungen (Kunsthandwerkermarkt)	Schützenges. Bad Sachsa: Handwerker (Maler /Tischler)	TSV Bad Sachsa: Sponsorengewinnung für Allgemeinen Sport	Jugendinitiative Bad Sachsa: Pressewart
SoVD: Tanzkreisleiter für Senioren	Kulturforum Bad Sachsa: Austragen von Plakaten	Schützenges. Bad Sachsa: Fortsetzung der Vereinschronik ab 1987	TSV Steina: Übungsleiter	Jugendinitiative Bad Sachsa: Hausmeisterliche Tätigkeiten
SoVD: Schriftführer	Kulturforum Bad Sachsa: Kassieren bei Veranstaltungen	Schützenges. Bad Sachsa: Fahr-/Transportgelegenheit für Jugendmannschaften	TSV Steina: Sportstättenpflege	Jugendinitiative Bad Sachsa: Hauswirtschaftliche Tätigkeiten
	Deutscher Hotel- u. Gaststättenverband (DEHOGA): Schriftführer/in		TSV Steina: Sponsorengewinnung	
			TSV Steina: Hilfe bei Veranstaltungen	
Fk Glas-/Hüttenmus. Wieda: Handwerker: Tischler, Maler, Computer-Fachmann	Förderverein Dorfgemeinschaft Neuhof: Helfer für kulturelle Veranstaltungen	Jugend- und Bildungshaus: FahrerInnen für Jugendgruppen	Kinderladen Sterntaler: Hilfe im Hausmeisterbereich (Pflege von Außenanlagen)	DRK Orstverein: dringendst ehrenamtliche Helfer für die Bereitschaft
Fk Glas-/Hüttenmus. Wieda: Museumsaufsicht anl. der Öffnungszeiten	Förderverein Dorfgemeinschaft Neuhof: Sponsorengewinnung für Dorfchronik	Johanniter OV Zorge: Jugendbetreuung 2x/Woche ca. 2 Std.		
Grenzlandmus. Bad Sachsa: Führungspersonal Fachwissen				Südharzer Eisenbahnfreude: aktive, handwerklich begabte Mitglieder
Fördver. Heimatmus. Zorge: Fachmann zur Restaurierung von Exponaten		Verein Rotes Höhenvieh: Helfer mit handwerklichen Fertigkeiten		

c) Ideen

- Kooperation Zwischen Vereinen
- Presse-Öffentlichkeit herstellen (Herr Dr. Cassing)
- Gründung von Planungsgruppe, Vorbereitung des 2. Workshops, Mittwoch 2.11. vormittags (Frau Nicoloff, Herr Gorlt, Frau Müller, Frau Mursal-Dicty)
- Stelle für Info
- In Vereine reintragen (alle)
- Termin festlegen für 1.Sitzung (in einem Monat: 21.11.), Einladung an alle Vereine
- "Jobbörse" (Handwerker)
- Aufruf in Zeitung
- Einladung 1. Sitzung Planungsgruppe (Frau Hofmann, Herr Uhlenhaut)

Schlusswort

Es wird verabredet, am 21. November, 19 Uhr eine weitere Werkstatt zur Ergänzung der bisherigen Ergebnisse durchzuführen. Die Planungsgruppe bereitet in der Sitzung am 2.11. die Einladung vor. Frau Hofmann, Herr Uhlenhaut und Herr Dr. Cassing bedanken sich für die rege Teilnahme und die engagierte Beteiligung der Vereine und für die erfolgreiche Moderation bei Frau Monika Wolff. Sie heben das konstruktive Ergebnis der Werkstatt hervor und unterstützen den weiteren Kooperationsprozess.

Teilnehmerliste

Name	Institution	Anschrift
Gerhard Cassing	Regionalverband Südniedersachsen	Barfüßerstr. 1, 37073 Göttingen
Monika Wolff	Moderation	Kiesseestr. 53 b, 37083 Göttingen
Sybille Prange	Sozialverband Deutschland (SoVD) Bad Sachsa	Am Kurpark 1-3, 37441 Bad Sachsa
Gerlinde Ernst	Sozialverband Deutschland (SoVD) Bad Sachsa	Am Kurpark 1-3, 37441 Bad Sachsa
Rainer Prange	Südharzer Eisenbahnfreunde	Pfaffenberg 28 A, 37441 Bad Sachsa
Ingeborg Ehrenberg	DEHOGA Ortsverband Bad Sachsa	Bismarckstr. 20, 37441 Bad Sachsa
Harald Bernhardt	Gemeinde Zorge	Walkenrieder Str. 2, 37449 Zorge
Detlef Roggenbach	Förderverein Heimatmuseum Zorge	Waldsaumweg 5, 37449 Zorge
Wilfried Ristau	Tennisclub Bad Sachsa	Blankenburger Str. 1a, 37445 Walkenried
Wolfgang Buckmann	Schützengesellschaft Bad Sachsa	Lönsstr. 1, 37441 Bad Sachsa
Mario Duensing	TSV Steina	Tettenborner Str. 6, 37441 Bad Sachsa
Günter Klapproth	TSV Bad Sachsa	Lange Str. 58, 37441 Bad Sachsa
Wolfgang Hebestreit	Förderverein Dorfgemeinschaft NeuhoF	Lange Str. 44, 37441 Bad Sachsa
Herbert Böhling	Johanniter Unfall-Hilfe OV Zorge	Sachsauer Weg 7, 37449 Zorge
Silke Mursal-Dicty	Jugendinitiative Bad Sachsa	Jugendherbergsstr.5a, 37441 Bad Sachsa
Dieter Rempel	Förderkreis Glas- und Hüttenmuseum Wieda	Teichwiese 5, 37447 Wieda
Siegfried Gorlt	Verein zur Erhaltung des Harzer Roten Höhenvieh	Kastental 29, 37447 Wieda
Ingrid Nicoloff	KulturForum Bad Sachsa	Pfaffenberg 33, 37441 Bad Sachsa
Brigitte Niehof	KulturForum Bad Sachsa	Pfaffenberg 33, 37441 Bad Sachsa
Brigitte Köttner	Kinderladen Sterntaler	Kupferbergstr. 19, 37441 Bad Sachsa
Silke Müller	Deutsches Rotes Kreuz OV Sachsa	Goethestr. 2, 37441 Bad Sachsa
Roswitha Becker	Deutsches Rotes Kreuz OV Sachsa	
Rainer Böhle	Grenzland Museum Bad Sachsa	Mackenroder Str. 1b, 37441 Bad Sachsa
Hans-Dieter Grünberg	VDK Kreisverband Harz	Mosebergstr. 24, 37441 Bad Sachsa
Reinhilde Steinmetz		Blankenburger Str. 31, 37445 Walkenried
Frank Uhlenhaut	Samtgemeinde Walkenried	Bahnhofstr. 17, 37445 Walkenried
Helene Hofmann	Stadt Bad Sachsa	Bismarckstr. 1, 374431 Bad Sachsa
Karl-Heinz Woyda	Freiwillige Feuerwehr Bad Sachsa	Rosenweg 6, 37441 Bad Sachsa
Monika Lönne-Peters	FreiwilligenAgentur Goslar	Breite Str. 98, 38640 Goslar
Ingeborg Riethig	AWO Bovenden - Nachbarschaftshilfe	Am Korbhufe 6, 37120 Bovenden

8.4.3 Projektwerkstatt 21.11.2005: *Gemeinsame Anlaufstelle der Vereine*

9 Projektvorbilder: *Best-Practice-Modelle*

9.1 Familienzentrum Uslar: *Projektbeschreibung Mehrgenerationenhaus*

Doris Fricke (Familienzentrum Uslar e. V.)

Die Idee eines Familienzentrums für Uslar ist das Produkt eines längerfristigen Planungsprozesses im Rahmen der Jugendhilfeplanung für die Region Uslar/Bodenfelde. Die Mitglieder der Planungsgruppe (VertreterInnen der Freien Träger, des Allgemeinen Sozialdienstes, der Erziehungsberatung, der Kindergärten und Schulen, Jugendpfleger) sahen aus ihrem jeweiligen Aufgabengebiet und ihren Erfahrungen heraus übereinstimmend den Bedarf für eine solche Einrichtung. Die Situation der Region Uslar ist gekennzeichnet von einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und einer relativ schwachen Infrastruktur – insbesondere auch im Bereich sozialer Dienste. Sie ist geprägt von einer starken Belastung von Eltern (Alleinerziehenden wie Familien) und oft auch von einer weitgehenden Isolation von Familien, aber auch von älteren Menschen. Die Mitglieder der Planungsgruppe waren der gemeinsamen Überzeugung, dass die Bereitstellung ausreichender Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Kinder und Jugendliche in Uslar und Umgebung sich nicht allein durch weitere Angebote erreichen lässt, die im Einzelfall nur auf das jeweilige Kind/die jeweilige Familie bezogen sind.

Auch in der breiteren politischen und fachlich-pädagogischen Diskussion wird zunehmend die Einsicht artikuliert, dass viele Familien mit der Bewältigung ihres Alltages, insbesondere ihrer Erziehungsaufgaben allein überfordert sind. So wird beispielsweise im 11. Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2001) festgestellt, „dass sich die Lebensbedingungen und die Lebensführung von Kindern in der gegenwärtigen Gesellschaft grundlegend geändert haben und dass verantwortliches Handeln der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern heute nur noch auf dem Hintergrund einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen denkbar ist“. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende und Familien in besonderen Problem- und Belastungssituationen. „Entscheidend für eine zukünftige Modernisierung des Sozialstaates im Interesse von Kindern und Jugendlichen ist aus Sicht der Kommission ein Perspektivenwechsel. In den Vordergrund rücken muss die stärkere politische Gestaltung der sozialen Infrastruktur für Familien, Kinder und Jugendliche, verbunden mit einem Ausbau sozialer Dienstleistungen und Hilfen zur Stärkung eigener Ressourcen, wie sie bspw. in der Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck kommen kann.“

Für den Mehrgenerationenansatz im Rahmen dieser Planungen spricht, dass man in vielen Punkten von gemeinsamen oder aber sich gegenseitig ergänzenden Bedürfnissen der unterschiedlichen Personen- und Altersgruppen ausgehen kann. Dazu führt z.B. der Dritte Bericht zur Lage der älteren Generation (Hg. s. o., Berlin 2002) aus: „Viele der jungen Alten suchen heute Rollen jenseits des Erwerbslebens, die sich deutlich von früher vorherrschenden passiven und verlustorientierten Altersentwürfen absetzen, sowie neue Aufgaben, in denen ihre Erfahrungen und Kompetenzen gefragt sind.“ Für die ältere Generation allgemein wird in diesem Bericht gefordert: „Umwelten alter Menschen sollten nie auf die unterstützende und Selbstständigkeit erhaltende Funktion reduziert werden.“ Sie sollten darüber hinaus zu Handlungen anregen, Sozialkontakte erleichtern und „Möglichkeitenräume“ zur Entfaltung von Eigeninitiative bereitstellen. „Umwelten sind jedoch nicht nur eine wichtige Ressource für alte Menschen; diese sind gleichzeitig auch eine Ressource für Umwelten und Umweltgestaltung.“

Als die Planungsgruppe mit ihren Überlegungen an die Öffentlichkeit trat, fand die Idee so große Resonanz, dass sich kurze Zeit später eine engagierte Arbeitsgruppe aus fachlichen und privat interessierten Personen gründete, um die Idee eines Familienzentrums umzusetzen. Als im Sommer 2003 das Programm „Mehrgenerationenhäuser“ der Landesregierung bekannt wurde, zeigte sich, dass die Grundidee des Familienzentrums: einen Treffpunkt für das Miteinander von Jung und Alt zu schaffen, den Grundgedanken des Mehrgenerationenhauses entsprach. Mittlerweile hat sich der Verein „Familienzentrum

Uslar“ gegründet, der sich mit der konkreten Umsetzung des Familienzentrums beschäftigt. Seit dem 1.7.2005 ist das „Familienzentrum Uslar“ in Betrieb. Es wird gefördert als Mehrgenerationenhaus vom Niedersächsischen Sozialministerium, das die Personalkosten für einen begrenzten Zeitraum von 5 Jahren zugesagt hat. Einen Teil der Sachkosten tragen die Stadt Uslar und der Landkreis Northeim.

Ziel der Einrichtung eines Familienzentrums in Uslar ist es, - besonders vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in dieser Region - einen Prozess zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Gang zu setzen, in den Menschen aller Bevölkerungs- und Altersgruppen einbezogen sind. Nach dem Leitgedanken „Von Belastung zu Entlastung - von Isolation zu Kommunikation“ soll ein Ort entstehen, an dem man andere Menschen treffen, sich austauschen, sich informieren, sich einbringen, zusammenaktiv werden oder Hilfe finden kann. Es soll ein Möglichkeitsraum zur Entfaltung von Eigeninitiative bereitgestellt werden.

Den Schwerpunkt der Aktivitäten in der Startphase bildet ein Cafe´ als Treffpunkt und Anlaufstelle. Dadurch, dass der Treffpunkt mitten in der Stadt liegt und für alle offen steht (ohne Konsumzwang oder Zugangsberechtigung über Mitgliedschaft) sollen Schwellenängste möglichst niedrig gehalten werden. Verlässliche Öffnungszeiten und feste AnsprechpartnerInnen sorgen für Kontinuität und schaffen einen stabilen Rahmen für mögliche neue Erfahrungen. Zur Zeit ist das Familienzentrum von Montag bis Freitag 9.30 – 16.30 Uhr geöffnet. Es gibt erste Angebote: einen täglich 7 Stunden geöffneten Treffpunkt mit Außenterrasse, jeden Vormittag ein gutes Frühstück, jeden Nachmittag eine gemütliche Kaffeestunde, jeden Freitagvormittag eine offene Kinderbetreuung, regelmäßige Vorlese- und Singstunden für ältere und jüngere Menschen, monatlich ein internationales Frühstück, ansonsten Platz für spontane Aktivitäten (auch abends und am Wochenende), Platz und Unterstützung für Gruppen.

Aus diesem neuen Treffpunkt heraus können schon sehr bald weitere Angebote entstehen zur Ermöglichung neuer Erfahrungen zwischen Jung und Alt. Es kann davon ausgegangen werden, dass es in vielen Punkten gemeinsame oder sich ergänzende Bedürfnisse der verschiedenen Personen- und Altersgruppen gibt. Junge und alte Menschen haben hier die Möglichkeit, sich gegenseitig zu erleben und ihre Kenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben. So können Ältere von Jüngeren z.B. den Umgang mit neuer Technologie lernen, Ältere können ihre Sichtweise, ihr Wissen an Jüngere weitergeben, z.B. durch Angebote wie Socken stricken, Fahrräder flicken, Sternenkunde. Auch Schüler können hier eine Anlaufstelle finden bei Problemen mit den Hausaufgaben oder aus anderen Anlässen. Hier kann die Erfahrung gemacht werden, dass jede Person gebraucht wird, Unterstützung finden und geben kann

- als Treffpunkt für junge Mütter und Väter und zum Aufbau von neuen sozialen Kontakten noch vor der Kindergartenzeit. Gerade bei jungen Familien treten häufig neue, bis dahin unbekannte Alltagsorgen auf. Darum soll das Familienzentrum auch ein Treffpunkt für junge Eltern sein zum Erfahrungsaustausch, zur gegenseitigen Beratung und Hilfestellung. Die Kinderbetreuung kann die Eltern konkret entlasten. Außerdem haben Kinder hier die Möglichkeit, schon vor dem Kindergartenalter erste soziale Kontakte zu knüpfen.
- ältere Menschen können hier - neben der Möglichkeit, Kontakte zu Jüngeren zu knüpfen - auch Gelegenheit finden, sich untereinander kennen zu lernen und auszutauschen.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen garantieren eine verlässliche Öffnungszeit und stehen als ständige Ansprechpartnerinnen zur Verfügung – sowohl für die BesucherInnen des Cafes, der Angebote im Zentrum sowie für Menschen mit weiteren Ideen, die sich im Familienzentrum einbringen möchten. Sie geben Hilfestellung bei der freiwillig eingebrachten Arbeit und sie koordinieren den Ablauf. Für bestimmte Arbeitsbereiche sollen Honorarkräfte zuständig sein. Sie arbeiten gleichberechtigt mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und bilden mit ihnen ein Team. Sollten die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, ist beabsichtigt, möglichst auch weitere Freiwilligen-Mitarbeit zumindest symbolisch zu entlohnen.

9.2 Familienzentrum Bodenfelde: Projektbeschreibung Ausbau des Kindergartens

Hanna Reiche (Diakonisches Werk Leine-Solling)

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung des Landkreises Northeim wurde im Sozialraum Uslar/Bodenfelde ein besonderer Bedarf an Familien fördernden Maßnahmen festgestellt. Seit Jahren weist diese Region eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Südniedersachsen auf; derzeit beträgt sie 13,9 % (Stand Juli 2005). Die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter 18 Jahren liegt in Bodenfelde, in Relation zur altersgleichen Gesamtbevölkerung des Landkreises Northeim, mit 10,86 % an dritthöchster Stelle (Sozialatlas, Stand 12/1999). Viele Familien leben in prekären Lebensverhältnissen und sind mit der Bewältigung ihres Alltags, insbesondere ihrer Erziehungsaufgaben, allein überfordert. Die soziale Infrastruktur, insbesondere auch im Bereich familienbezogener Dienste, ist bisher relativ schwach ausgeprägt, so dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Nach dem Leitgedanken „Von Belastung zu Entlastung – von Isolation zu Kommunikation“ sollen Familien in ihrer Familienfähigkeit unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Familien in belasteten Lebenslagen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind darauf ausgerichtet, soziale Integration von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien zu fördern, Benachteiligungen abzubauen, die Rahmenbedingungen des Alltags zu verbessern, familienbezogene Angebote der Beratung und Unterstützung zugänglich zu machen und zu sichern, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken, die Selbsthilfepotentiale der Familien zu fördern, das Zusammenleben der Generationen zu verbessern, soziale Netze zu knüpfen und zu stärken. Der Ev.-luth. Kindergarten Bodenfelde soll hierbei als Impulsgeber für den Aufbau neuer tragfähiger Unterstützungssysteme im Gemeinwesen wirken und darüber zu verbesserter Lebensqualität von Kindern und Familien beitragen. Er entwickelt sich damit von der Aufgabe der individuellen Hilfeleistung für einzelne Familien hin zur Gemeinwesenorientierung und nimmt somit Integrationsfunktion im Sozialraum Bodenfelde wahr.

Zielgruppe dieses Projektes sind alle Familien mit Kindern in der Region Bodenfelde. Sie beschränkt sich ausdrücklich nicht auf die jeweiligen Eltern und Kinder, die den Ev.-luth. Kindergarten besuchen. Da es bei der sozialräumlich orientierten Familienförderung insbesondere darum geht, die Fähigkeiten und sozialen Ressourcen von Personen, Gruppen oder Nachbarschaften zu entfalten und in die Problemlösung einzubeziehen, sind zunächst weitere Zielgruppen die bereits vorhandenen Akteure vor Ort: Die Kirchengemeinde mit ihren diakonischen Angeboten, z.B. ihren Eltern-Kind-Gruppen und Frauengesprächsgruppen, die Kommune; Nachbarschaftshilfe Bodenfelde, Länger-aktiv-bleiben-Gemeinschaft, IGS Bodenfelde, Ev.-luth. Freizeitheim Wahmbeck, Vereine und Verbände, Firmen und Privatpersonen.

Die Familien fördernden Maßnahmen sollen durch eine Angebotserweiterung, ergänzend zu den bisherigen zentralen Aufgaben einer Kindertageseinrichtung (Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern), sukzessiv entwickelt werden. Diese Maßnahmen sollen auf drei Säulen basieren: Die Optimierung institutioneller Hilfen, die Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen und die Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfen, wobei sich die konkrete Ausgestaltung an den Bedürfnislagen der Familien orientieren soll. Um diese in Erfahrung zu bringen, müssen Beteiligungsformen entwickelt und Interaktionsprozesse aktiviert werden. Ausgangspunkt dafür könnte ein regelmäßig stattfindender Treffpunkt sein. Als mögliche Maßnahmen kommen in Betracht: „Hilfen unter einem Dach“ durch Beratungsangebote der bestehenden Einrichtungen (Allgemeiner Sozialdienst und Erziehungsberatungsstelle des Jugendamtes, Ärzte, Wohlfahrtsverbände usw.), Info-Broschüre mit Anlaufstellen und Hilfeangeboten, Eltern-Training, Selbsthilfegruppe für Alleinerziehende, Tauschbörse für Dienste / Sachen (z.B. Babysitterdienst, „Großeltern-Dienst“, Nachbarschaftshilfe, Kinderkleidermarkt, Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe).

Um das vorhandene Rahmenkonzept inhaltlich und strategisch weiter zu entwickeln, wurde im Oktober 2004 eine Steuerungsgruppe gebildet, die während der gesamten Projektdauer als zentrale Akteurin

agieren soll. Sie wird zusammengesetzt aus Vertreterinnen des Kindergartens, des Trägers, der Elternschaft, des Diakonischen Werkes, der Kommune und des Kreis-Jugendamtes. Für die inhaltlich-fachliche Beratung und zur Unterstützung der Prozesssteuerung soll eine der nahe gelegenen Fachhochschulen hinzugezogen werden. Erste Kontakte zur Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Holzminden sind hergestellt und sollen weiter verfolgt werden. Der Projektstart erfolgt zum 1. Oktober 2005. In der Startphase wird das Projekt „Familienzentrum“ der Öffentlichkeit in Form einer Kampagne bekannt gemacht. Mit Hilfe beteiligungsorientierter Methoden (Workshops, Befragungen etc.), sollen Bedarfe und Bedürfnisse für familienunterstützende Maßnahmen eruiert werden, die dann als Einzelprojekte und Maßnahmen verwirklicht werden sollen. Die dreijährige Projektlaufzeit endet im September 2008.

Um ein solch umfassendes Konzept der Familienförderung in die Praxis umsetzen zu können, bedarf es zusätzlicher Personalkapazitäten, da die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen. Zum einen ist eine professionelle Fachkraft (Dipl. SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn) erforderlich, die die Koordination des Gesamtprojektes sicherstellt (29 Std./Woche). Eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung und Implementierung des Konzeptes innerhalb des Kindergartens und seines Trägers kommt der Kindergartenleitung (Erzieherin) zu. Da dies im Rahmen der vorhandenen Arbeitskapazitäten (1/2 Stelle) nicht leistbar ist, soll eine Aufstockung der Arbeitsstunden erfolgen (5 Std./Woche). Dies gilt auch für das Kindergarten-Team (Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen, Heilpädagogin), das in den Entwicklungsprozess einbezogen werden und ihn befördern soll. Deshalb sollen hier zusätzliche Arbeitsstunden für projektbezogene Teambesprechungen bereitgestellt werden (2 Std./Monat/Mitarbeiterin). Darüber hinaus sollen für einzelne konkrete Maßnahmen (z.B. „Elterntaining“) Fachkräfte auf Honorarbasis eingestellt werden. Die Fachberatung erfolgt durch das örtliche Diakonische Werk.

Das Projekt „Familienzentrum“ leistet einen evidenten Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Sozialraum Bodenfelde. Durch den präventiven Ansatz der Familienförderung gelingt es, Familien in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken und aufwendigere Jugendhilfemaßnahmen zu vermeiden. Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten tragen zu einer neuen Qualität des Miteinanders bei, die Attraktivität des Lebensraumes nimmt dadurch insgesamt zu. Dieser Ansatz der Familienförderung als integrierter Bestandteil einer Kindertageseinrichtung soll modellhaft über einen Zeitraum von drei Jahren erprobt und bei Bewährung auf andere Gemeinden übertragen werden. Über eine ständige Zwischenbilanz und eine Evaluation werden Ergebnisse und Erfolge methodisch abgesichert. Dies kann zum einen wesentlich dabei helfen, die erreichten Ansätze weiterzuentwickeln und Folgeprojekte zu initiieren und umzusetzen, zum anderen dienen sie als Grundlage für eine Dokumentation, die in Form eines Praxishandbuches veröffentlicht werden und zur Nachahmung anregen soll. Während der Projektlaufzeit soll in den örtlichen Medien regelmäßig über Entwicklungen und über (Teil-) Ergebnisse berichtet werden. Positive öffentliche Resonanz stellt eine Triebfeder für gelingende Projektarbeit dar und unterstützt bei der Gewinnung neuer Akteure. Darüber hinaus soll über das Projekt „Familienzentrum“ informiert werden mit Hilfe von Faltblättern, der eigenen Homepage des örtlichen Diakonischen Werkes, Vorträgen in kirchlichen und kommunalen Gremien sowie in örtlichen und überörtlichen Fachkreisen.

Perspektivisch wird damit gerechnet, dass sich die während der dreijährigen Projektdauer aufgebauten Strukturen bewähren und es später gelingt, die Arbeit längerfristig abzusichern. Es ist beabsichtigt, noch mehr Kooperationspartner zu gewinnen und mit weiteren Finanzierungsquellen die Arbeit zu sichern, sowie zusätzliche Einzelprojekte und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, bzw. neue Themenfelder zu bearbeiten. Erfolgreich wäre dieses präventive Projekt der Familienförderung, wenn dadurch nachvollziehbar aufwendigere Jugendhilfemaßnahmen vermieden und so erhebliche öffentliche Mittel eingespart werden könnten. Damit könnte dem Landkreis die Möglichkeit zur Übernahme weiterer Kosten geben werden, da an anderer Stelle Mittel frei werden.

Verzeichnis der Literatur

- Amrhein, V. Die Rolle der Großeltern im Familienverband – und ihre Alternativen, Das Online-Familienhandbuch, www.familienhandbuch.de, 04/2005
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover 1998
- Bäcker, R., Handlungsfelder zur nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung, Manuskript www.regionalverband.de, Göttingen 2005
- Bertram, H., Rösler, W., Ehlert, N., Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/2005
- Blach, A., Irmen, E., Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 7/1999
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, Ausgabe 2002, Bonn 2002
- Deußmann, U., Die Macht der Kinder! Frankfurt a. M. 2005
- Dobritz, J., Lengerer, A., Ruckdeschel, K., Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken, Hrsg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 2005
- Cassing, G., Aufgaben einer koordinierten Planung der sozialen Infrastruktur im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung, Dissertation Technische Universität Hannover, 1977
- Cassing, G., Küppers, G., Koordinierte Planung sozialer Infrastruktur, Hrsg. ILS, Dortmund 1978
- Gerzer-Sass, Evaluation der Familienselbsthilfe, Das Online-Familienhandbuch, www.familienhandbuch.de, 04/2005
- Gruescu, S., Rürup, B., Nachhaltige Familienpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/2005
- Hellmann, M., Borchers, A., Familien- und Kinderfreundlichkeit, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Band 221, Stuttgart 2002
- Hüning, S., Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Haushalts- und Erwerbsstruktur in Südniedersachsen, Manuskript www.regionalverband.de, Göttingen 2004
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH, Handbuch zur örtlichen und regionalen Familienpolitik, Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart 1996
- Jaeckel, M., Schooß, H., Weskamp, H. (Hrsg.), Mütter im Zentrum – Mütterzentrum, Bilanz einer Selbsthilfebewegung, München 1997
- Kirsch, S., Generation – Blick auf einen pädagogischen Grundbegriff im erziehungswissenschaftlichen und im öffentlichen Diskurs, www.generationendialog.de, 03/2005
- Kortendiek, B., Mütterzentren – Selbsthilfeprojekte und Frauenöffentlichkeit, Bielefeld 1999
- Landkreis Northeim, Erziehungsberatungsstelle Uslar, Aufbau und Erprobung eines Familienzentrums, 2003
- Lütkes, A. Familienbildung vor Ort – Bildungsarbeit in Netzwerken, Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Rundbrief 02/2004
- Mackensen, R. (Hrsg.), Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933, Opladen 2002
- Mayer, S., Deutschland – Armes Kinderland, Plädoyer für eine neue Familienkultur, Frankfurt am Main 2002
- Meyer, R., Bosse, S., Das Göttinger Erzählcafé – eine Möglichkeit des öffentlichen Erinnerns, in: Heinzelmann, M. (Hrsg.), Facetten des Alters, Göttingen 2002
- Miegel, M., Die deformierte Gesellschaft, Ulm 2002
- Mönnich, E., Ruinöse Einwohnerkonkurrenz, in: Raumforschung und Raumordnung 1/2005
- Opaschowski, H. W., Der Generationenpakt – Das soziale Netz der Zukunft, Darmstadt 2004,
- Pestel Institut für Systemforschung e.V., Modellrechnungen zu Zukunft von Leben, Wohnen und Arbeiten in Duderstadt bis 2050, Hrsg.: Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Sparkasse Duderstadt, 2005
- Ristau, M., Der ökonomische Charme der Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/2005
- Rürup, B., Gruescu, S., Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik, Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003
- Schimany, P., Die Alterung der Gesellschaft, Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs, Frankfurt/Main 2003
- Schmidt, R., Mohn, L. (Hrsg.), Familie bringt Gewinn – Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt, Gütersloh 2004
- Schmidt, R., S:O:S: Familie – Ohne Kinder sehen wir alt aus, Berlin 2002

Verzeichnis der Abbildungen

Seite

1. Demographischer Regelkreis	5
2. Delphi-Planungsmethode	7
3. Netzplan Projektaktivitäten	8
4. Projektwerkstätten in Modellgemeinden.....	9
5. Generative Aspekte der Regionalentwicklung	10
6. Bestandsblatt generative Infrastruktur in den Gemeinden	11
7. Generationenwandel Südniedersachsen 2002 – 2020	12
8. Generationenprognose Südniedersachsen 2002 –2020 nach Kreisen	13
9. Bevölkerungsvorausberechnung 2002 – 2012 für die Kommunen nach Lage	14
10. Erwerbsfähige 2002 – 2012 nach Kreise und Altersgruppen	15
11. Abhängigenquote 2002 – 2012	17
12. Demographiepolitik	20
13. Zielableitung zur generationsübergreifenden Infrastruktur	21
14. Spektrum der sozialen Infrastruktur	22
15. Südniedersachsen als Generationen-Netzwerk	23
16. Modellbausteine für ein Familien-/Generationenzentrum	24
17. Aufgabenrahmen Familien-/Generationenzentrum	25
18. Modell „Familienzentrum“ nach Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung	26
19. Funktionsschema Familien-/Generationenzentrum	27
20. Länderübersicht zur Förderung von Familienzentren	28
21. Übersicht familien-/generationenpolitische Aktivitäten	29
22. Indikatoren für generationenspezifische Daseinsfunktionen	30
23. Einladungsflyer Strategieforum	32
24. Programmatik Mütterzentrum Hardegsen „Klatschmohn“ e.V.	35
25. Leitbildentwicklung mit Delphi-Methode	37
26. Aufbau Delphi-Fragebogen I	38
27. Auswertung Delphi-Befragung I nach Fragenkomplexen	39
28. Auswertung Delphi-Befragung II nach Fragenkomplexen	42
29. Poster-Ausstellung	44
30. Tagungskonzept zur Demographiepolitik in Südniedersachsen	48
31. Entwurf „Zielbaum“ Regionalentwicklung Südniedersachsen	51
32. Handlungskontext von Bevölkerungspolitik und Infrastrukturpolitik	53
33. Innovationen bei intergenerativen Dienstleistungsarten und -formen	55
34. Übertragbarkeit der Projekt-Erkenntnisse	56
35. Bevölkerungswandel 1987 – 2002 in den Gemeinden nach Lage	59
36. Bevölkerungsprognose 2002 - 2012 nach Kreisen und Altersgruppen	60
37. Bevölkerungsvorausberechnung 2002 – 2012 für die Gemeinden nach Alter und Lage	61
38. Generationenanteil „unter 5 Jahre“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	62
39. Generationenwandel „5 bis unter 15“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	63
40. Generationenwandel „15 bis unter 25“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	64
41. Generationenanteil „25 bis unter 45“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	65
42. Generationenwandel „45 bis unter 65“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	66
43. Generationenwandel „65 und älter“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	66
44. Generationenanteil „65 und älter“ 2002 – 2012 in den Gemeinden nach Lage	67
45. Bevölkerungswandel 2002 – 2012 für die Gemeinden nach Erwerbssalter und Lage	68
46. Abhängigenquote Junge 2002 –2012 in den Gemeinden	68
47. Abhängigenquote Alte 2002 –2012 in den Gemeinden	69
48. Soziale Infrastruktur nach Gliederungsziffern der Delphi-Befragung	74
49. Auswertung Delphi-Befragung I nach Fragengruppen	93
50. Auswertung Delphi-Befragung II nach Fragengruppen	99

Verzeichnis der Tabellen

1. Projektbeirat	33
2. Pressespiegel	46
3. Vorausberechnung der Bevölkerung für 2012 nach Altersgruppen	70
4. Vorausberechnung der Bevölkerung für 2012 nach Abhängigen und Erwerbsquoten	72
5. Delphi-Erhebungsbogen zum demographischen Leitbild.....	75
6. Auswertung der Delphi-Befragung I nach Kreisen	94
7. Auswertung der Delphi-Befragung I nach Aggregationsstufen	95
8. Auswertung der Delphi-Befragung II nach Aggregationsstufen	100
9. Auswertung der Delphi-Befragung II nach ergänzenden Anmerkungen	101
10. Leitbild zur Bevölkerungs- und Infrastrukturentwicklung in Südniedersachsen	102